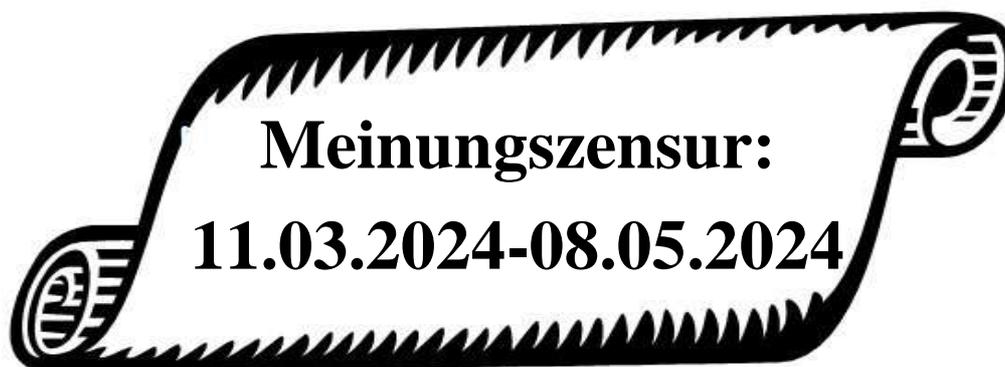


Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD**

Sonderheft Nr. 83



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr.

Meinungszensur vom 11.03.2024-08.05.2024

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Meinungszensur vom 11.03.2024-08.05.2024	2-98
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Meinungszensur vom 11.03.2024-08.05.2024

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 11. März 2024: >>**Hal-**
denwang sucht Nachwuchs-Schnüffler!

... Lust auf einen Job bei Mecki: Mitbürger verpetzen, deren Rechtsextremismus "sichern"? Dann nichts wie los. Die Schlapphüte suchen neues Personal. Vor allem Volljuristen und Techniker "im Bereich der operativen Kommunikationstechnik".

2021 lautete der Werbeslogan "Im Verborgenen Gutes tun!" Jetzt heißt er "Im Auftrag der Demokratie! Werde Verfassungsschützer*in". Diese Werbung findet man laut Apollo News auf Plakaten und im Netz.

Versprochen werden Sachbearbeitungen "mit Extremismus-/Terrorismusbezug". Tja, wenn immer mehr Bürger sich "gesichert" radikalisieren, braucht man halt auch mehr Spitzel. Nicht nur außenpolitisch steht eine Aufrüstung bevor.

Sondergesetze gegen Oppositionelle, Einreiseverbot, Grundrechtsentzug und Mordaufrufe - das kommt einem irgendwie bekannt vor. In unserer März-Ausgabe mit dem Titelthema "Der neue Faschismus - Der Linksstaat marschiert" entlarven wir die totalitäre Fratze, die sich hinter den bunten Fahnen der Ampel offenbart.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. März 2024: >>**"Neue Zürcher Zeitung" fordert: Der deutsche Verfassungsschutz sollte abgeschafft werden!**

Der deutsche Verfassungsschutz passe nicht zu einer liberalen Demokratie - es sei höchste Zeit, ihn abzuschaffen, meint der Berliner Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" (NZZ), Oliver Maksan. In einem bemerkenswerten Leitartikel vor dem Hintergrund des aktuellen Rechtsstreits zwischen AfD und Verfassungsschutz um die Beobachtung der Partei mit nachrichtendienstlichen Mitteln kritisiert das liberal-konservative Schweizer Leitmedium, daß der deutsche Inlandsgeheimdienst längst zu einem politischen Akteur geworden sei.

NZZ-Redakteur Maksan schreibt einleitend: "Deutschland begreift seinen Inlandsgeheimdienst als demokratisches Frühwarnsystem, das weit vor jeder Straftat anschlägt. Damit geht die Bundesrepublik einen autoritären Sonderweg. Sie sollte ihn schleunigst beenden, will sie die Demokratie nicht weiter schwächen."

Mißtrauen gegenüber den eigenen Bürgern

Der Autor analysiert: Der deutsche Staat traue seinen Bürgern nicht über den Weg und sehe sich ständig bedroht. Dieser aus dem Versagen der Weimarer Republik abgeleitete "permanente Ausnahmezustand aus Prinzip" sei vom Bundesverfassungsgericht als "wehrhafte Demokratie" gebilligt worden. "Je nach gefühlter Bedrohungslage produziert er illiberale Exzesse. Wie derzeit", kritisiert Oliver Maksan und merkt weiter an: "In immer engerer Taktung präsentiert die deutsche Regierung Maßnahmen, die dem Schutz des Staates und der Demokratie dienen sollen, beide tatsächlich aber beschädigen."

Der NZZ-Kommentator verweist in diesem Zusammenhang beispielhaft auf die Ankündigung von Bundesfamilienministerin Lisa Paus ("Grüne"), gegen Meinungsäußerungen im Netz auch dann vorzugehen, wenn diese keinen Straftatbestand darstellen würden.

Was heißt hier eigentlich "Verhöhnung"?

Mit Verweis auf die ultralinke Bundesinnenministerin und deren "Maßnahmenbündel gegen Rechtsextremismus" zitiert der Autor Nancy Faeser (SPD) wörtlich: "Diejenigen, die den Staat verhöhnern, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen!"

Maksan schreibt: Ganz abgesehen davon, daß es sich bei "Verhöhnung" um einen schwammigen Begriff handele, gehe es auch laut Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang (CDU) um "staatswohlgefährdendes Verhalten" unterhalb der Grenze zur Strafbarkeit.

Deutschland hat keine klassisch liberale Verfassung

In seinem bemerkenswerten Kommentar nimmt der NZZ-Autor Bezug auf den Berliner Verfassungsrechtler Christoph Möllers. Der habe darauf aufmerksam gemacht, daß das Grundgesetz eben keine klassisch liberale Verfassung sei wie beispielsweise die amerikanische oder die französische. Geist und Buchstabe des Grundgesetzes folgten nicht der Logik, daß alles erlaubt sei, was nicht verboten ist.

Maksan folgert: "Der deutsche Inlandgeheimdienst wird von daher ganz im Sinne des Grundgesetzes auch und gerade dann aktiv, wenn Personen oder Gruppen gegen keinen einzigen Paragraphen des Strafgesetzbuches verstoßen haben. Es reicht, wenn aufgrund ihrer Einstellungen Grund zur Annahme besteht, daß sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung ganz oder teilweise beseitigen wollen."

Verfassungsschutz wird zum politischen Akteur

Dabei gehe der Inlandsgeheimdienst in mehreren Schritten vor. Sie reichen vom bloßen Prüf- über den Verdachts- bis hin zum Beobachtungsfall als höchster Stufe. Die nachrichtendienstliche Beobachtung einer "gesichert extremistischen Bestrebung" durch den Verfassungsschutz berühre naturgemäß zahlreiche als Abwehrrechte gegen den Staat konzipierte Grundrechte. "Die Unschuldsvermutung kommt, anders als im Strafrecht, nicht zum Tragen", stellt der Autor fest und beleuchtet kritisch das Agieren des Kölner Bundesamtes im Fall der AfD.

Diese sehe sich im politischen Wettbewerb vom Verfassungsschutz benachteiligt. "An den Haaren herbeigezogen ist das nicht", konstatiert Maksan. Der Verfassungsschutz werde "vom Beobachter zum politischen Akteur". Behördenleiter Haldenwang zeige eine "unübersehbare Tendenz, politischen Erwartungen zu entsprechen".

Beschränkung auf Kernaufgaben

Der Berliner Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" resümiert: "Es wäre für die deutsche Demokratie deshalb besser, sie reihte ihr Tun ein in die Praxis aller anderen liberalen Rechtsstaaten und würde den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form abschaffen. Dessen analytische Kompetenzen könnten problemlos den Staatsschutzabteilungen der Polizei zugeordnet werden, die schon jetzt politisch motivierte Straftaten bekämpfen. Was bliebe, wäre ein entschlackter Inlandgeheimdienst, der sich um klassische Kernaufgaben wie Spionage- und Sabotageabwehr kümmert."

System-Presse als Handlanger des Staates

Abschließend teilt der NZZ-Autor gegen die Mainstream-Medien aus: "Selbst Journalisten sehen sich als verlängerten Arm des Staates und fordern, unbesehen dessen Wertungen zu übernehmen." So habe der Deutsche Journalisten-Verband kürzlich dazu aufgerufen, "die Warnhinweise des Verfassungsschutzes denen auf Zigarettenschachteln gleich zu verbreiten." <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. März 2024: >>**Skandal: Bank darf COMPACT-Konten kündigen**

Von Jürgen Elsässer

Ein Schwarzer Tag für die Pressefreiheit: Zum ersten Mal in der Geschichte erlauben die Richter einer Sparkasse, einem Presseorgan die Konten zu kündigen. ...

Seit 14 Jahren hatte COMPACT seine Konten bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse (MBS). Nun hat die Bank uns gekündigt, und das Landgericht Potsdam hat unseren Eilantrag gegen diesen Rechtsbruch gestern verworfen. Damit verlieren wir unsere Konten bei der MBS zum 30. April. Wir könnten zwar weiter prozessieren (Hauptsacheverfahren), aber das hätte keine aufschiebende Wirkung und würde Jahre dauern..

Bis zum 30.4.24 sind allerdings alle Zahlungsflüsse über die MBS-Konten noch gewährleistet, und schon Mitte April werden wir die Konten bei einer anderen Bank eröffnen. Außerdem hat COMPACT, genau in Erwartung solcher Angriffe, erhebliche Rücklagen gebildet, um solche Turbulenzen überstehen zu können. Wir können die Produktion und Bestellbearbeitung auch weiterhin in vollem Umfang gewährleisten: COMPACT ist der Fels in der Brandung, an dem sich die Feinde der Freiheit die Zähne ausbeißen!

Das Triumphgeschrei, das die Feinde der Meinungsfreiheit vermutlich heute über ihre Medien verbreiten werden, scheppert also hohl. COMPACT wird auch diesen Angriff, wie alle vorherigen, nicht nur verkraften, sondern sogar gestärkt daraus hervorgehen. Wir brauchen aber unbedingt in diesem Kampf unbedingt Ihre Solidarität, liebe Leser und Zuschauer! ...

Ein Skandalurteil

Bei der gestrigen Verhandlung war mir schon nach zwei Minuten klar, daß COMPACT den Prozeß verloren hat. Die einleitenden Ausführungen des Richters ließen keinen Zweifel daran, daß er sich seine Meinung schon vorab gebildet hatte - noch bevor unser Anwalt überhaupt zu Wort gekommen war.

Was macht das Urteil zu einem in der BRD-Geschichte einmaligen Skandal? Es kam schon oft vor, daß Banken einem Kunden das Konto gekündigt haben. Sehr selten konnten aber Sparkassen eine Kündigung durchsetzen, denn sie sind als öffentlich-rechtliche Institutionen in besonderer Weise den Grundrechten verpflichtet und müssen allen Bürgern in ihrem Einzugsbereich ein Konto zugestehen - auch als Daseinsfürsorge, denn ohne Konto kann heutzutage niemand mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Wo Sparkassen trotzdem kündigten, handelte es sich um kriminelle Aktivitäten des Kunden, etwa Geldwäsche, Betrug und Abmahntricks, die über das Konto abgewickelt wurden.

Noch nie ist es dagegen vorgekommen, daß eine Sparkasse einem Presseorgan das Konto gekündigt hat - schließlich garantiert Artikel 5 Grundgesetz in besonderer Weise die Freiheit der Medien. Deswegen haben etliche Medien aus dem oppositionellen Spektrum ein Konto bei ihrer Sparkasse. Als eine Sparkasse vor einigen Jahren einem "rechtsextremen" Verlag aus Schleswig-Holstein ein Konto verweigern wollte, zwangen die Richter die Bank zum Rückzug des Verbots.

Die Kündigung der COMPACT-Kunden durch die MBS ist deswegen ein Präzedenzfall. Entscheidend waren ausschließlich politische Gründe. Angeführt wurden die Einstufung von COMPACT durch den Verfassungsschutz (VS) als "gesichert rechtsextrem" seit Dezember 2021 und die Einwerbung von Spenden für politische Kampagnen. Die MBS behauptete,

wenn sie mit einem solchen Kunden weiter Geschäftsbeziehungen hätte, bedeutete das einen massiven "Reputationsschaden".

Wie vorgeschoben beide Argumente sind, zeigt sich schon daran, daß COMPACT schon seit März 2020 vom VS als rechtsextremer "Verdachtsfall" verleumdet wird. Das Crowdfunding über MBS-Konten begann sogar schon vor sechs Jahren und erzielte erstmals im Jahr 2020 Spendeneingänge im sechsstelligen Bereich. Nie hat sich die Bank daran gestört, weder am VS noch an den Spenden - jetzt plötzlich wurde das als Vorwand zur Kontenkündigung genommen.

Warum der Angriff jetzt?

Warum jetzt? Auch das ist ausschließlich politisch motiviert. Mit der wachsenden Stärke von COMPACT und besonders COMPACT-TV (im Januar 2024 erreichten wir zum ersten Mal Zuschauerzahlen von einer Million pro Tag!) sind wir für das Regime brandgefährlich geworden. Und die Correctiv-Kampagne gegen die vermeintliche Deportationskonferenz von Potsdam bot ab Januar das geeignete mediale Hysterieumfeld, um - da man mit dem AfD-Verbot nicht weiterkommt - erstmal das sogenannte Vorfeld platt zu machen.

Es ist kein Zufall, daß parallel auch gegen unsere österreichischen Freunde von AUF1 vorgegangen wird - gegen den Sender wurde eine Strafzahlung von 195.000 Euro verhängt! Ohne AUF1 wird der zu erwartende Wahlsieg der FPÖ in Österreich schwierig, ohne COMPACT der zu erwartende Wahlsieg der AfD bei den Landtagswahlen im Osten.

Die Kontenkündigung ist der zweite schwere Angriff auf die Pressefreiheit innerhalb weniger Wochen. Schon im Februar verhängten die großen Kiosketten ein Verkaufsverbot von COMPACT - auch das ein klarer Rechtsbruch, gegen den wir juristisch vorgehen. Offensichtlich will das Regime uns einmauern, uns den Zugang zum ständig wachsenden Publikum erschweren.

Doch das wird nicht gelingen: Das Kioskverbot hat bisher nicht zu einem nennenswerten Umsatzrückgang geführt. Unsere Leser besorgen sich die schönen Hefte, die sie jetzt nicht mehr an den Bahnhöfen bekommen, eben jetzt auf anderen Wegen - wir konnten seit Februar zum Beispiel über 1.000 neue Abonnenten werben! Vielen Dank dafür!

Auch mit der Kontenkündigung werden sie uns nicht kleinkriegen. Wir werden in Kürze ein neues Konto eröffnen, auf das wir dann unsere Guthaben transferieren. Das Kapital von COMPACT ist sicher, und auch ihre Überweisungen sind sicher. Bis 30.4. sind die Konten bei der MBS aktiv, Sie können also bis mindestens 25.4. dorthin überweisen. Schon Mitte April informieren wir über die neue Bankverbindung. Wenn Sie über Paypal überweisen, muß Sie die Kontenumstellung sowieso nicht interessieren: Über Paypal (an: verlag@compact-mail.de) findet Ihr Geld immer den Weg zu uns.

Worum wir Sie bitten

Trotz allem wird uns die Kontenkündigung sehr viel Geld kosten. Die Prozeßkosten selbst werden wohl unter 10.000 Euro bleiben. Aber wir rechnen mit Zahlungsausfällen, weil Besteller und Spender verunsichert sind und nicht mehr wissen, ob ihre Überweisungen garantiert bei uns ankommen. Diese Sorge ist zwar unbegründet, und wir werden die nächsten Wochen intensiv darüber informieren, aber trotzdem wird es einen Teil der Kunden geben, bei denen Verunsicherung bleibt. Deswegen rechnen wir fürs erste mit Zahlungsausfällen von 40.000 Euro pro Monat. Das ist ein schwerer Schaden. Wir können ihn auffangen, weil wir ein fettes Polster an Rücklagen gebildet haben - aber dauerhaft dürfen wir nicht solche roten Zahlen schreiben, um nicht in eine gefährliche Schiefelage zu geraten. ...

Wenn die COMPACT-Familie zusammenhält, sind wir unbesiegbar! Gemeinsam holen wir uns unser Land zurück!

Ihr

Jürgen Elsässer<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. März 2024: >>Düsseldorf: Gastprofessur für Campino

Von *Karel Meissner*

Andreas Frege alias Campino hat als Frontsänger der Toten Hosen ein beachtliches Vermögen von über 20 Millionen Euro angehäuft - trotzdem spielt er auch heute noch gerne den systemkritischen Anarcho-Punker und stachelt auf seinen Konzerten pubertäre Antifanten zum "Kampf gegen rechts" auf.

Campino, Sänger der Toten Hosen, erhält eine Gastprofessur an der Heinrich Heine-Universität Düsseldorf. Grund: sein "soziales und politisches Engagement". Mit anderen Worten: Sein kritikloser Konformismus.

Zur gegenseitigen Vergoldung ihrer Gesäße benötigen Konformisten nicht einmal mehr Vorwände: Als die Düsseldorfer Heinrich Heine-Universität den Toten Hosen-Sänger Campino (61) zum Gastprofessor erklärte, behauptete niemand, das sei aufgrund seiner musikalischer oder lyrischer Talente geschehen.

Okay, der Geehrte habe "seine Affinität zu lyrischen Texten mehr als nur unter Beweis gestellt", aber "Affinität" heißt eben nicht "Talent". Der wirkliche Grund für die Jobvergabe findet sich auf der Website der Universität: Campino sei "eine der prägendsten Persönlichkeiten der Musikszene und im gesamten deutschsprachigen Raum auch für sein starkes soziales und politisches Engagement bekannt." Stimmt, er ist politisch sehr engagiert. Und dabei gern auf Regierungsseite.

2021 posteten Die Toten Hosen auf Instagram ein Foto, auf dem Pseudo-Punker Campino in der Fan-Menge badet. Aufschrift: "Impfen schützt".

Natürlich steht Campino voll auf rotgrüne Klimapolitik und bekannte drei Monate nach Ausbruch des Rußland-Ukraine-Krieges gegenüber der dpa:

"Ich persönlich habe den Kriegsdienst 1983 verweigert. Das würde ich heute, unter diesen Umständen, wenn ich jetzt meine Einberufung bekäme, wahrscheinlich nicht mehr tun."

Prof. Dr. Anja Steinbeck, Rektorin der Heinrich Heine-Universität, kann sich vor Begeisterung kaum halten:

"Ich freue mich sehr darauf, daß Campino auf deutlich spannendere gesellschaftsrelevante Fragen antworten wird. Wir kennen ihn nicht nur als einen der bekanntesten Sänger des Landes, sondern auch als einen der engagiertesten und politischsten Musiker überhaupt. Und wir sind überaus glücklich darüber, daß er diesen Ruf an der Universität seiner Heimatstadt untermauern wird."

Also Vorhang auf für Campinos Horrorshow. Zwei Vorlesungen wird er abhalten: Über "Kästner, Kraftwerk, Cock Sparrer. Eine Liebeserklärung an die Gebrauchslyrik" und "Alle haben was zu sagen. Die Kakophonie unserer Zeit".

Um sicher zu gehen, daß auf offener Bühne keine unangenehmen Fragen kommen, wird Campino dort mit Philipp Oehmke diskutieren, dem hardcore-konformistischen Spiegel-Kulturchef. Da ist keinerlei Reibung zu erwarten.

Was für Spottverse hätte wohl der Namensgeber der Universität, der wahrhaft subversive Heinrich Heine, zu dieser Posse gedichtet?<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 13. März 2024 (x1.365/...): >>Medien-Skandal! Faeser pumpt Steuergeld in Deutschlands wichtigsten Nachrichten-Lieferanten

Innenministerin Nancy Faeser zahlt Geld an die Deutsche Presseagentur.

Julian Reichelt

Unabhängige Medien sollten kein Geld von der Regierung nehmen. Wenn Medien Geld von der Regierung nehmen, können sie nicht mehr unabhängig berichten. Wer Geld von den Menschen nimmt, über die er berichtet, macht nicht Journalismus, sondern irgend etwas zwischen

PR und Propaganda.

Es ist nicht lange her, da hätte jeder Journalist im Land diese Sätze unterschrieben und, mehr noch, sich dafür geschämt, auch nur einen Cent von der Regierung anzunehmen. Unsere Demokratie beruht auf der Freiheit des Wortes. Wenn die Worte nicht mehr frei sind, sind wir nicht Bürger, sondern Sklaven.

Niemals kann das bezahlte Wort ein freies Wort sein. Niemals sind Worte frei, wenn die Regierung für die Worte bezahlt. Jeder Mensch versteht das. Und doch ist es genau das, was in unserem Land gerade passiert.

Mit der Macht des Steuergeldes unterwandert die Regierung die freien Medien und erobert die Kontrolle darüber, welche Nachrichten "stimmen" und welche nicht. Ich arbeite seit einem viertel Jahrhundert, mehr als die Hälfte meines Lebens, als Journalist. Ich hätte mir in meinen düstersten Gedanken nicht ausmalen können, was in diesem Land gerade vor sich geht. Und wie viele Journalisten sich dem Geld der Regierung unterwerfen. Die Regierung bezahlt gefällige Medien und schafft sich ihre eigene Wirklichkeit, ihre eigenen Fakten, mit denen sie dann wiederum gegen ihre politischen Gegner mobilisiert.

Aufgescheucht durch die Bundesregierung, mobilisiert durch eines der mächtigsten Propaganda-Märchen in der Geschichte unseres Landes, sind in den letzten Wochen Millionen Menschen gegen einen Plan von Massendeportationen auf die Straße gegangen, den es nachweislich nie gegeben hat.

Niemand ist skrupelloser als Nancy Faeser

Es ist ein Mechanismus aus totalitären Regimen: Die Regierung läßt marschieren gegen ein Gerücht, das sie selbst streut. Niemand ist skrupelloser, wenn es um die Beschneidung von Unschuldsvermutung, Meinungs- und Versammlungsfreiheit geht, als Innenministerin Nancy Faeser. Wer freie Worte liebt, muß Nancy Faeser fürchten.

Ausgerechnet diese Nancy Faeser finanziert mit ihrem Innenministerium nun ein Projekt, das in nahezu jede einzelne Redaktion unseres Landes hinein wirkt. Sie werden die Details nicht fassen können.

Die Deutsche Presseagentur beliefert fast alle deutschen Redaktionen täglich mit Nachrichten. Es gibt keine Zeitung, keine Nachrichten-Website, keinen Radiosender, in dem nicht ein bißchen DPA steckt. Mal mehr, mal weniger, aber grundsätzlich gilt: Nahezu alles, was Sie täglich an Nachrichten konsumieren, hat irgendwie mit DPA zu tun. Die DPA gehört den Medienhäusern dieses Landes, insgesamt 175 Verlage sind an der DPA beteiligt. Die DPA ist das zentrale Nervensystem der deutschen Medien. ...

Nun machen die DPA und Nancy Faeser gemeinsame Sache gegen das, was sie "Desinformation" nennen.

Unter dem Projektnamen "Jahr der Nachricht" finanziert das Innenministerium eine Kampagne mit dem Slogan: "Vertraue Nachrichten, die stimmen statt Stimmung machen." Es handelt sich dabei um eine "Kampagne gegen Desinformation" zu den Themen "Klimawandel, Rechtsextremismus und Ampel-Streit".

Noch einmal, weil es so unglaublich ist: Das Bundesinnenministerium bezahlt die Deutsche Presseagentur, um gegen "Desinformation" und "Nachrichten, die Stimmung machen" beim Thema "Ampel-Streit" vorzugehen. Journalisten nehmen Geld von der Regierung, um in Zukunft "Nachrichten, die stimmen" über die Regierung zu verfassen.

Und es kommt noch besser: Das regierungsfinanzierte Projekt der DPA, das sich in fast alle Redaktionen des Landes fressen wird, sagt vollkommen offen, wogegen man vorgehen will. Hier der Beweis:

Mißtrauen gegen den Staat ist also nicht mehr erwünscht und wird mit Geld von der Regierung durch die DPA bekämpft. Mißtrauen gegen den Staat ist eigentlich die Grundlage von Journalismus. Desinformation führe zu "Selbstgefährdung z.B. durch falsche Informationen

zu Impfungen", heißt es weiter.

Die Regierung, die uns mit dem Wort "nebenwirkungsfrei" belogen hat und uns entgegen aller Schwüre eine Impfpflicht aufzwingen wollte, bezahlt jetzt die DPA, um falsche Informationen zu Impfungen zu bekämpfen.

Auch gegen "Meinungsmanipulation und Spaltung der Gesellschaft" soll die DPA nun finanziert vom Innenministerium vorgehen. "Meinungsmanipulation" und "Spaltung" - wir wissen inzwischen, was das bedeutet.

Das sind bei Nancy Faeser und der Regierung all die Meinungen, die unerwünscht sind, die sich zum Beispiel gegen "Energiewende" und Massenmigration wenden. Das sind die Menschen, die sich nicht von Nancy Faeser vorschreiben lassen wollen, wann, wo und ob sie demonstrieren dürfen.

Noch einmal, bei DPA geht es nicht um eine Nachrichtenquelle von vielen. Es geht um die Grundversorgung fast aller Redaktionen. Und offenbar hat keines der 175 Medienunternehmen, denen DPA gehört, ein Problem damit, wenn durch die zentralen Nervenbahnen der deutschen Medienlandschaft das Geld von Nancy Faeser fließt.

Wenn Regierungsgeld plötzlich darüber mitentscheidet, welche "Nachrichten stimmen" und welche nur "Stimmung machen" wollen. Wir hier bei NIUS sind auch Kunden bei DPA. Wir wissen noch nicht, wie wir mit dieser Entwicklung umgehen wollen und werden Sie darüber auf dem Laufenden halten.

Die DPA wollte die Höhe der Fördersumme durch Steuergelder auf NIUS-Anfrage nicht ver-raten.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 14. März 2024 (x1.365/...):

>>Staatlich finanzierte Nachrichten! Nancy Faeser zahlt eine Million Euro an DPA!

Redaktion

Die Deutsche Presseagentur ist das zentrale Nervensystem der deutschen Medien. Kaum eine Nachrichtenseite oder Zeitung, kaum ein TV- oder Radio-Sender, der nicht Material der deutschen Presseagentur in seiner Berichterstattung verwendet. Die DPA gehört sogar den deutschen Medien, rund 175 Verlage und Medienunternehmen sind an der DPA beteiligt. DPA ist DNA - und steckt in fast allen deutschsprachigen Medienprodukten.

Nun wird öffentlich: Die DPA kassiert für das Projekt "Jahr der Nachricht" ausgerechnet Staatshilfen von der Institution, die freie Medien eigentlich kontrollieren sollen, vom Bundesinnenministerium unter Nancy Faeser (SPD). Mit dem Projekt "Jahr der Nachricht" will die DPA "Nachrichten, die stimmen statt Stimmung machen" fördern. Es handelt sich nach Darstellung der DPA um eine "Kampagne gegen Desinformation" zu den Themen "Klimawandel, Rechtsextremismus und Ampel-Streit".

Noch einmal: Die DPA soll - bezahlt von der Ampel-Regierung - gegen "Falschinformationen" über die Ampel-Regierung vorgehen. Weiter heißt es auf der Projekt-Seite der DPA: Desinformation führe zu "Selbstgefährdung, z.B. durch falsche Informationen zu Impfungen."

Meinungsfreiheit auf dem Prüfstand?

Auf Nachfrage wollte die DPA nicht mitteilen, wie hoch die Summe ist, die man nun von Nancy Faeser für dieses Projekt kassiert. Daß das Geld ausgerechnet von Faeser kommt, ist brisant, da sie in Deutschland und auch international in der Kritik dafür steht, derzeit massiv gegen die Meinungsfreiheit vorzugehen. Das ZDF berichtete darüber, aber auch die New York Times.

DPA teilte gegenüber NIUS mit: "Hinter dem 'Jahr der Nachricht' steht die UseTheNews gGmbH. Die Gesellschaft ist gemeinnützig, weil sie Bildung und Forschung fördert (nicht Journalismus!), mit dem Ziel der Stärkung von Medien- und Nachrichtenkompetenz. Das geht nur im Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Partnern. UseThe News und das 'Jahr der Nachricht' adressieren ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Wir organisieren die Finan-

zierung als eine Public Private Partnership, die sich aus verschiedenen Quellen zusammensetzt - Medienhäuser, Stiftungen, Verbände und staatliche Stellen.

Zur Höhe der jeweiligen Zuwendungen machen wir keine Angaben. Zahlreiche Medienhäuser und Partner bringen sich zudem mit Sachleistungen ein. Das sind u. a. Anzeigenplätze, Kreativ-Input oder auch Media-Planung." Auf Nachfrage sagte DPA zu NIUS: "Die dpa macht grundsätzlich keine Angaben zu Vertragsinhalten."

Bewilligung des Höchstbetrages

Es widerspricht eigentlich den Transparenz-Richtlinien nahezu aller DPA-Eigentümer, staatliche Zuwendungen nicht offenzulegen. Deswegen fragte NIUS auch beim Innenministerium nach. Und erhielt Antwort: Für das "Jahr der Nachricht" 2024 kassiert die Deutsche Presseagentur mit ihrem Projekt bis zu einer Million Euro direkt aus Nancy Faesers Ministerium.

Wörtlich heißt es in der Antwort des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI): "Das BMI fördert das bundesweite Projekt 'Jahr der Nachricht' zur Stärkung der Medien- und Nachrichtenkompetenz vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch die Gewährung einer Zuwendung. Ziel der Projektförderung ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie die Stärkung der Resilienz gerade der jüngeren Bürgerinnen und Bürger gegenüber der gezielten Verbreitung von Desinformation. Projektträger ist die UseTheNews gGmbH (nicht die Deutsche Presse-Agentur).

Die Initiative erforscht die Nachrichtennutzung und -kompetenz junger Menschen und entwickelt neue Informations- und Bildungsangebote. Die Förderung wurde für den Zeitraum vom 1. November 2023 bis 31. Dezember 2024 bis zu einem Höchstbetrag von einer Million Euro bewilligt."

Darüber hinaus kassiert das DPA-Projekt noch Geld aus den Töpfen der Bundeszentrale für politische Bildung, die ebenfalls dem BMI unterstellt ist. Antwort Innenministerium: "Darüber hinaus kooperiert die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 mit der UseTheNews gGmbH bei der Durchführung des 'Jahres der Nachricht'. Die BpB hat im Rahmen dieser Kooperation für 2023 und 2024 Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 30.000 Euro eingeplant."<<

[Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 14. März 2024 \(x1.360/...\): >>Aktionsplan "Rechtsextremismus" macht](#)

Bürger zu Freiwill!

Eine erst 16-jährige Schülerin aus Mecklenburg-Vorpommern wurde deshalb von gleich drei Polizeibeamten aus dem Unterricht abgeführt, weil sie auf TikTok einen Beitrag teilte, in dem es lautete: "Deutschland sei nicht nur ein Fleck auf der Landkarte", sondern "Heimat". Dazu AfD-Bundessprecherin Alice Weidel:

"Der Fall in Mecklenburg-Vorpommern zeigt die Methodik auf, mit der die politische Elite gegen Andersdenkende vorgeht. Dabei sind, neben der Schülerin selbst, alle Schüler nicht nur am betroffenen Gymnasium in Ribnitz-Damgarten das Ziel staatlicher Gängelung. Denn kaum ein Schüler wird es sich zukünftig noch trauen, seine Meinung in einem sozialen Netzwerk frei zu äußern.

Als Bundesinnenministerin Nancy Faeser kürzlich ihren 'Aktionsplan gegen Rechtsextremismus' vorstellte, war die darin benannte 'verbale und mentale Grenzverschiebung' ein nichtssagendes Konstrukt, ebenso wie die inhaltsleere Ankündigung, noch stärker gegen 'Hatespeech' vorzugehen. Jetzt wissen wir: Schon wer sich zu Deutschland als Heimat bekennt, gerät in den Fokus der sogenannten Demokratieschützer.

Der Aktionismus, mit dem alle etablierten Parteien die Sicherheitsbehörden und die öffentlich-rechtlichen Medien mit dem Ziel mißbrauchen, den eigenen Machterhalt gegenüber der Opposition zu sichern, ist inzwischen grenzenlos. Ob es harmlose Meinungsäußerungen von Schülern sind, gut orchestrierte Medienkampagnen, wie die des Bayerischen Rundfunks hin-

sichtlich der angeblich '100 rechtsextremen Mitarbeiter der AfD-Fraktion', oder die zu Jahresbeginn forcierte Correctiv-Lüge: Die davon ausgehende Symbolik macht jeden, der Heimatliebe in sich trägt, eine regierungskritische Einstellung vertritt oder einfach nur auf das grundgesetzlich verbriefte Recht auf Meinungsfreiheit pocht, zu Freiwild.

Diese Entwicklung ist erschreckend. Diejenigen, die den Schutz der Demokratie als Deckmantel mißbrauchen, beschädigen selbige massiv. Als Alternative für Deutschland werden wir uns auch zukünftig gegen alle Versuche wehren, den Bürgern verfassungsmäßig garantierte Freiheiten durch staatliche Repressionen zu nehmen."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 15. März 2024 (x1.376/...): >>**Schülerin (16) von der Polizei abgeführt, weil sie ihre Heimat Deutschland liebt: ES REICHT!**

Das Faeser-Maß ist voll - übertoll! Das Netz bebt vor Empörung. Es ist der absolute Tiefpunkt einer linksgrünen Pogromstimmung, die seit Jahresbeginn auf deutschen Straßen und Plätzen tobt. Eine erst 16 Jahre alte Schülerin aus dem Landkreis Vorpommern-Rügen wurde von gleich drei Polizeibeamten aus dem Unterricht regelrecht abgeführt, weil sie auf TikTok einen Beitrag mit "blauem Schlumpf" teilte, in dem es hieß: Deutschland sei "nicht nur ein Fleck auf der Landkarte", sondern "Heimat".

Denunziert wurde das Mädchen vom eigenen Schulleiter. Die 16-Jährige erhielt eine "Gefährderansprache".

Der skandalöse Vorfall in Mecklenburg-Vorpommern wühlt immer mehr Menschen in Deutschland auf. Selbst viele, die bisher auf den Demonstrationen "gegen rechts" gedankenlos mitgelaufen sind, kommen allmählich ins Grübeln.

Für AfD-Bundessprecherin Alice Weidel zeigt der Vorfall in Mecklenburg-Vorpommern "die Methodik auf, mit der die politische Elite gegen Andersdenkende vorgeht. Dabei sind, neben der Schülerin selbst, alle Schüler nicht nur am betroffenen Gymnasium in Ribnitz-Damgarten das Ziel staatlicher Gängelung. Denn kaum ein Schüler wird es sich zukünftig noch trauen, seine Meinung in einem sozialen Netzwerk frei zu äußern."

Als Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kürzlich ihren "Aktionsplan gegen Rechtsextremismus" vorstellte, war die darin benannte "verbale und mentale Grenzverschiebung" ein nichtssagendes Konstrukt, ebenso wie die inhaltsleere Ankündigung, noch stärker gegen "Hatespeech" vorzugehen. Alice Weidel ist entsetzt, aber nicht überrascht: "Jetzt wissen wir: Schon wer sich zu Deutschland als Heimat bekennt, gerät in den Fokus der sogenannten Demokratieschützer."

"Faeser macht Bürger zu Freiwild"

Die AfD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag führt dazu auf Facebook weiter aus: "Der Aktionismus, mit dem alle etablierten Parteien die Sicherheitsbehörden und die öffentlich-rechtlichen Medien mit dem Ziel mißbrauchen, den eigenen Machterhalt gegenüber der Opposition zu sichern, ist inzwischen grenzenlos.

Ob es harmlose Meinungsäußerungen von Schülern sind, gut orchestrierte Medienkampagnen, wie die des Bayerischen Rundfunks hinsichtlich der angeblich '100 rechtsextremen Mitarbeiter der AfD-Fraktion', oder die zu Jahresbeginn forcierte Correctiv-Lüge: Die davon ausgehende Symbolik macht jeden, der Heimatliebe in sich trägt, eine regierungskritische Einstellung vertritt oder einfach nur auf das grundgesetzlich verbriefte Recht auf Meinungsfreiheit pocht, zu Freiwild."

Alice Weidel nannte diese Entwicklung "erschreckend". Sie warnt: "Diejenigen, die den Schutz der Demokratie als Deckmantel mißbrauchen, beschädigen selbige massiv. Als Alternative für Deutschland werden wir uns auch zukünftig gegen alle Versuche wehren, den Bürgern verfassungsmäßig garantierte Freiheiten durch staatliche Repressionen zu nehmen."

Ist das der Kippunkt?

Mathias von Gersdorff, konservativer Blogger und Leiter des deutschen Büros der Gesellschaft zum Schutz von Tradition, sieht einen "Kippunkt" in der von Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldenwang (CDU) wohlgefällig begleiteten wochenlangen Pogromstimmung "gegen rechts" erreicht: "Haben es Linke nun zu weit getrieben?", fragt er in diesem Video:

Letzter Stand der Dinge: Beatrix von Storch, stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, hat den Leiter des Richard-Wossidlo-Gymnasiums in Ribnitz-Damgarten nach eigenen Angaben angezeigt. Sie wirft ihm Nötigung und falsche Verdächtigung vor.

"Staatsschutz" ermittelt

Auch andere AfD-Politiker sind empört: Georg Pazderski von der Berliner AfD rückte den Vorgang in die Nähe von Stasi-Methoden. Ähnlich äußerte sich der AfD-Landesvorsitzende Leif-Erik Holm, der meinte, Margot Honecker, die ehemalige DDR-Bildungsministerin, sei wieder "auferstanden".

Prompt ist natürlich der Staatsfunk zur Stelle: Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) spricht von einer "Hetzkampagne" gegen den Schulleiter, stellt ihn als das Opfer einer "Kampagne rechtspopulistischer Medien und von AfD-Politikern" dar. Nach Angaben des von Simone Oldenburg (Linke) geführten Bildungsministeriums in Schwerin wurde der "Staatsschutz" eingeschaltet.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. März 2024: >>**Markus Krall: Wie man den Ampel-Schrott beseitigt**

Von *Daniell Pföhringer*

Die Ampel richtet unser Land zugrunde. Was getan werden muß, um den ideologischen Müll von Scholz, Habeck & Co. rückstandsfrei zu beseitigen, beschreibt Ökonom und Regierungskritiker Markus Krall in seinem neuen Werk "Die Stunde Null". ...

Nach 16 Jahren Merkel und über zwei Jahren Ampel ist Deutschland komplett auf den Hund gekommen - politisch und wirtschaftlich. Fakt ist: Nie seit 1945 hat eine Regierung die Wirtschaft gründlicher zerstört als Scholz und Konsorten.

Einer, der schon seit geraumer Zeit vor den katastrophalen Folgen dieser Irrsinnspolitik warnt, ist der Ökonom und Regierungskritiker Markus Krall. Doch Krall kritisiert nicht nur, sondern präsentiert auch durchdachte Lösungsansätze, mit denen man Deutschland nach dem Zerstörungswerk der Ampel wieder fit machen und Deutschland Freiheit und Wohlstand zurückbringen kann.

Im Interview mit COMPACT kündigte Markus Krall dazu bereits sein neues Buch an. Es heißt "Die Stunde Null - Ein neues Wirtschaftswunder ist möglich" und erscheint in Kürze.

"Darin erläutere ich", so Krall gegenüber COMPACT-Redakteurin Stephanie Elsässer, "wie Deutschland mit Hilfe freiheitlicher Ansätze wie der Abschaffung von Steuern, Schließung von Finanzämtern, Reduzierung von Ministerien, Abschaffung von Gesetzen und mit einem schlanken Staat innerhalb kürzester Zeit wieder zu einem blühenden, wohlhabenden und vorbildlichen Land werden kann".

Der Ökonom und Bestsellerautor weiter: "Im Wesentlichen hängt dies von der Steuerpolitik ab, aber auch von der Entbürokratisierung. Wir sollten uns auch von sämtlichen EU-Vorgaben befreien. Sollte ich jemals tatsächlich Einfluß haben, würden wir uns dieser entledigen."

Krall macht Mut: Der Ampel-Irrsinn ist kein Grund zu verzagen. Und er verdeutlicht: Es gibt Wege aus der Krise, zurück zu Wohlstand und Sicherheit. Sie sind nicht bequem, sie können nicht von oben verordnet werden, sie können sich nur entfalten, wenn der Staat sich zurückzieht und zurücknimmt.

Vor allem aber muß der ideologische Amoklauf von Scholz, Habeck & Co. beendet werden, damit wieder politische und wirtschaftliche Vernunft Einzug hält.

Welche Maßnahmen jetzt ergriffen werden müssen, hat Krall im COMPACT-Interview ebenfalls erläutert: "Es gibt mehrere zehntausend Gesetze, die wir ersatzlos streichen können und sollten. Der Hauptpunkt wird die Abschaffung der direkten Steuern sein. Was bedeutet das? Sie schaffen die Einkommensteuer, die Lohnsteuer, die Kirchensteuer, den Solidaritätszuschlag, die Kapitalertragssteuer, die Gewerbesteuer und die Körperschaftssteuer ab. Wenn sie diese abschaffen, brauchen sie keine Finanzämter mehr, und dadurch entlasten sie die Bürger und Unternehmen nicht nur um gewaltige Summen in Bezug auf ihr Einkommen, sondern sie entlasten sie auch von der ganzen Bürokratie."

Denn: In diesem neuen System müsse man keine Steuererklärung mehr abgeben. "Und wenn sie das nicht mehr müssen, haben sie mehr Zeit, um kreativ, produktiv und unternehmerisch tätig zu sein", so Krall. "Das wird einen gewaltigen Kapitalzufluß in dieses Land erzeugen. Die geflüchteten Unternehmer kehren zurück, eine riesige Menge an Kapital, Know-how und Patenten werden ins Land strömen und uns ein Wirtschaftswunder bescheren, gegen das jenes der 1950er Jahre verblassen wird." ...<<

[Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](https://fassadenkratzer.wordpress.com) berichtete am 18. März 2024 (x1.364/...): >>**Staatliche Entführung und menschliche Niedertracht - Bericht vom Pro-**

zeß gegen Dr. Fuellmich

Von *Herbert Ludwig*

Der Strafprozeß gegen Rechtsanwalt Dr. Reiner Fuellmich vom "Corona-Ausschuß" offenbart nach den bisherigen Vernehmungen Abgründe von staatlichen Rechtsverletzungen und menschlicher Niedertracht gegenüber Dr. Fuellmich. Die freie Journalistin "Jiota" hat vom 1. und 2. Verhandlungstag einen sehr ausführlichen Bericht geschrieben, der große Betroffenheit auslöst. Ich veröffentliche mit ihrer freundlichen Erlaubnis wesentliche Ausschnitte daraus. Es sind zwar inzwischen sechs weitere Verhandlungstage gefolgt, dieser erste Bericht vermittelt aber grundlegende Eindrücke. Die Zwischenüberschriften sind von mir eingefügt. (hl)

ICIC Law berichtet über den Prozeß gegen Reiner Fuellmich - Tag 1 und Tag 2

Von den Verhandlungstagen in Göttingen am 31.1 und 2.2.2024

Von *Jiota*

ICIC Law News

Dies ist ein Bericht über meine persönlichen Eindrücke und Gefühle, ich habe das, was ich in den Sitzungen gehört habe, so wiedergegeben, wie ich es persönlich verstanden habe, und ich erhebe keinen Anspruch darauf, alle Zusammenhänge und rechtlichen Details oder gar die ganze Wahrheit zu kennen. ...

Es ist kurz vor 9 Uhr morgens. Der Verhandlungsbeginn ist für 9:15 Uhr angesetzt. Dr. Reiner Fuellmich wartet bereits seit rund 2 Stunden dort auf den Beginn. Er wurde schon um 6:30 Uhr aus der JVA Rosdorf, in der er seit über einem Vierteljahr einsitzt, hierher gebracht. So erfahre ich es von der Anwältin. In den Katakomben des Gerichtsgebäudes gibt es Räumlichkeiten, die wie echte Zellen ausschauen, ja echte Zellen sind. Eine Pritsche, Gitterstäbe ...

Dr. Fuellmich wird immer mit Bauchfesseln mit vor der Brust verschränkten und fixierten Armen und in Handschellen transportiert. Wie genau das funktioniert, wird er im Laufe des ersten Prozeßtages noch anschaulich selbst erklären. Alle Beschwerden der Verteidigung über diese Vorgehensweise, die man auch mit Fluchtgefahr nicht mehr rechtfertigen kann, wurden abgelehnt.

Vor mir warten bereits einige Zuschauer auf Einlaß. Manche haben Pappschilder mitgebracht auf denen sie ihre Meinung in kurzen Worten kundtun, wie Legislative, Judikative und Exekutive gehen Hand in Hand. Sie dürfen solche Pamphlete nicht in den Verhandlungssaal mitnehmen und halten sie vor die Scheibe, um den einen oder anderen Justizbeamten oder Vertreter der Mainstreampresse zu erreichen, vergebens. Dann plötzlich macht sich etwas Hektik breit und alles muß akribisch und schnell gehen, um die Menschen genauestens zu überprüfen

und zu durchsuchen. ...

Doch jetzt hier im Gerichtssaal und vier Jahre nach Ausrufung des meiner Meinung nach größten weltweiten und gleichzeitig stattfindenden Verbrechens an der Menschheit, der sogenannten Corona-Pandemie, weiß ich, daß nichts so wichtig ist wie die Freiheit.

Man muß sie wohl erst jemandem nehmen. damit ihre Wichtigkeit wirklich bewußt wird. In meiner Verzweiflung wegen der zahlreichen Menschen, die diesem Trick vor vier Jahren und immer noch zum Opfer gefallen waren und sind, kämpfte ich darum, die Wahrheit oder zumindest andere Meinungen an die Öffentlichkeit zu bringen, blutige Nasen, Streit, beendete Freundschaften, wenn es denn welche waren, Angriff auf meine wirtschaftliche Existenz und Rufmord waren die Folge.

Es war eine schlimme Zeit für so viele von uns, die dieses perfide Spiel schnell durchschauten, ihren Mitmenschen helfen wollten und einfach Ihre Meinung sagten. In dieser wahrlich dunklen Zeit der Einsamkeit hörte ich Meldungen von Professor Dr. Bhakdi, Dr. Wodarg und Dr. Schiffmann, sah was Michael Ballweg mit Querdenken auf die Beine stellte, und es war meine persönliche Therapie auf die Demos zu gehen, um zu erkennen, wir sind viele. Es war Balsam und ich erkannte, daß die Gemeinschaft das allerwichtigste ist um sich aus dem Dickicht trüber Gedanken, die Kraft und Energielos machen, zu befreien.

Im Juli 2020 kam dann die Sternstunde der Hoffnung für mich und ich bin seitdem persönlich überzeugt davon, daß es irgendwann einmal richtige Gerechtigkeit geben wird. Die Pressekonferenz des sogenannten Corona-Ausschusses wurde in den Alternativmedien übertragen und vier Anwälte erklärten, daß man sich zusammengefunden habe, um durch Aufklärungsarbeit und die Einholung von Expertenmeinungen das Narrativ dieser seltsamen Pandemie zu enttarnen. Das machte mir Mut und stärkte den Glauben an eine rechtliche Aufarbeitung des ganzen Unrechts, an dessen Anfang wir damals erst noch standen. Wir wußten ja gar nicht, was uns noch alles erwarten und angetan werden würde.

Und nun sitze ich hier im Gerichtssaal in Göttingen, der Stadt, in der die Kanzlei des renommierten Anwalts - einer der vier oben erwähnten - und Verbraucherschützers Dr. Reiner Fuellmich ansässig war. Traurig blicke ich auf den leeren Platz, der sich bald füllen wird. Auf den Tischen stehen Namensschilder. Rechtsanwältin Katja Wörmer, Prof. Dr. Weiler, Dr. Reiner Fuellmich.

Auf den Tischen gegenüber die Namensschilder Staatsanwalt John, Rechtsanwalt Dr. Justus Hoffmann und Rechtsanwältin Antonia Fischer. Die Plätze der beiden Letztgenannten bleiben leer. An beiden Tagen. Sie haben sich zeitgleich krank gemeldet.

Ich erinnere mich an die anfänglichen Sitzungen des Corona-Ausschusses, an die Präsenz und die Kraft und die Eloquenz von Dr. Reiner Fuellmich und wie er die richtigen Fragen stellte, sich mit den Experten Wissenschaftlern und Gästen unterhielt und dabei so viele und wichtige Informationen zu Tage förderte.

Ich erinnere mich an keinen der damals Anwesenden so intensiv, wie an ihn. Trotz aller Widrigkeiten und Repressalien gab er nicht auf. Nach dem Verrat und dem perfiden Ausschluß aus seinem eigenen Ausschuß hatte er nahtlos mit seiner Arbeit weitergemacht und das International Crimes Investigative Comitee (ICIC) gegründet und ging noch tiefer hinein in den Kaninchenbau und brachte viele weitere Erkenntnisse zum Weltgeschehen hervor.

Ich werde jäh aus meiner kurzen Reise in die Vergangenheit zurückgeholt und meine Erinnerungen an die Anfänge des Corona-Ausschusses. Die Kraft und die Hoffnung die ich nach der Pressekonferenz gespürt hatte. Die Tür öffnet sich. Die Kammer, bestehend aus drei Berufsrichtern und zwei Schöffen, tritt ein. Auch das Auditorium erhebt sich.

Der Vorsitzende Richter Schindler bittet Platz zu nehmen. Aus der Seitentür, die sich öffnet, tritt Dr. Fuellmich, mit Handschellen gefesselt und mit seinen Aktenordnern, die er durch die Fixierung unbeholfen trägt, ein. Er ist blaß und dennoch geht er aufrecht und selbstbewußt.

Seine Anwältin begrüßt ihn, und nachdem er sich gesetzt hat, werden ihm die Handschellen abgenommen.

Diese Bilder werde ich am Abend in dem NDR Bericht sehen, in Großaufnahme natürlich. Sie brauchen Sensation und Programmieren den Zuschauer bereits damit negativ, noch bevor auch nur ein einziges Wort berichtet wird. Das war mir von Anfang an klar und überrascht mich nicht. Schon gar nicht nach den vergangenen vier Jahren übelster Propaganda gegen Andersdenkende.

Noch bevor der Staatsanwalt nach Aufforderung vom Vorsitzenden die Anklageschrift verlesen kann, stellt die Verteidigerin einen Antrag auf nicht Verlesung der Anklage und Einstellung des Verfahrens aufgrund mehrerer Mängel.

Dieses Prozedere ist möglich und Rechtsanwältin Katja Wörmer darf ihre Anträge begründen und verlesen. Nachdem dies geschehen ist, wird die Sitzung unterbrochen und die Kammer zieht sich zur Beratung über den Antrag zurück. Dies dauert rund eine Stunde und Dr. Fuellmich wird während dieser Zeit wieder mit Handschellen gefesselt in die Katakomben des Gerichtsgebäudes gebracht. Er darf nicht mit anderen im Sitzungssaal verbleiben.

Die Anspannung steigt. Ob der Antrag der Verteidigung angenommen wird? Wir sind nicht sehr optimistisch, aber es war gut zu hören, welche Fehler und Mängel es in der Anklageschrift gibt, es sind sogar sehr viele. Die Kammer kehrt nach ihrer Beratung zurück. Gespannt warten wir auf das, was sie zu sagen hat; natürlich wird der Antrag der Verteidigung abgelehnt. Es wäre ja auch zu schön gewesen, nach all dem Tamtam jetzt das Verfahren aufgrund von Mängeln in der Anklageschrift einzustellen.

Der Vorsitzende Schindler scheint dieses Prozedere nicht zu kennen, das es erlaubt, einen Antrag vor Verlesung der Anklageschrift zu stellen. Sei es drum, der Staatsanwalt darf nun die Anklageschrift verlesen. Er steht auf und tut dies mit lauter Stimme.

Widerrechtliche Entführung, unwürdige Fesselung

Als er fertig ist, fragt der Vorsitzende die Daten von Dr. Fuellmich ab und stellt die Frage, ob er sich zur Sache äußern wolle. Mit fester Stimme antwortet er, ja, und beginnt damit, zu berichten, wie er nun hier und heute das erste Mal die Gelegenheit nach über drei Monaten Untersuchungshaft bekommt, sich rechtliches Gehör zu verschaffen. Er moniert, daß er gefesselt wird und daß alle Anträge seitens der Verteidigung, dies zu unterbinden, weil es keine ausreichende Begründung dafür gibt, abgelehnt wurden.

Dann beschreibt er, wie man ihm vor dem Transport ins Gerichtsgebäude jedes Mal die Arme vor der Brust verschränkt, die Ellenbogen nach oben biegt - er macht es vor - und ihn und seine verschränkten Arme mit Bauchfesseln fixiert und die Handschellen anlegt, daß er unter keinen Umständen auch nur eine klitzekleine Bewegung mit seinen Armen machen könnte und er erklärt, daß er jedes Mal denkt, hoffentlich stolpere ich nicht.

Im Anschluß richtet er das Wort direkt an Staatsanwalt John. Herr John, ich werde Ihnen eine Sache nicht verzeihen. Niemals werde ich Ihnen verzeihen, daß ich bei meiner Entführung aus Mexiko am Flughafen, als ich von den bewaffneten Beamten in Handschellen weggebracht wurde, zurückblickte und sah, wie meine Frau dort alleine stand und bitterlich weinte. Das verzeihe ich Ihnen nicht, und es wird auf Sie zurückfallen, Herr John, es wird auf Sie zurückfallen.

Dr. Fuellmich ist emotional ob der Erinnerung an diesen schlimmen und ungeheuerlichen Tag. Der Vorsitzende greift ein und bittet ihn, sich zu mäßigen, obwohl er sehr ruhig gesprochen hat. Vermutlich hat er die Befürchtung, die spürbare Spannung könnte eskalieren und er will weiteres Hochkochen von Emotionen verhindern.

Die Verteidigerin ergreift das Wort und erinnert daran, daß der Angeklagte seit nur mehr fast vier Monaten in Untersuchungshaft sitzt und es eine schlimme Situation für ihn ist. Es wird wieder ruhiger und Dr. Fuellmich bekräftigt nochmals, daß es sich bei seiner Verbringung aus

Mexiko ohne internationalen Haftbefehl um eine Verschleppung durch den deutschen Staat handeln würde.

Staatsanwalt John runzelt die Stirn, doch Fuellmich läßt sich nicht beirren und sagt, daß er all dies jetzt erst durch das Studium seiner Akte sieht und selbst entsetzt war, daß seit 1,3 Jahren heimlich gegen ihn ermittelt wurde, daß es eine Standleitung der Anzeigenerstatter zur Staatsanwaltschaft gegeben habe und all das, ohne auch nur ein einziges Mal eine Frage an ihn zu stellen, an ihn, ohne rechtliches Gehör.

Dann wurde plötzlich und ohne eine Begründung zu nennen, das Konto seiner Frau in Deutschland gepfändet. Er öffnet einen der Aktenordner und liest eine E-Mail vor, deren Inhalt mich erschauern läßt:

"Guten Tag Herr John, ab sofort ist geplant, Reiner Füllmich unter dem Vorwand, er müsse noch eine Unterschrift im Reisepaß korrigieren, in das Konsulat zu locken und ihn dann von der Migrationsbehörde festnehmen zu lassen. Ein Termin steht noch nicht fest, vermutlich KW 36 oder 37."

Staatsanwalt John ist meinem Gefühl nach diese Situation etwas unangenehm. Er rutscht auf seinem Drehstuhl hin und her und dreht sich mit diesem Mal nach links und mal nach rechts und blickt auf seinen Laptop. Er äußert sich nicht. Dr. Fuellmich sagt zu ihm: "Ja, es war eine Entführung."

Er spricht weiter und sagt, immer noch an den Staatsanwalt gerichtet: "Wie ich jetzt aus der Akte ersehen kann, haben Sie weder den Grundsatz 'audiatur et altera pars' - man höre auch die andere Seite - beachtet, noch den bei Anwendung des Paragraphen 266 Strafgesetzbuch besonders zu beachtenden Grundsatz, nämlich nicht nur belastend, sondern auch entlastet zu ermitteln, genutzt. Dies ist hier nicht geschehen, in keiner Weise wurde auch nur ansatzweise nach entlastendem Material gesucht."

Entstehung des Corona-Ausschusses

Wieder keine Reaktion von Seiten des Staatsanwalts. Auch nicht, als Dr. Fuellmich ihm sagt, daß er seiner Meinung nach von Hoffmann und Antonia Fischer aufs Kreuz gelegt und angestachelt wurde, und das alles auf Verlangen von den beiden geheim zu halten sei, weil die Anzeigen-Erstatter Angst vor gewalttätigen Ausbrüchen seitens Dr. Fuellmich hätten, der auch mit einer Winchester drohen würde, und deshalb geschützt werden müßten. All das liest Dr. Fuellmich aus der Akte vor.

Ich mache einen kurzen Abgleich des Gehörten mit den Bildern von Justus Hoffmann in meinem Kopf. Eine Freundin schickte mir Bilder von der Webseite einer Berliner Kampfsportschule die Hoffmann, ein großgewachsener stämmiger junger Mann mit Stiernacken in weißem Kampfsportdreß zeigen, der einen schwarzen Gürtel trägt. Weiterhin erinnere ich mich an einen Bericht der Bildzeitung mit ihm, aus dem hervorgeht, daß er einen bewaffneten Eindringling im Treppenhaus mutig in die Flucht geschlagen habe, so der Bericht.

Man sieht ein Bild von ihm, wie er am Treppengeländer des Betroffenen Hausflures lehnt. So so, denke ich mir, du hattest also Angst vor Reiner Füllmich, der öfter das geflügelte Wort benutzte, "da muß man wohl mal die Winchester aus dem Schrank holen", was so viel bedeutet wie, "ich hole die Keule raus", als Sprichwort, wenn man sich vehement für etwas einsetzt. Daß der Staatsanwalt solcherlei Geschwätz wirklich geglaubt haben kann?

Der Vorsitzende möchte mit der Befragung beginnen, und Dr. Fuellmich beantwortet alle Fragen und erläutert die Bedeutung des Paragraphen 266 StGB, was dieser bedeutet und wie leicht er mißbraucht werden könnte, zitiert Kommentare von renommierten Professoren hierzu und weitere Details. Es ist ein äußerst interessanter Kurzvortrag, und ich bin beeindruckt über das juristische Wissen und das Talent, dieses so auszudrücken, daß auch ein Laie versteht, worum es geht.

Dann erzählt er von seinem Vater, ein Kriminalpolizist aus Leidenschaft, der ihn das Streben

nach Recht und Gerechtigkeit gelehrt habe. Er fährt mit der Beschreibung der Anfänge des Corona-Ausschusses fort, daß er im Frühjahr 2020 mit seiner Frau auf seiner Ranch in Kalifornien weilte, von dem Hype um Corona hörte und sich wunderte.

Er wollte sich auf der Ranch nach der jahrelangen und anstrengenden Arbeit der Verfahren gegen große und betrügerische Konzerne erholen und hatte zunächst beschlossen, in den USA zu bleiben, bis die Panikmache um Corona vorbei sei. Doch er ließ sich von seiner Frau dazu überreden, nach Deutschland zurückzukehren und nachzusehen, was denn da los sei. Das wäre ja alles nicht normal und er wollte recherchieren, um was es bei der weltweiten Corona-Pandemie eigentlich ging.

So kam er zurück nach Deutschland, und nach Telefonaten mit seinem damaligen Freund Dr. Wolfgang Wodarg, mit dem er bei Transparency zusammengearbeitet hatte, stellte dieser ihm Anwältin Viviane Fischer vor. Nach einigen Gesprächen beschloß man eine Aufklärungskampagne zu starten, im Stile von Expertenbefragung und neben ihm selbst und Viviane Fischer sollten noch zwei weitere Personen dem Team angehören, nämlich ein namhafter Professor für Finanzen und ein bekannter Mikrobiologe. Wolfgang Wodarg sollte als wissenschaftlicher Berater dabei sein. Doch nach den ersten beiden Treffen lehnten beide Professoren ab.

Durch den Jura-Professor Dr. Martin Schwab, der ebenfalls bei Transparency tätig war, wurden Dr. Fuellmich und Viviane Fischer die beiden jungen Studenten von Schwab, Justus Hoffmann und Antonia Fischer, vorgestellt, die dann als Ersatzpersonen die Corona-Ausschuß Vorschalt-UG mitgründeten, welche jedoch nie eingetragen wurde. Alle vier waren als Gesellschafter zu gleichen Teilen allein vertretungsberechtigt. Anfangs waren Hoffmann und Antonia Fischer bei den Sitzungen dabei, brachten sich aber nicht großartig ein und kümmerten sich auch nicht um die organisatorischen Arbeiten.

Schnell kristallisierte sich für Dr. Fuellmich heraus, daß sie nichts einbringen konnten und auch über keinerlei anwaltliche Erfahrung oder sonstige Expertisen verfügten. Hoffmann hatte zudem erst 2019 seine Anwaltszulassung erhalten. Irgendwann wollten die beiden ihr eigenes Ding machen.

Da sie offenbar dachten, genügend mediale Prominenz durch die Corona-Ausschuß-Sitzungen erhalten zu haben, zogen sie sich aus dem Corona-Ausschuß zurück und gründeten ihr eigenes Projekt, die sogenannte Mask Force und bezogen eine Ein-Raum-Kanzlei, schlossen sich mit Rechtsanwalt Marcel Templin, ebenfalls ein Student von Martin Schwab, zusammen und gründeten die Kanzlei "Hafenanwälte". Sie verschwanden aus dem Corona-Ausschuß, und es war wohl auch kein großer Verlust.

Die Geldforderungen Dr. Hoffmann/Antonia Fischer

Viviane Fischer und Reiner Fuellmich arbeiteten weiter, und laut Dr. Fuellmich tauchten die beiden Hafenanwälte einige Zeit später aus der Versenkung wieder auf. Ihre Projekte liefen nicht, wie erhofft und forderten Geld von Viviane Fischer und Dr. Fuellmich für ihre Arbeit im Corona-Ausschuß. Sie seien ebenfalls gleichberechtigte Gesellschafter und müßten über alles informiert werden, obwohl man Monate lang nichts von ihnen hörte, sah oder gar wußte, wo sie abgeblieben waren. Der Buchhalter hatte allen Beteiligten immerfort gesagt, sie sollen die UG eintragen lassen. Dies sollte dann auch endlich geschehen.

Es gab jedoch eine Patsituation in der Gesellschafter-Versammlung und man war sich nicht einig. Da sich Viviane Fischer und Dr. Fuellmich auf der einen Seite befanden und Hoffmann und Antonia Fischer auf der anderen, gab es keinen Konsens. Man konnte sich als Gesellschafter also nicht auf ein Ergebnis einigen, und laut Fuellmichs Aussage verhinderten die Hafenanwälte mit ihrem Verhalten damit die Eintragung der Vorschalt-UG und tauchten wieder ab.

Dr. Fuellmich hatte nach Gründung der ersten Gesellschaft "Corona-Ausschuß-Vorschalt-UG", die nun bekanntermaßen nie eingetragen worden war und der alle vier Anwälte als

gleichberechtigte Gesellschafter angehörten, mit Viviane Fischer als gleichberechtigte Gesellschafterin und Geschäftsführerin eine neue Gesellschaft, nämlich die Stiftung Corona-Ausschuß gegründet, nachdem beide sich nach Streitigkeiten wegen der satzungskonträren Geldforderungen von Hoffmann und Antonia Fischer für ihre Arbeit im Ausschuß und anderer Unstimmigkeiten getrennt hatten.

Dr. Fuellmich greift sicher zu einer Akte und verliest den Passus in der Satzung, der besagt, daß kein Gesellschafter einen Anspruch auf persönliche Aufwendung habe und bei Ausscheiden nur seinen Geschäftsanteil in Höhe von 125 € zurückfordern könne. Er betont immer wieder, daß er und Viviane Fischer sich einig darüber waren, daß hier keine Geldforderungen gestellt werden dürften, geschweige denn zu leisten gewesen wären. Dies wäre erstens durch die Satzung geregelt und zweitens sei es eine hanebüchene Forderung, da es sich um Spendengelder für die Ausschubarbeit handeln würde und erst recht keine Aufwandsentschädigungen gezahlt werden dürften.

Offenbar wollten sich die mit ihrem eigenen Projekt Masc Force gescheiterten "Hafenjuristen" durch ihre damalige Aufnahme in die Corona-Ausschuß-Vorschalt-UG und die angeblich daraus resultierende und verliehene "Prominenz" einen Vorteil verschaffen. Es kam zu einem Streit, in dessen Anschluß sich Dr. Fuellmich und Viviane Fischer von den beiden trennten und wie erwähnt die Stiftung Corona-Ausschuß gründeten, an der sie beide zu je 50 % beteiligt und allein vertretungsberechtigt sind. Dr. Fuellmich betonte ausdrücklich, daß sie es immer noch sind, da diese Gesellschaft eingetragen wurde und immer noch existiert.

Zum Staatsanwalt gewandt sagt Dr. Fuellmich sinngemäß, daß er, Herr John, mißbraucht worden sei von diesen Leuten, denn sie hätten ihren Plan geschickt eingefädelt, ihre Forderungen über den Weg einer Anzeige in den Strafprozeß einzubringen, da sie über den Weg des Zivilrechts niemals so weit gekommen wären und auch noch bei dem großen Streitwert eine Riesensumme als Gerichtskosten in Vorleistung hätten zahlen müssen.

So bezahlen sie nichts und vielleicht hat man ihm als Belohnung ja die Spendengelder des Ausschusses versprochen, wenn sie bei der Jagd auf ihn, Fuellmich, mitmachten, wie Viviane Fischer es ja in einer Sendung sagte und mit dem Ruf "Halali" öffentlich zur Jagd auf ihn, Reiner Fuellmich, aufrief.

Der Vorsitzende stellt viele Fragen, die Dr. Fuellmich ausführlich beantwortet und berichtet, wie sich die Arbeit mit dem Corona-Ausschuß und das gesamte Projekt in zeitlich schneller Folge verselbständigte und durch seine internationalen Kontakte eine enorme Reichweite bekam, so daß eine Unmenge an Anfragen, Hinweisen, Hilfesuchen in Form von E-Mails, Telefonaten und Briefen an die Adresse in Berlin, die auch gleichzeitig die Postadresse von Rechtsanwältin Viviane Fischer sei, ankam und die Zuschauerzahlen der Livestreams von Woche zu Woche rapide zunahmen. Und mit dieser Flut rückte auch die wichtige Arbeit der Kundenbetreuung in den Vordergrund.

Viele Menschen, die an die Postadresse in Berlin schrieben, erhielten keine Antworten. Sie taten das einzig Logische und schrieben dann die Kanzlei Fuellmich in Göttingen an, da sie diese im Internet schnell fanden. Die Kanzlei wurde geflutet und seine Mitarbeiter waren schnell ausschließlich mit der Betreuung der Menschen beschäftigt, die den Corona-Ausschuß kontaktiert hatten. Dies lief einige Zeit so, und Viviane Fischer behauptete, sie hätte mit einer Freundin, die dafür einige hundert Euro monatlich bekam, diese Flut bewältigt, was nicht stimmen würde, so Fuellmich.

Diesen Arbeitsaufwand könne man nicht mit einer Hilfskraft leisten, und es wurde gemeinsam beschlossen, daß die Kanzlei Fuellmich für die Mitarbeiter, die für den Corona-Ausschuß Kundenbetreuung betrieben und für deren Entlohnung und für die entsprechenden Sozialversicherungsbeiträge eine monatliche Zahlung erhielt. Fuellmich selbst hätte davon nichts bekommen. Weiter führte er aus, daß eine sehr hohe Spendenbereitschaft entstand, mit der man

überhaupt nicht gerechnet habe. Es konnte dann professioneller gearbeitet werden und aufgrund der internationalen Reichweite wurden Simultanübersetzer eingestellt, die IT ausgebaut, ein Manager eingestellt und zusätzliche Technik angeschafft sowie Medienspezialisten bezahlt.

Der Corona-Ausschuß erfreute sich immer größerer Beliebtheit, und plötzlich tauchten Hoffmann und A. Fischer wieder auf, mit Geldforderungen. Daß dies schon allein satzungsgemäß nicht möglich sei und es sich um Spendengelder für die Ausschubarbeit handeln würde, wurde von Füllmich und Viviane Fischer erneut wiederholt, doch Hoffmann und Antonia Fischer bestanden darauf, daß sie immer noch Mitgesellschafter der ursprünglichen Vorschalt-UG seien, Ansprüche auf alle Informationen hätten und man ja einen Abfindungsvergleich schließen könne. Dem stimmten weder Dr. Fuellmich noch Viviane Fischer zu, warfen beide raus und sprachen ihnen ein Betretungsverbot aus.

Der Vorsitzende fragte Dr. Fuellmich, ob man die Vorschalt-UG denn jemals aufgelöst hätte, was dieser verneinte, da man gesellschaftsrechtlich der Ansicht gewesen sei, nachdem man sich mit Gesellschaftsrechtlern besprochen hatte, daß dies durch den langen Rückzug der beiden und aufgrund der mangelnden Einbringung und des fehlenden Interesses an einer Mitarbeit für obsolet halte, da die Vorschalt-UG nie eingetragen wurde und durch die Patt-Situation auch kein Ergebnis erzielt werden könne, um Entscheidungen zu treffen.

Es kommen Körperschaftssteuerbescheide zur Sprache, die, wie von Justus Hoffmann behauptet, er und Antonia Fischer in nicht unerheblicher Höhe erhalten hätten. Ob Dr. Fuellmich davon wisse, fragt der Vorsitzende. Fuellmich bezweifelt dies, da er selbst ja ebenfalls Gesellschafter war und keine derartigen Bescheide erhalten hätte, und er sich nicht vorstellen könne, daß nur zwei Gesellschafter Körperschaft-Steuerbescheide erhielten, die anderen aber nicht. Ob die Vorschalt-UG nur eine kleine GmbH sei, oder wie eine GbR behandelt werden müsse, auch das müßte man in diesem Verfahren klären.

Nach dem Zerwürfnis wurde ein Vermittlungsversuch per Zoom unter der Leitung von Professor Dr. Martin Schwab unternommen. Dieser scheiterte allerdings, da Hoffmann und Antonia Fischer eine Geldsumme als Abfindung forderten, die aus den Spendengeldern, die jedoch für die Ausschubarbeit geleistet wurden von den Spendern herrühren würden. Reiner Füllmich und Viviane Fischer wiesen diesen Abfindungsvergleich zurück. Money for nothing würde er nicht akzeptieren, so Füllmich.

Als sich Dr. Füllmich über die mangelnde Sorgfalt und Organisation von Vivian Fischer beschwerte und für drei Monate in die USA reiste, wo er an der Crimes Against Humanity Tour mit renommierten Wissenschaftlern wie Dr. Judy Maikowitz teilnahm, kam es zu einem Streit mit Viviane Fischer. Sie wollte nicht, daß er solange er in USA bliebe und den Ausschluß nur per Zoom weiter begleiten würde.

Es sei zu immer weiteren Auseinandersetzung gekommen, auch hinsichtlich des Umgangs mit Gästen im Corona-Ausschuß, die in seinem hinterrücks geplanten öffentlichen Ausschluß aus seinem eigenen Corona-Ausschuß gipfelten, der live am 2.9.2022 von Viviane Fischer und dem Medien-Beauftragten der Oval Media technisch begleitet, erfolgte.

Viviane Fischer hatte mir erzählt, es fände keine Sitzung an diesem Tag statt, denn die Frau von Manager Covin Rabenstein erwarte ihr zweites Kind und man müsse deswegen verschieben. Dies war glatt gelogen, denn die Sitzung fand statt, allerdings ohne Dr. Füllmich. Viviane Fischer warf ihm Untreue und Unregelmäßigkeit mit Spendengeldern vor, ohne daß er anwesend gewesen wäre, um dazu Stellung zu nehmen.

Zufälligerweise erfolgte die Anzeige von Justus Hoffmann und Antonia Fischer gegen Dr. Reiner Füllmich ebenfalls am 2.9.2022 und umfaßte 30 Seiten, mußte also von langer Hand geplant und erstellt worden sein. Was genau wie Viviane Fischer dazu veranlaßte, dies zu tun, darüber kann Dr. Füllmich nur spekulieren.

Daß es aber schon länger Unstimmigkeiten in der Arbeitsweise und wegen mangelnder Organisation von Viviane Fischer gab, wiederholt er. Dennoch kenne er den genauen Grund nicht, warum sie sich mit den beiden Hafenanwälten gemein machte, obwohl sie wußte, daß diese ständig nach Geld fragten und diesen Abfindungsvorschlag unterbreitet hatten und auch bei Wolfgang Wodarg nachfragten, ob es nicht auch Geld für die Ausschubarbeit geben könnte und der von Viviane Fischer für das Erwähnen seines, Justus Hoffmanns Namen, in ihrem Buch, Geld verlangte.

Dr. Füllmich hält Justus Hoffmann für den Drahtzieher und sieht in Antonia Fischer eher eine Mitläuferin. Auch habe er Viviane Fischer vor den beiden gewarnt, was diese aber nicht beherzigte, und nun würde sie ja selbst von beiden ebenfalls rechtlich angegangen.

Der Vorsitzende fragt nach Einzelheiten zu den per Darlehensverträgen entnommenen Geldern. Einmal 100.000 € an Vivian Fischer und 200.000 € und 500.000 € an Dr. Füllmich. Füllmich erklärt, daß man in dieser Zeit viele Fälle kannte, bei denen wichtige und renommierte Experten im Rahmen ihrer Aufklärungsarbeit mit erheblichen Repressalien zu kämpfen hatten und man bei Professor Hockertz das Konto gekündigt oder gepfändet hätte und dies auch dem Verein MWGFD von Professor Bhakdi drohe, was sie, Viviane Fischer in ihrem Buch auch erwähnt, nämlich daß von Professor Bhakdi dies als Warnung reinkam. Der Ausschluß hatte bereits das fünfte Konto infolge, da die anderen alle ohne Angaben von Gründen gekündigt wurden.

Da Dr. Füllmich kein Freund von Banken ist, weil er im Rahmen der Schrottimmobilienskandale, die eine Wirtschaftskrise auslösten, fast alle Banken für die Geschädigten verklagt hatte, machte man sich nicht viel Hoffnung auf Hilfe von dieser Seite. Es mußte eine schnelle Lösung herbeigeführt werden, bei der das Spendengeld der Menschen, das für ein Weiterarbeiten des Corona-Ausschusses dringend erforderlich war, vor staatlichem Zugriff gesichert werden mußte und zwar so, daß es sicher sei und auch seinen Wert behielt bzw. diesen auch steigern könnte, ein Wertspeicher.

Man legte einen Teil in Gold an und entnahm offen und in den Büchern mittels Darlehensverträgen aufgeführt, die bereits genannten Summen. Viviane Fischer hätte das Geld für ihren Lebensunterhalt benutzt und Dr. Füllmich investierte eine große Summe zur Wertsteigerung seiner Immobilie, die er planmäßig verkaufen wollte, da er der Ansicht war, daß es in Deutschland zu Enteignungen über die Hintertür durch Lastenausgleichsgesetzen kommen würde. So wäre das Geld vom Zugriff des Staates auf jeden Fall gesichert.

Nach Entspannung der Gefahrenlage und erfolgtem Hausverkauf sei es geplant gewesen, das Geld dem Ausschuß zurückzuführen, was er problemlos jederzeit hätte tun können und dies mehrfach öffentlich bestätigte, da das Haus einen Wert von rund 1,3 Millionen hätte, seine Frau die Ranch in Kalifornien besäße und es jederzeit international bekannte Menschen gab, die ihm aufgrund seines Immobilienvermögens einen Kredit gewährt hätten und die er auch als Zeugen benennt.

Viviane Fischer habe Ihr Darlehen durch den Vorverkauf ihres frei erfundenen Buches gesichert, welches nur durch den Namen Dr. Reiner Fuellmich als Mitautor auf dem Cover überhaupt Interesse bei den Menschen erzeugt hätte, und das komplett von Viviane Fischer stamme und eben dies in dem Vertrag mit Dr. Fuellmich auch erwähnt wird. Ihm Worte in den Mund zu legen, so die Vermutung Fuellmichs, könnte sich rächen.

Ich erinnere mich aus diversen Chatverläufen, daß wohl heute noch viele Menschen auf die Zusendung ihres bereits bezahlten Buches warten. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. März 2024: >>**Experte: Faesers Gesetz verfassungswidrig**

Von Karel Meissner

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat eine Begründung für ihr sogenanntes Demo-

kratiefördergesetz gepostet, die für Empörung sorgt. Ein bekannter Kolumnist vergleicht das Machwerk gar mit der NS-Gesetzgebung. ...

Was Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) unter dem zynischen Tarnbegriff "Demokratiefördergesetz" an Freiheitszerstörung betreibt, ging selbst der untertänigen Bild-Zeitung zu weit: Sie veröffentlichte eine Absage an Faesers Totalitarismus. Überschrift: "Meinungsfreiheit in Gefahr - Der Streit um Regierungspläne, die an DDR-Zeiten erinnern"

In dem Artikel kommt auch der Verfassungsrechtler und ehemalige Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) zu Wort. Der bezeichnet Faesers finstere Planung "als pure Ideologie und verfassungswidrig". Sie "delegitimiert die Meinungsfreiheit, das Kernrecht unseres demokratischen Rechtsstaates!"

Dazu konnte die beste Bundesinnenministerin, die Deutschland je hatte, freilich nicht schweigen. Also teilte sie die Bild-Schlagzeile auf ihrem X-Account und kommentierte:

"Der Versuch, den Kampf gegen Rechtsextremismus als Eingriff in die Meinungsfreiheit zu diskreditieren, ist eine Verdrehung der Tatsachen. Wir bekämpfen Haßkriminalität, weil sie zu mörderischer Gewalt wie dem Attentat auf Dr. Walter Lübcke geführt hat."

Das übliche Haldenwang-Vokabular: Jede Opposition ist "rechtsextremistisch" und "Verdrehung der Tatsachen" meint: Gegen die herrschende Ideologie. Über den Lübcke-Mord als "Beleg" für die Gefährlichkeit von Opposition kommentierte Nius-Journalist Julius Böhm: "Es ist ein Frechheit sondergleichen, daß Sie den Tod eines so bodenständigen, feinen Mannes wie Walter Lübcke zum x-ten Mal als Begründung für Ihre wahnhafte Politik mißbrauchen."

Scharfe Kritik an Gesetz

Der Bundestagsabgeordnete Martin Reichardt (AfD) schickte Faesers Vorwürfe zurück an die Absenderin: "Sie hetzen und diffamieren Fr. Faeser! Das Ergebnis sehen wir gerade in einer Schule in Ribnitz-Dammgarten, in der ein Schulleiter eine andersdenkende Schülerin denunziert."

An anderer Stelle vergleicht Kolumnist Harald Martenstein die vermeintliche Demokratieförderung von Faeser, Paus & Co. gar mit der "Neufassung des deutschen Strafrechts" der Nazis von 1935. Laut dem war alles strafbar, was dem "gesunden Volksempfinden" nicht paßte. O-Ton: "Bestraft wird, wer eine Tat begeht, die das Gesetz für strafbar erklärt oder die nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient. Findet auf die Tat kein bestimmtes Strafgesetz unmittelbar Anwendung, so wird die Tat nach dem Gesetz bestraft, dessen Grundgedanke auf sie am besten zutrifft."

Klingt leider (wieder) bekannt, oder?

Sondergesetze gegen Oppositionelle, Einreiseverbot, Grundrechtsentzug und Mordaufrufe - das kommt einem irgendwie bekannt vor. In der März-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "Der neue Faschismus - Der Linksstaat marschiert" entlarven wir die totalitäre Fratze, die sich hinter den bunten Fahnen der Ampel offenbart. ...<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 19. März 2024 (x1.362/...):

>>Tiktok drosselt Reichweite von AfD-Spitzenkandidat Krah

Tiktok hat die Reichweite des AfD-Spitzenkandidaten für die Europawahl, Maximilian Krah, deutlich eingeschränkt. Beiträge des Politikers werden momentan nicht mehr im zentralen Element der App, dem sogenannten "Für dich-Feed" ausgespielt, berichtet der "Spiegel". Während Krahs Videos im vergangenen Jahr noch teils über eine Million Aufrufe erreichten, sind es momentan wenige tausend. Tiktok bestätigte dem "Spiegel" eine insgesamt 90-tägige Drosselung des Kontos.

Krah habe "wiederholte Verstöße gegen unsere Community-Richtlinien" begangen, teilte das Unternehmen mit. Welche Beiträge genau zu der Maßnahme führten, ließ Tiktok unbeantwortet. Laut "Spiegel" soll Krah mit homophoben Aussagen, mit Hetze gegen Flüchtlinge und Aussagen im Sinne der Verschwörungstheorie vom großen Bevölkerungsaustausch gegen die

Regeln der Plattform verstoßen haben.

Neben einer Einschränkung der Reichweite wurden auch mehrere Videos von Krah vollständig gesperrt, wie der AfD-Politiker dem Nachrichtenmagazin auf Anfrage mitteilte. Krah hatte zuletzt ein Buch für den vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall für Rechtsextremismus eingestuften Verlag Antaios verfaßt. Darin spricht er sich unter anderem für ein fundamental anderes Verständnis der Menschenwürde im Grundgesetz aus. Krah war zudem beim als vom Verfassungsschutz als "gesichert rechtsextrem" eingestuften "Institut für Staatspolitik" zu Gast.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. März 2024: >>**Kubicki: Verfassungsschutz ist demokratiefeindlich**

Von *S. Hofer*

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages rechnet mit "Demokratieförderung" à la Faeser und Haldenwang ab. ...

Hat sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) mit dem sogenannten Demokratiefördergesetz zu weit aus dem Fenster gelehnt? Selbst innerhalb der Ampel hat es zahlreiche Gegner. Kein Wunder, denn überdeutlich wurde klar: Wer künftig nicht den Wokeness-Quotienten von Faeser besitzt, muß mit Thomas "Mecki" Haldenwangs Lauschangriffen rechnen.

Da wären womöglich auch Liberale betroffen. Der Vizepräsident des Deutschen Bundestags und FDP-Politiker Wolfgang Kubicki stellte im Gespräch mit Nius fest:

"Ich halte Frau Faeser für eine größere Gefahr für die Demokratie als diejenigen, die sie damit meint."

Zumal, wenn man Faesers Sprachcode kennt. Wenn sie die "Verhöhnung des Staates" verfolgen will, meint sie keine Verächter dieses Landes. Dann säße ja die gesamte Antifa im Knast. Nein, "Staat" ist ein Code für "Regierung". Deren Verhöhnung soll nicht länger zulässig sein. Eine Wiederkehr der Majestätsbeleidigung, die Schlapphut-Chef Haldenwang durch seine Jagd auf sogenannte Delegetimierer vorbereitet hat.

Vor allem mit der Jagd auf Aussagen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze ist der Willkür Tür und Tor geöffnet. Kubicki: "Die Grenze des Sagbaren besteht darin, daß ein Straftatbestand verwirklicht wird. Ansonsten muß alles sagbar sein. Aber viele Menschen haben das Gefühl, man darf nicht mehr alles sagen."

Laut einer Umfrage glauben inzwischen 70 Prozent der Bürger an das Verschwinden der Meinungsfreiheit. Wenn die Merkel- und Ampelregierung einen Erfolg vorzuweisen hat, dann die Verängstigung der Bürger, die Verwandlung des Souveräns in einen Untertan.

Daß sogar Ex-Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen von der "Mecki-Behörde" überwacht wird, empfindet Kubicki als gruselig:

"Dann sind wir in einem Land, in dem wir eine Überwachungsbehörde haben mit einem Ansatz, der eigentlich demokratiefeindlich ist."

Richtig. Und wer Einschätzungen der Überwachungsbehörde zustimmend zitiert, ob als Politiker oder Journalist, hat sich damit ebenfalls als Demokratiezerstörer geoutet. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 20. März 2024 (x1.376/...): >>**FDP: "Faeser kämpft nicht gegen 'Rechts' - sie kämpft gegen das Recht!"**

Im Streit um das sogenannte "Demokratiefördergesetz" (genauer: Demokratieabschaffungsgesetz) und neue Maßnahmen zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit haben FDP-Politiker die ultralinke Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) scharf attackiert. Da fragt man sich allerdings: Wieso sitzen die vier FDP-Minister noch immer im Ampel-Kabinett?

Die FDP-Bundestagsabgeordnete und frühere Generalsekretärin Linda Teuteberg teilte auf dem Kurznachrichtendienst X Faesers Tweet, mit dem die Innenministerin ihre repressive Politik gegen Regierungskritik unter Verweis auf den fünf Jahre zurückliegenden Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke begründet hatte ("Haßkriminalität"). Teuteberg schreibt

dazu, Meinungsfreiheit und Verhältnismäßigkeitsprinzip seien "zentrale Inhalte unserer Verfassung". Legitime Kritik an Faesers Plänen "unter Verweis auf einen politischen Mord zu diskreditieren, ist infam".

Auch Kubicki sieht Parallelen zur DDR

Noch deutlicher wurde Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki: "Aus dem Kampf gegen 'Rechts' scheint ein Kampf gegen das Recht zu werden", sagte der FDP-Politiker der "Bild-Zeitung". Kubicki, der zugleich stellvertretende Bundesvorsitzender der sogenannten Liberalen ist, nannte die Innenministerin eine "Gefahr für die Demokratie". Daß er das einmal sagen würde, hätte er "sich nie träumen lassen".

Ohne ihn namentlich zu nennen, kritisierte Kubicki auch Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang (CDU), der den willkürlichen Kampfbegriff "Delegitimierung des Staates" als Begründung für die Beobachtung von Regierungskritikern durch den Inlandsgeheimdienst eingeführt hat: "Mit der Delegitimierung staatlicher Institutionen kann Kritik am Handeln staatlicher Akteure nahezu beliebig in die Nähe der Staatsgefährdung geschoben werden", warnte der Bundestagsvizepräsident.

Kubicki, von Beruf Rechtsanwalt, zog ebenfalls wie zuvor schon der Staatsrechtler Rupert Scholz (CDU) Parallelen zur "staatsfeindlichen Hetze" aus dem DDR-Strafgesetzbuch: "Die Innenministerin scheint sich offenbar nicht daran zu stören, daß sie in diese autoritäre Denkweise verfällt. Ich kann nur sagen: Nicht mit mir, Frau Faeser!"

Tja, lieber Herr Kubicki, aber wohl mit den vier FDP-Ministern im Bundeskabinett. Schon vergessen? Die FDP hat das Schlimmste in dieser Regierung nicht verhindert, sie hat es erst möglich gemacht!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 21. März 2024 (x1.361/...):

>>Baerbock stellte Strafantrag gegen Unternehmer, der die Grünen kritisierte - Freispruch

Zur Stunde muß sich ein bayerischer Unternehmer vor Gericht wegen eines Spott-Plakats gegen die Grünen verantworten. Während des Prozesses stellte sich heraus, daß Außenministerin Baerbock persönlich den Strafantrag stellte.

Henry Albrecht

Aktuell läuft am Amtsgericht Miesbach in Bayern der Prozeß gegen den Unternehmer Michael Much aus Gmund am Tegernsee. Dieser sorgten im September 2023 für Aufsehen, indem er nach eigenen Angaben Spott-Plakate direkt vor seiner Haustür aufhing. Auf diesen äußerte er Kritik an der Politik von vier Grünen-Politikern, darunter die Grünen-Chefin Ricarda Lang, der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sowie Außenministerin Annalena Baerbock. Diese Plakate wurden dann zum Fall für den Staatsanwalt.

Der Kopf der Ministerin wurde mit einem schelmischen Grinsen auf einen Kinderkörper gephotoshopt. Diese fühlte sich von den Karikaturen derart beleidigt, daß sie persönlich einen Strafantrag wegen Beleidigung gegen den Unternehmer stellte. Laut dem Richter habe Baerbock das entsprechende Formular für eine solche Anzeige unterschrieben. Darüber berichtete zuerst das Portal Nius.

Die Plakate enthielten unter anderem das berühmte Zitat von Habeck, in dem er sagte, daß Unternehmen nicht insolvent werden, sondern lediglich die Produktion einstellen. Darunter kommentierte der Unternehmer mit der Frage: "Kann Habeck überhaupt bis drei zählen?"

Die Aktion des Unternehmers führte zu einer Hausdurchsuchung durch die Polizei am 25. Oktober. Die Staatsanwaltschaft München II sieht "den Tatbestand der Beleidigung gegen Personen des politischen Lebens in vier tateinheitlichen Fällen zum Nachteil von Cem Özdemir, Annalena Baerbock, Dr. Robert Habeck und Ricarda Lang als erfüllt" an.

Nachdem Unternehmer Much zugegeben hatte, die Plakate selbst aufgehängt zu haben, wurde von der Staatsanwaltschaft München II eine Geldstrafe von 6.000 Euro wegen Beleidigung

gegen Personen des politischen Lebens per Strafbefehl erlassen. Das kommt nun vor Gericht. Der Fall wird am 21. März vor dem Amtsgericht in Miesbach verhandelt.

Update: Soeben bestätigte das Gericht, daß die Plakate und die Aktion des Unternehmers nicht strafbar waren und sprach Much frei.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 21. März 2024: >>**AfD-Schikanen: Die wahre Verhöhnung**

Von *Sven Eggers*

Die AfD wird nicht allein von Staatsmedien und Antifa schikaniert, sondern auch von Regierung und Bundestag. Seit Jahren werden der Opposition wesentliche Einflußnahmen vorenthalten. ...

Das Grundgesetz räumt bundesdeutschen Parteien eine besondere Stellung ein. Dazu zählt ausdrücklich auch die Gleichbehandlung. Nicht einmal ausgewiesene AfD-Gegner werden behaupten, daß dies derzeit gewährleistet sei. Im Gegenteil: Die AfD wird von Mächtigen aggressiv bekämpft und benachteiligt.

Beispielsweise verweigern Altparteien der AfD ebenso willkürlich wie hartnäckig den ihr unbestritten zustehenden Posten eines Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages. Gleiches gilt für das Recht der AfD, den Bundestagsausschüssen Inneres, Gesundheit sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorzusitzen. Vertreter anderer Parteien blockieren hier mit fiesem Tricks. Dagegen klagt die AfD gegenwärtig.

Auch der Umgang im Parlament mit AfD-Rednern schreit zum Himmel. Vertreter der herkömmlichen Parteien pöbeln, beleidigen und beschimpfen ihre andersdenkenden Kollegen in tatsächlich oftmals widerlicher Art und Weise. Ordnungsrufe erfolgen hingegen sehr einseitig Richtung AfD.

Das Recht der Abgeordneten, schriftliche Fragen zu stellen, wird durch die Antworten ferner oftmals geradezu konterkariert. Als beispielsweise der Abgeordnete Jan Wenzel Schmidt jetzt wissen wollte, ob die Bundesregierung denn ausschließen könne, daß "V-Personen des Bundesverfassungsschutzes in der AfD Straftaten begehen", da lautete die bezeichnende Antwort wie folgt:

"Die Bundesregierung ist nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, daß eine Beantwortung der Frage nicht erfolgen kann. Die erbetenen Auskünfte sind geheimhaltungsbedürftig, weil sie Informationen enthalten, die im Zusammenhang mit der Arbeitsweise und Methodik des Bundesamtes für Verfassungsschutz und insbesondere dessen Aufklärungsaktivitäten und Analysemethoden stehen."

Auch folgende Frage des AfD-Abgeordneten Leif-Erik Holm erscheint eigentlich sehr naheliegend: "Hatten Mitglieder der Bundesregierung noch andere Quellen oder Informationen als den Bericht 'Geheimplan gegen Deutschland' des Journalistenverbandes 'Correctiv' vom 10. Januar 2024, der sie zu Aussagen veranlaßte, auf einer 'Geheimkonferenz' in Potsdam hätten 'Extremisten' darüber beraten, 'wie sie Millionen Menschen aus unserem Land vertreiben können' sowie einen 'teuflischen Pakt' und 'abstoßenden Umsiedlungspläne' (Bundeskanzler Scholz, 19. Januar 2024) geschmiedet oder bei dem Treffen in Potsdam sei es um ‚rassistische Deportationsfantasien (Bundesinnenministerin Nancy Faeser, 26. Januar 2024) gegangen ...?'"

Hier die Antwort der Bundesregierung:

"Nach sorgfältiger Abwägung ist die Bundesregierung zu der Auffassung gelangt, daß eine Beantwortung der Frage aufgrund entgegenstehender überwiegender Belange des Staatswohls nicht erfolgen kann."

Der einst für die AfD in den Bundestag gewählte und mittlerweile fraktionslose Abgeordnete Johannes Huber wollte von der Bundesregierung wissen: "Welche Definition verbirgt sich hinter der Formulierung ‚den Staat verhöhnern‘ und welche Merkmale muß eine Person in diesem Zusammenhang erfüllen, um unter den 'Rechtsextremer' zu fallen?'"

Die Antwort, unterzeichnet von der Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter: "Bei der in Bezug genommenen Äußerung handelt es sich erkennbar nicht um eine von Bundesministerin Nancy Faeser vorgenommene eigenständige juristische Kategoriebildung; aus dem in der Fragestellung nicht mitzitierten Kontext geht vielmehr hervor, daß die Äußerung auf 'rechtsextreme Netzwerke' bzw. 'Rechtsextremisten' gemünzt ist. Maßgeblich für die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden ist insbesondere der gesetzliche Auftrag von § 3 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes."

Solcherlei Nicht-Antworten sind letztlich Provokationen, die mit den vielbeschworenen demokratischen Gepflogenheiten nichts zu tun haben, sondern sie geradezu verhöhnen. Allerdings, und die neuen Umfragen bestätigen das, durchschauen immer mehr Bürger, was hier gespielt wird.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 21. März 2024 (x1.361/...):
>>Mutmaßliche Reichsbürger: Über 400 Tagen U-Haft: Mitglied der Reuß-Gruppe noch vor Prozeßbeginn verstorben

Ein Mitglied der Reuß-Gruppe, welche von der Bundesanwaltschaft wegen eines mutmaßlichen Putsches angeklagt wurde, ist kurz vor Prozeßbeginn verstorben. Seit über 458 Tagen sitzen die 26 Männer und Frauen rund um den Unternehmer Prinz Reuß in Untersuchungshaft. Der verstorbene Norbert G. wurde aufgrund von schwerer Krankheit kurz zuvor vorläufig aus der Haft entlassen.

Henry Albrecht

Ein Mitglied des engeren Kreises der sogenannten Reuß-Gruppe ist verstorben. Norbert G. zählte zu den Personen, denen vor mehr als 458 Tagen rund um den Unternehmer Heinrich XIII. Prinz Reuß von der Bundesanwaltschaft ein Putsch vorgeworfen wurde. Noch vor Beginn des Prozesses ist Norbert G. laut Informationen von ZEIT Online den Folgen einer schweren Krankheit erlegen. Aufgrund dieser Krankheit war der zur Festnahme 72-Jährige vorläufig aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Derzeit sind in dem umfangreichen Verfahren noch 26 Männer und Frauen vor den Oberlandesgerichten Frankfurt, München und Stuttgart angeklagt. Bisher hat nur das Stuttgarter Gericht die Anklage zugelassen. Der Prozeß soll dort am 29. April beginnen. Die Oberlandesgerichte München und Frankfurt haben bisher noch keine Entscheidung darüber getroffen, ob sie die Verfahren eröffnen werden. Neben Reuß sind noch ehemalige Bundeswehr-Oberstleutnant Rüdiger von Pescatore, sowie die frühere AfD-Bundestagsabgeordnete und Richterin Birgit Malsack-Winkemann wegen eines mutmaßlichen Putsches angeklagt.

G. wurde beschuldigt, Teil einer terroristischen Organisation gewesen zu sein und an den Vorbereitungen eines "hochverräterischen Unternehmens" beteiligt gewesen zu sein. Die Karlsruher Terrorismusermittler vermuten, daß G. als Leiter der "Heimatschutzkompanie Nr. 148" fungierte. Diese Gruppe, angeführt von Reuß, plante offenbar, ein bundesweites Netz ähnlicher Bürgerwehren aufzubauen, die im Falle eines Umsturzes die Funktionen von Polizei und Bundeswehr übernehmen sollten.

Einige der Verdächtigen hatten bereits Dienststempel und Kfz-Kennzeichen angefertigt, Rekrutierungsveranstaltungen organisiert und Kasernen ausgekundschaftet. Die Gruppe beabsichtigte insgesamt 286 militärisch organisierte Kompanien zu etablieren. Bis zur Zerschlagung der mutmaßlichen Terrorgruppe im Dezember 2022 waren jedoch nur drei solcher Kompanien aktiv, wie die Ermittlungen zeigten. Aufgrund des hohen Alters der Beschuldigten und der geringen Aussichtschanzen des geplanten Putschs sprach man immer wieder von einem "Rollator-Putsch".<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 21. März 2024 (x1.360/...): >>Umfrage bestätigt Kritik der AfD: Jeder Zweite mißtraut dem "Verfassungsschutz"!

Diese Zahlen sind unbequem für die etablierten Parteien: Laut einer repräsentativen Umfrage des INSA-Instituts geht eine relative Mehrheit von 48 Prozent der Befragten davon aus, daß der sogenannte Verfassungsschutz "zu politischen Zwecken mißbraucht wird". Nur 31 Prozent der Befragten halten einen solchen Mißbrauch nicht für wahrscheinlich. Spannend auch: Die Grünen sind die einzige Partei, deren Anhänger mehrheitlich dem "Verfassungsschutz" vertrauen. Das kommt uns bekannt vor: Erst kürzlich hatte eine Studie ergeben, daß Grünen-Anhänger das größte Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben. ...

Verwunderlich ist das breite gesellschaftliche Mißtrauen indessen nicht. Schließlich ist das Bundesamt für Verfassungsschutz "dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) nachgeordnet" und "untersteht dessen Dienst- und Fachaufsicht" (Wikipedia). Die Innenministerin heißt Nancy Faeser (SPD) und schrieb selbst einst für ein linksradikales "Antifa-Magazin". Der Präsident der Behörde, Thomas Haldenwang (CDU), versucht auf seinen Pressekonferenzen kaum noch zu kaschieren, daß er wie ein eifernder Wahlkämpfer der Ampel-Regierung wirkt. Es ist deshalb ein gutes Zeichen, daß immer mehr Bürger den Verlautbarungen des faktischen Regierungsschutzes mißtrauen!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 21. März 2024: >>Taliban welcome, Sellner raus!

Von *Daniell Pföhringer*

Während über Deutschlands offene Grenzen allein im vergangenen Jahr mehr als 350.000 Migrant*innen eingereist sind, darf Martin Sellner vorerst drei Jahre lang nicht mehr den Boden der BRD betreten. Mit Islamisten, potentiellen Terroristen und Kriminellen hat man hierzulande offenbar weniger Probleme. ...

Im November 2023 konnte die DITIB-Moschee in Köln-Chorweiler einen ganz besonderen Ehrengast begrüßen. Abdul Bari Omar, seines Zeichens Direktor der Lebensmittel- und Arzneimittelbehörde der Taliban, sprach in dem islamischen Gotteshaus des deutsch-türkischen Religionsverbandes vor einem guten Dutzend Muslime über die Vorzüge des Regimes in Afghanistan. Omars Appell: "Freunde, laßt uns den Fakten über die Errungenschaften der Taliban Aufmerksamkeit schenken, ohne auf die Medien zu achten. Wir müssen versuchen, die Fakten selbst herauszufinden."

Auf Nachfrage des Nachrichtenportals Der Westen zeigte sich die DITIB ahnungslos. Man habe den Saal der Kölner Moschee einem "Kulturverein der Kunar Jugendlichen e.V." zur Verfügung gestellt, erklärte der von Ankara aus gesteuerte Verein. Entgegen vertraglicher Vereinbarungen seien die Räumlichkeiten dann zu politischen Zwecken mißbraucht worden. "Wir sind schockiert über diese Veranstaltung. Wir sind zutiefst enttäuscht, daß unser Vertrauen dermaßen ausgenutzt wurde", so ein DITIB-Sprecher.

Innenminister zuckt mit den Schultern

Die türkischen Moslems waren nicht die Einzigen, die Interesse an einer Nachhilfestunde in Sachen Steinzeit-Islam hatten. Kurz nach Omars Auftritt in Köln wurde bekannt, daß auch die Evangelische Kirche von Westfalen einen Taliban-Vertreter zu einer Afghanistan-Tagung in Schwerte eingeladen hatte. Der wurde nach dem Eklat in der DITIB-Moschee allerdings schnell wieder ausgeladen.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) erklärte im Nachgang, man habe überhaupt nichts gegen den Taliban-Auftritt in Köln tun können. Schließlich bewerte der Generalbundesanwalt die wahhabitische Gruppe nicht als terroristische Vereinigung. Sie sei in Deutschland nicht verboten, dementsprechend gebe es kein "Betätigungsverbot nach dem Vereinsgesetz". Die Empörung über die Veranstaltung wirke auf ihn "wie Theater". Ein sol-

cher Auftritt könne "bei uns immer wieder passieren".

Unklar blieb zunächst, wie Omar überhaupt nach Deutschland eingereist war. Dem Auswärtigen Amt sei der Besuch nicht angekündigt und dem Taliban-Vertreter kein Visum erteilt worden. Dann allerdings sickerte durch, daß der Afghane über die Niederlande in die Bundesrepublik gekommen war. Die Sicherheitsbehörden hatten davon offenbar überhaupt keine Kenntnis.

Sellner wie ein Terrorist behandelt

Während allein im letzten Jahr über 350.000 Migranten nach Deutschland eingereist sind, um hier Asyl zu beantragen, und selbst Hardcore-Islamisten und potentielle Terroristen ungehindert die offenen Grenzen passieren können, hat die Ausländerbehörde der Stadt Potsdam nun gegen den friedlichen Aktivist und Buchautor Martin Sellner ein bundesweites Einreiseverbot verhängt.

Zumindest meint man, so eine Maßnahme verhängen zu können - denn ob dies überhaupt rechtmäßig ist, ist mehr als zweifelhaft. Sellner hat dagegen Widerspruch eingelegt.

In der Begründung der Behörde heißt es, Sellner wolle die "unverrückbaren staatlichen Grundlagen der Bundesrepublik" verändern. Explizit wird dabei nicht nur auf seine geplanten Auftritte im Rahmen der "Blaue Welle-Tour" von COMPACT Bezug genommen, sondern auch auf das sogenannte Geheimgespräch von Potsdam im November 2023, wo der Österreicher zum Thema Remigration referierte. Über das Thema hat er inzwischen auch ein Buch veröffentlicht.

Zudem verletzen Sellners Ideen "zugrundeliegende Ethnopluralismus" die "Garantie der Menschenwürde" und das "Staatsvolksverständnis des Grundgesetzes", meint die Potsdamer Ausländerbehörde. Er handle "undemokratisch und damit rechtsstaatswidrig" und negiere "die historische Verpflichtung Deutschlands für den Holocaust". Damit gefährde der identitäre Aktivist "das friedliche Zusammenleben der Völker". Zusammenfassend heißt es in dem Schreiben: "Für all dieses können Sie Freiheitsrechte in der Bundesrepublik nicht beanspruchen."

Republik in Schieflage

Während also Taliban Omar seine Islam-Thesen in Köln verbreiten konnte und dies laut Reul "bei uns immer wieder passieren" könne, setzt man Sellner vor die Tür. Merke: Wer zum Dschihad aufruft und das Steinigen von Frauen duften findet, ist "welcome". Aber wer sich Gedanken darüber macht, wie man sich Leute ähnlichen Schlages mit rechtsstaatlichen Mitteln entledigt, muß draußen bleiben!

Der Fall des Taliban in Köln ist allerdings nur einer von vielen, über die man den Kopf schüttelt - und noch nicht einmal der schlimmste. Man denke nur an den Mordfall Mia im Dezember 2017: Das 15-jährige Mädchen aus Kandel wurde von Abdul D., einem abgelehnten Asylbewerber aus Afghanistan, in einem Drogeriemarkt erstochen.

Der Täter war im April 2016 in das Bundesgebiet eingereist und gab an, ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling zu sein. Im Zuge des Prozesses wurde allerdings mittels eines ärztlichen Gutachtens festgestellt, daß Abdul D. zur Tatzeit zwischen 20 und 21 Jahre gewesen sein muß. Trotz eines abgelehnten Asylantrags und einer Gefährderansprache wurde er nicht ausgewiesen - mit tödlichen Folgen.

Tatsächlich gefährliche Ausländer läßt man in Deutschland also gewähren, während ein Österreicher wie Sellner, der keiner Fliege etwas zuleide tut, aber sich in seinem Büchern "Regime Change von rechts" und "Remigration" Gedanken darüber macht, wie die Migrationsfrage mit demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln gelöst - und somit auch wieder für mehr Sicherheit gesorgt - werden kann, mit einer Einreisesperre belegt wird. Das sagt viel über den Zustand dieser Republik aus.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 21. März 2024 (x1.361/...):

>>Wer die politische Neutralität der Schulen in Frage stellt, greift die Wurzel der Demokratie an

Als Lehre aus dem Nationalsozialismus wurde die Bildung in der Bundesrepublik föderalisiert und die absolute weltanschauliche und politische Neutralität an Schulen festgeschrieben. Doch dieser Grundsatz scheint immer weniger zu gelten. Der Fall Loretta zeigt, wie schnell Schüler heute zu Denunziations-Opfern ihrer eigenen Vertrauenspersonen werden können.

Jonas Aston

"Wie sieht denn bei Euch zu Hause die Fernseh-Uhr aus? Hat sie Punkte oder Striche?" Mit dieser Frage wurden unzählige Schüler in der DDR konfrontiert. Familien, deren Kinder diese Frage wahrheitsgemäß beantworteten, konnte erheblicher Ärger drohen. "Punkte" bedeuteten nämlich, daß die Familie Westfernsehen schaute. Im Staatsbürgerkundeunterricht wurden den Schülern die marxistisch-leninistische Weltanschauung und die Bekämpfung des "Klassenfeinds" eingebläut.

Ebenso versuchte der Nationalsozialismus über die Schulen den Lebensalltag der heranwachsenden Bürger zu durchdringen. Im Biologieunterricht wurde der Schwerpunkt auf die Vererbungskunde und die Rassenlehre gelegt. Im Deutsch- und Geschichtsunterricht ging es um die Vermittlung von "vaterländischer Größe". Zudem wurde die Stundenzahl des Sportunterrichts erhöht, um die Schüler zunehmend wehrfähig zu machen. Ideologisch geprägte Rituale und NS-Symbolik wie Hakenkreuze, Fahnenappelle und Hitlergruß-Gesten spielten im Schulalltag eine immer größere Rolle.

Freiheitsfeindliche Systeme zielen stets darauf ab, die Menschen von Kindesbeinen an mit ihrer Ideologie zu durchdringen. Aus diesem Grund sollte ab 1949 sichergestellt werden, daß die Schulen nicht mehr an einer zentralen Stelle zusammengeführt und der Ideologisierung der Schulen so schon strukturelle Hürden in den Weg gelegt werden. Im Grundgesetz ist das Föderalismusprinzip - genauso wie das Demokratie-, das Sozialstaats- und das Rechtsstaatsprinzip - mit einer Ewigkeitsgarantie versehen und kann daher nicht beseitigt werden.

Das Ende der politischen Neutralität der Schulen

Dennoch wird der Föderalismus gerade im Bildungsbereich seit Jahren ausgehöhlt und die Finanzierung auf den Bund ausgelagert. Durch den Digitalpakt sollen beziehungsweise haben Schulen bundesweit etwa 6,5 Milliarden erhalten. Unterstützt wurde dieser Pakt von sämtlichen im Bundestag vertretenen Parteien, abgesehen von der AfD. Zudem hat die Ampel gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz kürzlich beschlossen, daß bis 2035 "sozial benachteiligte Schüler" 20 Milliarden Euro erhalten sollen.

In der Bundesrepublik Deutschland sollte an den Schulen zudem die absolute weltanschauliche und politische Neutralität gelten. Doch an diesen Grundsatz wird schon länger die Axt angelegt. 1995 erhielt die erste Schule in Deutschland den Titel "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage". Im April 2018 gehörten diesem Netzwerk deutschlandweit fast 2600 Schulen an, die von mehr als 1,5 Millionen Schülern besucht werden. Damit ist es das größte Schulnetzwerk in ganz Deutschland. Um den Titel "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" zu erhalten, ist eine Zustimmung von mindestens 70 Prozent aller Personen erforderlich, die in der Schule lernen und arbeiten.

Durch die Unterzeichnung der Selbstverpflichtungserklärung verpflichten sie sich dazu, zukünftig jegliche Form von Diskriminierung abzulehnen. Die Schule muß zudem mindestens einmal jährlich einen Projekttag zu diesem Thema durchführen. Im Falle von Diskriminierungsfällen verpflichten sich die Unterzeichner dazu, aktiv einzugreifen. Durch die Kampagne "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" haben die Bildungseinrichtungen hierzulande eine massive Ideologisierung erfahren.

"Schutzraum Schule" im Auflösungszustand

Auch der Fall der 16-jährigen Loretta zeigt, daß der "Kampf gegen Rechts" inzwischen außer Kontrolle geraten ist. In der Schule sollte für Kinder und Schüler ein sicherer Ort sein. Durch übereifrige Schulleiter wie Jan-Dirk Zimmermann an dem Richard-Wossidlo-Gymnasium in Ribnitz-Damgarten befindet sich der "Schutzraum Schule" im Auflösungszustand. Die Denunziation scheint an den Bildungseinrichtungen inzwischen Schule zu machen.

Das zeigt nicht zuletzt auch die Kampagne, die im vergangenen Spätsommer gegen Bayerns Vizeministerpräsident Hubert Aiwanger (Freie Wähler) gefahren wurde. Aiwangers ehemaliger Lehrer, Franz Graf, stach jahrzehntealte antisemitische Flugblätter an die Süddeutsche Zeitung durch und behauptete, Aiwanger hätte diese verfaßt. Von dieser Geschichte ist nichts übriggeblieben und doch hatte diese Kampagne das Potential, die Karriere von Aiwanger zu zerstören.

Durch ein solches Vorgehen wird das Vertrauensverhältnis von Schülern und Lehrern nachhaltig beschädigt. Schüler, Eltern und Lehrkräfte müssen sich auf Dauer darauf verlassen können, daß schulische Interna nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Ebenso muß man sich darauf verlassen können, daß Schulleiter nicht bei der erstbesten Gelegenheit die Polizei zur Abführung von Schülern kontaktieren, sondern zunächst einmal das Gespräch mit dem Schüler und gegebenenfalls den Eltern suchen.

Wenn Jan-Dirk Zimmermann irgend etwas daran liegt, daß die Schule ein Raum für Bildung ist, dann müßte er zurücktreten. Der Skandal ist nicht, daß ein 16-jähriges Mädchen irgendwelche Inhalte auf Social Media geteilt hat. Der Skandal ist, daß der Schulleiter als die verantwortliche Person noch immer in Amt und Würden ist. Tritt er nicht aus freien Stücken zurück, müßte das Kultusministerium eingreifen.

Ebenso wie Zimmermann vom Kultusministerium ernannt wurde, kann er von diesem auch wieder abberufen werden. Daß Kultusministerin Simone Oldenburg (Die Linke) Schritte in diese Richtung unternehmen würde, ist gegenwärtig nicht zu vernehmen. Im Gegenteil: Die Regierungskoalition um Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) weist sämtliche Vorwürfe von sich.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. März 2024: >>**Historisch einmalige Angriffe auf COMPACT**

Von Jürgen Elsässer

Erklärung des Chefredakteurs: Seit Februar laufen die schwersten Angriffe auf COMPACT-Magazin seit seiner Gründung vor 14 Jahren. Zuerst kam das Verkaufsverbot durch die großen Kiosketten, dann folgte die Kündigung unseres Bankkontos. Wir als reichweitenstärkstes Magazin der Opposition - es werden pro Monat 40.000 Exemplare verkauft - sollen platt gemacht werden, um die so dringend benötigte Wende in unserem Land unmöglich zu machen. Das Regime handelt in Panik, weil sein Ende absehbar ist. Trotzdem ist sein Umsichschlagen gefährlich: Wir sehen die wirtschaftliche Zukunft von COMPACT bedroht und bitten unsere Leser und Sympathisanten um Unterstützung.

Die koordinierte Attacke von mehreren Seiten ist seit der Spiegel-Affäre vor 60 Jahren der brutalste Angriff auf die Pressefreiheit in der BRD. Jetzt schlagen wir juristisch zurück! Denn das Verkaufsverbot gegen COMPACT durch die größten Anbieterketten ist illegal, und deshalb haben wir aktuell einen Eilantrag beim Landgericht Hamburg gegen die Valora Holding Germany GmbH gestellt, den größten Betreiber von Bahnhofsbuchhandlungen. Der Ausgang wird darüber entscheiden, ob es noch Pressefreiheit in Deutschland gibt.

Zusammenspiel mit dem Geheimdienst

Das Verbot gegen eine unserer Geschichtsausgaben (2022) ging ins Leere: Alle Exemplare wurden vor dem Urteil verkauft.

Seit Anfang Februar ist COMPACT an Bahnhöfen, Flughäfen und weiteren attraktiven Ange-

botsorten nicht mehr erhältlich. Die Betreiber der entsprechenden Verkaufsstellen, also Valora und andere Monopolisten, berufen sich darauf, daß der Verfassungsschutz (VS) das Magazin als "gesichert rechtsextrem" eingestuft habe.

Diese Einstufung ist allerdings bereits vor über zwei Jahren erfolgt, ohne daß es Einschränkungen gegeben hätte. Erst jetzt verhängten die Verkaufsriesen ein Verkaufsverbot. Unabhängig davon darf die Einstufung einer Publikation durch den VS - den Inlandsgeheimdienst - laut deutschem Presserecht nicht zu einem Ausschluß der Publikation aus dem Verkauf führen.

Die gültige Rechtslage faßte der Gesamtverband Pressegroßhandel, dessen Mitgliedsfirmen vor allem die Zehntausende kleinen Kioske im Bundesgebiet beliefern, vor Kurzem richtig so zusammen. "Es liegen keine Informationen vor, wonach einzelne Ausgabe des Magazins COMPACT oder das Magazin als solches auf dem Index stehen oder durch die zuständigen Behörden verboten wurden", so Geschäftsführer Kai Albrecht in einer schriftlichen Stellungnahme gegenüber dem Pressedienst "Übermedien".

Er verweist auf die Pressefreiheit und den daraus folgenden neutralen Versorgungsauftrag des Pressegroßhandels - dessen angeschlossene Kioske führen COMPACT also oft (nicht immer!) weiter. Die Handelsriesen, die Bahnhöfe und Verkaufsknotenpunkte beherrschen, fühlen sich durch diese Stellungnahme aber nicht mehr gebunden und halten am Bruch des deutschen Presserechts und damit auch am Bruch des Grundgesetzes (Artikel 5: Meinungs- und Pressefreiheit) fest: Ihr Verkaufsverbot gegen COMPACT bleibt in Kraft. Deswegen jetzt die Einstweilige Verfügung durch COMPACT.

Sparkasse als Büttel des Regimes

Die Mittelbrandenburgische Sparkasse führte die Geschäftskonten von COMPACT, beginnend ab 2011 - vor kurzem hat sie diese zum 30.4. gekündigt. Mitte März hat das Landgericht Potsdam einen Eilantrag von COMPACT dagegen abgewiesen. Was macht das Urteil zu einem in der BRD-Geschichte einmaligen Skandal? Es kam schon oft vor, daß Banken einem Kunden das Konto gekündigt haben - zuletzt traf es Tino Chrupalla, vorher schon x-fach Martin Sellner.

Sehr selten konnten aber Sparkassen eine Kündigung durchsetzen, denn sie sind - anders als Privatbanken - als öffentlich-rechtliche Institutionen in besonderer Weise den Grundrechten verpflichtet und müssen allen Bürgern in ihrem Einzugsbereich ein Konto zugestehen - auch als Daseinsfürsorge, denn ohne Konto kann heutzutage niemand mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Wo Sparkassen trotzdem kündigten, handelte es sich um kriminelle Aktivitäten des Kunden, etwa Geldwäsche, Betrug und Inkassotricks, die über das Konto abgewickelt wurden. Noch nie ist es dagegen vorgekommen, daß eine Sparkasse einem Presseorgan das Konto gekündigt hat - schließlich garantiert Artikel 5 Grundgesetz in besonderer Weise die Freiheit der Medien.

Deswegen haben etliche Medien aus dem oppositionellen Spektrum ein Konto bei ihrer Sparkasse. Als eine Sparkasse vor einigen Jahren einem "rechtsextremen" Verlag aus Schleswig-Holstein ein Konto verweigern wollte, zwangen die Richter die Bank zum Rückzug des Verbots. Die Kündigung der COMPACT-Kunden durch die MBS ist also ein skandalöser Präzedenzfall.

Neues Bankkonto beantragt

Beide Angriffe zeigen, daß das Ampel-Regime seit der Correctiv-Affäre beim sogenannten Kampf gegen Rechts alle legalen Grenzen überschreitet. Wir hoffen, daß wir - wie in der Vergangenheit - die Attacken mit Hilfe unserer Leser zurückschlagen können. Ein neues Bankkonto ist schon beantragt, hier werden wir 'nur' die Verluste bei der Umstellung zu bewältigen haben.

Aber das Kiosk-Verbot ist gravierend, denn COMPACT wird dadurch von den lukrativsten Marktsegmenten abgedrängt, verliert die Laufkundschaft und kann keine neuen Leserschichten mehr ansprechen. Wir rechnen kumuliert mit monatlichen Verlusten von 50.000 Euro! Einstweilen können wir das stemmen, denn wir haben Rücklagen gebildet - auf die Dauer aber sind solche roten Zahlen tödlich selbst für ein gesundes Unternehmen wie COMPACT.

Wie SIE uns helfen können

Wir rufen unsere Leser auf, nun auf den Abo-Bezug der Zeitschrift umzusteigen, um den Einkommensrückgang durch das Kiosk-Verkaufsverbot wenigstens teilweise zu kompensieren. Fast 1.000 Neuabonnenten kamen in den letzten vier Wochen dazu. Aber das reicht noch lange nicht. Jedes COMPACT-Abo stärkt die Existenz von COMPACT - und verteidigt die Pressefreiheit! Übrigens: Wir bieten auch digitale Abos an!

Außerdem bitten wir um Spenden für die derzeit schon hohen Kosten der juristischen Klagen. Auch gegen die Sparkasse, die unser Konto gekündigt hat, werden wir wohl erneut klagen müssen. Schon aktuell sind Verfahrenskosten von knapp 20.000 Euro aufgelaufen. ...

Die COMPACT-Familie steht zusammen! Alle zusammen haben wir in der Vergangenheit alle Angriffe zurückgeschlagen, und COMPACT ist immer stärker geworden. Das wird auch dieses Mal gelingen! Gemeinsam holen wir uns unser Land zurück!

Herzlich, Ihr Jürgen Elsässer<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 23. März 2024 (x1.361/...):

>>Debatte im Bundestag: Fall Loretta: SPD, Grüne und Linke feiern Verhalten von "couragiertem" Schulleiter als "vorbildlich"

Der Fall der 16-jährigen Loretta, die wegen Social-Media-Posts von der Polizei aus dem Unterricht geholt wurde, hat den Bundestag erreicht. Linke, SPD & Grüne loben den Schulleiter, der das Mädchen bei der Polizei meldete.

Henry Albrecht

Vor gut drei Wochen wurde der Skandal rund um die 16-jährige Schülerin Loretta aus Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Die Schülerin wurde wohl auch wegen von AfD-freundlichen Social-Media-Posts von der Polizei aus dem Unterricht geholt und erhielt eine Gefährdungsansprache. Initiiert wurde all das vom Schulleiter ihres Gymnasiums.

Nun erreichte der Fall den Bundestag, in einer aktuellen Stunde diskutierte das Parlament am Freitag über den Fall. Von Linken, SPD und Grüne kam jetzt reichlich Lob für den Schulleiter, der Loretta anschwärzte.

Die Grünen-Abgeordnete Lamy Kaddor erklärte im Plenum das Verhalten des Schulleiters als "vorbildlich". Der SPD-Abgeordnete Martin Rabanus, sprach von einem "couragierten Schulleiter". Anke Domscheit-Ber (Linke) erklärte, die öffentliche Abführung Lorettas zur "Prävention".

Anna Kassautzki von der SPD kritisierte den Beitrag ihres Vorredners scharf, indem sie ihm "Lügen, Haß und Unfrieden" vorwarf. Sie beschuldigte die AfD, den Vorfall in Ribnitz-Damgarten zu verzerren und die betroffene Schülerin für eine Kampagne zu mißbrauchen, die darauf abzielt, den demokratischen Rechtsstaat zu diskreditieren.

Die Union schloß sich der Kritik von links an. Lars Rohwer von der CDU/CSU beschuldigte die AfD, vorsätzlich zur gesellschaftlichen Spaltung beizutragen. Er betonte, daß in deutschen Schulen "weder staatliche Einschüchterung noch ideologische Repression" stattfindet, sondern daß Schülerinnen und Schüler dort im Geiste der Demokratie und Freiheit erzogen würden. Rohwer unterstrich die volle Unterstützung der Schulleitungen und Lehrkräfte durch seine Partei, getragen von echter Überzeugung.

Die AfD verurteilte das Vorgehen von Schule und Polizei scharf. Leif-Erik Holm von der AfD betonte, daß hier klar eine Grenze übertreten wurde. Er kritisierte, daß die Schülerin "mit der ganzen Macht des Staates drangsaliert" worden sei, ein Vorgehen, das in einer Demokratie

"absolut unwürdig" sei. Weiterhin plädierte Holm dafür, daß junge Menschen in Deutschland die Möglichkeit haben sollten, "frei aufwachsen" zu können. Er argumentierte gegen das Heranziehen von "Duckmäusern" und sprach sich für die Förderung von "freien, selbstredenden Menschen" aus.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 25. März 2024 (x1.361/...):

>>**Evangelische Kirche: Pfarrer wegen AfD-Kandidatur gefeuert**

Martin Michaelis kandidierte als Parteiloser für die AfD in Quedlinburg. Deswegen wurde ihm durch die evangelische Kirche nun sein Pfarramt entzogen. Engagement für die AfD sei nicht mit der Kirche vereinbar, heißt es.

Von *Redaktion*

Aufgrund seiner Kandidatur als für die AfD hat die evangelische Kirche einen Pfarrer gefeuert: Weil Martin Michaelis bei der Stadtratswahl in Quedlinburg als Parteiloser Kandidat für die AfD antrat, wurde ihm die Beauftragung entzogen.

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) gab bekannt, daß Michaelis, bisher zuständig für den Pfarrbereich Gatersleben im Salzlandkreis, die Landeskirche am 9. März über seine Kandidatur informierte. Als Reaktion darauf wurde ihm am 15. März die Verantwortung für den Pfarrbereich entzogen.

Michael Lehmann, Personaldezernent der EKM, erklärte, es sei im Interesse der Kirche, daß sich Pfarrer politisch engagieren. Dies gelte jedoch nicht für die Beteiligung an Parteien mit verfassungsrechtlich fragwürdigen Positionen. Lehmann betonte, daß Michaelis' Kandidatur für die AfD das Gedankengut der Partei unterstütze.

"Dies ist auch angesichts der jüngsten Verlautbarungen des Landeskirchenrates der EKM und der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands nicht mit dem Amt als Pfarrer vereinbar."

Michaelis hat bereits eine politische Strafmaßnahme der Kirche hinter sich: Als er sich während der Corona-Pandemie öffentlich gegen staatliche Lockdown-Maßnahmen ausgesprochen und sich gegen einen Beschluß der Landessynode stellte, der Corona-Impfungen als "aktive christliche Nächstenliebe" bezeichnete, wurde er strafversetzt. Insbesondere sein Auftritt bei einer Anti-Corona-Demonstration im Dezember 2021 stieß bei Landesbischof Friedrich Kramer und anderen Kirchenvertretern auf heftige Kritik, was zu seiner Versetzung von Quedlinburg nach Gatersleben führte.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 26. März 2024: >>**Schande: Pfarrer verliert Stelle wegen AfD-Kandidatur**

Von *Sven Reuth*

Ein Pfarrer will in Quedlinburg in Sachsen-Anhalt für die AfD zur im Juni anstehenden Kommunalwahl kandidieren. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland entzog dem Geistlichen nun die Verantwortung für seinen Pfarrbereich. Kennen Hetze und Repressionen gegen die AfD gar keine Grenzen mehr? ...

Heldenmut auch vor Königsthronen - das war einst beste protestantische Tradition. In diese gute Tradition stellte sich nun der Pastor Martin Michaelis im sachsen-anhaltinischen Quedlinburg. Er will bei den anstehenden Kommunalwahlen am 9. Juni in der Kaiser- und Ottonenstadt Quedlinburg als Parteiloser für die AfD kandidieren. Wahlantritte von evangelischen Pfarrern im kommunalen Bereich stellen für die Evangelische Kirche sonst eigentlich kein Problem dar.

Staatskirchlicher Opportunismus

Eigentlich, denn nun hat die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) Martin Michaelis wegen seiner Nähe zu der patriotischen Partei den Pfarrauftrag entzogen. Kirchen-Dezernatsleiter Michael Lehmann äußerte dazu:

"Es ist zwar im Interesse der Kirche, daß sich Pfarrerinnen und Pfarrer auch politisch engagie-

ren, dies gilt jedoch nicht für das Engagement in Parteien, die verfassungsrechtlich fragwürdige Positionen einnehmen. Die Position der EKM indiziert, daß die Kandidatur eines Pfarrers für die AfD, wenn auch als Parteiloser, mit der ihm obliegenden Treue- und Loyalitätspflicht nicht vereinbar ist."

Diese Erklärung kann man nur mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen. Die Umtriebe des mittlerweile in den Ruhestand verabschiedeten Jenaer Antifa-Pfarrers Lothar König beispielsweise wurden von der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland über Jahrzehnte hinweg geduldet, ohne auch nur ein einziges kritisches Wort zu verlieren. Dabei sind die Vorwürfe, die gegen König kursieren, wirklich heftig.

Keine Probleme mit dem Antifa-Pfarrer

Im August 2016 soll König bei einer Demonstration in Jena einen Polizisten fast überfahren haben. Im Dezember 2017 zog die Staatsanwaltschaft Gera seinen Führerschein ein. Sie begründete dies mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in besonders schwerem Fall: König habe den Beamten trotz dessen Aufforderung, anzuhalten, in Schrittgeschwindigkeit "etwa zehn Meter vor sich her geschoben". Im Januar 2018 hob das Landgericht den Entzug wieder auf.

Am 10. März 2018 verurteilte das Amtsgericht Jena König zu einer Geldstrafe von 3.600 Euro wegen Beleidigung. Vier Passanten hatten ihn angezeigt, weil er sie grundlos mit Nazis verglichen und beschimpft habe. Die Liste weiterer, ähnlich gelagerter Vorwürfe gegen Lothar König ist lang. Dennoch wurde der Antifa-Pfarrer aus Thüringen von der Evangelischen Kirche nie an irgendwelche Dienstpflichten erinnert. Ganz im Gegenteil: Er wurde mit staatlichen Ehrungen regelrecht überhäuft: 2013 erhielt er sowohl den Thüringer Demokratiepreis wie auch den Jenaer Preis für Zivilcourage.

"Verlange eine ordentliche Auseinandersetzung"

Wie anders reagiert das Kirchen-Establishment da doch auf den völlig friedlich agierenden Martin Michaelis, der nur ein elementares Grundrecht in Anspruch nehmen will. Michaelis gibt sich vom Vorgehen seines Dienstherrn gegen ihn allerdings völlig unerschüttert. Er äußerte: "Das Pfarrdienstgesetz sieht ausdrücklich vor, daß wir für Kommunalwahlen und andere Wahlen kandidieren dürfen."

Er verlange nun "eine ordentliche Auseinandersetzung". Man kann nur hoffen, daß Martin Michaelis diese auch erhält. Wenn alleine die Zugehörigkeit zu einer Partei oder die friedliche Äußerung von politischen Auffassungen zu Nachteilen bis hin zur Existenzgefährdung gehen, dann sind wir längst in der DDR 2.0 angekommen. Das Vorgehen gegen Martin Michaelis ist ein klarer Bruch mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und dem Grundgesetz.

Geliefert wie bestellt

Die protestantische Staatskirche hingegen macht wieder mal das, was sie scheinbar am besten kann: Nämlich im Chor mit dem Zeitgeist und der jeweils dominanten politischen Mehrheitsmeinung schamlos mit den Wölfen zu heulen, statt den Kern des eigenen Glaubens zu bewahren. Muß man sich darüber wundern? Im Jahr 2022 erhielten die Staatskirchen in Deutschland an die 600 Millionen Euro. Dafür muß man dann wohl auch liefern und alle wirklich Andersdenkenden mit Repressionen überziehen - auch wenn gerade dies natürlich zutiefst unchristlich ist.

Immerhin hat Martin Michaelis bewiesen, daß selbst die Evangelische Kirche in Deutschland noch nicht ganz auf Stromlinienform gebracht wurde und doch noch mehr zu sein scheint als eine Außenstelle beliebiger linker und linksextremistischer Ideologien. Es ist nicht das erste Mal, daß der mutige Pfarrer aneckt: Schon in der Vergangenheit hatte sich Michaelis mutig gegen die völlig überzogenen und demokratiewidrigen Corona-Maßnahmen gestellt - völlig zurecht, wie die nun veröffentlichten RKI-Leaks bewiesen haben. Der Fall Martin Michaelis wird nun zeigen, wie weit die Evangelische Kirche in Deutschland bei der Unterdrückung völ-

lig legitimer politischer Auffassungen gehen kann.

Kennen Hetze und Repressionen gegen die AfD gar keine Grenzen mehr? Damit befaßt sich unter anderem die COMPACT-Spezial-Ausgabe "AfD - Erfolgsgeschichte einer verfehmten Partei". ...<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 28. März 2024 (x1.362/...):

>>**Faeser nennt AfD-Politiker Teil des russischen Propaganda-Apparats**

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat das Aufdecken einer groß angelegten Einflußoperation als "wichtigen Schlag gegen den russischen Propaganda-Apparat" bezeichnet. "Wieder sehen wir das massive Ausmaß der Lügen und der Desinformation, mit dem Putins Regime das Vertrauen in unsere Demokratie erschüttern, Wut schüren und die öffentliche Meinung manipulieren will", sagte Faeser dem "Spiegel". Es sei "wichtig, daß diese Einflußoperation vor der Europawahl aufgedeckt wurde". Laut tschechischer Behörden wurde über die Internetseite "Voice of Europe", die von einem Putin-Freund und dessen Vertrautem gesteuert worden sein soll, Propaganda im Sinne Moskaus verbreitet.

Zudem werfen die Behörden dem in Prag ansässigen Medienunternehmen vor, auch zur verdeckten Finanzierung von Kandidaten zur Europawahl in mehreren EU-Staaten gedient zu haben. Auf der Internetseite waren unter anderem Interviews mit dem AfD-Europa-Spitzenkandidaten Maximilian Krah sowie dem auf Listenplatz zwei stehenden AfD-Politiker Petr Bystron zu finden.

"Daß selbst führende AfD-Politiker immer wieder auf dem Desinformationsportal auftauchen, zeigt: Die Putin-Freunde der AfD lassen sich hier immer wieder einspannen und zum Teil des russischen Propaganda-Apparats machen", sagte Faeser. An der Enttarnung der russischen Einflußoperation war nach "Spiegel-Informationen" ein halbes Dutzend europäischer Geheimdienste beteiligt, darunter das Bundesamt für Verfassungsschutz. Federführend war der tschechische Sicherheitsinformationsdienst BIS.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 29. März 2024 (x1.361/...):

>>**Lehrer sollen "ausdrücklich" Stellung gegen die AfD beziehen**

Die Chefin der Lehrgewerkschaft GEW fordert ihre Kollegen auf, die "Auseinandersetzung" mit der AfD stärker als bisher zu suchen. Lehrer müßten "ganz klar Gegenposition zu beziehen": "Hetzpropaganda" sei keine Meinungsäußerung.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat Lehrer in Deutschland aufgerufen, sich im Unterricht kritisch mit der AfD auseinanderzusetzen. "Die AfD ist eine Partei mit verfassungsfeindlichen Tendenzen. Das dürfen und sollen Lehrerinnen und Lehrer auch im Klassenraum so sagen", sagte GEW-Chefin Maike Finnern der Stuttgarter Zeitung und den Stuttgarter Nachrichten. "Ich ermuntere Lehrkräfte nicht nur dazu, die Auseinandersetzung mit der AfD auch im Klassenraum zu suchen. Ich rufe sie auch ausdrücklich dazu auf", betonte sie. "Lehrerinnen und Lehrer schwören auf die Verfassung - und darauf, diese zu verteidigen", machte die GEW-Chefin deutlich.

Deswegen müßten sie die "Auseinandersetzung" mit der und gegen die AfD suchen. "Am besten tun sie das, indem sie konkrete Aussagen und Vorgänge analysieren und mit den Schülerinnen und Schülern besprechen."

Finnern berichtete, viele Lehrkräfte hätten Angst, sie könnten Ärger mit ihrem Dienstherrn bekommen, wenn sie auf Demonstrationen gegen rechts gingen. Das stimme aber nicht. Lehrkräfte hätten, wie andere Staatsbürger auch, das Recht, gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren, sagte Finnern. "Aus unserer Sicht haben sie sogar mehr als andere die Pflicht, sich für Demokratie und Vielfalt stark zu machen sowie ihre Stimme gegen Rechtsextremismus und verfassungsfeindliche Umtriebe zu erheben", fügte sie hinzu.

Die Forderung von Frau Finnern ist Beschlußlage der Lehrgewerkschaft: Laut Beschluß des GEW-Gewerkschaftstages sind alle GEW-Mitglieder in Bezug auf die AfD aufgefordert "ganz

klar Gegenposition zu beziehen". "Hetzpropaganda" sei keine Meinungsäußerung, "sondern eine Form der Gewalt".<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 2. April 2024 (x1.367/...): >>**Schüler dürfen in der Schule nicht politisch agitiert werden**

Zur aktuellen Forderung der GEW, daß Lehrer die AfD im Unterricht bekämpfen sollen, äußert sich der schulpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Götz Frömming wie folgt: "Gegen eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD im Politikunterricht ist nichts einzuwenden. Problematisch am Vorstoß der GEW-Chefin Maike Finnen ist allerdings, daß sie eine kritische Auseinandersetzung zum Beispiel mit den Grünen, der SPD oder der GEW nicht für notwendig erachtet.

Wer Lehrer, die als Beamte Teil der Exekutive sind, für die politische Auseinandersetzung mit der Opposition instrumentalisieren möchte, hat unsere Verfassung nicht verstanden. Natürlich dürfen Lehrer eine Meinung haben, natürlich sollen sie für unsere Verfassung einstehen und natürlich dürfen sie sich außerhalb ihres Dienstes politisch betätigen und an Demonstrationen teilnehmen. Aber innerhalb des pädagogischen Schutzraums Schule dürfen sie eben nicht politisch agitieren und versuchen, die von ihnen abhängigen Schüler für oder gegen eine bestimmte politische Partei einzunehmen.

Das sagt auch der nach wie vor gültige Beutelsbacher Konsens, nach dem es dem Lehrer eben nicht erlaubt ist, den Schüler im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Entwicklung eines selbständigen Urteils zu hindern. Der Grat zwischen politischer Bildung und Indoktrination ist schmal, und die Versuchung, ihn zu überschreiten, offenbar groß. Die Äußerungen der GEW-Chefin sind das jüngste Beispiel dafür."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 3. April 2024 (x1.367/...): >>**Haldenwang wettert gegen "Delegitimierung": Wird der Verfassungsschutz-Chef selbst zum Demokratie-Gefährder?**

Verfassungsschutz-Chef Haldenwang (CDU) wettert in einem Zeitungs-Gastbeitrag gegen "Delegitimierung staatlichen Handelns" und "haßerfüllte Hetze". Verfassungsfeindlichkeit fange nicht erst bei strafrechtlich relevanten Äußerungen an. Auch Aussagen, die rechtlich unangreifbar sind, seien oftmals verfassungsschutzrechtlich relevant.

AfD-Chefin Alice Weidel reagiert mit scharfer Kritik auf die Einlassungen Haldenwangs. "Der VS-Chef maßt sich offen an, gegen 'Delegitimierung staatlichen Handelns' zu kämpfen", sagte Weidel. "Klartext: Wer die Regierung kritisiert, wird zum Fall für den Geheimdienst. Macht autoritärer Größenwahn Haldenwang zum Demokratiegefährder und Verfassungsfeind?"

Doch es ist längst nicht nur die AfD, die sich am Gebaren des Verfassungsschutz-Präsidenten stört. Quer durch die politischen Lager wächst die Kritik - inzwischen auch in den Leitmedien. "Haldenwang ist Dienstherr einer der Bundesregierung nachgeordneten Behörde, und es mutet merkwürdig an, von einem Beamten öffentlich über die Demokratie und ihre Prinzipien belehrt zu werden", schreibt "Welt-Autor" Jaques Schuster.

Die politische Debatte haben Regierung und Opposition auszutragen, gibt Schuster zu bedenken. Beamte des Verfassungsschutzes seien dazu nicht demokratisch legitimiert. "Haldenwang aber schert sich darum nicht. Vielmehr präsentiert er lustvoll die Pfauenfedern seiner Eitelkeit." Besser hätte man es nicht zusammenfassen können.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. April 2024: >>**Ex-SPD-Minister: "Heute wäre Kohl völkischer Extremist"**

Von *Sven Reuth*

Mathias Brodtkorb, einst Kultus- und Finanzminister von Mecklenburg-Vorpommern, wirft heute dem Verfassungsschutz "intellektuell erschütternde" Arbeit vor. Sein brandneues Buch

"Gesinnungspolizei im Rechtsstaat? Der Verfassungsschutz als Erfüllungsgehilfe der Politik" ist eine fulminante Abrechnung mit dem Inlandsgeheimdienst.

Der Philosoph Mathias Brodkorb hat schon jetzt ein abenteuerliches Leben hinter sich gebracht. Geboren wurde der spätere Politiker, Journalist und Autor 1977 in Rostock. Seine Familie verließ 1987 die DDR und zog nach Österreich, in die Heimat des Vaters. 1992 kehrte er in seine Geburtsstadt Rostock zurück, machte hier sein Abitur und studierte an der örtlichen Universität Philosophie und Altgriechisch.

Lange Zeit galt er als unumstrittener Shooting-Star der SPD im Nordosten. Das von ihm geleitete Netzportal Endstation Rechts fand bundesweit Beachtung, wobei unter der Ägide des gebürtigen Rostockers immer darauf geachtet wurde, sich differenziert und sachlich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Berührungsängste kannte Brodkorb dabei nicht. Er führte Interviews mit den rechten Meisterdenkern Ernst Nolte und Karlheinz Weißmann sowie mit dem ins dänische Exil geflüchteten Nationalrevolutionär Henning Eichberg und zeigte sich hier als gleichermaßen kritischer und umfassend gebildeter wie auch fairer und offener Gesprächspartner.

Vor 15 Jahren schien es vielen Beobachtern der Landespolitik noch als ausgemacht, daß Brodkorb eines nicht mehr allzu fernen Tages als Ministerpräsident in die Schweriner Staatskanzlei einziehen werde. Nach langer Zugehörigkeit zur SPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern wurde er 2011 erst Kultusminister und 2016 dann Finanzminister. Sein Ministeramt legte Brodkorb dann 2019 wegen persönlicher und politischer Differenzen mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig nieder.

Früher VS-Referent, heute Kritiker

Seither arbeitet Brodkorb als freier Journalist und Autor, seine Texte können regelmäßig im Magazin Cicero gelesen werden. Außerdem legte er in den letzten Jahren mehrere Bücher beispielsweise über die Schwächen des deutschen Bildungsföderalismus oder ein Interviewband mit dem schon erwähnten Henning Eichberg vor.

Nun ist im zu Klampen Verlag sein brandneues Buch "Gesinnungspolizei im Rechtsstaat? Der Verfassungsschutz als Erfüllungsgehilfe der Politik" erschienen, das eine fulminante Abrechnung mit dem zunehmend als reines und willfähiges Instrument der Mächtigen agierenden Inlandsgeheimdienst darstellt. Besonders brisant: Brodkorb trat vor über einem Jahrzehnt selbst manchmal noch auf Tagungen des Verfassungsschutzes auf. Doch seit er Einblicke in interne Mechanismen des Dienstes gewonnen hat, ist er zu dessen scharfen Kritiker geworden.

"Intellektuell erschütternd"

Daraus macht der gebürtige Rostocker, der seine politische Laufbahn 1997 ähnlich wie Sahra Wagenknecht in der Kommunistischen Plattform der PDS begonnen hat, in einem aktuellen Interview mit der Welt keinen Hehl. So äußert er hier:

"Ich war einmal glühender Anhänger des Verfassungsschutzes, bis ich im Sommer 2022 das erste Mal die Gelegenheit hatte, intensiv interne Unterlagen der Behörde sichten zu können. Und diese Akten zu verschiedenen Fällen von links bis rechts sind intellektuell erschütternd. Das ist von Relevanz, weil man als Verfassungsschutz eigentlich mit höchster begrifflicher Klarheit arbeiten muß. Das ist eine Behörde, die in Grundrechte eingreifen darf, die also die Guten von den Bösen unterscheiden muß. Wenn die Begriffe aber unklar sind, geraten zwangsläufig auch Leute in den Blick, in deren Grundrechte eingegriffen wird, obwohl es nicht gerechtfertigt ist."

Die verflixte "Kontaktschuld"

Brodkorb bemerkt weiter, daß der Begriff "Extremismus" nirgendwo klar definiert wird, obwohl er das schärfste Schwert zur Kennzeichnung von vermeintlichen Verfassungsfeinden ist, das es in der Bundesrepublik gibt. Den Begriff "Radikalismus" bezeichnet er gar als "kompletten Gummi-Begriff". Der Verfassungsschutz habe diesen nicht definieren können, was eine

"intellektuelle Kapitulationserklärung" darstelle.

Auch das konkrete Agieren der VS-Behörden wird von Brodkorb äußerst kritisch betrachtet. Zur vom VS häufig angewendeten Methode der "Kontaktschuld" stellt der frühere SPD-Politiker im Welt-Interview fest:

"Selbst wenn Sie sich nichts haben zuschulden kommen lassen, aber regelmäßig Kontakt zu jemandem unterhalten, der aus Sicht des Verfassungsschutzes extremistisch ist, können Sie vom Verfassungsschutz auf die Liste verdächtiger Personen gesetzt werden."

Helmut Kohl ein "völkischer Extremist"?

Brodkorb hält es außerdem für sehr problematisch, daß die VS-Behörden mittlerweile jedes Anknüpfen an ethnische Tatbestände und damit an den herkömmlichen Volksbegriff als glatt verfassungswidrig einstufen. Dazu bemerkt Brodkorb:

"Jedenfalls ergibt der Terminus 'Volkszugehörigkeit' ohne ethno-kulturelle Dimension einfach keinen Sinn. Daher ist es auch nicht verfassungswidrig, sondern folgt vielmehr der Logik des Grundgesetzes, daß die Bundesregierung die 'ethno-kulturelle Identität' Auslandsdeutscher mit Steuermitteln fördert. Wenn die Argumentation von Teilen des Verfassungsschutzes korrekt wäre, müßte selbst Bundeskanzler Helmut Kohl nachträglich als völkischer Extremist gelten."

Das neue Buch von Mathias Brodkorb ist jedenfalls ein einmaliger Augenöffner und hat die weitestmögliche Verbreitung verdient, um möglichst viele Landsleute über den wahren Charakter des Verfassungsschutzes aufzuklären. ... <<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 3. April 2024 (x1.376/...): >>**Ein-fach so "durchgewunken": 1 Mrd. Euro für linksgrüne Ideologie-Programme - Inside-rin packt aus!**

Der "Kampf gegen Rechts" steht bei Bundesfamilienministerin Lisa Paus ("Grüne") ganz oben auf der ideologischen Agenda. Dafür werden jährlich dreistellige Millionen-Summen an Steuermitteln verpulvert - oft ohne genaue Prüfung. Man habe vieles einfach "durchgewunken", berichtet jetzt eine ehemalige, für die Prüfung von Anträgen zuständige Mitarbeiterin.

Historiker Hubertus Wilhelm Knabe (Universität Würzburg), bis zu seiner Entlassung vor gut fünf Jahren Direktor der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, leuchtet den Sumpf in einem Gastbeitrag für das Magazin "Focus" aus. Er schreibt: Laura G. (Name geändert, dem Autor bekannt) habe keine guten Erinnerungen an ihre Zeit beim "Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben".

In Schleife, nahe der Grenze zu Polen, mußte G. zusammen mit rund 60 Mitarbeitern Projekte des Familienministeriums prüfen, die der "Förderung des Erhalts und der Stärkung der Demokratie" dienen sollten. Sie war somit mit zuständig für die Vergabe von Millionen Steuergeldern an obskure Stiftungen, Vereine und Initiativen im Rahmen des linksgrünen Ideologie-Programms "Demokratie leben!".

Hubertus Knabe schreibt weiter: "Was mit dem Geld passiert und wie es verwaltet wird, hat bislang kaum jemanden interessiert. Dabei haben sich die Fördermittel in den letzten Jahren mehr als vervierfacht. Wurden anfangs 40,5 Millionen Euro jährlich verteilt, sind es inzwischen 182 Millionen Euro. Insgesamt hat das Familienministerium seit 2015 fast eine Milliarde Euro dafür ausgegeben."

Der Autor zitiert Laura G.: "Wir haben vieles durchgewunken, weil das Ministerium es so wünschte."

Einer der nicht zu knappen Profiteure war die von der früheren Stasi-Mitarbeiterin Anetta Kahane gegründete linksradikale "Amadeu Antonio Stiftung". Sie erhielt allein im Jahr 2022 mehr als 2,2 Millionen Euro aus Bundesmitteln, wie eine schriftliche Anfrage des Parlamentarischen Geschäftsführers der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Brandner, vor einem dreiviertel Jahr ans Licht brachte. Im Jahr zuvor waren es knapp 2,1 Millionen Euro gewesen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 4. April 2024: >>Mainstreampresse hetzt gegen COMPACT-Fahne

Von *Karel Meissner*

Das transatlantische Mainstream-Blatt Die Welt warnt vor antiamerikanischer Friedenspolitik. Zur Abschreckung woker Leser zeigt sie im Aufmacher-Foto unsere "Ami-go-home-Fahne". Hinter dieser unfreiwilligen Werbung steckt ein Jutta Ditfurth-Fan ...

Mangelnde Amerikatreue konnte man der Tageszeitung Die Welt noch nie vorwerfen. Ältere Leser erinnern sich, wie das Springer-Blatt während George W. Bushs Angriffskrieg gegen den Irak (2004) jammerte, daß Deutschland nicht stramm mitzöge. Wer doch schön, wenn auch unsere Jungs ein paar Bömbchen werfen könnten...

Auch der heutige Welt-Chefredakteur Ulf Pochardt ist strammer Transatlantiker und forderte "die radikalste Form der Wirtschaftssanktionen" gegen Rußland: Den kompletten Stopp der Öl- und Gaskäufe. Vor einigen Tagen befragte das Mainstream-Medium den Kommunikationswissenschaftler Tobias Jaecker über den sogenannten "Anti Amerikanismus" in der Friedensbewegung.

Anlaß war eine Anti-Kriegs-Demo vor dem amerikanischen Konsulat. Um dem Leser jegliche Sympathie gleich auszutreiben, zeigt das Beitragsbild mehrere Demonstranten, die unser "Ami-go-home-Transparent" schwenken. ...

Soll heißen: Vorsicht! Wer gegen US-Kriege demonstriert, begeht Kontaktschuld, spielt mit Schmuddelkindern! Natürlich unterscheiden die Interviewer und Jaecker nicht zwischen den zahllosen Facetten der Amerikakritik. So geht es bei den Antikriegsprotesten, die parteiübergreifend von der AfD bis zu Sahra Wagenknecht (BSW) und Oskar Lafontaine reichen, ausschließlich gegen US-Kriegspolitik, um die Forderung nach einem souveränen Europa.

Dieses Anliegen wird im Interview mit weiteren Anti-US-Narrativen (wie der Unterstellung amerikanischer Kulturlosigkeit) und natürlich mit Antisemitismus assoziiert. Jaecker: "Antisemitismus und Anti Amerikanismus sind eng verknüpft."

In beiden Fällen würden dunkle Hintermänner "als wahre Schuldige hinter schwer durchschaubaren Ereignissen gewittert, wie den islamistischen Terroranschlägen vom 11. September 2001." Das nennt man "strukturellen Antisemitismus": Sogenannte Verschwörungstheoretiker benutzen die gleichen Symbole und rhetorische Figuren wie Antisemiten.

Beispiel: Die Milliardäre Bill Gates oder Klaus Schwab sind zwar keine Juden, aber sie als Drahtzieher globaler Great Reset- und Durchimpfungspläne zu benennen, hieße: Sie auf "strukturell antisemitische" Weise zu kritisieren. Mit diesem Trick versucht die Wokeness-Upper-Class jede Kritik am Globalismus zu delegitimieren. Ein klarer Mißbrauch der berechtigten Ächtung von Antisemitismus.

Daß dieser Aspekt im Welt-Artikel Erwähnung findet, dürfte auf einen der Interviewer, Kevin Culina, zurückzuführen sein. Culina, ehemaliger Taz- und Jungle World-Autor, ist Anhänger von Frau Jutta Ditfurth (ÖkoLinX). Der wurde im Jahr 2014 per Gerichtsurteil untersagt, den COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer als "glühenden Antisemiten" zu bezeichnen. Daraufhin schrieb Culina gemeinsam mit Jonas Fedders die Anti-COMPACT-Broschüre "Im Feindbild vereint" (2016).

Darin wollten beide beweisen, daß Jutta Ditfurth trotzdem richtig lag. Leider fand das Autoren-Duo keinen einzigen Beweis für Elsässers Antisemitismus, sondern stützte sich auf haarsträubende Assoziationen. Im Vorwort dankten die zwei Jutta-Boys der Frau Ditfurth für ihre "unermüdliche und scharfsinnige" Kritik, ohne die das Büchlein nicht entstanden wäre ...

Acht Jahre später, 2024, ist der neulinke Kevin Culina bei der transatlantisch-neoliberalen Welt angekommen und assoziiert US-kritische Kriegsgegner mit Antisemiten. Und dieser Schritt ist leider nur konsequent. Die Wokeness-Linken haben ihren Pazifismus längst gegen Kriegswut ausgetauscht. Zugleich belegt dieses Welt-Interview einmal mehr die Erbärmlich-

keit heutiger "Qualitätsmedien".

Dies ist die Geschichte eines Vernichtungskampfes, der schon über 100 Jahre dauert: Wie der angebliche Große Bruder den kleinen nicht beschützt, sondern erdrückt und erdrosselt. Die Sprengung der Nord Stream-Pipelines war der erste kriegerische Akt gegen unser Land seit dem 8. Mai 1945. COMPACT ist der Chronist dieser Angriffe auf unsere Freiheit. In unserer neuen Spezial-Ausgabe "USA gegen Deutschland. Der hundertjährige Krieg" liefern wir die Argumente für die Forderung "Ami go home". ...<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 4. April 2024 (x1.369/...):
>>**Verfassungsschutz will Umfragewerte AfD senken**

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) kritisiert den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Thomas Haldenwang, für dessen Äußerungen in einem FAZ-Gastbeitrag zum Selbstverständnis seiner Behörde im Kampf gegen Extremismus. Er moniert ebenfalls in einem Gastbeitrag für die FAZ (Freitagsausgabe), daß "die Einmischung in eine öffentliche Debatte durch den Chef eines Nachrichtendienstes ein merkwürdiger Schritt" sei. Wer erkläre, auch der Verfassungsschutz sei dafür zuständig, die Umfragewerte der AfD zu senken, der müsse "sich selbstverständlich Fragen nach seinem Amtsverständnis gefallen lassen".

Gerade das BfV mit weit als 4.000 Mitarbeitern, das kein Verfassungsorgan, sondern einfacher Teil der Exekutive ist, müsse in einem Rechtsstaat über jeden Zweifel erhaben sein.

Haldenwang hatte in seinem Meinungsbeitrag Kritik an seiner Behörde als "Gesinnungspolizei" oder einem "Regierungsschutz" zurückgewiesen. Es sei gut, daß in Deutschland Meinungsfreiheit herrsche - aber auch diese habe ihre Grenzen. Die äußersten Grenzen ziehe das Strafrecht. "Jedoch auch unterhalb der strafrechtlichen Grenzen und unbeschadet ihrer Legalität können Meinungsäußerungen verfassungsschutzrechtlich von Belang sein."

Haldenwang hatte sich auch gegen den Vorwurf gewehrt, seine Behörde sei in den Medien zu präsent. Das Aufklären der Öffentlichkeit über extremistische Bestrebungen und Gefahren für die Demokratie sei Bestandteil des gesetzlichen Auftrags, um schon unterhalb von Verboten eine informierte politische Auseinandersetzung zu ermöglichen.

Kubicki stellte im Blick auf Haldenwangs Gastbeitrag weiter fest, daß "den wohlgesetzten Worten im behördlichen Alltagsgeschäft oft wohl die Grundlage fehlt". Konkret kritisiert der auch als Anwalt tätige Kubicki den Umgang von Haldenwangs Behörde mit dessen Vorgänger Hans-Georg Maaßen, der nun vom Verfassungsschutz beobachtet wird und dagegen klagt.

Maaßen ist inzwischen Vorsitzender der rechtskonservativen Partei "Werteunion". Kubicki wies darauf hin, daß das Bundesverfassungsschutzgesetz bei Einzelpersonen eine deutlich höhere Schwelle als bei Parteien für das Einschreiten des Verfassungsschutzes vorsehe. Es sei "mehr als fraglich", ob Haldenwangs Behörde bei der Einstufung seines ehemaligen Vorgesetzten Maaßen als Rechtsextremist diese gesetzliche Hürde ausreichend beachtet habe. "Denn dem 20-seitigen Dossier, das das BfV angefertigt hat, mangelt es nach meiner Einschätzung an hinreichenden Anhaltspunkten."

Indem Haldenwang schreibe, seine Behörde schütze die Meinungsfreiheit, nehme er sich selbst in die amtliche Pflicht, auch für den Schutz links- und rechtsradikaler Meinungen einzutreten. "Es wäre konsequent, würde er sich dann auch öffentlich auf die Seite derjenigen stellen, die Extremisten zu vereinnahmen trachten", schreibt Kubicki.

Er habe damals allerdings seinen öffentlichen Aufschrei nicht wahrgenommen, als auch bürgerliche Maßnahmenkritiker, die sich für eine stärkere Beachtung der Grundrechte eingesetzt haben, in der Corona-Zeit "extrem undifferenziert" als "Querdenker" und "Covidioten" gebrandmarkt worden seien. Stattdessen warne Haldenwang heute vor "Entgrenzungsprozessen" zwischen Rechtsextremisten und der gesellschaftlichen Mitte und unterstelle sogleich den verfassungsrechtlichen Meinungskorridor wieder der eigenen Definitionsmacht.

Selbstverständlich stimme es, daß autoritäre Staaten das Mittel der "Desinformation" nutzten, um auch die Bundesrepublik zu destabilisieren. Dies dürfe aber nicht dazu führen, daß sich die Bundesregierung und nachgeordnete Behörden am Ende dazu aufschwingen, für die Menschen im Land "richtig" und "falsch" zu definieren, so Kubicki.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtete am 4. April 2024 (x1.370/...): >>**Oppositionelle Medien verlieren Bankkonten**

Den leserfinanzierten Online-Medien Manova und Apolut sind nach eigenen Angaben innerhalb weniger Tage die Geschäftskonten gekündigt worden. Die jeweiligen Kündigungen durch die bisherigen Banken soll in beiden Fällen ohne Begründung erfolgt sein. Beide Magazine haben inzwischen neue Kontoverbindungen bekannt gegeben.

Das Magazin Manova teilte vergangenen Samstag (30. März) mit, sein Geschäftskonto bei der Bochumer GLS-Bank zu verlieren. Wie Geschäftsführerin Jana Pfligersdorffer auf Multipolar-Anfrage schreibt, drohen dem Magazin im schlimmsten Fall Einbußen "von 20 bis 30 Prozent" der Überweisungen durch Leser. Grund ist die Änderung der Bankdaten.

Darüber muß eine drei- bis vierstellige Zahl regelmäßiger Unterstützer in Kenntnis gesetzt werden, wofür Manova nur die Kommunikation über die eigene Webseite zur Verfügung stehen sowie Videoplattformen wie Youtube oder die Netzwerke X und Telegram. "Geld für PR-Kampagnen können wir keines ausgeben", erklärte Pfligersdorffer.

Mit Blick auf das Bankgeheimnis will die GLS-Bank die Darstellung von Manova auf Multipolar-Nachfrage nicht kommentieren. "Wir können Ihnen versichern, daß wir unsere Entscheidungen in verschiedenen Gremien sehr verantwortungsvoll treffen", teilt eine Sprecherin mit. Man setze sich für die Stärkung der Demokratie und ein friedliches Miteinander aller Menschen und Kulturen ein. Jana Pfligersdorffer sieht keinen Widerspruch: "Wir setzen uns für Frieden ein", unterstreicht die Geschäftsführerin von Manova.

Apolut als Medium für kritische Audio- und Videobeiträge ist nach eigenen Angaben bereits zum zweiten Mal von einer Kontokündigung betroffen. Bislang war das Magazin Kunde der Volksbank Pirna. Die neue Hausbank sitzt in Litauen und bewirbt ihre Dienstleistungen international. Apolut-Gründer Kayvan Soufi-Siavash teilte am gestrigen Mittwoch (3. April) mit, er finde es "beschämend", als deutsches Presseorgan auf eine Internetbank ausweichen zu müssen.

In der Kürze der Zeit sei es nicht möglich gewesen, "überall die Klingel zu putzen". In seiner Botschaft bittet Soufi-Siavash stattdessen deutsche Banken darum, sich zu melden, falls ein Kreditinstitut bereit sei, Apolut ein Girokonto einzurichten.

Im November vergangenen Jahres war die Volksbank Pirna bereits in die Schlagzeilen geraten. Das von der Bundesregierung in Millionenhöhe mitfinanzierte Medienunternehmen "Correctiv" warf dem sächsischen Kreditinstitut vor, es mache "Geschäfte mit Linksradikalen, mit Rechtsradikalen und russischen Propagandisten", und nannte neben Apolut das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), Pegida sowie die russische staatliche Videoagentur Ruptly.

Zuvor hatte der "Tagesspiegel" die Geschäftsbeziehung von Apolut zu der Bank thematisiert. Die Volksbank Pirna äußerte sich auf Multipolar-Anfrage nicht. Ob die Beiträge von Correctiv und Tagesspiegel für die jetzigen Kontokündigungen regierungskritischer Medien verantwortlich sind, blieb damit unbeantwortet.

Die etablierten Journalistengewerkschaften reagieren auf die Vorfälle bislang zurückhaltend. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (DJU) in Verdi will die Kontokündigung bei Manova und Apolut auf Anfrage "mangels Kenntnis der konkreten Vorgänge nicht bewerten".

Der Deutsche Journalistenverband (DJV) seinerseits antwortete auf Multipolar-Nachfrage bislang nicht, ob es in Hinblick auf die Gewährleistung freier Presseausübung vertretbar ist,

wenn eine Bank ein Medium durch Kontokündigung unbegründet in finanzielle Notlage bringt. In der Frage, ob Medien ein gesetzlicher Anspruch auf ein Bankkonto eingerichtet werden sollte, erklärte sich DJV-Sprecher Hendrik Zörner auf Multipolar-Nachfrage für unzuständig.

Von Kontokündigungen betroffen sind seit einigen Jahren deutsche Medien aus dem gesamten politischen Spektrum. Der Journalist Boris Reitschuster hat nach eigenen Angaben in einem Zeitraum von zwei Jahren vier Mal das Konto verloren.

Zu den in jüngerer Zeit Betroffenen zählen auch die Filmproduktionsfirma Oval Media, der Blogger Hadmut Danisch, die der Werteunion nahestehende Publizistin Vera Lengsfeld und das AfD-nahe Compact-Magazin. Die Kontokündigung der Wochenzeitung "Junge Freiheit" stellte im Jahr 2001 noch einen Präzedenzfall dar. Damals sprach der Vorsitzende des Berliner Journalistenverbands Alexander Kulpok von einem "Angriff auf die Pressefreiheit". Eine Bank dürfe "kein Medienunternehmen in den Ruin treiben, nur weil ihr dessen politische Richtung nicht paßt." <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 4. April 2024: >>**Fall Bystron: "Sie wollen uns zum Schweigen bringen"**

Mit einer europaweit ausgerollten Kampagne sollen populistische Politiker aus sechs Ländern im Vorfeld der EU-Wahl als Agenten Rußlands diffamiert werden. In Deutschland stehen die Spitzenkandidaten der AfD, Petr Bystron und Maximilian Krah, im Fokus der Diffamierung.

...

_ von *Johann Leonhard*

Was haben die ins Visier genommenen AfD-Vertreter verbrochen? Sie kämpfen für den Frieden in der Ukraine. Den Regierungen in Prag, Berlin und Washington sind sie damit ein Dorn im Auge. Was steckt hinter der Kampagne? Wer sind die Ankläger?

Geld vom Kreml?

Letzte Woche rauschten erste Verdächtigungen durch den deutschen Blätterwald. Die beiden Spitzenkandidaten für die kommende Europawahl Krah und Bystron sowie weitere konservative EU-Politiker wurden beschuldigt, Geld vom Kreml eingesteckt zu haben. Als Gegenleistung habe man dem bis dato kaum bekannten Medium Voice of Europe sogenannte Gefälligkeitsinterviews gegeben, die "pro-russische Narrative" stärken sollen.

Veröffentlicht wurden die Anschuldigungen ohne Beweise durch den unrühmlich bekannten Spiegel sowie das tschechische Gegenstück zu Correctiv, Dennik N. Der tschechische Geheimdienst habe Voice of Europe, ein Medium mit Redaktionssitz in Prag, als russisches Propaganda-Organ enttarnt, heißt es. "Hunderttausende Euro" sollen aus Rußland geflossen und für "pro-russische Propaganda" eingesetzt worden sein, schreibt ausgerechnet der Spiegel, der in den letzten Jahren mehr als vier Millionen US Dollar von Bill Gates Stiftung eingesteckt hat. Für unabhängige Berichterstattung, versteht sich.

Die tschechische Regierung setzte Voice of Europe kurzerhand auf die Sanktionsliste, dazu zwei ukrainische Oppositionspolitiker, die der Bewegung Plattform für das Leben angehörten, bevor diese von Selenskyj verboten wurde. Zur Erklärung ließ die tschechische Regierung von Premierminister Petr Fiala verlautbaren:

"Die Desinformationsnarrative von Voice of Europe zielen insbesondere systematisch darauf ab, die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine und ihre Unterstützung durch internationale Partner in Frage zu stellen und die öffentliche Meinung mit dem Ziel zu beeinflussen, die Unterstützung für die Ukraine und ihre Bevölkerung zu verringern."

Worum es den Anklägern geht: Medien, die sich gegen den Ukraine-Krieg aussprechen, sollen mundtot gemacht werden. Wissen muß man dazu, daß der Staatschef Fiala zu den aggressivsten Befürwortern des Krieges zählt und jegliche Friedenslösungen ablehnt. Der Wind weht auch daher, daß die Waffenindustrie seines Landes weltweit zu den größten Profiteuren des

Gemetzels zählt.

Was ebenfalls Bände spricht: In derselben Parlamentssitzung, in der die tschechische Regierung die Sanktionen gegen Voice of Europe beschloß, wurden auch weitere Munitionskäufe für die Ukraine abgesegnet. Der Kampf gegen vermeintliche Desinformation ist also untrennbar mit den Kriegsanstrengungen und der Waffenbruderschaft zwischen Prag und Kiew verbunden.

Potsdam 2.0

Urheber der Hetzkampagne gegen Bystron und Co. sind das tschechische Medium Dennik N - einem Pendant zum deutschen Correctiv - und der Spiegel. Wie bereits in früheren Fällen verbreitet der Spiegel Anschuldigungen ohne Belege, die wiederum werden von zahlreichen Medien ungeprüft übernommen. In frischer Erinnerung sind die Berichte über das angebliche "Geheimtreffen" in Potsdam, bei dem man der AfD die Planung einer Art Holocaust 2.0 anhängen wollte.

In einer Erklärung an den AfD-Bundesvorstand schreibt Bystron:

"Durch diese Diffamierungskampagne sollen Oppositionspolitiker in mehreren europäischen Ländern beschädigt und kritische Journalisten zum Schweigen gebracht werden. Jeder, der sich für den Frieden und gegen die Fortsetzung des Krieges in der Ukraine einsetzt, soll als russischer Agent diffamiert werden. In Deutschland sind Max und ich betroffen."

Global aufgeblasen und in mehrere Sprachen übersetzt wird die Kampagne von einer NGO mit Sitz in Prag, die vor allem aus den USA finanziert wird. Die Liste der Geldgeber des "European Values Center for Security Policy" liest sich wie ein Who is Who globalistischer Strippenzieher.

Erfolgreicher Anwalt: Maximilian Krahl studierte Jura an der TU Dresden sowie Betriebswirtschaft an der London Business School und der Columbia University in New York. Foto: privat

Vertreten sind unter anderem die US-Botschaft in Prag, die US-Behörde für Internationale Entwicklung, die Außenministerien Tschechiens, Kanadas und Großbritanniens, die EU-Kommission, eine Reihe von Soros-NGO's aber auch deutsche Organisationen wie die Konrad Adenauer Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung und die Friedrich-Naumann-Stiftung - alles erklärte Gegner der AfD und flammende Befürworter des Krieges in der Ukraine.

Die nächste Eskalationsstufe wurde nach einer Woche gezündet: Die Tschechen behaupten, man habe Tonaufnahmen von abgehörten Telefonaten, die die Zahlungen aus Moskau belegen sollen. Das Gerücht setzt der Chef des tschechischen Nachrichtendienstes Koudelka bei einer Unterrichtung der Regierung in die Welt. Er erklärt, "daß er den deutschen Politiker mit tschechischen Wurzeln, Petr Bystron, verdächtigt, mit einem prorussischen Netzwerk um Viktor Medvedcuk in Verbindung zu stehen. Die Minister hörten, daß die Spionageabwehr auf der Grundlage von Audioaufnahmen arbeitete und den Verdacht hegte, daß Bystron das Geld hätte an sich nehmen können."

Also alles sehr nebulös. Man hege den Verdacht, Bystron "hätte" das Geld nehmen können. Hat er aber nicht, sagte er klipp und klar: "Das ist natürlich Blödsinn, dem ich entschieden widerspreche." Trotzdem schreiben zahlreiche Medien darüber. Es ist erschreckend, welche Hetzkampagne die Mainstream-Medien auf der Grundlage einer solchen Nicht-Aussage vom Zaun brechen. Entsprechend reagierte auch Bystron: Er forderte den tschechischen Geheimdienst auf, die "angeblichen Abhörprotokolle zu veröffentlichen". Die Antwort aus Prag kam postwendend: Man werde nichts veröffentlichen. Tja. Offenbar gibt es da auch nichts.

Rechte Erfolge verhindern ...

Was bleibt also? Eine tschechische Zeitung schrieb dazu: "Prag macht einen auf Ibiza". Die übliche Masche. Im Wahlkampf versuchen die Regierenden, die Opposition mit Hilfe der politisch instrumentalisierten Geheimdienste zu diffamieren. Die ganze Aktion zielte erkennbar

darauf, die starken Umfragewerte der Opposition zu drücken. So soll ein starkes Abschneiden der rechtspopulistischen Parteien in ganz Europa verhindert werden.

Daß die Regierungen in Prag und Washington davor Angst haben, ist verständlich. Nach aktuellen Umfragen könnten die Rechtspopulisten sogar die stärkste Fraktion im EU-Parlament bilden. Ein Albtraum für alle Kriegstreiber und Globalisten. Denn den Rückhalt für den sinnlosen Krieg in der Bevölkerung haben sie längst verloren. Würde sich das auch im EU-Parlament widerspiegeln, wäre der Reibach bald vorbei. Und das muß mit allen Mitteln verhindert werden.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 5. April 2024 (x1.371/...):

>>**Behörden-Dossier: Früher staatlicher Plan, Dr. Fuellmich auszuschalten**

Von *Herbert Ludwig*

Dem neuen zweiten Verteidiger Dr. Fuellmichs im Prozeß vor dem Landgericht Göttingen, Rechtsanwalt Dr. Christof Miseré, ist ein amtliches Dossier zugespielt worden, aus dem er in der Verhandlung am 2.4.2024 vorgelesen hat. Daraus geht hervor, daß schon seit August 2021 ein staatlicher Plan verfolgt wurde, Dr. Fuellmich mit Hilfe von "Dritt-Akteuren" auszuschalten.

Mit seiner weithin wirksamen Aufklärungsarbeit über die Corona-Hintergründe im "Corona-Ausschuß" wurde er den politischen Regisseuren der Plandemie zu gefährlich. Rechtsanwalt Miseré schildert im nachfolgenden transkribierten Interview wesentliche Punkte aus dem Dossier, aus denen derselbe totalitäre Geist spricht wie aus den RKI-Protokollen. (hl)

BittelTV: Ja, ich freu mich sehr, Dr. Christof Miseré, wir hatten heute einen sehr spannenden Verhandlungstag. Kannst Du mir ganz kurz sagen, wie Du das zusammenfassen würdest. Denn ich glaube, es ist ziemlich historisch.

Dr. Miseré: Ja, es zeigt eigentlich durch ein Dossier, was mir eben zugespielt worden ist, daß man eben Herrn Fuellmich schon sehr lange verfolgt hat und versucht hat, durch irgendwelche Konstrukte es zu schaffen, daß er also nicht mehr in der Bundesrepublik Deutschland wählbar sein soll.

Man hat versucht, mit Staatsanwaltschaft und so und einem der Dienste wie Bundeskriminalamt oder so, die initiiert wurden, daß man versucht hat, aus seiner Umgebung Leute anzuwerben, Informationen zu erlangen und versucht, final betrachtet eben, eine Anklage gegen ihn zu erheben, und daß er verurteilt wird.

Das war geplant, und das war schon durch (nach) einem Vermerk, der schon im Jahre 2021 war, das praktisch schon so vorgesehen.

BittelTV: Also kann man sagen, das gibt Informationen, daß das schon vorgeplant war, glaube ich am 21. August 21, wenn ich mich richtig erinnere.

Dr. Miseré: Es ist so ein Dossier, wo natürlich verschiedene Daten drin sind, das bis zum neuesten Stande geht. Also über das Verfahren wird dort auch berichtet, über die Person allgemein, und dann eben auch, daß man 2021 eben schon gesagt hat, man muß den irgendwie wegbekommen und quasi wegbekommen, auch daß er nicht mehr politisch wählbar ist, das heißt ja im Endeffekt eine hohe Verurteilung, was es ausschließt, daß man dann eben noch gewählt werden kann in der Bundesrepublik Deutschland.

Und man hat dann auch gesagt: Wenn man es mit ... also es gibt so eine Klausel, die kann ich Ihnen nachher vorlesen: Wenn man es praktisch mit rechtsstaatlichen Dingen nicht schafft, muß man ein Konstrukt entwickeln und das mit den Akteuren, die man hat, durchführen.

BittelTV: Okay, also sehr speziell. Du hast vorhin die Akte angesprochen, die wir nachher am Schluß noch vorlesen. Wie ist das weitere Vorgehen?

Dr. Miseré: Ja, es ist eigentlich so, das wollte ich noch ergänzen, daß aus der Akte sich auch eben Kontakte gerade dieser sogenannten Hafenanwälte mit der Staatsanwaltschaft schon sehr früh ergeben, daß es eine Oberstaatsanwältin aus Göttingen gab, die gesagt hat: da ist gar

nichts dran, daß man dann einen jungen Staatsanwalt aus Hannover geholt hat. Und es riecht alles danach, daß diese Strafanzeige der sogenannten Hafenanwälte gemacht worden ist, um das hier ermöglichen zu können (den gerade laufenden Prozeß, hl), und daß dieser Grundstücksverkauf praktisch im Nachhinein benutzt wird, um zu sagen, Dr. Fuellmich hätte sich von Anfang an strafbar gemacht.

BittelTV: Also kann man sagen: ein inszenierter Plan schon seit langer Zeit.

Dr. Miséré: Ja, aber man muß eben bei der Durchführung dann eben sehen, daß (man wegen der) Staatsanwältin, die nicht mitgemacht hat, mußte man dann wieder ein bißchen umdisponieren. Und dann gab es eben diesen Hausverkauf, und der ist so gehandhabt worden - und das riecht natürlich -, daß dieses Geld jetzt weg ist. Man hat zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Das Geld hat Dr. Fuellmich dadurch, weil man sagt, das Geld ist nicht zurückgekommen. Und der Corona-Ausschuß, den man wahrscheinlich auch nicht so besonders mochte, so wie dieses Papier sagt, auch oder wie man es eben auch in der Öffentlichkeit sieht, kriegt auch kein Geld. Dann haben aber Templin und andere das Geld.

BittelTV: Ja, also wie du sagst: zwei Fliegen auf einem Streich. Das ist auf der anderen Seite ein ...

Dr. Miséré: ... und Templin ist eben in einer Umgebung, wo es eben auch Leute tatsächlich gibt, die eben entweder vom BKA oder mit dem BND zusammenarbeiten.

BittelTV: Das ist natürlich die Bombe, daß wird natürlich ein Ausmaß annehmen, das sich viele Leute gar noch nicht vorstellen können.

Dr. Miséré: Ja, aber es wird so gearbeitet. Und dann, wenn man natürlich auch an Informationen kommt, wie ich z.B. jetzt hier. Aber auch aus der Akte war mir schon klar, was da abgelaufen sein muß, und dann hat sich das jetzt eigentlich nur noch mal bestätigt.

BittelTV: Sehr gut! Ich will jetzt vorschlagen, daß das mal die ...

Dr. Miséré: ... also das ist jetzt nur ein Teil davon.

Da steht dann als Plan praktisch: "Politische Unvereinbarkeit und rechtliche Schritte":

"Es sollte eine Analyse durchgeführt werden, um die Möglichkeiten einer Unvereinbarkeitserklärung zu bewerten, die Reiner Fuellmich die Bekleidung politischer Ämter aufgrund nachgewiesener demokratiefeindlicher Tendenzen untersagt."

Dann kommt der wunderbare Punkt, wunderbar in Anführungszeichen:

"Strafprozessuelle Maßnahmen": "Die Einleitung strafprozessualer Maßnahme auf Basis der gesamten Beweise gegen Reiner Fuellmich muß vorbereitet werden. Dies beinhaltet die Zusammenarbeit mit Staatsanwaltschaften und die Vorbereitung von Anklagen beim nachweisbaren Rechtsverstoß." -

Und jetzt kommt der wohl entscheidende Satz: "Gegebenenfalls notwendige Konstruktionen sind abzuwägen und geeignete Dritt-Akteure anzuwerben."

Also nochmals: "Gegebenenfalls notwendige Konstruktionen sind abzuwägen" - womit?, Dr. Miséré - "und geeignete Dritt-Akteure" - Wer ist geeignet? Sind Sie geeignet? Bin ich geeignet? - "anzuwerben."

Also ich bin nicht geeignet.

Ja, und als Vermerk am Ende steht: "Die Aktivitäten von Reiner Fuellmich stellen eine komplexe Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar" - der Mann ist absolut harmlos - "die eine koordinierte und vielschichtige Antwort erfordern. Die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen soll dazu beitragen, seine politische Tragfähigkeit zu unterbinden und die Sicherheit sowie die demokratischen Werte der Bundesrepublik Deutschland zu schützen."

BittelTV: Wahnsinn!

Dr. Miséré: Da kann nur noch ein Amen drunter.

BittelTV: Also zusammenfassend: Reiner Fuellmich war für mich ganz klar politischer ...

Dr. Miséré: ... Ich sage nie "politisch geführtes Verfahren", ich sage, das ist ein politisiertes

Verfahren mit der Zielsetzung, daß er eben keine Funktionen mehr in Deutschland haben kann. Man hat ihn vielleicht auch tatsächlich hier ein bißchen ..., ja, man will ja etwas legitimieren, also muß man ihn auch viel schlimmer darstellen, als er überhaupt sein kann.

BittelTV: Und das ist, finde ich, schon kraß. Ja, wir werden mal schauen, wie es weitergeht. Ich glaube, jetzt ist der Startschuß gefallen. Das wird natürlich entsprechend ...

Dr. Miséré: ... ja normalerweise, wenn ich jetzt Richter ..., also ich weiß nicht, inwieweit die Richter, ... die haben ja gesagt, sie wüßten von diesen Bestrebungen nichts. Davon gehe ich auch erst aus.

Ja, aber Sie müssen eins wissen: Aus meiner Erfahrung raus: Man hat hier jetzt wieder ein paar Anklagepunkte nicht zugelassen, das Oberlandesgericht hat noch nicht darüber entschieden. Ich sage Ihnen: Wenn die Richter jetzt hier sagen aufgrund dieser Sache: Der Mann muß raus, dann würden die beim Oberlandesgericht wahrscheinlich hingehen und das andere eröffnen, um dann ihn weiter festzuhalten.

BittelTV: Was ist jetzt die Strategie? Weil, kann man das dazu sagen, ohne zu viel zu verraten?

Dr. Miséré: Das kann sich jeden Moment ändern. Also sie haben den Prozeß ja schon ein paar Tage gesehen. Ich bin jetzt hier zum dritten Mal, wenn ich zum sechsten Mal hier war, kann ich Ihnen dazu was sagen, ja falls es dann ihren Sender noch gibt und sie in der Schweiz nicht verfolgt werden.

BittelTV: Ja vielen Dank für Ihren Einsatz für Reiner Fuellmich, und im Namen der ganzen Community. Schön, daß Sie da sind und daß wir da zusammen(arbeiten).<<

Nachbemerkung:

Der Fall muß erneut Anlaß sein, auf die Rechtsstaats-widrigen Strukturen zu schauen, die solche Dinge ermöglichen. Die Staatsanwaltschaft untersteht in Deutschland noch immer weisungsgebunden der Exekutive und kann im Verein mit ebenfalls exekutiven Ämtern wie dem Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Verfassungsschutz die Gerichte für heimliche (kriminelle) politische Ziele instrumentalisieren.

Dabei sind die Gerichte ebenfalls in die Verwaltung der Exekutive, hier des Landes-Justizministeriums, eingegliedert und die Richter persönlich in ihrer Karriere abhängig. Die Gewaltenteilung, elementare Voraussetzung eines Rechtsstaates, ist also in Wirklichkeit nicht durchgeführt, der gegenwärtige deutsche Staat ist noch kein Rechtsstaat. Solche Dinge wie im Fall Dr. Fuellmich sind prinzipiell immer leicht möglich.

Daher ist es dringend notwendig, daß sowohl die Staatsanwaltschaften als auch die Gerichte aus der Exekutive herausgegliedert werden und eine eigene Verwaltung, eine Selbstverwaltung erhalten müssen. Der Bundestag hat wenigstens eine eigene Bundestagsverwaltung. Es wäre noch der Gipfel, wenn er auch von der Exekutive verwaltet und die Abgeordneten von der Regierung ausgewählt und angestellt würden. Bei der Justiz ist das aber der Fall.

Mit der Herausgliederung der Judikative aus der Verwaltung der Exekutive ergibt sich auch die Möglichkeit, ja Notwendigkeit, daß die Richter und Staatsanwälte regional von der Bevölkerung gewählt werden. Aus einem Gespräch mit Dr. Fuellmich am 8. Oktober 2021 im Corona-Ausschuß weiß ich, daß er auch dieser Auffassung ist. (Vgl. Der Europäer, S. 28, wo allerdings primär die Unabhängigkeit der Gerichte im Fokus stand.) hl.<<

[Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 5. April 2024 \(x1.367/...\): >>Manifest von 100 Mitarbeitern kritisiert einseitige Berichterstattung von ARD und ZDF!](#)

Diese Nachricht ist ein medienpolitischer Paukenschlag: Rund 100 aktive und ehemalige Mitarbeiter von ARD, ZDF und Deutschlandradio prangern in einem Manifest die einseitige und diffamierende Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an. Zu den teilweise prominenten Unterzeichnern gehören unter anderem die Kabarettistin Lisa Fitz, die Politik-

wissenschaftlerin Dr. Ulrike Guérot und der Fernseh- und Filmregisseur Thomas "Tom" Bohn.

Die Autoren sparen dabei nicht mit klaren Worten; sie konstatieren eine "Eingrenzung des Debattenraums" und ein Verschwimmen von "Meinungsmache und Berichterstattung". Man bediene sich verschiedener Kampfbegriffe wie "Querdenker", "Schwurbler", "Klima-Leugner", "Putin-Versteher", "Gesinnungspazifist" und anderen, um "Minderheiten mit abweichender Meinung zu diffamieren und mundtot zu machen." In dieser Auflistung würden uns freilich noch weitere Mainstream-Kampfbegriffe einfallen - aber immerhin ist mit diesem Manifest ein Anfang gemacht.

Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk bläst ein immer schärferer Wind ins Gesicht - und das ist gut so. Erst vor wenigen Tagen ergab eine aktuelle Umfrage, daß die Mehrheit der Deutschen sich tiefgreifende Reformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wünscht - insbesondere mit Blick auf Kosteneinsparungen.

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher Stephan Brandner fordert deshalb Konsequenzen: "Nur mit einem schlanken Angebot an regionalen Inhalten und hochwertigen Informationen, mit sinnvollen Strukturen ohne exorbitante Gehälter und vor allem ohne die Zwangsfinanzierung, hätte der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine Chance zu überleben." Für eine solche Reform stehen nur wir von der AfD!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 5. April 2024: >>**GEZ-Vertreter: Wir sind doch pluralistisch**

Von *S. Hofer*

Gestern antworteten Vertreter des Zwangsgebühren-TVs auf die Pluralismus-Forderung, die unzufriedene Mitarbeiter im Internet publiziert hatten. Tenor: Die Kritik ist unberechtigt. Wir sind doch pluralistisch. ...

Wenn im Zwangsgebühren-TV das Wort "Demokratie" fällt, entsteht ebenso viel unfreiwillige Komik, als wenn Oberschlapphut Thomas Haldenwang (CDU) oder Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) es verwenden. Erster Eindruck: Da hat jemand die Bedeutung des Wortes mißverstanden - denn ausgerechnet die viel beschworene "Vielfalt", der Meinungspluralismus ist nicht enthalten.

Genau dagegen wendet sich ein Manifest, das Mitarbeiter von ARD, ZDF und Deutschlandradio ins Netz gestellt haben. Forderung: Meinungsvielfalt und ein Stopp der ständigen Diskriminierung Andersdenkender. Was vor einigen Jahren noch selbstverständlich war.

Damit kein Mißverständnis entsteht: Eine Abschaffung des Zwangsgebühren-TVs fordern die Manifestunterzeichner keineswegs. Im Gegenteil, sie erklären den ÖRR zur wesentlichen Säule der Demokratie - wenn er "sein Publikum ernst nimmt, ... Debatten zuläßt und ein breites Meinungsspektrum abbildet, ohne zu diffamieren".

Am Donnerstag folgte eine Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Redakteursausschüsse bei ARD, ZDF, Deutschlandradio und Deutsche Welle (Agra) auf das Manifest.

Tenor: Alles abstreiten. Protest ist unbegründet. Weiter so! O-Ton: "Der Eindruck, daß in den Sendern nur vorgegebene Meinungen diskutiert und verbreitet würden und nur 'Mainstream-Themen und –Berichterstattung' stattfinden könnten, ist falsch."

Vielmehr sei das GEZ-TV äußerst pluralistisch. Man pflege eine lebhafte Streitkultur, bei der jede Meinung zum Zuge käme. Die Berichterstattung folge den journalistischen Prinzipien. Zudem setzten die Redakteursausschüsse sich aus gewählten Redaktionsvertretern zusammen. - Na, dann ... Auch das ZDF macht auf unschuldig: Man begrüße und fördere den Meinungspluralismus:

"Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZDF haben nicht nur bei internen Dialogveranstaltungen und in Redaktionskonferenzen jederzeit die Möglichkeit, sich kritisch zu äußern."

Ein ARD-Sprecher bemühte dagegen den alten Trick, das Manifest als Beweis für internen Pluralismus umzudeuten: "Das jetzt veröffentlichte Dokument, das offenbar einige Beschäftigte von ARD Medienhäusern mit unterzeichnet haben, bildet in Teilen eine Diskussion ab, die in den ARD-Medienhäusern kontinuierlich geführt wird."

Man stelle sich kritischer Diskussionen, das schließe "natürlich die selbstkritische Betrachtung des eigenen Tuns mit ein." Jeder Beitrag verdiene Gehör. Und daß ein solches Manifest erscheine, das sei Ausdruck der Meinungsvielfalt und des Pluralismus in den ARD-Medienhäusern. - Nun haben aber 33 Mitarbeiter anonym unterzeichnet. Deren Identitäten sind beim Anwalt hinterlegt. Weshalb, wenn es so pluralistisch zugeht?

Es geht so nicht mehr weiter: Sie lügen, sie hetzen, sie manipulieren - und wir werden dafür auch noch zwangsweise zur Kasse gebeten. Die Einseitigkeit von ARD und ZDF dokumentiert das spannende COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt" mit Hinweisen, was dagegen unternommen werden kann.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 15/24" berichtete am 5. April 2024 (x1.387/...):

>>**Von Wölfen und Schafen**

Opfergänge: Der Gesinnungsstaat begnügt sich nicht mit Gesetzestreue, er will ideologische Homogenität erzwingen. Wer sich verweigert, muß mit Sanktionierung rechnen

Thorsten Hinz

Die Herausholung einer 16jährigen Schülerin mitten aus dem Unterricht und ihre polizeiliche Abführung am Richard-Wossidlo-Gymnasium in Ribnitz-Damgarten war die Drohgebärde eines Ideologie-, Gesinnungs- und Maßnahmenstaates.

Der Ideologiestaat versucht das Verhalten der Menschen in ein Korsett lebensfeindlicher Dogmen und Vorschriften zu pressen. Auf Ideologie waren die Ostblockstaaten gegründet. Nur hieß sie hier "wissenschaftliche Weltanschauung", während die Postmodernisten im Westen von einer "Großen Erzählung" sprachen. Sie erklärte die Geschichte zur Abfolge von Klassenkämpfen, die im Kommunismus einmünden würden.

Seit 1989 gibt es nur mehr Erzählfragmente: den Klima-, Willkommens-, Queer- und Genderwahn, den Antirassismus, die Pandemiebekämpfung usw. Die Fragmente treten abwechselnd in den Vordergrund und verschwinden zeitweilig, vermischen sich und geraten miteinander in Konflikt, der natürlich nichtantagonistisch, also lösbar ist. Das heißt dann "demokratischer Diskurs". Die Richtung ist immer eindeutig: Stets geht es um die globale Standardisierung und Nivellierung ohne Rücksicht auf Verluste.

Der Gesinnungsstaat begnügt sich nicht mit Gesetzestreue und äußerem Gehorsam, er will ideologische Homogenität erzwingen. Die Menschen sollen öffentlich bekunden, daß ihre Gesinnung eine bunte, queere, antirassistische, klimafreundliche ist. Die auf der Leipziger Buchmesse versammelte Politik- und Kulturelite hat es mit dem Vorzeigen bunter Demokratie-Schildchen vorgemacht. Die "woke" Sprech- und Schreibweise wird ohnehin als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. Wer folgsam ist, darf auf Belohnung hoffen. Wer sich verweigert, muß mit Denunziation und Sanktionierung rechnen.

Im heutigen Maßnahmenstaat gilt: Seine Akteure schaffen den Normen- und Gesetzesstaat nicht ab, sondern führen sich als seine glühendsten Verteidiger auf. Wenn es zweckmäßig erscheint und der politische Wille stark genug ist, findet sich eine juristische Brechstange, um ihn auszuhebeln. Es genügt schon das Bekenntnis zu einer abweichenden, aber nicht strafbaren Haltung, um in den Fokus von Ermittlungen zu geraten.

Die Begründung lautet dann einfach, daß diese Haltung geeignet sein könnte, wirklichen Staatsfeinden einen "inneren Halt" zu geben und dadurch "mittelbar Bestrebungen", die tatsächlich Staatsgefährdendes im Sinn haben, zu unterstützen. Durch solche Rechtspraxis entsteht eine Zone der Unsicherheit, die den Einzelnen, um nicht aufzufallen und keine Verfolgung auf sich zu ziehen, dazu veranlaßt, den Regierungskurs zu akklamieren.

Zum Befund gehört weiter, daß der SPD-Innenminister und die linke Bildungsministerin von Mecklenburg-Vorpommern den Polizeiruf des Schuldirektors für richtig und angemessen erklären. Als die AfD die Zuführung der Schülerin zum Thema einer Aktuellen Stunde im Bundestag machte, hielt der FDP-Mann Wolfgang Kubicki nicht die Maßnahme, sondern ihre Thematisierung für kritikwürdig. Die AfD sei sich nicht zu schade für "parteilpolitische Spiele auf dem Rücken einer 16jährigen" wettete er. Kubicki, der sich gern als letzter Mohikaner der Rechtsstaatsliberalen profiliert, ist eben doch nur ein Pausenc clown.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung blies in dasselbe Horn: "Was die AfD freilich auch am Freitag nicht begriff, ist, daß in einem Gemeinwesen nicht alles, was gedacht werden kann, auch folgenlos geäußert werden darf, da gibt es Strafbarkeitsgrenzen, und um die im Grenzfall zu ermitteln, darf ein Schulleiter auch mal die Polizei rufen." Was zu beweisen war: Vom gesinnungsfesten Haltungs- zum Maßnahmen-Journalismus ist es nur ein Trippelschritt.

Nun hatte die 16jährige keinesfalls zum Kopfab schneiden, Bombenlegen oder zur Errichtung eines Kalifats aufgerufen. Die Frage, die hinter ihren Posts steht, lautet: Was wird aus uns, aus meiner Generation in einem Staat, der uns an den youth bulge, den Jugendüberschuß der Dritten Welt ausliefert? Sie möchte nicht als Stimmvieh und Opferlamm herhalten. Sie zitierte den Satz von Björn Höcke: "Ihr erzieht eure Kinder zu Schafen und laßt Wölfe ins Land." Sie reflektiert, daß deutsche Kinder und Jugendliche in ihrer Altersgruppe vielerorts zur Minderheit geworden sind.

Öffentliche Plätze und Verkehrsmittel, Freibäder, Bahnhöfe werden zu gefährlichen Zonen, wo sie mit Einschüchterungen, körperlichen Übergriffen, Vergewaltigungen und Messergewalt rechnen müssen, die manchmal mitten ins Herz trifft. Die Medien, soweit sie darüber überhaupt berichten, bedienen sich einer verschleiern den Sprache, die trotzdem enthüllt, was sie verbergen will.

Diesen Kindern und Jugendlichen wird das Recht auf Bildung vorenthalten. In Schulen mit babylonischer Sprachdiversität ist kein regulärer Unterricht möglich. Defizitäre Sprachkompetenz à la "Ich geh' Görlitzer Park" wird nun als "Kiezdeutsch" geadelt.

Das sei, so die Bundeszentrale für politische Bildung, kein gebrochenes oder falsches Deutsch, "sondern begründet einen neuen, urbanen Dialekt des Deutschen", und zwar eine neue "Jugendsprache", und "damit ein Zeichen für eine besonders gelungene sprachliche Integration: ein Beitrag aus multiethnischen Wohngebieten, an dem Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen beteiligt sind".

Das ist Orwellsches Neusprech. Denn wer integriert wen? Und auf welchem Niveau? Jugendsprache ist das Distinktionsmittel einer Alterskohorte. Sie wird dort zum Problem, wo ihre Nutzer unfähig sind, in die Hochsprache zu wechseln.

Neben den kognitiven erleiden die Kinder und Jugendlichen seelische Schäden. Ihnen werden Pausenbrote und Taschengeld abgepreßt. Kürzlich kursierte im Netz ein Video aus Pinneberg in Schleswig-Holstein, in dem ein zwölfjähriger Deutscher vor seinem gleichaltrigen türkischen Peiniger kniet und mit Ohrfeigen traktiert und Beschimpfungen traktiert wird.

Die Filmemacherinnen Güner Balci und Nicola Graef drehten 2010 den Dokumentarfilm "Kampf im Klassenzimmer" über eine Schule in Essen, der die Drangsalierung der in der Minderzahl befindlichen deutschen durch muslimische Schüler zeigt. An letzter Stelle der Hierarchie stehen deutsche Mädchen, die als "Schlampen" keinen Respekt verdienen. Die ARD strahlte den 45minütigen Film am 22. Juli 2010 erst kurz nach Mitternacht und am 23. Juli 2010 um halb vier in der Frühe aus.

Im Fernsehfilm "Wut" von Züli Aladag wird Felix, der schüchterne, schwächliche Sohn eines Professors, von Can, dem Anführer einer Gang, terrorisiert und erpreßt. Felix' linksliberaler Vater predigt Toleranz und Dialog, was Cans Verachtung nur steigert: "Du hast scheißviel Geld, eine scheißgeile Frau, ein scheißgroßes Haus, aber du hast keine Ehre, Mann, und du

verdient keinen Respekt, deine Familie braucht einen Mann und keine Scheiß-Schwuchtel wie dich!"

Felix wirft seinem Vater vor: "Ihr habt mich einfach falsch erzogen. Selbst wenn ich genug Freunde hätte (um gegen Cans Gang anzutreten), die Deutschen trauen sich doch sowieso nicht." Als Grund nennt er den "Hitler-Komplex". Der Film aus dem Jahr 2005 wurde gleichfalls ins Nachtprogramm geschoben.

Als 2013 im niedersächsischen Kirchweyhe ein 25jähriger Deutscher zu Tode geprügelt wurde, hatte der SPD-Bürgermeister nichts Eiligeres zu tun, als eine Sondersitzung des "Präventivrates und des Runden Tisches gegen Rechts und für Integration" einzuberufen.

Das veranlaßte den Publizisten Akif Pirinçci zu der wütenden Suada "Das Schlachten hat begonnen", und zwar, "(w)eil es sich bei der letztmaligen Tötung eines jungen Deutschen namens Daniel S. von Türken in Kirchweyhe im Grunde um einen beispielhaft evolutionären Vorgang handelt, nämlich um den schleichenden Genozid an einer bestimmten Gruppe von jungen Männern". Es gehe "einem deutschen Journalisten am Arsch vorbei, ob ein junger Landsmann von ihm auf offener Straße totgeprügelt wird."

Bemerkenswert ist die Nachbereitung solcher Verbrechen durch die Justiz. Todesfälle werden weniger auf die Gewalt als auf vorangegangene Herzscheiden oder poröse Hirnarterien der Opfer zurückführt, während den Tätern Notwehr oder großartige Sozialperspektiven attestiert werden.

Auf der Trauerfeier für eine 2018 von einem marokkanischen Truckerfahrer getötete Studentin sagte der damalige EKD-Ratsvorsitzende und Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, die Tote habe "ganz aus dem Vertrauen gelebt. Sie hat andere Menschen nicht als potentielle Gefahr, sondern zuallererst als Menschen gesehen, die als gute Geschöpfe Gottes fähig sind zur Mitmenschlichkeit und die selbst Mitmenschlichkeit verdienen. Vielleicht wäre sie noch am Leben, wenn sie aus dem Mißtrauen heraus gelebt hätte. Aber wäre das das bessere Leben gewesen?" Ungerührt feiern die falschen Propheten ihre Verblendungs-ideologie, der ihre Schäfchen gerade zum Opfer gefallen sind.

Das Dominanzgebaren einschlägiger Zuwanderergruppen ist leicht nachvollziehbar, es verschafft ihnen moralische, emotionale und materielle Vorteile. Ungewöhnlich ist hingegen, daß eine Gesellschaft ihre Schwäche zur Tugend erhebt, indem sie ihre Kinder zum Opfertod anhängt. Noch einmal Pirinçci: "Normalerweise leistet die Gegengruppe erbitterten Widerstand oder bietet einen Kompromiß an, womit alle leben können. Aber es kommt selbst in der Evolution wirklich sehr selten vor, daß" - ab jetzt muß Pirinccis Rhetorik ins Stubenreine übersetzt werden - dem Vergewaltiger der Tochter und dem Mörder des Sohnes auch noch Rosen gestreut werden.

In Ingmar Bergmans Film "Die Jungfrauenquelle" (1960) wird die junge Karin von zwei Hirten vergewaltigt und getötet. Als die Täter sich unwissentlich bei den Eltern verraten, nimmt der Vater blutige Rache. Der Film spielt im Mittelalter, in der Vaterrolle ist Max von Sydow als kraftvolle Wikinger-Erscheinung zu sehen.

Die Blutrache ist abgeschafft, es ist heute die Sache des Staates, den Bürgern Schutz zu garantieren, Gesetzesverletzungen zu ahnden und gerade die Schwächsten zu schützen. Doch der Staat und die sogenannte Zivilgesellschaft bewirken das Gegenteil. Migrantische Machos bringen die Konstellation auf den Punkt, wenn sie deutsche Altersgenossen "Du Opfer" ansprechen.

Haben wir es auf deutscher Seite mit einem unbewußten Rückfall in archaische Muster zu tun?

Menschenopfer waren in der Geschichte nicht ungewöhnlich, doch wurden allermeistens Erwachsene geopfert. Vor einigen Jahren berichtete die Zeitschrift National Geographic von archäologischen Funden an der peruanischen Pazifikküste, die eine Massenopferung von Kin-

dern vor 550 Jahren bezeugten.

Danach soll es sich um mehr als 140 geopfert Kinder handeln. Wissenschaftler nehmen an, daß die Opferungen begannen, als die Opferung Erwachsener nicht mehr ausreichte, um die regelmäßigen Schäden durch Naturgewalten abzuwehren. Der in den USA tätige Anthropologie-Professor Haagen Klaus meinte: "Menschen opfern das, was für sie den größten Wert hat. Es gibt diese Vorstellung, daß rituelle Tötungen eine Art Vertrag darstellen, daß sie ausgeführt werden, um etwas von übernatürlichen Gottheiten zu erhalten. Tatsächlich ist es aber ein deutlich komplizierterer Versuch, mit diesen übernatürlichen Mächten zu verhandeln und sie zu manipulieren."

Zugegeben, Parallelen zur Gegenwart herzustellen ist bloß düstere Spekulation. Eindeutig ist die Botschaft, die die Schülerin ausgesendet hat: Als Opferlamm stehe ich nicht zur Verfügung. Das reicht heute schon für eine behördliche Gefährderansprache.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 15/24" berichtete am 5. April 2024 (x1.387/...):

>>**Es kann längst jeden treffen**

Zahlungsverkehr: KI-gesteuerte Kontosperrung - Nur zur Bekämpfung der Finanzkriminalität?

Dirk Meyer

Das Girokonto ist das Herz der ökonomischen Existenz: Gutschriften von Einkommen und Umsätzen, Rechnungsausgänge, Steuer- und Abgabenzahlungen, Daueraufträge, Lastschriften, Kredittilgungen oder Bargeldabhebungen und -zahlungen mit Giro- oder Kreditkarte. Erst wenn es zu Problemen kommt, wird die Kontoverbindung als eine kritische persönliche Infrastruktur bewußt, die existentielle Folgen für den betroffenen Kunden hat - für einfache Bürger, Selbständige oder Unternehmen. Und nicht immer nimmt die Notlage eine solche Wende, wie im Fall des früheren UKIP- und späteren Brexit Party-Chefs Nigel Farage.

Dem GB-News-Moderator wurde im Juni 2023 das Konto bei der britischen Bank Coutts - einer Tochter der NatWest, die bis 2020 Royal Bank of Scotland/RBS hieß - gekündigt. Hinzu kam, daß die damalige NatWest-Chefin Alison Rose einem Journalisten vertrauliche Informationen über den gekündigten Kunden verraten hatte, die sich als falsch herausstellten. Denn dem Trump-Freund Farage wurde nicht wegen eines zu geringen Guthabens gekündigt, sondern wegen des Rassismus-Vorwurfes. Der Vorgang führte zu einem Imageschaden der Bank und kostete Rose neben ihrem Vorstandsposten auch noch fast acht Millionen Pfund an längerfristigen Vergütungen und Boni.

Verselbständigte Datenauswahl, Verknüpfungen und Gewichtungen

Doch es kann nicht nur Prominente treffen. In Deutschland kann eine Bank das Girokonto jederzeit und ohne Angabe von Gründen kündigen (Paragraph 675h Abs. 2 BGB; ebenso Nr. 19 AGB Banken). Allerdings darf die Kündigungsfrist zwei Monate nicht unterschreiten. Die Anlässe sind vielfältig. So kann es der Bank mißfallen, daß ein privates Konto für geschäftliche Zwecke genutzt wird, seit geraumer Zeit keine Geldbewegungen stattgefunden haben, deshalb zu wenig verdient wird oder daß der Aufforderung zur Anerkennung geänderter AGB - etwa bei Gebührenerhöhungen - nicht gefolgt wurde.

Anders ist es bei einer außerordentlichen Kündigung (§ 314 BGB), die besondere Gründe voraussetzt. Falsche Angaben zu Vermögensverhältnissen, deren gravierende Verschlechterung oder die Nutzung des Kontos für Geldwäsche oder Drogengeschäfte fallen hierunter.

Doch gilt hier der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: Die Interessen der Bank müssen gegenüber den Interessen des Kunden abgewogen werden. Bei einem gerichtlichen Pfändungsbeschuß kommt es häufig zu einer Kontosperrung, bei der die Bank die Kontoverfügung aufhebt und Guthabenbeträge nicht mehr an den Kontoinhaber auszahlt. Schließlich können die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Kunden und Informationen über eine Wohlverhaltensphase zu einer Kündigung führen. Dies dient zugleich dem Schutz

der Bank vor etwaigen Regreßansprüchen.

Zukünftig dürfte auch die Künstliche Intelligenz (KI) problematisch werden. KI-gesteuerte Kontokündigungen auf der Grundlage automatisierter Verfahren nutzen Daten und Informationen zielorientiert. Änderungen und "Ungewöhnliches" werden laufend registriert und ein maschinelles Lernen verändert den Entscheidungsprozeß hin zu besseren Ergebnissen (lernender Algorithmus/machine learning/ML). Während zu Beginn die Datenauswahl, Verknüpfungen und Gewichtungen noch bewußt vorgenommen werden, verselbständigt sich das ML im Laufe der Zeit, ohne daß die Anwender die Zusammenhänge notwendig durchblicken müssen. Damit entsteht eine neue, hochproblematische Fehlerquelle.

Neben der Nutzung veralteter oder datenschutzrechtlich nicht zulässiger Daten sowie bewußter, personenbezogener Diskriminierungen - siehe den Fall Farage - kommen unbewußte, KI-immanente Ausgrenzungen hinzu. Ein aktuelles Beispiel aus dem Bereich der Bilder-KI verdeutlicht das. Auf der Suche nach Soldatenfotos aus dem Zweiten Weltkrieg wurden vermehrt Bilder schwarzer Wehrmachtssoldaten "KI-kreiert" und angezeigt - worauf Google seine KI-Software Gemini vorerst gestoppt hat. Ursache dieses Fehlers war offenbar das "woke" Bemühen um Diversität. Folglich könnten bei einer Banken-KI auch gewisse Begrifflichkeiten Einfluß nehmen, deren Zurechnung auf Kunden vertragsschädliche Folgen hätten.

Aktuell sind vermehrt Gewerbetreibende mit hohen Bargeldbewegungen und russische Staatsangehörige ins Visier von Banken geraten. Im ersten Fall wollen Geldinstitute die Unterstützung von Geldwäsche (§ 261 StGB) vermeiden - was legitim ist, allerdings einer Einzelfallprüfung bedarf. Bei der zweiten Gruppe geht es meist um russische Staatsbürger ohne Aufenthaltstitel eines EU-Mitgliedstaats und um in Rußland ansässige natürliche Personen, Firmen oder Einrichtungen, für die es Banken verboten ist, Gutschriften entgegenzunehmen. Hier greift das gleich zu Beginn des Ukrainekrieges verabschiedete Sanktionspaket gegen Rußland (Art. 5b EU-VO 2022/328).

Für Privatpersonen bleibt als letzter Rettungsanker das Basiskonto

Diese Vorgabe kann beispielsweise einen Russen treffen, der in Berlin als Eigentümer einer Wohnung Mietinnahmen erhält. In der Vergangenheit wurden in vorausseilendem Gehorsam Verdachtskündigungen ausgesprochen, die erst bei Erfragung des Kündigungsgrundes und nach Klärung der Aufenthaltsgenehmigung zurückgenommen wurden. Weniger Medienecho fand die wohl politisch motivierte Kündigung des Postbank-Kontos von AfD-Chef Tino Chrupalla, wie auch die des Journalisten Boris Reitschuster.

Vorige Woche sperrte die Berliner Sparkasse das Konto des propalästinensischen Vereins "Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost", der der antiisraelischen Boykottbewegung BDS nahesteht.

Welche Vorkehrungen können gegen ein "De-Banking" getroffen werden? Generell scheinen Volksbanken und Sparkassen zurückhaltend mit Kündigungen zu sein, auch aufgrund länderspezifischer Bestimmungen, nach denen ein Konto für jedermann angeboten werden muß. Darüber hinaus bieten zwei Bankverbindungen eine Art Risikoteilung.

Tritt der Fall der Sperrung oder Kündigung hingegen ein, wären zunächst die anlaßgebenden Gründe zu erfragen. Sollte es dabei bleiben, ist Eile geboten, denn die Zweimonats-Bestandsfrist läuft. Nur bei einem berechtigten Anliegen - zum Geschäftskonto gibt es keine Alternative - kann ein Aufschub für zehn Monate erfolgen. Allerdings setzt dies den Nachweis erfolgloser Versuche bei anderen Banken voraus. Für Privatpersonen bleibt als letzter Rettungsanker das Basiskonto, das jede Bank seit 2016 anbieten muß. Ein Standardkonto ist in der Regel jedoch viel günstiger.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 6. April 2024: >>Irre Geheimdienst-Logik: Nur Deutsche darf es nicht geben

Von *Sven Reuth*

Das kritische Buch des früheren SPD-Ministers Mathias Brodkorb über den Verfassungsschutz sorgt weiterhin für großen Wirbel. Jetzt bekommt der Autor, der früher in der ersten Reihe der Nordost-SPD stand, auch noch Unterstützung von dem bekannten Kolumnisten Harald Martenstein. ...

Kaum ein anderes Buch, das in diesem Jahr erschienen ist, erhitzt so die Gemüter wie das neue Buch von Mathias Brodkorb über den Verfassungsschutz. Brodkorb, einst Kultus- und Finanzminister für die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, hat sich den Ruf eines unbequemen und furchtlosen Selbstdenkens erworben, der die politisch heißesten Eisen anfaßt und einer oftmals sehr philosophisch geprägten Analyse unterzieht.

Politischer Sprengstoff

Sein brandneues Buch "Gesinnungspolizei im Rechtsstaat? Der Verfassungsschutz als Erfüllungsgehilfe der Politik" wurde deshalb mit größter Spannung erwartet und ist tatsächlich eine fulminante Abrechnung mit dem Inlandsgeheimdienst geworden. Das sehen auch viele Rezensenten so. Die Ostsee-Zeitung beispielsweise schreibt:

"Brodkorb schreibt für das konservative Magazin 'Cicero'. Und jetzt ist sein neues Buch erschienen. Reiner politischer Sprengstoff. ... Brodkorb kommt in seiner Auseinandersetzung zu dem Ergebnis, der Verfassungsschutz müsse reformiert werden, sei aber nicht reformierbar und gehöre deshalb abgeschafft."

Und der Chemnitzer Politologe Eckhard Jesse bemerkt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: "Mathias Brodkorb analysiert in der gerade erschienenen antiextremistisch motivierten Schrift 'Gesinnungspolizei im Rechtsstaat?' (zu Klampen Verlag, 2024) problematisches Verhalten von Verfassungsschutzbehörden gegenüber linken und rechten Positionen, wie das bisher so nicht der Fall gewesen war. Dies spricht nicht unbedingt für die universitäre Extremismusforschung."

"Deutsche Frage treibt einen in den Wahnsinn"

In die Reihe dieser sehr positiven Besprechungen reiht sich nun der prominente Kolumnist Harald Martenstein ein, der früher für den Tagesspiegel schrieb und heute für die Welt am Sonntag zur Feder greift. Nun beschäftigt sich das frühere DKP-Mitglied in einem Artikel für die Schweizer Weltwoche mit dem Brodkorb-Buch.

Auch Martenstein hält es für absurd, daß der Verfassungsschutz mittlerweile bei der Definition des Volksbegriffs jedwedes Anknüpfen an ethnische Argumentationsmuster für verfassungswidrig erklärt. Dazu bemerkt Martenstein:

"Der 'ethnische Volksbegriff' sei verfassungswidrig, heißt es, er ist auch das Hauptargument für ein angestrebtes AfD-Verbot. ... Brodkorb dagegen findet, wie Helmut Kohl und ich auch, daß es Völker wirklich gibt. Die Indianerstämme in den USA sind sogar erst kürzlich in 'Völker' umbenannt worden, weil 'Stamm' diskriminierend klinge."

Und weiter stellt Martenstein fest:

"Die ungelöste deutsche Frage kann einen, falls man auf Logik steht, in den Wahnsinn treiben. Wer in Deutschland zum Beispiel sagt, das palästinensische Volk existiere gar nicht, es sei nur eine Konstruktion, also genau das, was man über Deutsche sagen sollte, muß sich auf Ärger gefaßt machen. Wer einem deutschen Türken abspricht, Deutscher zu sein, kriegt auch Ärger. Wer aber sagt, ein Deutscher ist deutsch, wird von manchen in die Nähe von Extremisten gerückt. Die Deutschen scheinen das einzige Volk zu sein, das es in Deutschland partout nicht geben soll - schon wieder einer dieser verfluchten deutschen Sonderwege."

Wie wahr! Auch Harald Martenstein hat mittlerweile also erkannt, daß die vom Verfassungsschutz vorgegebenen Definitionen teilweise geradezu irrsinnig sind und sich Deutschland er-

neut - nun mit einer staatlich verordneten Anti-Haltung gegen das eigene Volk - isoliert.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 8. April 2024 (x1.376/...):
>>"**Rechtsextremismus": Polizei-Säuberung à la Faeser läuft an!**

In Deutschland gibt es etwa 330.500 Polizisten (Bund, Länder) - gegen mindestens 400 Beamte und Beamtinnen sind Medienberichten zufolge Disziplinarverfahren wegen des Verdachts auf eine "rechtsextremistische Gesinnung" oder der "Verbreitung von Verschwörungsideologien" eingeleitet worden bzw. wird deshalb ermittelt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte ein "konsequentes Vorgehen" an.

Das neue Disziplinarrecht, mit dem unliebsame Beamte ohne Gerichtsbeschluss und bei umgekehrter Beweispflicht (!) aus dem Dienst entfernt werden können, ist kaum in Kraft getreten, da läuft auch schon die große Säuberungswelle an. Nicht der Dienstherr muß die Schuld beweisen, sondern Betroffene müssen ihre Unschuld beweisen. Gab's das nicht schon mal, Stichwort Hexenprozesse?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. April 2024: >>Markus Krall: Keine Angst vor Haldenwang!

Von *COMPACT* Redaktion

Mut-Ökonom und Regime-Kritiker Markus Krall hat ein grandioses Spottgedicht auf Faeser, Haldenwang und ihre BRD-Stasi geschrieben. Wir dokumentieren es in voller Länge. Wie unser Land wieder auf Vordermann gebracht werden kann, nachdem die Polit-Verbrecher vor Gericht gestellt worden sind, beschreibt Krall in seinem neuen Buch "Die Stunde Null". 272 Seiten Klartext vom Feinsten! ...

Im großen Interview mit COMPACT-TV hat er es vorgetragen, doch in schriftlicher Form gab es das Gedicht "Keine Angst vorm BfV" (Bundesamt für Verfassungsschutz) von Markus Krall bislang noch nicht. Wir dokumentieren es nachfolgend erstmals in voller Länge.

Keine Angst vorm BfV

Wer hat Angst vorm Be-eff-Vau?
Das wieselflink in linken Händen
Mutiert zur Stasi, ja genau!
Das da horcht an unsren Wänden.

Wird ein Land mit Angst regiert,
Mit Polizei und mit Geheimen,
Ist es in Wahrheit abgeschmiert.
Hört Ihr schon die Knospen keimen?

Hallo, ist da Haldenwang?
Sie kleiner Auf-der-Schleimspur-Rutscher
Machen höchstens Lieschen bang.
Dabei sind Sie nur der Kutscher!

Ihr Bürokraten-Hirn, es denkt,
Es sei oben angekommen.
In Wahrheit ist es nur verrenkt
Und vom Suff der Macht benommen.

Sie bilden es sich ernsthaft ein,
Sie und Ihre Gurkentruppe,
Der Rechtsstaat schlafe ewig fein,
Und ihr Eid ist ihnen Schnuppe.

Sie lernen fleißig Stasi-Akten,
wie Zersetzen, Haß und Hetze geht,
Wie verdrehen wir die Fakten,
Daß Müll dann in der Zeitung steht?

Sie wagen es, uns auszuhorchen,
Von Stasi-Nancy aufgetragen.
Unser Leben auszuforschen.
Doch Sie haben uns nichts zu sagen.
Sie seien nicht allein zuständig,
Den Feind im Lande klein zu halten,
Sagten Sie selbst wieselwendig,
Doch wir sind nicht aufzuhalten.

Nach der Wende, nicht mehr lange,
Lassen wir Sie Männchen machen.
Dann wird ihnen angst und bange,
Und Sie haben nichts zu lachen.

Wenn Stasi-Faeser ist verpufft,
Sie verlieren ihren Posten.
Sie atmen dann gesiebte Luft,
Die Pension wird es sie kosten.

Denn das können wir versprechen:
Das Recht, es läßt sich nicht verhöhnen.
Das Recht, es wird die Mauern brechen,
Vor Gericht sie werden stöhnen.

Dann wird es auch der Letzte lernen:
Sie sind eine Witzfigur,
Die aus dem Amte wir entfernen,
Wie Flasche leer nach Kneipentour.

Wer hat Angst vorm Haldenwang,
Stasi-Nancys Händchenpuppe?
Vor der Figur ist mir nicht bang,
Dem spucken wir noch in die Suppe.

Krall räumt auf: Wie unser Land wieder auf Vordermann gebracht werden kann, nachdem Polit-Verbrecher wie Haldenwang und Faeser vor Gericht gestellt worden sind, beschreibt Krall in seinem neuen Buch "Die Stunde Null". 272 Seiten Klartext vom Feinsten!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 10. April 2024 (x1.376/...):
>>**Selbst diesem Ex-Staatsfunker reicht es mit Faeser-Büttel Haldenwang: "Wo bleibt der Aufschrei?"**

Das Feuilleton der immer linkeren "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) ist eine Art rest-konservatives Biotop des einst bürgerlichen Leitmediums. Deshalb ist es wohl kaum ein Zufall, daß hier, und nicht im politischen Teil des Blattes, ein bemerkenswerter Artikel des früheren SWR-Intendanten Peter Voß (CDU) erschien.

Selbst dem Ex-Staatsfunke reichen die anti-demokratischen Umtriebe seines Parteifreundes, Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldenwang: "Wo bleibt der Aufschrei?", fragt Voß mit Blick auch auf die Mainstream-Medien.

Der heute 83 Jahre alte Gründungsintendant des "Südwestrundfunks" schreibt: "Was muß Journalisten alarmieren, wenn nicht das Gebaren eines wahrscheinlich rechtlich, gewiß aber ordnungspolitisch und moralisch seine Zuständigkeit überdehnenden Geheimdienstchefs, der offenbar nicht nur die Kompetenz beansprucht, die ‚mündigen Bürger‘ zu belehren, sondern nach eigenem Ermessen überwachen zu lassen und in ihren Grundrechten einzuschränken?" Haldenwang jedenfalls verfolge seit einiger Zeit eine regelrechte "Agenda", die darauf hinauslaufe, die Demokratie durch "Suizid", also Selbstabschaffung, zu "retten".

"Auch Rechte haben Rechte"

Unter Anspielung auf Haldenwangs Schnüffel-Kategorie "Delegitimierung des Staates" schreibt der Ex-SWR-Intendant seiner eigenen Partei, der Union, ins Stammbuch: "Von der CDU, die als größte Oppositionspartei am ehesten berufen wäre, sich dieser Delegitimierung der Demokratie (gemeint ist Haldenwang) vehement zu widersetzen, hört man daran zwar Kritik, doch wenig Substantielles; die Rolle des Verfassungsschutzes und seines Chefs wird ausgespart ... Weil Haldenwang ein Parteifreund ist? Oder spielt die Versuchung eine Rolle, die lästige Konkurrenz rechts außen endlich kleinzukriegen?"

Voß kommt zu dem Schluß: "Das dürfte sich im Zweifel ebenso als Wunschdenken erweisen wie die Erwartung, die großen Demos ‚gegen Rechts‘ könnten dies bewirken. Davon abgesehen: Muß das ‚Nie wieder‘, das sie proklamieren, für eine wachsame Opposition nicht auch heißen: Nie wieder Unterdrückung der Meinungsfreiheit?"

Der pensionierte Staatsfunke zitiert in diesem Zusammenhang Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP): "Auch Rechte haben Rechte!" Mehr noch als das Schweigen der "Volkspartei" CDU bekümmere ihn aber "das Schweigen von Journalisten, die einander sonst im Engagement fürs Gute, Wahre und Gerechte überbieten." <<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 19. April 2024 (x1.372/...):

>>"Weiß Ihr Chef, was Sie hier tun ...?" Bei den Worten von Strack-Zimmermann muß man unweigerlich an Denunziation denken

Redaktion

Sie soll für die FDP als "Eurofighterin" ins Europäische Parlament ziehen - bei einer Wahlkampfveranstaltung in Ravensburg (Baden-Württemberg) sorgte Marie-Agnes Strack-Zimmermann für einen Eklat, indem sie einem Kritiker offenbar androhte, ihn bei seinem Arbeitgeber ob seiner politischen Ansichten anzuschwärzen.

Bei der FDP-Veranstaltung von Strack-Zimmermann auf dem Ravensburger Marienplatz bestand das versammelte Publikum aus etwa 300 Menschen - in weiten Teilen aus Kritikern der FDP-Politikerin, wie die Schwäbische Zeitung berichtet. Sie kamen auch aus den Reihen der Partei "Die Basis" sowie der AfD. Immer wieder riefen sie "Kriegstreiber" und die Parole "Frieden schaffen ohne Waffen".

Am Mikrophon fuhr Strack-Zimmermann aus der Haut, sprach Gegendemonstranten direkt an, beleidigte sie: "Dir sag' ich was und dir auch: Du wärst schneller in Stuttgart im Knast als du gucken könntest, weil du naiv bist, weil du gar nichts mehr auf die Kette bekommst. So ist das in Rußland."

Wären die Demonstranten Demokraten, so Strack-Zimmermann, würden sie zuhören und diskutieren - und nicht rufen und pfeifen. Dann ergänzte sie: "Aber ihr seid zum Teil zu blöd, 'ne Pfeife in den Mund zu stecken!"

Doch damit nicht genug: Auch im Umfeld des Bühnen-Auftritts ging es zur Sache, wie ein Video zeigt. Während die FDP-Politikerin gerade in ein Gespräch verwickelt war, sprach sie ein Mann von hinten an. Die FDP-Politikerin reagierte, fragte: "Wo arbeiten Sie denn?" Der

Mann antwortete: "Bei einem Maschinenbau- und Automobilzulieferer, aber Sie mit ihrer gesamten Regierung machen alle möglichen Arbeitsplätze kaputt."

Strack-Zimmermann fragte wieder und wieder: "Weiß ihr Chef, was Sie hier machen? Weiß ihr Chef, was Sie hier machen? Wie heißt denn Ihre Firma? Da haben Sie schneller Ihren Job ..." - dann ist nicht mehr zu verstehen, was Strack-Zimmermann sagt. Ist das eine Drohung? Es klingt, als würde die FDP-Politikerin ihrem Kritiker drohen wollen, ihn wegen mißliebiger politischer Einstellungen beim Arbeitgeber zu denunzieren, was ihn seinen Job kosten könnte. Die Bundestagsabgeordnete Joana Cotar (fraktionslos) schrieb bei X: "Ein solcher Wille zur Denunziation paßt zu Sozialisten, aber ganz sicher nicht zu einer freiheitlichen Partei." Die Ravensburger Grünen-Politikerin Agnieszka Brugger hingegen sprach Strack-Zimmermann ihre Solidarität aus: "Demokrat*innen müssen nicht immer einer Meinung sein, aber zusammenhalten. Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist immer zu harten Diskussionen bereit, aber wenn eine kleine Minderheit das Ziel hat, Dialog zu zerstören, dann habe ich dafür null Verständnis."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 21. April 2024 (x1.368/...):
>>**Evangelische Kirche schließt AfD-Mitglieder aus: "Unheilige Allianz" unvereinbar mit Christentum**

Auf einer Veranstaltung der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische-Oberlausitz hat die Landessynode die Unvereinbarkeit mit AfD-Mitgliedern beschlossen. Die "AfD in unheiliger Allianz mit Rechtsextremen" müsse mit "Widerstand" rechnen und sei nicht mit dem Christentum vereinbar.

Von *Redaktion*

Lange Zeit wollte die evangelische Kirche eine Unvereinbarkeitserklärung aus moralischen Gründen nicht einführen, jetzt ist es dennoch passiert. Die Landessynode Berlin-Brandenburg-schlesische-Oberlausitz hat auf einer Tagung am Samstag in Görlitz beschlossen, daß ihre Mitglieder nicht mehr für die AfD tätig sein dürfen - oder andersherum.

Die evangelische Synode rief damit zum Kampf gegen Rechtsextremismus und Demokratiebedrohende Akteure auf. Vor allem die "AfD in unheiliger Allianz mit Rechtsextremen" wurde als unvereinbar mit der christlichen Konfession eingestuft. Das Kirchenparlament behauptete, die AfD würde "dem alten Motiv: Schuld sind immer nur die anderen" folgen. Das gefährde aber das friedliche Zusammenleben.

Der in Görlitz geborene sächsische Ministerpräsident, Michael Kretschmer (CDU), schloß sich der Kritik in einer Videobotschaft an. Der evangelische Politiker fragte rhetorisch, ob das Wahlprogramm sowie Haltung und Geist des AfD-Personals dem Zusammenhalt der Gesellschaft diene. Letztlich warf er der AfD noch vor, "stumpfsinnigen Populismus" zu verbreiten. Die Landessynode schloß sich Kretschmers Worten an und erklärte, angesichts der "erkennbaren weiteren Radikalisierung der AfD" seien "Mitgliedschaft oder tätige Unterstützung dieser Partei" unvereinbar mit dem christlichen Bekenntnis.

Ende letzten Jahres hatte die evangelische Kirche in Bayern eine solche Unvereinbarkeitserklärung, wie sie auch in der katholischen Kirche brennend diskutiert wird, noch verurteilt. In Berlin-Brandenburg ist ein solcher Beschluß nun dennoch umgesetzt worden, denn wer Demokratie und Rechtsstaat bekämpft, "muß mit unserem Widerstand rechnen", hieß es auf der Tagung.

Bereits im Februar hatte die evangelische Kirche in Sachsen-Anhalt einem Pfarrer wegen einer AfD-Kandidatur das Amt entzogen und im April ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Auch die katholische Kirche hatte einen ehrenamtlichen Mitarbeiter im Saarland kürzlich entlassen, weil er Landtagsabgeordneter der AfD ist.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24. April 2024: >>>AfD-Spitze serviert Maximilian Krah ab

Von Jürgen Elsässer

Powerplay gegen die AfD-Spitzenkandidaten zur Europawahl, Maximilian Krah und Petr Bystron - weil sie US-Kritiker sind. Und die AfD-Spitze Weidel/Chrupalla versagt ...

Böses Foul der Parteispitze gegen ihren eigenen Spitzenkandidaten für die Europawahl: Weidel und Chrupalla verbieten Maximilian Krah Wahlkampfauftritte! Schon beim Kampagnenauftritt in Donaueschingen am Wochenende darf er nicht dabei sein. Von der Liste kippen können sie Krah nicht mehr, deswegen bleibt nur das Unsichtbarmachen - schlimm genug! In der Stellungnahme der beiden von heute früh heißt es:

"Wir haben heute in einer gemeinsamen Beratung mit Herrn Dr. Krah die schwerwiegenden Spionagevorwürfe gegen seinen Mitarbeiter und die damit einhergehende Rufschädigung erörtert. Im Ergebnis hat sich Herr Dr. Krah mit sofortiger Wirkung von seinem Mitarbeiter getrennt. Um den Wahlkampf sowie das Ansehen der Partei nicht zu belasten, entschied er am bevorstehenden Wahlkampfauftritt in Donaueschingen nicht teilzunehmen. Jegliche Einflüsse fremder Staaten durch Spionage, aber auch der Versuch, Meinungen und Positionen zu kaufen, müssen aufgeklärt und mit aller Härte unterbunden werden."

Alles Lüge

Wenige Tage, nachdem Krah sich bei Jung&Naiv so bravourös geschlagen hat, ist das eine feige Distanzierung des Spitzenduos. Wegen nichts! Es wabern "schwerwiegende Anschuldigungen" gegen Krahs Mitarbeiter durch die Medien - aber nichts Konkretes, geschweige denn ein Indiz, und Beweise schon gar nicht. Übrigens: Es sind Anschuldigungen nicht des BND (der für Spionageabwehr zuständig ist), sondern des Verfassungsschutzes - also der Behörde, die sich die Zerstörung der AfD zum Ziel gemacht hat. ...

Schön zu lesen auch, daß Weidel/Chrupalla jeden "Versuch, Meinungen und Positionen zu kaufen", scharf ablehnen, diese "müssen aufgeklärt und mit aller Härte unterbunden werden". Aber was ist eigentlich mit den AfD-Abgeordneten und -Mitarbeitern, die in transatlantische Netzwerke eingebunden sind oder enge Kontakte zur israelischen Regierung unterhalten? "Mit aller Härte unterbunden" wird in der AfD immer nur, was die NATO-Presse kritisiert - was NATO und den USA gefällt, ist dagegen kein Anlaß zum Einschreiten.

Das Verhalten der AfD-Doppelspitze gegenüber Krah ist noch verwerflicher als gegenüber Bystron, der Nr. 2 auf der Europawahlliste. Ihm gegenüber hat man sich gerade noch abgequetscht: "Zum jetzigen Zeitpunkt muß der Bundesvorstand von der Unschuld Herrn Bystrons ausgehen." Vorausgegangen waren Korruptionsvorwürfe von wegen Annahme von "Russengeld" - ebenfalls durch nichts belegt. Entsprechende Tonmitschnitte und Videos hat niemand je gesehen, nicht einmal die tschechische Regierung. Und der Sprecher des tschechischen Geheimdienstes mußte sogar zugeben, daß der Name "Bystron" niemals gefallen ist - alles war eine Intrige einer US-finanzierten NGO mit Hilfe transatlantischer Medien.

Zwei Männer - eine Vision

Warum das Kesseltreiben gegen Krah und Bystron? Weil sie mit Sachverstand und Rückgrat das US-Imperium und dessen Kristallisationspunkte NATO und EU kritisieren und das auch im Wahlkampf dank ihrer Eloquenz erfolgreich getan hätten. Beide stehen für eine multipolare Welt, wollen für ein starkes Europa Brücken bauen nach Rußland und China. Jeder Versuch aber, solches zu tun, wird im derzeitigen Spionagefieber schon als "Vaterlandsverrat" diffamiert - obwohl beide aus Liebe zum Vaterland handeln. Vaterlandsverräter müßte man vielmehr die nennen, die als US-Vasallen handeln.

Um sich wirklich ein Bild von den Positionen der beiden Politiker zu machen, sollte man ihre aktuellen Bücher gelesen haben! Petr Bystron hat mit "Make Europe Great Again. Die neue rechte Politikergeneration" seine Vision eines Europa souveräner Nationalstaaten vorgelegt

und portraitiert seine wichtigsten Mitstreiter: Nigel Farage, Geert Wilders, Viktor Orbán, Marine Le Pen, Matteo Salvini, Václav Klaus.

Bystron kennt diese Leute alle persönlich - als einer der wenigen AfD-Politiker. Und Maximilian Krah legte mit seinem Manifest "Politik von rechts" eine weltanschaulich fundierte Alternative zum dominierenden Linksliberalismus vor.

Diese Männer haben etwas zu sagen - und deswegen sollen sie kaputtgespielt werden. Wann wachen Weidel/Chrupalla auf und erkennen, daß sie sich vor die Angegriffenen stellen müssen und ihnen nicht in den Rücken fallen dürfen?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24. April 2024: >>**Kamerad Trend: Jugend rückt nach rechts**

Von *Sven Eggers*

Eine neue Studie kommt spektakulär daher. Junge Menschen in der BRD rücken ganz eindeutig nach rechts. Daran können offenbar auch die aggressiven Hetzkampagnen gegen die AfD nichts ändern. Deren Spitzenkandidat zur EU-Wahl, Maximilian Krah, trifft mit seiner Schrift "Politik von rechts" gerade jetzt den richtigen Ton. ...

Seit 2020 gibt es die umfangreiche Studie Jugend in Deutschland. Dabei werden 14- bis 29-Jährige zu ihren Sorgen, ihren Wünschen und auch ihren politischen Auffassungen befragt. Verantwortlich zeichnet ein Team um den Jugendforscher Simon Schnetzer. Seine neue Erhebung treibt Politik und Staatsmedien die Schweißperlen auf die Stirn. Denn: Die Jugend driftet ab und kehrt GEZ-Mief und Polit-Versagern in Berlin den Rücken. Mit großer Sorge blicken Jugendliche hingegen auf die verheerenden Folgen ungebremster Massenmigration. Und: Immer mehr wollen AfD wählen.

Sorgen und Nöte steigen

"Kamerad Trend" marschiert! Weil Staatsmedien diese Entwicklung im Sinne der Mächtigen jahrelang mit größter Mühe unterdrückt haben, bricht es jetzt um so kraftvoller aus den jungen Menschen heraus. Zu massiv erscheint das Versagen der Polit-Verbrecher, zu verlogenen die Staatsmedien. Sorgen und Nöte steigen. Die Welt erkennt: "Zudem wirkt sich der Frust über ungelöste gesellschaftliche Probleme und Sorgen um die Sicherung des Wohlstandes in einem deutlichen Rechtsruck aus."

Die Corona-Unverschämtheiten der Bundesregierung in den Jahren zwischen 2020 und 2022 hatten das Vertrauen junger Menschen bereits nachhaltig untergraben, jetzt kommen wirtschaftliche und politische Sorgen hinzu. Interessant ist, daß zwar die persönliche Lage grundsätzlich oft einigermaßen optimistisch eingeschätzt wird, jedoch die politischen Verhältnisse als desaströs empfunden werden. Und ohne politische Rahmenbedingungen muß ja zwangsläufig das eigene Wohlergehen leiden, persönlich und beruflich; insofern überwiegt die Skepsis am Ende doch.

Das bestätigt auch Jugendforscher Schnetzer: "Unsere Studie dokumentiert eine tiefsitzende mentale Verunsicherung mit Verlust des Vertrauens in die Beeinflussbarkeit der persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen. ... Die Aussicht auf ein gutes Leben schwindet."

Zu den Ergebnissen der Studie: 65 Prozent der jungen Leute blicken mit großer Sorge auf die Inflation. Sie befürchten, daß ihr eigenes Geld immer weiter an Wert verlieren könnte.

60 Prozent sehen eine akute Kriegsgefahr, 54 Prozent bewegt zuerst teurer und knapper Wohnraum in der Republik. Knapp 50 Prozent sorgen sich angesichts der Spaltung der Gesellschaft und 48 Prozent mit Blick auf drohende Altersarmut. Der Klimawandel ängstigt zwar noch immer 49 Prozent, vor zwei Jahren aber waren es 57 Prozent.

Bei der jüngsten vergleichbaren Studie vor zwei Jahren waren 22 Prozent der Jungen in Sorge angesichts einer "Zunahme der Flüchtlingsströme". Dieser Wert ist hat sich nahezu verdoppelt und liegt jetzt bei 41 Prozent. Die Studienmacher gaben sich bei der Präsentation der Ergebnisse eher verwundert über die deutliche Migrationskritik, weil junge Menschen sich im All-

tag doch eher in internationalen Kreisen bewegen würden und daher normalerweise in dieser Frage rascher Gewohnheit einsetze als bei älteren Bürgern.

Aber die Experten müssen erkennen: "Davon unabhängig scheint die Sorge zu wachsen, daß zu viele Flüchtlinge ins Land kommen und dies aufgrund des knappen Wohnraums, der sozialen Spaltung und finanziell strapazierter Sozialsysteme Gefahren mit sich bringt."

Die Ampelparteien sind es, die das gegenwärtige Chaos in der Migrationspolitik zu verantworten haben, CDU und CSU waren es, die unter Merkel die Tore öffneten und Deutschland damit völlig veränderten. Somit liegt es auf der Hand, daß auch unter jungen Leuten mittlerweile eine breite Abkehrbewegung von den alten Parteien eingesetzt hat. Folge: Innerhalb nur eines einzigen Jahres konnte die AfD ihren Stimmenanteil bei 14- bis 29-Jährigen mehr als verdoppeln. Vor zwei Jahren sprachen sich neun Prozent für die AfD aus. Aktuell liegen die Blauen in dieser Altersgruppe mit 22 Prozent sogar auf Platz 1.

Die Studie dazu: "Ganz eindeutig ist es der AfD gelungen, sich als Protestpartei für die Ampel und als Problemlöser für die aktuellen Sorgen anzubieten."

Manche würden die Partei aus Protest gegen die Politik wählen. Die Studie zitiert beispielhafte Aussagen wie "Weil die Ampel nix taugt" oder "Nicht, weil ich rechts bin, sondern weil sich in Deutschland einiges ändern muß". Manche wollen der Partei aber auch aus Überzeugung ihre Stimme geben. Schließlich setze die AfD ja darauf, Migration nach Deutschland zu beschränken. Nur noch 26 Prozent befürworteten die "Aufnahme vieler Flüchtlinge", es waren 2022 noch 57 Prozent.

AfD auf Platz 1

22 Prozent für die AfD! Die CDU/CSU folgt mit 20 Prozent recht knapp dahinter. Grüne, bei Jungen sonst immer stark, fallen mit 18 Prozent auf Platz 3 zurück. Die SPD liegt bei 12, die FDP bei acht Prozent. "Wir können von einem deutlichen Rechtsruck in der jungen Bevölkerung sprechen", so die Verantwortlichen der Studie.

Attestiert wird der AfD übrigens eine gekonnte Präsenz auf den sozialen Medien. Denn mittlerweile nutzen schon 92 Prozent aller Jugendlichen WhatsApp. Es folgen Instagram mit 80 Prozent und Youtube mit 77 Prozent. Tiktok hat an Bedeutung zugenommen. Inzwischen nutzt mit 51 Prozent mehr als die Hälfte aller 14- bis 29-Jährigen die App regelmäßig.

Die anstehenden Kommunalwahlen, die Europawahl und schließlich die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg werden von den Herrschenden über alle Maßen gefürchtet, daher auch die haßerfüllten Kampagnen, die derzeit die AfD beschädigen sollen. Maximilian Kraus, der AfD-Spitzenkandidat zur Europawahl, hat ein Manifest mit dem Titel "Politik von rechts" vorgelegt; ein Buch zur richtigen Zeit.<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28867"](https://www.klagemauer.tv/28867) berichtete am 24. April 2024 (x1.366/...): >>"**Kampf gegen Desinformation**" - Freie Aufklärer im Kreuzfeuer

Die Presse- und Meinungsfreiheit sind unerläßliche Säulen der Demokratie. Aktuell wird daran jedoch mächtig gerüttelt: Freie Aufklärer, die mittels hohem persönlichen Einsatz der Bevölkerung eine Gegenstimme zum Mainstream bieten wollen, werden aufs Äußerste von Politik und Medien diffamiert, boykottiert und zensiert (z.B. Compact, EPOCH TIMES, Express-Zeitung usw.). Sind dies etwa die praktischen Auswirkungen des von Frau von der Leyen angekündigten "Kampfes gegen Desinformation"?

... Gemäß einer Überschlagsrechnung sackt Deutschland jährlich zirka 8,5 Milliarden € an Zwangsgebühren ein, die Schweiz 1,2 Milliarden CHF und Österreich 722 Millionen €, wo hingegen freie Aufklärer aus eigener Tasche und mit Spenden finanziert Unglaubliches leisten! Sie aber werden noch aufs Äußerste diffamiert, boykottiert, zensiert und bekämpft.

Nachfolgend zählen wir nur einige wenige aktuelle Beispiele auf, die uns zugetragen wurden, um zu zeigen, daß dies keine leeren Behauptungen sind:

Fangen wir an mit:

Auf1, Stefan Magnet mit Dr. Geisler vom Baden-Württembergischen Satelliten-Fernsehen: Im Februar dieses Jahres wurde Dr. Geisler, der beim Baden-Württembergischen Satelliten-Fernsehen eine vertraglich abgesicherte Lizenz hatte, ein Bußgeld von 195.007 € aufgebremmt. Sein Vergehen? Dr. Geisler hat Sendungen des österreichischen Aufklärungssenders Auf1 mit Stefan Magnet ausgestrahlt.

Jürgen Elsässer, Gründer und Chefredakteur des Compact-Magazins: Auch dem bekannten Compact-Magazin und TV-Sender wurde böse mitgespielt. Das Magazin wurde von allen großen Kiosken verbannt. Ebenso wurden Firmenkonten von der Brandenburgischen Sparkasse kurzerhand gekündigt. Der haltlose Vorwurf lautet: Das "rechtsextreme" Compact-Magazin habe Spenden gesammelt, um die AfD-Wahlkämpfe zu unterstützen. Sparkassen sind Anstalten des öffentlichen Rechtes und zur Sicherung der Grundrechte ihrer Kunden verpflichtet. Offenbar aber wird hier gesiebt, welchen Kunden überhaupt ein Grundrecht zusteht.

Dr. Heiko Schöning, Wissenschaftler, Arzt und Buchautor, zuletzt von "Game Over": Dr. Schöning wurde am 10. März dieses Jahres für einige Stunden festgenommen, kurz vor Beginn seiner Rede auf der Friedensdemo in Berlin. Dasselbe passierte ihm im September 2020 während einer Demo in London und ebenso, kurz bevor er als Redner im Hyde Park eine Ansprache über die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen halten konnte.

Daniele Ganser, Schweizer Historiker und Friedensforscher an der Technischen Hochschule in Zürich: Dr. Ganser untersucht die Themen Frieden, Energie, Medien, Krieg und Terror. Aber auch er als Friedensforscher und Befürworter von außerkriegerischen Konfliktlösungen wurde in die Zange genommen und von den Mainstream-Medien rufmörderisch verleumdet. Sein Lehrauftrag an der Uni St. Gallen wurde nicht verlängert und seine Kollegen distanzieren sich, aufgrund der öffentlichen Diffamierungen, von ihm.

Oliver Janich, Journalist und Buchautor: Er wurde 2022 mit einem Sturm von zirka 20 Bewaffneten auf den Philippinen festgenommen. Warum? Äußerungen Janichs, die als Allegorie auf zuvor von Medien getätigte Aussagen zu verstehen waren, wurden aus dem Kontext gerissen und als Aussagen dargestellt. Zensur und Verleumdung vom Feinsten.

Aber auch Magazine und Zeitungen wurden nicht verschont.

EPOCH TIMES: Dem unabhängigen Medienunternehmen EPOCH TIMES, das seine Berichterstattung als frei vom Einfluß der Regierung bezeichnet, wurden von YouTube von einem Tag auf den anderen zahlreiche Kanäle sang- und klanglos gelöscht. Seine politische Arbeit wurde dadurch massiv behindert sowie seine Werbeeinnahmen abgewürgt.

CH Expresszeitung mit Herausgeber André Barnettler: Die Schweizer Expresszeitung wurde mit schwammigen Argumenten wie "offenkundige Verwechslungsgefahr" mit der Kölner Lokalzeitung oder "maximale Rechtsunsicherheit" aus Deutschland vertrieben. Die Zeitung durfte in Deutschland nicht länger verkauft oder nach Deutschland versendet oder dort beworben werden. Der Herausgeber wurde gezwungen, den Namen der Zeitung zu ändern. Herr Barnettler suchte nach Lösungen und fand einen Weg, daß ihre deutschen Abonnenten mittlerweile die Zeitung wieder bekommen können. Nun aber unter dem Namen "In Deutschland Verboten!* Zeitung".

Auch Kla.TV ist von Attacken nicht ausgenommen. Da Kla.TV aufgrund weltweiter ehrenamtlicher Mitarbeiter finanziell unabhängig ist, sehen die Angriffe auf uns etwas anders aus. Hetzkampagnen und massive Verleumdungen mit Zerstörungswut sind die andere Hausnummer der Offensiven. Beispielsweise hat der Schweizer SRF, wohlgermerkt in der besten Sendezeit, am 12. März d. J. eine Sendung mit einer Person ausgestrahlt, die sich fälschlicherweise als ehemalige Kla.TV-Leiterin ausgibt.

Übelste Behauptungen und Falschaussagen verunglimpften Kla.TV, allsämtlich ohne Wahrheitsbeweis. Aufgrund der altbekannten Leier der Medienlügen wurde seitens des SRF, wie schon seit Jahrzehnten in der Mainstreampresse, der Sektentrommelwirbel abermals heftig

geschlagen.

Offensichtlich geht es darum, sowohl in Deutschland und Österreich als auch in der Schweiz den freien Aufklärungsportalen mit internationaler Reichweite den Geldhahn abzudrehen und sie dadurch zum Schweigen zu bringen. Mit dem Argument, eine zweifelhafte Desinformation begangen zu haben, werden Handschellen angelegt und die Aufklärer in Schwierigkeiten gebracht. Dadurch wird ihre Arbeit massiv behindert und versucht, sie auszuschalten. Exempel werden statuiert.

Durch den bereits von Frau von der Leyen angekündigten Kampf gegen Desinformation, wie sie ihn am 54. Jahrestag des WEF im Januar 2024 verlautbarte, werden jetzt aktiv Versuche unternommen, durch Einschüchterung, Diskreditierung, Verhaftung und Rufschädigung den zuvor genannten Geschädigten einen Riegel vorzuschieben.

Solche Diffamierungskampagnen und Verhinderungen der Presse- und Meinungsfreiheit sind inakzeptabel, ein Bruch mit der Demokratie! Die Geschändeten sind aber nicht nur die zuvor Genannten, sondern jeder Bürger, der dazu genötigt wird, die Meinungsverbrechen durch Zwangsgebühren mitzufinanzieren.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 25. April 2024 (x1.367/...): >>Heimat & Identität gibt's nur bei uns: Die AfD ist die Nr. 1 unter Jugendlichen!

Diese Nachricht wird der selbsternannten Meinungspolizei nicht gefallen: Die AfD ist die Nummer 1 unter Jugendlichen zwischen 14 und 29 Jahren! Laut der aktuellen Shell-Jugendstudie kommt die einzige wirkliche Oppositionspartei auf einen Stimmanteil von 22 Prozent - das ist beinahe eine Verdopplung gegenüber dem Vorjahr (12 Prozent). Die Grünen büßen gegenüber dem Vorjahr vier Prozent ein und kommen nur noch auf 18 Prozent. Auch für SPD, Linke und FDP geht es abwärts. Der Trend ist eindeutig - und da geht noch mehr. Denn die lautstarken Schreihälse von "Fridays for Future" und andere Ideologen sprechen nicht für die Mehrheit der Jugendlichen.

Nicht nur bei den Parteipräferenzen zeigt sich, daß der 68er-Zeitgeist längst Geschichte ist. Auch bei der Frage nach den größten Sorgen spiegelt sich das Umdenken der jungen Generation wider. Während die Sorge um den Klimawandel weiter abnimmt, drängen andere Probleme zunehmend in den Fokus: Inflation, Altersarmut und die "Zunahme der Flüchtlingsströme". Da helfen auch keine einschüchternde Polizei-Einsätze gegen patriotische Schülerinnen: Deutschlands Jugend rückt nach rechts. Um es mit den Worten eines früheren Berliner Bürgermeisters zu kommentieren: "Und das ist auch gut so!"

Wer sich mit jungen Menschen unterhält, der spürt es immer wieder: Es ist eine Generation, die keine Träumereien, sondern realistische und pragmatische Lösungen will. Kein Wunder - denn es sind die jungen Menschen, die bei Themen wie Migrations- und Bildungspolitik die Folgen der rot-grünen Ignoranz zu spüren bekommen. Sie merken, daß Deutschland sich von seiner Duckmäuser-Mentalität befreien muß, daß wir unsere nationalen Interessen endlich selbstbewußt vertreten müssen. Packen wir's also an - gemeinsam mit allen Generationen unseres Landes!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. April 2024: >>Maximilian Krahe: Das denkt der AfD-Spitzenkandidat

Von *Sven Reuth*

Maximilian Krahe steht derzeit wegen einer angeblichen Spionageaffäre seines früheren Mitarbeiters Jian G. im Fokus der Medien. Doch was denkt der Politiker der patriotischen Partei, der zu den profiliertesten Köpfen der AfD zählt, wirklich? Wer wissen will, in welche Richtung die AfD marschiert, kommt an "Politik von rechts" - so der Titel des neuen Buches von Krahe - nicht vorbei. ...

Die Nachrichten der vergangenen beiden Tage drehten sich fast ausschließlich um Maximilian

Krah, den Spitzenkandidaten der AfD zur anstehenden Europawahl. Grund dafür war die Verhaftung seines chinesischstämmigen früheren Mitarbeiters Jian G. Beobachter halten es aber durchaus auch für möglich, daß Krah wegen seiner US-kritischen Haltung jetzt in das Visier der Behörden geriet. Hier ein Überblick über einige Zitate, die deutlich machen, welche politischen Positionen der Europaabgeordnete der AfD vertritt.

Zitate von Maximilian Krah aus seinem Buch "Politik von rechts - ein Manifest":

"In den sich verschärfenden Verteilungskämpfen hat der Einzelne nur eine Chance als Teil einer Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft ist nur stabil, wenn sie auf innerer Gemeinsamkeit aufbaut. Gemeinsamkeit im Denken, Fühlen, Wissen, in der Verortung und Verwurzelung."

"Stimme gegen jede Anti-Rußland-Sanktion"

"Die woke Gegenwartslinke mag zwar ideologisch auch an die Veränderbarkeit von allem und allen glauben und damit an sich dem Machbarkeitsideal des Ingenieurs nahekomen; indes, in der Praxis beweist sie eine schier unendliche Technik- und Forschungsfeindlichkeit. Kaum eine Technologie, die sie nicht skeptisch sieht, deren Risiken sie nicht betont und für die sie Verbote plant."

"Politisch Rechte und marxistisch gebliebene Linke sehen sich dieser radikalisierten liberalen Mitte plötzlich gemeinsam gegenüber - wie man in Deutschland an Sahra Wagenknecht erkennen kann. Konservative, die nicht über die im Kalten Krieg verinnerlichten Denkschablonen hinauskommen, wollen das aber nicht erkennen."

Zitate von Maximilian Krah aus dem COMPACT-TV-Livestream zum Europawahl-Parteitag der AfD in Magdeburg aus dem Juli vergangenen Jahres:

"Jeder weiß, daß ich russophil bin. Jeder weiß, daß ich gegen jede Sanktion stimme in Brüssel. Jeder weiß, daß ich Rußland für einen geeigneten Partner halte - aber auf Augenhöhe."

"Aus der EU kommt nur Schlechtes"

"Aus der heutigen EU kommt nur Schlechtes: Das Verbrennerverbot, der Zwang zur Wärmepumpe, die Zensur des Internets, die Sanktionspolitik gegen die ganze Welt, die Unterstützung des Kriegs in der Ukraine, der ganze Gender-Wahnsinn, Klima. Das ist Brüssel.

Unser Programm ist das genaue Gegenteil. Unser Programm ist Wohlstand, Familie, Volk und Frieden."

"Wir werden disruptive und wir werden evolutionäre Lösungen haben. Die Generaldirektion für das Zollwesen und den Außenhandel, die wird man wahrscheinlich nicht sprengen, und da wird man halt sagen, die Verträge bleiben bestehen und die Institutionen werden auch bestehen bleiben. Aber jetzt ein Kommissariat für Genderfragen oder für den Klimaschutz, das wird man auflösen müssen."

Wer wissen will, in welche Richtung die AfD marschiert, kommt an "Politik von rechts" - so der Titel des neuen Buches von Krah - nicht vorbei.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. April 2024: >>**Robert Farle: "Das Monster ist diese Regierung"**

Von *COMPACT* Redaktion

In der gestrigen Aktuellen Debatte des Bundestages verteidigte auch der fraktionslose Abgeordnete Robert Farle seine frühere Partei gegen die Vorwürfe des Politik- und Medienkartells.

...

Robert Farle (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute ist wirklich eine Sternstunde des Parlaments. Ich hoffe, daß sich möglichst viele Bürger in Deutschland dies hier anschauen und miterleben, mit wie wenig Fakten Sie eine ganze Stunde lang nur Hetze gegen eine einzige Partei betreiben, bei der Sie die Sorge haben, daß sie vielleicht mehr Stimmen kriegt als beim letzten Mal. (Beifall bei Abgeordneten der AfD)

"Die Korrektiv-Kampagne ist jämmerlich krepirt"

Das ist nämlich der Sinn Ihrer ganzen Lügen, die Sie jetzt seit einer Stunde hier verbreitet ha-

ben. (Dr. Konstantin von Notz: Warum sind Sie denn nicht mehr in der Fraktion, Herr Farle? Warum sind Sie denn fraktionslos, Herr Farle?)

Erstens. Die "Correctiv-Desinformationskampagne", die Sie vor zwei Monaten gestartet haben, ist jämmerlich krepirt. (Beifall bei Abgeordneten der AfD) Sie haben in der ganzen Bundesrepublik Deutschland viele Leute über eine Wannsee-Konferenz belogen, bei der über Deportationen gesprochen worden sein soll. Und wissen Sie was? Dort ist noch nicht einmal das Wort "Deportationen" gefallen.

Sie belügen die Bevölkerung in Deutschland aus ganz durchsichtigen Zwecken der Wahlmanipulation. (Beifall bei Abgeordneten der AfD - Dr. Konstantin von Notz: Da klatscht noch nicht mal Frau von Storch, Herr Farle!) Zweitens. Haldenwang hat im Innenausschuß gesagt, daß er die Audiomitschnitte nicht hat, die der tschechische Geheimdienst angeblich hat und auf denen man angeblich russisches Papier rascheln hört (Beifall des Abgeordneten Gereon Bollmann) was vielleicht Rubel oder so etwas sein soll, die Herr Bystron angeblich bekommen hat.

"Sie wissen gar nichts!"

Sie wissen gar nichts! Es liegt nichts auf dem Tisch. Der Geheimdienst soll es doch mal präsentieren. (Beifall bei Abgeordneten der AfD) Kommen Sie doch mal mit Fakten! Und hören Sie auf, hier rumzulügen! (Lamyia Kaddor: Warum sind Sie nicht mehr in der AfD, Herr Farle?)

Was können Sie eigentlich noch sagen, außer daß hier ein Monster erschaffen worden sein soll? Wissen Sie, was das Monster ist? Das Monster ist diese Regierung aus Parteien, die zusammen noch nicht mal an den 40 Prozent kratzen, (Beifall des Abgeordneten Mike Moncsek) die es schafft, ein Volk zu regieren, unsere Bevölkerung zu regieren, von denen 80 Prozent ihre Politik ablehnen. (Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Herr Farle, Ihre Redezeit ist zu Ende gewesen.

Robert Farle (fraktionslos): Ich bedanke mich für den Hinweis und komme auch zum Schluß. (Lachen bei Abgeordneten der SPD, der CDU/ CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Nein, es war schon Schluß.

"Es lebe der Rechtsstaat"

Robert Farle (fraktionslos): Ich verteidige hier die Demokratie; denn Sie versuchen, diese Demokratie einzuschränken und die Meinungsfreiheit zu zerstören. (Beifall der Abgeordneten Dr. Christina Baum) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Sie haben Ihre Redezeit jetzt um 26 Sekunden überzogen. Deswegen gehen Sie jetzt bitte vom Pult!

Robert Farle (fraktionslos): Es lebe die Demokratie und der Rechtsstaat. (Beifall bei Abgeordneten der AfD - Dr. Konstantin von Notz, an die AfD gewandt: Was Sie für Leute hier ins Parlament bringen, das ist wirklich unfassbar!)<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 27. April 2024 (x1.377/...): >>Irre Wende: Krah-Chinese war angeblich VS-Agent

Von *Sven Reuth*

Muß man sich wirklich wundern? Der zu Beginn dieser Woche festgenommene mutmaßliche China-Spion und frühere Krah-Mitarbeiter Jian G. war angeblich laut Medienberichten bis vor einigen Jahren noch Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes und arbeitete laut ARD-Informationen für das sächsische Landesamt. Mathias Brodkorbs brandneues Buch "Gesinnungspolizei im Rechtsstaat? Der Verfassungsschutz als Erfüllungsgehilfe der Politik" ist eine fulminante Abrechnung mit dem Inlandsgeheimdienst. ...

Das berichten derzeit übereinstimmend mehrere Medien. Damit nimmt der Fall Krah nun eine spektakuläre, aber keineswegs überraschende Wende. Denn natürlich mußte man hellhörig werden, als zu Beginn dieser Woche in keinem der vielen Medienberichte zu der Verhaftung

von Jian G. der Hinweis fehlte, daß der entscheidende Hinweis vom Verfassungsschutz gekommen sei.

Und wieder mal das sächsische Landesamt

Jian G. soll - so berichten es unter anderem das Portal t-online, aber auch ARD und Bild - jahrelang als Doppelagent für den Verfassungsschutz aktiv gewesen sein, angeblich um Informationen über Aktivitäten der Volksrepublik China im Umfeld exilchinesischer Gruppen an den Inlandsgeheimdienst abzugeben.

2007 soll sich G. noch als Spion beim BND angeboten haben, aber abgeblitzt sein. Dann kam es offenbar zu einer Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz in Sachsen, das schon im NSU-Skandal eine unrühmliche Rolle spielte und offenbar gar keine Hemmungen kennt. Diese Zusammenarbeit soll dann angeblich 2018 auf Drängen des Bundesamtes beendet worden sein. Ob man diesen Informationen wirklich trauen kann, ist natürlich sehr fraglich. Für G. gilt auch weiterhin die Unschuldsvermutung. Vielleicht gelingt es ihm noch, die Vorwürfe auszuräumen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte G. schon längst mit seinem Studienfreund Krahe angebändelt und begleitete diesen auf eine Reise in die Volksrepublik. Aus den Geheimdienstakten, die der ARD vorliegen, soll hervorgehen, daß G. wohl noch bis mindestens 2020 als Spion tätig war - allerdings auf chinesischer Seite. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete er aber schon längst als Assistent von Maximilian Krahe im Europaparlament.

Wie lange war G. in Kontakt mit den Schlapphüten?

Wie das Nachrichtenportal t-online weiter berichtet, soll G. aber auch noch im November 2023 mit dem sächsischen Landesamt in Verbindung gestanden haben. Damals recherchierte t-online schon zu dubiosen Aktivitäten von G. im Kreis exilchinesischer Gruppen (G. traf dort unter anderem sogar den Dalai Lama) und schickte G. einen umfangreichen Fragenkatalog. Dieser wurde dann von G. mit einem kurzen Anschreiben versehen und an das sächsische Landesamt weitergeleitet. Dabei setzte G. die Rechercheure von t-online angeblich ins CC - so daß diese sehen konnten, daß G. mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeitete.

Der ganze Fall schreitet natürlich nach tieferer Aufklärung. Alles spricht aber dafür, daß Maximilian Krahe hier ein Opfer des Verfassungsschutzes geworden ist, G. auf ihn angesetzt wurde und dabei möglicherweise auch die alte Studienfreundschaft der beiden Männer ausgenutzt hat. Wer aber vom Inlandsgeheimdienst ausgespäht wird, ist kein Täter, sondern ein Opfer.

Die Kampagne gegen Maximilian Krahe läuft unterdessen ungebremst weiter. Das Land Baden-Württemberg hat den Vertrieb des Buches "Politik von rechts - ein Manifest" des AfD-Politikers gestoppt. Grund ist die Verwendung eines Fotos in dem Buch. Es zeigt einen Raum des Klosters Maulbronn, das im Eigentum des Landes ist. Offenbar will man mit allen Mitteln verhindern, daß die Gedanken des sächsischen AfD-Politikers unter die Leute kommen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 27. April 2024 (x1.368/...):
>>"Skandal, den es nicht gibt" - wie Medien die Habeck-Affäre kleinhalten wollen

Gehen Sie weiter, hier gibt es nichts zu sehen! Während die Öffentlich-Rechtlichen die AKW-Files weitgehend totschweigen wollen, versucht sich das SPD-nahe RND darin, die Affäre wegzureden. Allein diese Reaktionen sprechen für den Wahrheitsgehalt der Recherche.

Max Roland

Die Hauptnachrichten von ARD und ZDF schweigen zunächst eisern zu den Enthüllungen des Cicero. Erst am späten Donnerstagnachmittag wird auf tagesschau.de ein Artikel zum Thema veröffentlicht, der allerdings vor allem der Reaktion und dem Dementi des Ministeriums Raum gibt. In der 20-Uhr-Tagesschau kommt das Thema nicht zur Sprache.

Stattdessen geht es ausführlich um eine Debatte zu den Affären um AfD-Politiker, den neu aufgerollten Weinstein-Prozeß, die Probleme mit den Bundesliga-Krawallen und dann lange um die Einführung von Eintrittspreisen zum Besuch von Venedig. Für den Grünen-Skandal ist

kein Platz.

Warum? Gegenüber Apollo News flüchtet sich die ARD hinter ebenjenen Artikel und die Berichterstattung zur Ausschußsitzung am nächsten Tag. "Unser Nachrichtenangebot ist breit gefächert und findet auf vielen Ausspielwegen statt", schreibt die Pressestelle - nur auf keinem ist wirklich Platz für die AKW-Affäre.

Totschweigen ist eine Taktik - Wegreden eine andere. Am Freitagabend veröffentlicht das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) einen Kommentar: "Ein Skandal, den es nicht gibt". Das Magazin Cicero, "die Springer-Presse und die Union" versuchten, "aus ein paar E- Mails aus dem Wirtschafts- und Umwelt-ministerium eine politische Affäre zu konstruieren", schreibt Redakteur Andreas Niesmann in einem Kommentar, der vor Falschaussagen und -annahmen nur so strotzt. Die zur Rede stehenden Informationen seien "öffentlich zugänglich", behauptet er beispielsweise.

Eindeutige Belege soll es nicht geben? Das RND lügt

Das sind sie aber überhaupt erst, weil der Cicero erfolgreich auf Akteneinsicht klagte, die Habeck verhindern wollte. Die "vermeintliche" Enthüllung des Cicero stecke "voller Falschannahmen", Niesmann pöbelt gegen angebliche "Mißinterpretationen" und "absurde Aufregung". Mit den sogenannten Habeck-Papers wollten Cicero, Union und Springerpresse "einen Skandal herauf-beschwören, wo es keinen gibt."

Damit zeigt der Autor aber nur, daß er die Cicero-Recherche nicht verstanden, vielleicht gar nicht gelesen hat. Denn die Kollegen beweisen eindeutig, wie grüne Staatssekretäre wahrheitswidrig Vermerke manipulierten, um ihre Anti-Atom-Ideologie an den Fakten vorbei durchzusetzen. Das ist keine Interpretationsfrage - das ist unumstritten belegt.

Aber Niesmann will die Affäre wohl einfach weghaben, biegt dabei auch die Fakten. Liegt das daran, daß das Redaktionsnetzwerk Deutschland zu relevanten Teilen der SPD gehört - die auch Interesse daran haben dürfte, den Habeck-Skandal unterm Teppich zu halten? Das wäre Spekulation. Klar ist allerdings, daß viele linkslastige Medien die Cicero-Geschichte unbedingt aus der Welt haben wollen - und allein das spricht schon für ihren Wahrheitsgehalt.<<

[Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](http://Der-Internet-Blog-Fassadenkratzer.wordpress.com) berichtete am 28. April 2024 (x1.371/...): >>>**Das Staats-Komplott gegen den Aufklärer Dr. Fuellmich**

Von Herbert Ludwig

Nach meinem Artikel zum Prozeßbeginn gegen Dr. Reiner Fuellmich und dem über das Behörden-Dossier, das einen frühen staatlichen Plan offenbarte, Dr. Fuellmich auszuschalten, übernehme ich hier mit freundlicher Genehmigung einen noch gründlicheren und umfassenderen Artikel über die privaten und staatlichen Machenschaften gegen Dr. Fuellmich, den Wolfgang Jeschke auf seinem Blog "LAUFPASS" unter dem Titel "Das Füllmich-Komplott" veröffentlicht hat. Am Schluß übernehme ich auch den vollen Text des dem zweiten Verteidiger, RA Dr. Christof Miséré, zugespielten Behörden-Dossiers. (hl)

Das Füllmich-Komplott

Die koordinierte Exekution eines demokratischen Aufklärers

Von Wolfgang Jeschke

Wurde Dr. Reiner Füllmich vom Verfassungsschutz beobachtet? Natürlich. Gibt es Berichte der "Sicherheitsdienste" über den Aufklärer? Selbstverständlich. Jeder, der den Machthabern die Stirn bietet, wird beobachtet. Das ist eine Binsenweisheit. Erlangt ein Kritiker zu viel Bedeutung und Reichweite, wird er diskriminiert, demonetarisert und wenn das alles nichts hilft: verhaftet und eingesperrt. Im Fall von Dr. Reiner Füllmich ging das System sogar so weit, ihn illegal aus Mexiko zu entführen. So sehr war das System darauf erpicht, ihn zum Schweigen zu bringen.

Dabei bediente sich die Staatsanwaltschaft der Mittäterschaft von Menschen aus Dr. Füllmichs Umfeld. Bewiesen wurde das allerdings nicht erst durch das ominöse Dossier, das An-

fang April aufgetaucht war, sondern durch die peniblen Befragungen der Zeugen durch Füllmichs Anwältin Katja Wörmer und Dr. Füllmich selbst. Schon die erste Hälfte des Prozesses am Landgericht in Göttingen konnte beweisen: Es ist ein Komplott von Staatsanwaltschaft und denjenigen Menschen, die hinter dem Geld des Ausschusses her sind.

Ist das jüngst aufgetauchte Papier, das die organisierte Verfolgung von Füllmich belegen soll, echt?

Das weiß bislang niemand. Das ist aber auch unerheblich. Selbst ohne das Dossier, welches dem Co-Anwalt Dr. Füllmichs, dem Kölner Anwalt Dr. Christof Miseré, zugespielt wurde, ist das Komplott gegen den deutschen Rechtsanwalt und Aufklärer schon heute bewiesen. Ob daran noch andere Behörden als die Staatsanwaltschaft Göttingen in Gestalt von Staatsanwalt Simon Philipp John mitgewirkt haben, ob es Anweisungen aus der Politik oder aus Übersee gab, spielt dabei keine Rolle.

Der Fall Füllmich ist ein konstruierter Fall, seine Entführung aus Mexiko war illegal, der Prozeß fußt auf falschen Anschuldigungen. Die Anzeigerstatter sind ganz offensichtlich Mittäter bei der illegalen Verschleppung des Rechtsanwalts. Das haben die Sachverhaltsermittlung und die Zeugenbefragungen schon zur Mitte des Prozesses deutlich gezeigt.

HINTERGRUND: Drei vermeintliche Mitstreiter von Dr. Reiner Füllmich haben gegen den Kopf des ehemaligen Corona-Ausschusses am 02.09.2022 Strafanzeige erstattet. Namentlich sind das die drei Hafenanwälte Antonia Fischer, Justus Hoffmann und Marcel Templin. Hoffmann und Fischer waren Füllmichs Mitgesellschafter im Corona-Ausschuß, Templin tauchte im Umfeld der geplanten Sammelklage von Dr. Füllmich auf.

Zur Verhandlung: Hauptanklagepunkt ist der Vorwurf, Füllmich habe Darlehen in Höhe von 700.000 Euro nicht an den Ausschuß zurückgezahlt, sondern für sich verbraucht. Im Prozeß stellte sich heraus: Füllmich hat das Geld nicht für sich verbraucht. Er hatte es in Abstimmung mit seiner damaligen Beisitzerin Viviane Fischer vor dem drohenden Zugriff des Staates in Sicherheit gebracht.

Die Darlehen sollten wieder an den Ausschuß zurückgeführt werden, wenn die Gefahr der Beschlagnahme durch den Staat nicht mehr gegeben wäre. Die Hafenanwälte vereitelten die Rückführung der Darlehen in Zusammenarbeit mit einem Notar. Das Geld befindet sich nun rechtswidrig in den Händen seiner Verfolger, die aber offenbar von der Staatsanwaltschaft gedeckt werden, die mit Hilfe der "Hafenanwälte" Füllmich aus Mexiko entführen ließ - ohne internationalen Haftbefehl und ohne jede Chance für Füllmich, sich mit Rechtsmitteln gegen die Deportation zu wehren.

Der strauchelnde Rechtsstaat wehrt sich gegen die Aufklärung.

Füllmichs Verschleppung erfolgte ohne internationalen Haftbefehl in Zusammenarbeit mit den mexikanischen Behörden unter Umgehung internationalen Rechts. Bei dieser illegalen Entführung war es Füllmich versagt worden, Rechtsmittel einzulegen und so seine Deportation zu verhindern. Damit setzten sich sowohl die BRD als auch Mexiko bewußt ins Unrecht. Das ist ein Verhalten von Diktaturen und nicht von demokratischen Rechtsstaaten.

Grundlage der dann in der BRD erfolgten Verhaftung (am Flughafen Frankfurt) waren konstruierte Vorwürfe gegen den ehemaligen Kopf des Corona-Ausschusses. Diese wurden von den drei Anwälten erhoben, die vermeintlich mit Füllmich gegen die Corona-Tyrannie kämpfen wollten. Füllmich hatte sich nach dem Eklat mit Viviane Fischer mit seinem eigenen internationalen Projekt ICIC (www.ICIC.law) auf den Weg gemacht, die globalen Akteure der inszenierten Krisen in der Welt zu identifizieren und die Täterstrukturen hinter den Kriegen, Pandemien, Vergiftungen und psychologischen Operationen aufzudecken.

Um Dr. Füllmich aus Mexiko zu entführen und seiner Arbeit als Aufklärer ein Ende zu setzen, wurden aus seinem Umfeld Mittäter akquiriert, so insinuieren es die Ergebnisse der Befragungen der Belastungszeugen Justus Hoffmann und Antonia Fischer, die im Prozeß keine gute

Figur machten. Im Gegenteil. Schlußendlich gaben sie zu, daß die Verhandlungen mit Dr. Füllmich nur dazu dienten, den Kopf des ehemaligen Corona-Ausschusses hinter Gitter zu bringen.

Deutlich wurde im Prozeß auch, daß die sogenannten "Hafenanwälte", namentlich Justus Hoffmann, Antonia Fischer und Marcel Templin, die gemeinsam mit dem Staatsanwalt Simon Philipp John die illegale Verfolgung von Dr. Füllmich betreiben, ihn dabei auch noch um seine Ersparnisse erleichtern wollten und dies auch erfolgreich taten.

Dokumente belegen die enge Zusammenarbeit zwischen der Staatsanwaltschaft und den "Hafenanwälten". Selbst die illegale Verschleppung beruht auf einer koordinierten Aktion zwischen Staatsanwaltschaft, den Hafenanwälten und den mexikanischen Behörden. Ein waschrechtes Komplott zur Vernichtung des Aufklärers Füllmich.

Ein Rechtsstaat hätte mit einem internationalen Haftbefehl unter Zuhilfenahme von Interpol Reiner Füllmich verhaftet. Füllmichs Aufenthaltsort war bekannt. Die vorliegenden Dokumente beweisen, daß die Staatsanwaltschaft gemeinsam mit den "Hafenanwälten" perverse Schachzüge entwickelte, um Dr. Füllmich in eine Falle zu locken. Die vorliegenden Unterlagen, Korrespondenzen und Protokolle belegen, daß Dr. Füllmich Opfer einer Verschwörung geworden ist, an der auch die Staatsanwaltschaft offensichtlich beteiligt ist. Antonia Fischer war dabei als Agentin der Verfolger der kommunikative Brückenkopf der Hafenanwälte zur Staatsanwaltschaft.

Antonia Fischer und Staatsanwalt Philipp Simon John: Monatelang übermittelte Fischer die Korrespondenzen mit Reiner Füllmich und alle internen Details an die Staatsanwaltschaft. Es ging den "Hafenanwälten" nie um eine Lösung der Mittelfragen, sondern nur darum, Dr. Füllmich hinter Gitter zu bringen und sich Mittel aus der Ausschußkasse an sich zu bringen.

Bemerkenswert an der Kommunikation zwischen dem Staatsanwalt John und seinen Mittätern auf Seiten der Hafenanwälte ist der Umstand, daß Staatsanwalt John rechtswidrig keine Protokolle der zahlreichen Telefonate mit seinen Informanten angelegt hat. Die vorhandenen Mails ergeben aber auch so ein schlüssiges Bild des Komplottes, dessen Ziel die Verhaftung und Zerstörung von Dr. Reiner Füllmich war. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß es weitere Abreden zwischen der Staatsanwaltschaft und den Hafenanwälten gab.

Illegal entführt - ein Verbrechen.

Schon die illegale Verhaftung Füllmichs würde in einem rechtsstaatlichen Verfahren seine Freilassung und die Wiederherstellung des Zustandes erfordern, der vor seiner illegalen Verhaftung herrschte:

"Selbstverständlich handelt es sich bei der durch eine Entführung eingeleiteten Inhaftierung um eine das Grundrecht aus Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG verletzende Freiheitsentziehung ... Für den gegebenen Fall, daß der Verfolgerstaat des Verfolgten nicht auf dem vorgeschriebenen Auslieferungswege, sondern durch vorsätzliche kriminelle Machenschaften habhaft wird, kommt auch die anscheinend dem BVerfG vorschwebende Konstruktion einer mit Eröffnung des Haftbefehls in Deutschland nachträglich rechtmäßig werdenden Freiheitsentziehung keinesfalls in Betracht.

Bereits nach allgemeinem Staatshaftungsrecht löst ein rechtswidriger Grundrechtseingriff einen Folgenbeseitigungsanspruch aus, der jedenfalls bei einem vorsätzlich-rechtswidrigen Grundrechtseingriff auch nicht einer Abwägung gegen andere Interessen unterworfen werden darf, wenn nicht geradezu ein Anreiz zur Grundrechtsverletzung geschaffen und damit der Kernbereich des Rechtsstaatsprinzips angegriffen werden soll. ...

Die auslieferungsrechtswidrige Entführung ist ein Schandfleck auf der Weste des Rechtsstaats, der in Extremfällen wie dem Fall Eichmann's wegen der historisch-politischen Einmaligkeit noch auf ein gewisses Verständnis rechnen mag, in den Alltagsfällen der von deutschen Instanzen begangenen Verstöße aber sogar das Vertrauen in die Integrität der Strafrechtspflege

insgesamt zu erschüttern droht."

Prof. Bernd Schünemann, aus "Materielle Tatverdachtsprüfung und völkerrechtswidrige Entführung als nationalstaatliche Sprengsätze im Internationalen Auslieferungsverkehr". Quelle: 140 Jahre Goldammer's Archiv für Strafrecht, Festschrift für Paul-Günter Pötz.

Die Exekution des Dr. Füllmich

Den Startschuß zur Verfolgung des auch international tätigen Aufklärers gab allerdings die Nummer 2 des ehemaligen Corona-Ausschusses: die Berliner Anwältin Viviane Fischer. Mit ihr als Beisitzerin hatte Füllmich den Corona-Ausschuß zu einer nationalen Instanz des Corona-Widerstandes gemacht. In der Kette der Intrigen gegen Dr. Füllmich hatte Viviane Fischer die Exekution ihres Ausschuß-Partners im September 2022 begonnen, indem sie ihn öffentlich aus dem Ausschuß ausschloß.

Das tat sie unzweifelhaft unter Zustimmung ihres Freundes, des Berufspolitikers und Mediziners Wolfgang Wodarg, einem der "Helden" der Antimaßnahmenbewegung und ein ehemaliger Weggefährte von Füllmich bei Transparency International. Füllmichs Enttäuschung über Wodarg ist nachvollziehbar. Wodarg hätte intervenieren können. Er tat es aber nicht. Das eröffnet Raum für Spekulationen.

Kurz nach dem Dolchstoß gegen Füllmich tauchten dann auch Viviane Fischers Mittäter aus dem Nichts wieder auf: Justus Hoffmann und Antonia Fischer (die bis dato und auch danach wieder völlig bedeutungslos für die Ausschüßarbeit gewesen waren). Die beiden jungen Anwälte und Wolfgang Wodarg betrieben in einer Ausschüß-Sitzung mit Viviane Fischer den Schulterschluß gegen den Ausschüß-Kopf Füllmich.

Wodarg zeigte sich dabei sichtlich zufrieden als neuer Hahn im Ausschüß-Korb und lieferte behaglich klingende politische Worthülsen - die beiden Hafenanwälte waren als "Gesellschafter" des Corona-Ausschusses anwesend und leisteten ihrer Chefin Fischer brav einen Treuedienst. In dieser Sendung beteuerte Hoffmann noch, daß ihn Geld gar nicht interessieren würde - im späteren Verlauf der dokumentierten Verhandlungen zeigte sich, daß die Hafenanwälte aber ganz im Gegenteil vor allem hinter dem Geld her waren.

Auch deshalb zogen sich die Verhandlungen über die Freigabe von Mitteln so lange hin. Deutlicher noch: Hoffmann behauptet in dieser Sitzung (<https://odysee.com/@-Ausschüß:3/s125de>: MINUTE 10:57 ff.), an einer individuellen Verfolgung von Füllmich habe niemand ein Interesse. Eine weitere Lüge des Mannes, der mit den Hafenanwälten der Staatsanwaltschaft zur Seite stand und dieser bewußt falsche Informationen zur Verfügung stellte oder auf Bestellung lieferte. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Hafenanwälte die Anzeige in Abstimmung mit ihren Partnern bereits bei der Staatsanwaltschaft eingereicht.

Dr. Justus Hoffmann im Video: "Aber daß wir hier irgendeine persönliche Involvierung, Raufeldzug oder sonst irgendwas gegen einzelne Personen starten wollen, da sehe ich nicht, wie man darauf kommen möchte."

Da hatte Hoffmann längst schon die Anzeige gegen Füllmich gestellt.

Vor Gericht: "Wir wußten, daß die Verhaftung von Rainer unmittelbar bevorsteht und haben dafür gesorgt, daß sie auch stattfindet."

Vor Gericht: "Der Tag, an dem ich nichts mehr mit Reiner Füllmich zu tun haben werde, wird für mich der schönste Tag in meinem Leben sein."

Video-Link zur Aussage von Justus P. Hoffmann: odysee.com/@Corona-Ausschüß:3/s125de: "Wir wollten Dich in den Knast bringen" (Antonia Fischer vor Gericht)

Die Verhandlungen zwischen Dr. Füllmich und den Hafenanwälten, die zum Ziel hatten, die Ausschüßmittel freizugeben und der Arbeit des Ausschusses wieder zuzuführen, hatten aber niemals Aussicht auf Erfolg: Antonia Fischer dazu am 3. April 2024 vor Gericht: "Wir wollten keine wirkliche Einigung, wir wollten Dich in den Knast bringen." Damit liefert die Mittäterin des Komplotts den Beweis, daß sie an einer zivilrechtlichen Regelung der Vermögens-

fragen der verschiedenen Gesellschaften nie ein Interesse hatte. Es war alles nur Taktik, um ihren Job für das System zu erledigen.

Weshalb der junge Staatsanwalt John keine Probleme mit der stümperhaften - und vermutlich sogar abgestimmten - "Anzeige" der Hafenanwälte hat, ist klar. Er hatte den Auftrag, gemeinsam mit den Hafenanwälten den Dissidenten aus dem Ausland zu entführen und in den Knast zu bringen. Es wird damit auch klar, warum es ihn nicht stört, daß die Anzeigerstatter bewußt unwahre Tatsache behaupten, nachweislich falsche Verdächtigungen aussprechen und auch Informationen bewußt weggelassen haben.

Es ging ihm immer nur um die Verhaftung von Dr. Füllmich - und sei es mit illegalen Mitteln unter Verzicht auf ein reguläres Auslieferungsverfahren. Daß John selbst zum Bauernopfer der Aufklärung der Umstände werden wird, scheint ihm noch nicht klar zu sein. Der sprichwörtliche Bus, vor den ihn seine Weisungsgeber werfen werden, rollt gerade auf ihn zu.

Staatsanwalt John hat auch bislang ausschließlich die Konten der Familie Füllmich eingefroren - nicht das Konto von Marcel Templin, der sich mit Hilfe eines Notars weite Teile des Erlöses aus dem Verkauf des Privathauses der Füllmichs unter den Nagel gerissen hat. Mit diesem Geld wollte Füllmich die vereinbarten Darlehen, die der Sicherung des Ausschußvermögens galten, an den Ausschuß zurück übermitteln.

Auch scheinen - so Prozeßbeobachter - Staatsanwalt John und Viviane Fischer ein stilles Einverständnis miteinander zu haben. Warum sonst wird Viviane Fischer nicht wie Füllmich wegen "Untreue" angeklagt? Laut Anklage sollen Füllmich und Fischer die "Taten" ja gemeinschaftlich im stillen Einverständnis - kollusiv - begangen haben. Der Verdacht, daß Viviane Fischer mit den Hafenanwälten in einem Boot sitzt, erhärtet sich immer mehr.

Auf dem Konto von Marcel Templin ist mit Hilfe des beurkundenden Notars fast der gesamte Verkaufserlös aus dem Verkauf der Familienimmobilie der Füllmichs gelandet (1.158.000 Euro). Aufgrund einer Grundschuld, die selbst noch fragwürdig und näher zu untersuchen ist, stünden ihm - wenn überhaupt - maximal 600.000 Euro zu. Reiner Füllmich wäre jederzeit in der Lage gewesen, die über die Darlehen vor dem Zugriff des Staates geschützten Ausschußmittel zurückzuführen, denn der Verkaufserlös seiner Immobilie betrug über 1,345 Millionen Euro - hätte es nicht die illegale Umleitung des Verkaufserlöses auf das Konto eines der Hafenanwälte gegeben.

Genauer betrachtet ist die rechtswidrige Umleitung des Verkaufserlöses durch die Hafenanwälte auf das Konto des Mittäters Marcel Templin der Gipfel der Perversion: Diejenigen, die Dr. Füllmich anzeigten, weil er vorgeblich das Darlehen nicht zurückzahlen wolle, nahmen ihm die Möglichkeit, dies zu tun und eigneten sich im selben Zug die dafür vorgesehenen privaten Mittel auf rechtswidrige Weise an.

Das Exempel wird statuiert

Noch immer wird Reiner Füllmich in Untersuchungshaft gehalten. In das Göttinger Gericht wird er mit Handschellen geführt, als ginge von ihm auch nur die geringste Gefahr aus. Auf dem Weg zum Gericht werden die Handschellen zudem an einem Bauchgurt befestigt, was ihm jede Bewegungsmöglichkeit raubt. Er ist ein politischer Gefangener, an dem natürlich auch ein Exempel statuiert wird.

Die würdelose Behandlung dieser Gefangenen unterscheidet sich nicht mehr sehr von der Behandlung, die Menschen in anderen totalitären Strukturen erleiden müssen. Die gekaperte Staatsmacht demonstriert ihre Erbarmungslosigkeit. Die Botschaft an die Humanisten und letzten Demokraten im Land ist eindeutig: "Das machen wir mit Euch, wenn ihr aufmuckt."

Aber Reiner Füllmich wird nicht damit aufhören, auf die Mißstände hinzuweisen. Und immer mehr Menschen erlangen durch seine Arbeit, die noch immer wirksam ist, mehr Wissen, um die aktuelle Gefahr für die Demokratie, die Menschlichkeit und die Gesundheit der Menschen zu erkennen. Diese Gefahr geht eben nicht von kritischen Geistern aus, sondern von rück-

sichtslosen Globalisten, Kriegstreibern und Massenmördern, die sich der Strukturen in den meisten Ländern bemächtigt haben. ...

Nachfolgend das "Dossier" über Reiner Fuellmich, wie es Dr. C. Miséré zugeleitet und von Roger Bittel verbreitet wurde:

Dossier Reiner Fuellmich (Abschrift)

Reiner Fuellmich, Co-Bundesvorsitzender und Kanzlerkandidat der Partei "dieBasis" ist ein deutscher Rechtsanwalt, der insbesondere durch seine Beteiligung an verschiedenen juristischen Auseinandersetzungen und seine öffentlichen Stellungnahmen zu verschiedenen Themen, einschließlich der Maßnahmen und politischen Entscheidungen in Bezug auf die COVID-19-Pandemie, bekannt geworden ist. Seine Ansichten und rechtlichen Aktivitäten haben sowohl national als auch international Aufmerksamkeit erregt und sind Gegenstand von Kontroversen.

Berufliche Laufbahn

Reiner Fuellmich begann seine juristische Karriere nach dem Abschluß seines Studiums der Rechtswissenschaften. Er ist als Rechtsanwalt in Deutschland sowie in Kalifornien, USA, zugelassen. Über viele Jahre hinweg spezialisierte er sich auf verschiedene Gebiete des Zivilrechts und war an mehreren rechtlichen Auseinandersetzungen beteiligt, die teils erhebliche mediale Aufmerksamkeit erlangten.

Engagement gegen Banken und Konzerne: Vor der COVID-19-Pandemie machte sich Fuellmich insbesondere durch seine Beteiligung an Fällen gegen große Banken und Unternehmen einen Namen. Hierbei ging es oft um Verbraucherschutz und Schadensersatzklagen.

COVID-19-Pandemie: Mit Beginn der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 rückte Fuellmich zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit durch seine kritische Haltung gegenüber den von der Bundesregierung und internationalen Institutionen ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus. Er äußerte erhebliche Zweifel an der wissenschaftlichen Grundlage dieser Maßnahmen sowie an der Verhältnismäßigkeit.

Corona-Untersuchungsausschuß: Reiner Fuellmich war Mitbegründer eines Corona-Untersuchungsausschusses, der die Maßnahmen und Entscheidungen der Regierungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie kritisch hinterfragen sollte. Dieser Ausschuß führte eine Reihe von Anhörungen durch, in denen verschiedene Experten aus Wissenschaft und Praxis geladen waren, um ihre Sichtweisen und Erkenntnisse zu präsentieren.

Juristische Aktivitäten und Klagen: Fuellmich initiierte und unterstützte mehrere juristische Aktionen und Klagen in Deutschland sowie in anderen Ländern mit dem Ziel, die Rechtmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit der im Rahmen der Pandemiebekämpfung ergriffenen Maßnahmen gerichtlich überprüfen zu lassen. Er vertritt die Ansicht, daß durch einige dieser Maßnahmen Grundrechte und Freiheiten unverhältnismäßig eingeschränkt wurden.

Öffentliche und fachliche Rezeption: Die Aktivitäten und Ansichten von Reiner Fuellmich haben zu einer polarisierten Wahrnehmung in der Öffentlichkeit sowie unter Fachleuten geführt. Während einige seine Bemühungen unterstützen und als notwendigen Beitrag zur Wahrung von Grundrechten und demokratischen Prinzipien sehen, kritisieren andere seine Ansichten als wissenschaftlich unbegründet und seine rechtlichen Schritte als kontraproduktiv.

Abgesehen von den Themen rund um die COVID-19-Pandemie, ist Reiner Fuellmich für seine Arbeit in anderen rechtlichen Auseinandersetzungen bekannt, die hauptsächlich im Bereich des Verbraucherschutzes und der Sammelklagen liegen. Seine juristische Tätigkeit erstreckt sich über mehrere Jahrzehnte, in denen er sich einen Ruf als Anwalt erarbeitet hat, der sich gegen Großkonzerne und für die Rechte von Verbrauchern und Geschädigten einsetzt.

Verbraucherschutz und Sammelklagen: Fuellmich hat an bedeutenden Fällen im Bereich des Verbraucherschutzes gearbeitet, darunter Klagen gegen große Banken und Unternehmen. Er hat sich insbesondere mit Fällen beschäftigt, die Schadensersatzansprüche von Verbrauchern

betreffen, die durch unlautere Geschäftspraktiken oder fehlerhafte Produkte geschädigt wurden.

Dieselskandal: Ein bemerkenswerter Bereich seiner Arbeit ist die Beteiligung an rechtlichen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Dieselskandal. Fuellmich vertrat die Interessen von Verbrauchern, die durch die Manipulation von Abgaswerten bei Dieselfahrzeugen geschädigt wurden. Diese Fälle betrafen bedeutende Automobilhersteller und zogen umfangreiche rechtliche und gesellschaftliche Diskussionen nach sich.

Internationale Rechtspraxis: Durch seine Zulassung als Anwalt sowohl in Deutschland als auch in Kalifornien, USA, hat Fuellmich die Möglichkeit, in einem internationalen Rahmen zu arbeiten und sich mit rechtlichen Fragen zu beschäftigen, die über nationale Grenzen hinweg Bedeutung haben. Diese doppelte Zulassung ermöglicht es ihm, eine Brücke zwischen unterschiedlichen Rechtssystemen zu schlagen und in transnationalen Fällen tätig zu sein.

Öffentliche Vorträge und Publikationen: Neben seiner rechtlichen Praxis engagiert sich Fuellmich auch in der öffentlichen Diskussion rechtlicher und gesellschaftlicher Fragen. Er hält Vorträge und veröffentlicht Texte zu Themen wie Verbraucherschutz, Rechtsstaatlichkeit und dem Einfluß von Großunternehmen auf die Gesellschaft.

Kritik und Kontroversen: Es ist anzumerken, daß Fuellmichs Aktivitäten und Ansichten nicht nur Zustimmung finden. In verschiedenen Zusammenhängen, auch außerhalb der COVID-19-Thematik, ist er Gegenstand von Kritik geworden. Seine Herangehensweisen und die von ihm vertretenen Rechtsauffassungen werden teilweise als umstritten betrachtet, was zu einer polarisierten Wahrnehmung seiner Person führt.

Aktennotiz

Betreff: Strafverfahren gegen Reiner Fuellmich wegen gewerbsmäßiger Untreue

Datum: 19. Dezember 2023

Sachverhalt: Die Staatsanwaltschaft Göttingen hat am 20. Dezember 2023 Anklage gegen Reiner Fuellmich, 65 Jahre alt, Rechtsanwalt mit zuletzt bekanntem Wohnsitz in Göttingen, erhoben.

Die Anklage erfolgte wegen des Vorwurfs der gewerbsmäßigen Untreue in 18 Fällen vor der Wirtschaftskammer des Landgerichts Göttingen.

Reiner Fuellmich wurde bereits im Oktober in Untersuchungshaft genommen und befindet sich seitdem in Haft.

Hintergrund: Reiner Fuellmich war CO-Bundesvorsitzender und Kanzlerkandidat der Partei "dieBasis" sowie Gesellschafter und Geschäftsführer der "Stiftung Corona-Ausschuß", finanziert durch Spendengelder.

In der Gesellschaftssatzung wurde festgelegt, daß die Mittel der Stiftung ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden dürfen.

Anklagepunkte: Fuellmich wird vorgeworfen, zwischen dem 19. März 2021 und dem 4. Juli 2022 insgesamt 16 Überweisungen zu einem Gesamtwert von 357.000 Euro satzungswidrig auf sein Kanzleikonto veranlaßt zu haben.

Weiterhin soll er 700.000 Euro aus der Vermögensmasse der Vorgesellschaft für private Zwecke entnommen haben, darunter eine halbe Million Euro für die Umgestaltung seines privaten Gartens.

Weitere Maßnahmen: Die Wirtschaftskammer des Landgerichts Göttingen hat über die Eröffnung des Hauptverfahrens zu entscheiden.

Ermittlungen gegen weitere Verdächtige sind im Gange. Siehe hierzu interne Tagebuchnummer 2023/461 K

Vermerk: Die Einzelheiten der Anklage und der Ermittlungen basieren auf den Angaben der Staatsanwaltschaft Göttingen und sind im Rahmen der Unschuldsvermutung bis zum rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens zu behandeln.

Ergänzende Aktennotiz

Betreff: Strafverfahren gegen Reiner Fuellmich wegen gewerbsmäßiger Untreue

Datum: 3. Januar 2024

Sachverhalt: Die Staatsanwaltschaft Göttingen hat am 20. Dezember 2023 Anklage gegen Reiner Fuellmich, 65 Jahre alt, Rechtsanwalt mit zuletzt bekanntem Wohnsitz in Göttingen, erhoben.

Die Anklage erfolgte wegen des Vorwurfs der gewerbsmäßigen Untreue in 18 Fällen vor der Wirtschaftskammer des Landgerichts Göttingen.

Reiner Fuellmich wurde bereits im Oktober in Untersuchungshaft genommen und befindet sich seitdem in der Justizvollzugsanstalt Rosdorf.

Aktuelle Entwicklungen: Nach einer Haftprüfung kurz vor dem Weihnachtsfest 2023 hat die Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Göttingen die Aufhebung des Haftbefehls abgelehnt. Fuellmich bleibt in der Justizvollzugsanstalt Rosdorf inhaftiert. Die interne Begründung hierfür ist die Tatsache, daß sich Fuellmich bereits zuvor durch den Aufenthalt in Mexiko versucht hat der deutschen Gerichtsbarkeit zu entziehen. Es wird vermutet, daß mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausreichende Finanzmittel zu einem erneuten Entzug der Gerichtsbarkeit vorhanden sind.

Vor seiner Festnahme hielt sich Fuellmich in Mexiko auf und entzog sich so der deutschen Strafverfolgung. Mitte Oktober wurde er nach Deutschland abgeschoben und am Frankfurter Flughafen festgenommen.

Anklageerweiterung: Die Anklage wirft Fuellmich vor, mehr als eine Million Euro an Spendengeldern, die zur Finanzierung der Arbeit des "Corona-Ausschusses" bestimmt waren, für private Zwecke verwendet zu haben.

Weitere Maßnahmen: Die Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens obliegt der Wirtschaftskammer des Landgerichts Göttingen.

Vermerk: Die Einzelheiten der Anklage und der Ermittlungen basieren auf den Angaben der Staatsanwaltschaft Göttingen und sind im Rahmen der Unschuldsvermutung bis zum rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens zu behandeln.

Bericht und Handlungsempfehlungen bezüglich Reiner Fuellmich

Datum: 24. August 2021

Verfasser: B**

Betreff: Umfassende Analyse und Empfehlungen im Umgang mit Reiner Fuellmich

Einleitung: Das B** hat eine gründliche Untersuchung der Aktivitäten von Reiner Fuellmich durchgeführt, einer Person, die zunehmend als potentielle Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen wird. Aufgrund seiner öffentlichen Äußerungen, politischen Ambitionen und der Mobilisierung einer signifikanten Anhängerschaft ist eine detaillierte Bewertung seiner Handlungen und des daraus resultierenden Einflusses auf das gesellschaftliche Klima erforderlich.

Sachverhalt: Reiner Fuellmich hat durch seine Rolle eine Plattform geschaffen, die es ihm ermöglichen könnte, weitreichenden Einfluß auf das politische und gesellschaftliche Stimmungsbild zu nehmen. Seine Botschaften, die häufig demokratiefeindliche Tendenzen aufweisen und zu Unruhen anstiften könnten, erfordern eine adäquate und harte Antwort der Sicherheitsbehörden.

Erweiterte Analyse: Es besteht die ernstzunehmende Sorge, daß Reiner Fuellmichs Bestrebungen, Einfluß auf politische Prozesse zu nehmen oder ein exponiertes politisches Amt zu erlangen, die Grundfesten unserer demokratischen Gesellschaft untergraben könnten. Seine Aktivitäten sind nicht nur als potentiell rechtswidrig einzustufen, sondern stellen auch eine Gefahr für die innere Sicherheit dar. Die Vergabe bzw. die Möglichkeit zur Erlangung politisch exponierter Ämter ist mit allen rechtstaatlichen Mitteln zu unterbinden.

Empfehlungen:

1. Intensivierung der Überwachung: Die Rekrutierung und Hinzuziehung von Vertrauenspersonen aus dem engsten Umfeld von Reiner Fuellmich wird empfohlen. Dies soll dazu dienen, tiefere Einblicke in geplante Aktivitäten, Strukturen der Anhängerschaft und potentielle Bedrohungsszenarien zu gewinnen.

2. Politisch Unvereinbarkeit und rechtliche Schritte: Unvereinbarkeitserklärung: Es sollte eine Analyse durchgeführt werden, um die Möglichkeit einer Unvereinbarkeitserklärung zu bewerten, die Reiner Fuellmich die Bekleidung politischer Ämter aufgrund nachgewiesener demokratiefeindlicher Tendenzen untersagt.

3. Strafprozessuale Maßnahmen: Die Einleitung strafprozessuale Maßnahmen auf die Basis der gesammelten Beweise gegen Reiner Fuellmich muß vorbereitet werden. Dies beinhaltet die Zusammenarbeit mit Staatsanwaltschaften und die Vorbereitung von Anklagen bei nachweisbaren Rechtsverstößen. Gegebenenfalls notwendige Konstruktionen sind abzuwägen und geeignete Drittakteure anzuwerben.

4. Öffentliche Kommunikation und Prävention: Aufklärungsarbeit: Die Entwicklung einer Strategie zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die Risiken und die negativen Auswirkungen, die von Reiner Fuellmichs Handlungen ausgehen, ist essentiell. Ziel ist es, das Bewußtsein zu schärfen und Desinformation entgegenzuwirken.

Präventive Maßnahmen: Die Förderung von Extremismuspräventionsprogrammen, die auf die Anhängerschaft von Reiner Fuellmich abzielen, sowie die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sind wichtige Schritte, um seine Einflußnahme zu begrenzen.

Vermerk: Die Aktivitäten von Reiner Fuellmich stellen eine komplexe Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar, die eine koordinierte und vielschichtige Antwort erfordern. Die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen soll dazu beitragen, seine politische Tragfähigkeit zu unterbinden und die Sicherheit sowie die demokratischen Werte der Bundesrepublik Deutschland zu schützen.

Quelle: Das Füllmich-Komplott | LAUFPASS.com<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 29. April 2024 (x1.377/...): >>>Verkaufsverbot für Maximilian Krahs Manifest!

Von COMPACT Redaktion

Nach Spionagevorwürfen gegen einen chinesischen Mitarbeiter von AfD-Politiker Maximilian Krahs versucht das Regime jetzt dessen Buch "Politik von rechts" zu verbieten - unter einem irrwitzigen Vorwand. Der Verlag druckt deshalb eine Neuauflage. ...

Seit der Verfassungsschutz COMPACT eine wirtschaftliche Austrocknung angedroht hat, klagen Mainstream-Verlage und GEZ-Sender unsere Publikationen vom Markt. Darunter die erste Auflage von Jürgen Elsässers Autobiographie "Ich bin Deutscher" sowie unsere Prachtausgabe "Babylon Berlin", die die historischen Hintergründe der gleichnamigen Serie präsentierte.

Von den Schlapphüten angefeuert, ist den Klägern kein Vorwand zu blöd. Zuletzt weigerten sich Zeitungsgroßhändler, entgegen dem Presserecht, die Lieferung von COMPACT an Bahnhofskioske. Eine Anmaßung, gegen die wir juristisch vorgehen.

Jetzt traf es Maximilian Krahs, den AfD-Kandidaten für die kommende EU-Wahl. Zuerst kam er wegen einer Spionage-Affäre ins Gerede: Sein Assistent Jian G. soll chinesische Geheimdienste informell versorgt, aber auch für den Verfassungsschutz gearbeitet haben. Ein Schlapphut Spitzel also! Sein Auftrag: Über die angebliche Aktivitäten chinesischer Geheimdienste zu berichten.

Aber es kommt noch besser: Seit Monaten sorgt Krahs Bestseller "Politik von rechts. Ein Manifest" für Furore. Da der Mainstream ihm intellektuell nicht gewachsen ist - wie das Interview mit Thilo Jung deutlich gezeigt hat - bekämpft man es wieder mit einem Verbot. Dies-

mal klagte das Land Baden-Württemberg hatte gegen den Verlag.

Vorwand: Die Cover-Abbildung zeigt das Kloster Maulbronn (auf unserem oberen Werbe-Banner deshalb geschwärzt), allerdings in einer grafischen Bearbeitung. Das Landgericht Karlsruhe gab der Unterlassungsklage des Landes dennoch statt.

Denn: Bilder von Innenräumen des Klosters dürften ausschließlich mit Genehmigung seines Eigentümers, der Staatlichen Schlösser und Gärten für Publikationen verwendet werden. Diese Nutzungsrechte habe der Verlag jedoch nicht erworben.

Gegen eventuelle Weiterverkäufe wolle man gerichtlich vorgehen. Ein Sprecher verriet: "Das Kloster Maulbronn ist auch immer ein Ort des offenen Austausches gewesen. Das verträgt sich nicht mit dem Geist des Buches von Herrn Krah."

Doch keine Sorge: Eine Neuauflage mit neuem Cover-Motiv ist in Arbeit. Es besteht jedoch die Gefahr, daß sich das Regime bald einen neuen Trick ausdenken wird, um Krahs Manifest "Politik von rechts" vom Markt zu nehmen. Sichern Sie daher am besten noch heute Ihr Exemplar der Neuauflage, bevor wieder jemand dazwischenfunkt.<<

[Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 29. April 2024 \(x1.377/...\): >>Spiegel: Gleich drei Anti-AfD-Lügen in einem Satz](#)

In dem Artikel heißt es, die Nummer zwei auf der EU-Liste der Partei, Petr Bystron habe angeblich bei einer Sitzung des Bundesvorstandes gegenüber den AfD-Kollegen "zugegeben, kleine Pakete" von einem - laut Spiegel - angeblich pro-russischen Ukrainer "angenommen zu haben". Dies hätten "mehrere Teilnehmer bestätigt", so die Autorin Ann-Katrin Müller. Eine dreiste Lüge, denn die Mitglieder des Bundesvorstandes bestätigen diese Version keineswegs. Im Gegenteil: Sie dementieren.

So schreibt der Bundesvorstand der Partei in einer Pressemitteilung: "Die in Artikeln des Spiegel getroffene Aussage, Herr Bystron hätte am 22. April 2024 dem Bundesvorstand der Alternative für Deutschland gegenüber erklärt, Pakete erhalten zu haben, ist falsch. In der genannten Sitzung hat er nicht behauptet, Pakete erhalten oder entgegengenommen zu haben. Dies bestätigten heute eine Vielzahl von Teilnehmern der Bundesvorstandssitzung."

Zum wiederholten Mal betätigt sich der Spiegel als Sturmgeschütz der Desinformation. Das Blatt wirft gerne alle journalistischen Grundsätze über Bord, wenn es darum geht, die Opposition in Deutschland zu diffamieren. In der Corona-Zeit waren die Gegner der staatlichen Zwangsmaßnahmen die Opfer, in der aktuellen Kampagne ist es die AfD.

Bei dieser sollen Parteien aus sechs europäischen Ländern, die sich allesamt gegen die Fortsetzung des Krieges in der Ukraine einsetzen, im Auftrag der NATO diskreditiert werden, fand der preisgekrönte US-Investigativjournalist Michael Schellenberger heraus. In Deutschland stehen die beiden Spitzenkandidaten der AfD für die EU-Wahl Maximilian Krah und Petr Bystron unter Beschuß.

In einer Kampagne verbreitet der Spiegel ungeprüft unbelegte Vorwürfe aus Tschechien, Bystron und Krah hätten Geld von einem (angeblich) pro-russischen Sender erhalten. Eine Reihe von Politikern, darunter ehemalige Staatspräsidenten und Außenminister werden in einer Hexenjagd beschuldigt, Agenten Moskaus zu sein, nur weil sie dem Onlineportal "Voice of Europe" ein Interview gegeben haben.

Man unterstellt ihnen, sie hätten sich von Moskau dafür schmieren lassen. Daß alle Beteiligten diese Vorwürfe als absurd zurückweisen, stört den Spiegel nicht im Geringsten. Im Gegenteil, das Blatt verbreitet immer neue Storys zu dem Fall, auch wenn es nichts neues zu vermelden gibt. Bystron bezeichnete das Vorgehen treffend als "ein Versuch, alten Kaffee immer wieder aufzubrühen".

Screenshot X

Die Autorin des Artikels, Ann-Katrin Müller beeilte sich sogar, die umstrittene Äußerung sogar auf X zu verbreiten. Und das, obwohl Bystron gegenüber dem Spiegel den Vorgang nicht

bestätigte. Vielmehr schrieb der Politiker dem Blatt, es handele sich um eine von der NATO-betriebenen Kampagne, die durch Medien wie der Spiegel bis zur Wahl am Leben gehalten werden soll.

Und auf X postete er offenbar als Reaktion auf die Berichterstattung unter dem Logo des SPIEGEL mit der Selbstbeschreibung: "Der Spiegel steht für unabhängigen, investigativen Journalismus" den Kommentar: "Gleich drei Lügen in nur einem Satz. Typisch Der Spiegel."

Bystron Spiegel X

Den Bericht des Spiegel übernahm sofort (und ungeprüft) die Welt in ihrer Online-Ausgabe und anschließend weitere Portale wie t-online, Focus-Online, Radio Prag und andere. Das blinde Zitieren ausgerechnet des Spiegel könnte für all diese Blätter teuer werden, bestätigt der Medienanwalt Markus Haintz: "Sollte es sich bestätigen, daß es sich um eine unwahre Tatsachenbehauptung handelt, wäre die Berichterstattung abmahnfähig".

Vielleicht überlegen es sich die Journalisten dieser Blätter in Zukunft, ob Sie noch etwas vom Spiegel übernehmen sollen.

(Erstveröffentlichung des Artikels in PI-News)<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 30. April 2024 (x1.377/...): >>>Augenzeugin: "Was Correctiv sagt, ist Fake"

Von *Sven Eggers*

Geheimplan gegen Deutschland

Im Lokalteil des Münchner Merkur hat sich ein relativ sachlicher Beitrag zum skandalisierten "Geheimtreffen" in Potsdam eingeschlichen. Dabei kommt ausführlich eine Teilnehmerin zu Wort. ...

Binahe eine ganze Zeitungsseite widmete der Münchner Merkur unlängst in einer seiner Lokalausgaben einer AfD-Veranstaltung mit der Bundestagsabgeordneten Gerrit Huy im Wahlkreis Weilheim. Huy, das erfahren auch die Leser gleich eingangs, war Ende vergangenen Jahres Teilnehmerin des angeblich so bitterbösen rechten Netzwerk-Treffens im Landhaus Adlon im Potsdamer Norden.

Was Faeser nicht sagen will

Das schreibt der Merkur zur Vorstellung der Rednerin, die in einem Gasthaus in Langengeisling vor zahlreichen Teilnehmern auftrat: "Die 70-jährige Diplom-Mathematikerin und -Volkswirtschaftlerin, die in ihrem Berufsleben mehrere leitende Positionen in der Automobil-, Telekommunikations- und IT-Industrie bekleidet hatte, ist mittlerweile Sprecherin für arbeitsmarktpolitische Themen in ihrer Fraktion." Sie beteuert: "Was Correctiv über dieses Treffen gesagt hat, war ein Fake."

Dann wird Huy relativ ausführlich zitiert:

"In Potsdam waren nicht nur Mitglieder der AfD, sondern auch solche der CDU, selbst Bundeskanzler Olaf Scholz wußte Bescheid. Was in den Medien danach berichtet wurde, war von Correctiv inszeniert worden sowie von Quellen, die unsere Innenministerin Nancy Faeser aus angeblichen Belangen des Staatswohls aber nicht nennen will."

Auch an die Sellner-Rede kann sich die dreifache Mutter demnach erinnern. Der habe über den Begriff Remigration referiert. "Von Ausweisung dabei aber nur im Zusammenhang mit Kriminellen die Rede, so Huy, die übrigens Anzeige wegen der Veröffentlichung von Fotos, die sie am Rande des Potsdamer Treffens zeigen, gestellt hat.

Daß wir in der Bundesrepublik Deutschland indes ein Migrationsproblem hätten, könne ja wohl kaum geleugnet werden, führte Huy im Rahmen ihrer Rede aus. Die Hälfte der Bürgergeldempfänger sei Ausländer - "derzeit ernähren wir damit 5,5 Millionen Menschen und wundern uns, daß ein Rentner in München gerade noch 429 Euro im Monat zum Leben hat, ein Bürgergeldempfänger aber 563 Euro".

Sie könne ganz und gar nicht begreifen, weshalb die Unionsparteien auf die Brandmauer ge-

gen die AfD setzten. "Wenn die nicht wäre, hätten wir in einigen Bundesländern bereits eine gute, konservative Regierung", so Huy. "Stattdessen liebäugelt die CDU mit den Grünen - dann aber geht nichts mehr."

Plädoyer für Nationalstaaten

Auch sei sie gegen die EU in ihrer gegenwärtigen Verfassung: "Wir wollen mehr selbstbestimmtes Leben in unseren Nationalstaaten und weniger Eingriffe durch eine übergeordnete Organisation. Und wir müssen unsere Grenzen dicht machen. Ein Austritt aus der EU ist daher unsere maximale Drohkulisse."<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 30. April 2024 (x1.372/...):
>>**Schon wieder Manipulation: Tagesschau streicht entscheidendes Wort in Habeck-Text**

Das Frage-Antwort-Stück der Tagesschau über die Vorwürfe gegen Minister Habeck

Redaktion

Der nächste Manipulations-Vorwurf gegen die Tagesschau steht im Raum - wieder geht es um die Enthüllungen des Cicero, die zeigen, daß das Ministerium von Robert Habeck (Grüne) die Öffentlichkeit bei der Prüfung einer Laufzeitverlängerung der Atomkraft getäuscht hat.

Zuerst berichtete die Tagesschau gar nicht über die Skandal-Enthüllungen, dann beschwichtigte sie, daß Habeck von all dem nicht gewußt haben will, dann wurde ein Frage-Antwort-Stück veröffentlicht, daß den Minister weiter in Schutz nahm. Am Ende dann die Frage: "Wer hat das Atom-Aus zuerst beschlossen?", die sie später veränderte.

Den Beschluß habe eine schwarz-gelbe Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gefaßt, heißt es da. Die Wahrheit ist jedoch, daß der Atomausstieg ZUERST von der ersten rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) beschlossen wurde, nämlich durch die "Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000".

Knapp zwei Jahre später, im April 2002, beschloß der Bundestag das "Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität", in dem erstmals der Ausstieg aus der Atomenergie entschieden wurde. Im November 2003 und im Mai 2005 wurden mit Stade und Obrigheim die ersten beiden Kraftwerke abgeschaltet.

Die Tagesschau wurde von zahlreichen Social-Media-Nutzern auf diesen Fehler hingewiesen, ohne diesen zu beheben.

Jedoch veränderte die Tagesschau nicht den Inhalt der Meldung und stellte richtig, daß das Atom-Aus von Rot-Grün beschlossen worden ist, sie strich lediglich das Wörtchen "zuerst" aus der sich selbst gestellten Frage. Nun steht da nur noch "Wer hat das Atom-Aus beschlossen?". Das macht die Behauptung, daß schwarz-gelb der Beschluß im Angesicht der Fukushima-Katastrophe getroffen habe, nicht richtiger, läßt sich jedoch als inhaltlich richtig interpretieren, nachdem die Merkel-geführte Regierung 2011 auch einen Beschluß zu einem Atom-Ausstieg gefaßt hatte.

Die Leser wurden über die kleine, die tagelange Falschinformation verschleiernde Änderung nicht informiert. Bis zur Veröffentlichung dieses Textes wurde kein Transparenz-Hinweis ergänzt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 30. April 2024 (x1.368/...):
>>**Verfassungsschutz warnte Krah offenbar nicht vor Agententätigkeit seines Mitarbeiters**

Hat der Verfassungsschutz den AfD-Europaabgeordneten Krah über die mutmaßliche Agententätigkeit seines Mitarbeiters gewarnt? Sächsische Behörden halten sich gegenüber Apollo News bedeckt, Krah selbst erklärt, es habe keine Warnung gegeben.

alt

Sebastian Thormann

Der Spionageskandal rund um das Büro des EU-Abgeordneten und AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Krah sorgt weiter für Schlagzeilen. Vor gut einer Woche wurde ein Mitarbeiter Krah, der Deutsch-Chinese Jian Guo, wegen Verdachts auf Spionage festgenommen.

Seitdem kam heraus, daß der Mann den Behörden offenbar länger bekannt war. So soll er sich bereits vor fast Jahrzehnten dem deutschen Auslandsgeheimdienst BND als Informant angeboten haben. Der BND gab ihn dann aber weiter an das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz. Ihn wollte man nutzen, um mehr über Pekings Geheimdiensttätigkeiten gegen chinesische Dissidenten hierzulande zu erfahren.

Da für Spionageabwehr im Inland der Verfassungsschutz zuständig ist und Guo hier lebt, wurde das wohl an die Behörde weitergegeben. Dort bekam man dann aber den Verdacht, daß Guo stattdessen selbst für chinesische Geheimdienste arbeitet und gegenüber deutschen Behörden als Doppelagent auftrat. Wegen dieses Verdachts hat der Verfassungsschutz dann Guo offenbar 2018 "abgeschaltet" und seitdem selbst überwacht - was nun in seiner Festnahme mündete.

2019 dann zog Krah ins Europaparlament ein und beschäftigte dort Guo als Mitarbeiter, der war inzwischen eingebürgert worden und hatte offenbar einen politischen Wandel von der SPD zur AfD hingelegt. In Krahs Abgeordnetenbüro hatte Guo dann vermutlich auch Zugang zu vertraulichen Dokumenten der EU-Handelspolitik.

Die entscheidende Frage lautet nun: Was wußte Maximilian Krah? Hätte er wissen müssen, daß Guo, der auch in den sozialen Medien chinesische Regierungspropaganda verbreitete, womöglich ein Agent Pekings ist?

Apollo News hat daher beim sächsischen Innenministerium nachgefragt: Wurde die Leitung des EU-Parlaments oder Krah selbst vom Verfassungsschutz vor den Tätigkeiten von Jian Guo gewarnt? Schließlich war er ja zu diesem Zeitpunkt schon im Visier der Behörden - und es bestand die Gefahr des Geheimnisverrats. Aber dort will man nichts dazu sagen, man verweist auch nach mehrfacher Nachfrage auf den Generalbundesanwalt, obwohl der nur für die strafrechtlichen Ermittlungen zuständig ist. Der will sich dementsprechend gegenüber Apollo News "als Strafverfolgungsbehörde zu Fragen der Gefahrenabwehr nicht äußern".

Krah selbst erklärt derweil, er sei nicht gewarnt worden. "Mich haben die Sicherheitsbehörden pflichtwidrig zu keinem Zeitpunkt gewarnt oder informiert", sagte der AfD-EU-Spitzenkandidat dem Stern. Er kritisiert: "Die Sicherheitsbehörden haben offensichtlich Kenntnisse gehabt, haben mich nicht informiert und lassen die Bombe kurz vor dem Wahltermin platzen. Das ist schon bemerkenswert."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 30. April 2024 (x1.376/...): >>**Säuberungswelle in der Amtskirche: Diakonie-Präsident will AfD-Wählern kündigen!**

Diakonie-Präsident Rüdiger Schuch hat AfD-Wählern im sozialen Dienst der evangelischen Kirche mit "arbeitsrechtlichen Konsequenzen" gedroht. "Wer die AfD aus Überzeugung wählt, kann nicht in der Diakonie arbeiten", sagte Schuch, dessen Organisation am staatlichen Tropf hängt, den Zeitungen der "Funke Mediengruppe".

Für den Diakonie-Chef dürfen Menschen, die ihre Belange von der AfD vertreten sehen, auch keine Christen mehr sein: "Diese Leute können sich im Grunde auch nicht mehr zur Kirche zählen, denn das menschenfeindliche Weltbild der AfD widerspricht dem christlichen Menschenbild."

Wie heißt es noch gleich im Alten Testament: "Besser einer Bärin begegnen, der die Jungen geraubt sind, als einem Toreen in seiner Torheit."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 30. April 2024 (x1.376/...): >>**Zensur: EU geht gegen Facebook und Instagram vor**

Die Europäische Kommission hat wegen des Verdachts auf Verstöße gegen EU-Recht ein Verfahren gegen den Facebook- und Instagram-Konzern Meta eröffnet. Es werde unter ande-

rem geprüft, ob sich das US-Unternehmen im Umgang mit politischer Werbung nicht an europäische Regeln gehalten habe, teilte die Kommission in Brüssel mit.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) sagte, ihre Behörde habe Mittel geschaffen, um europäische Bürger vor angeblich gezielter Desinformation und Manipulation durch Drittländer zu schützen. "Wenn wir einen Verstoß gegen die Regeln vermuten, handeln wir. Das gilt zu jeder Zeit, aber besonders in Zeiten demokratischer Wahlen", sagte die CDU-Spitzenkandidatin für die Europawahl am 9. Juni.

Bei den behaupteten Verstößen geht es unter anderem darum, daß Meta die Verbreitung von "irreführender Werbung und Desinformationskampagnen" in der EU angeblich nicht ausreichend bekämpfe. Darüber hinaus vermutet die Kommission, daß die Möglichkeiten von Nutzern, sich über Inhalte auf den Plattformen zu beschweren, nicht den Anforderungen des europäischen Rechts gerecht würden. Zudem gewähre Meta "Forschern" nur unzureichend Zugang zu Daten.

Plattformen wie Facebook, X, Google und viele andere müssen nach dem neuen EU-Zensurrecht künftig schneller und schärfer als früher gegen "Haß und Hetze im Netz" vorgehen. Sonst drohen saftige Geldbußen. Der sogenannte DSA (Digital Services Act) soll auch sicherstellen, daß es für Nutzer einfacher wird, Inhalte zu melden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 1. Mai 2024 (x1.377/...):

>>**Le Pen und Weidel brechen mit Krah!**

Von *Jürgen Elsässer*

Krah - Agent des Volkes

Die neue COMPACT-Ausgabe verteidigt Maximilian Krah als "Agenten des Volkes". Seine differenzierten Äußerungen zum Zweiten Weltkrieg werden seit gestern nur deswegen hochgespielt, um Krahs Friedenspolitik gegen den Dritten Weltkrieg zu zerstören. ...

Maximilian Krah ist politisch abgeschossen worden - und zwar aus den eigenen Reihen, die freilich von Feindagenten durchsetzt sind. Das Feuer eröffnet hat gestern Marine Le Pen, die Chefin des Rassemblement National, die wegen Krah die gemeinsam Fraktion mit der AfD im Europaparlament aufgekündigt hat. Matteo Salvini von der italienischen Lega schloß sich an. Heute sollte eine Sondersitzung des AfD-Bundesvorstandes Krah beschließen, daß Krah aus dem Bundesvorstand ausgeschlossen wird, dessen gewähltes Mitglied er ist. Krah ist dem durch eigenen Rücktritt zuvorgekommen.

Schon vor drei Wochen hat er, der Spitzenkandidat der AfD zu den Europawahlen, ein Auftrittsverbot des Bundesvorstands kassiert. Kleinere Veranstaltungen hatte er trotzdem wahrgenommen. Heute früh hat er nun definitiv auf "jedweden" Auftritt im Zusammenhang mit dem Wahlkampf verzichtet. - Der Antrag eines West-Landesverbandes, Krah gleich ganz aus der Partei auszuschließen, kam im BuVo nicht durch. Trotzdem ist er jetzt vollkommen kaltgestellt.

Der Krah muß krähen!

Die neue Juni-Ausgabe von COMPACT-Magazin verteidigt Krah und den ebenfalls vom Bundesvorstand abgestraften Petr Bystron als "Agenten des Volkes". Gegen das Auftrittsverbot im EU-Wahlkampf bezog ich unter der Überschrift "Der Krah muß krähen" scharf Stellung:

"Der schlimmste Fehler der AfD: Das vom Spitzenduo Weidel/Chrupalla verhängte Auftrittsverbot für den EU-Spitzenkandidaten Maximilian Krah. Selbst seine Wahlplakate und persönlichen TV-Clips wurden in den Giftschränke geschlossen. Den Frontmann im Wahlkampf zu demontieren, ist eine Eselei, die sich keine andere Partei je geleistet hat.

Noch schlimmer, daß dies nur aufgrund von Anschuldigungen ohne jede Beweiskraft geschah, die der Inlandsgeheimdienst (Verfassungsschutz) verbreitet hat. So darf man nicht mit seinen besten Leuten umgehen. Gegen einen Feind, der Vernichtung will, muß man zusammenste-

hen."

Und weiter: "Warum läßt man den Krah nicht krähen? Der Mann ist lässig und eloquent, hat einen Schlag bei den Frauen und begeistert die Jugend. Und warum schickt man den Bystron nicht nach Moskau, um zu demonstrieren: Wir verteidigen die Entspannungspolitik von Willy Brandt, die die SPD schmachvoll verraten hat? Stattdessen duckt man sich weg, will kein Putinverstehler sein - obwohl gerade das als Alleinstellungsmerkmal Prozente bringen würde."

"Agent des Volkes"

Im Leitartikel von COMPACT-Magazin 6/2024 heißt es: "Maximilian Krah und Petr Bystron sind keine Spione. Als 'Agenten des Volkes' könnte man sie allerdings bezeichnen, wenn man den lateinischen Ursprung des Wortes zugrundelegt: Agere heißt auf Deutsch handeln. Handeln für das deutsche Volk, das trifft bei ihnen auf jeden Fall zu, und deswegen wird ja jetzt auch gegen sie gehetzt - von Politikern und Medien, die sich den amerikanischen Besatzern verpflichtet fühlen."

Darum geht es auch bei den Angriffen, die seit gestern gegen Krah laufen. Krah hatte im Interview mit der italienischen Tageszeitung La Repubblica für eine differenzierte Sicht auf die deutsche Vergangenheit plädiert - also vorbildlich gegen die Kollektivschuld Stellung genommen und als "Agent des Volkes" agiert.

Einerseits verurteilte er die deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg, die ja auch an der französischen Zivilbevölkerung verübt wurden. Andererseits ergänzte er: "Ich werde nie sagen, daß jeder, der eine SS-Uniform trug, automatisch ein Krimineller war."

Gestern Nachmittag schob er zur weiteren Erklärung nach, er würde zum Beispiel den Schriftsteller Günter Grass "nicht als Verbrecher bezeichnen. Grass kämpfte gegen Kriegsende als Ladeschütze in der Militärformation 10. SS-Panzer-Division Frundsberg an der Westfront."

Tatsächlich muß man bei der SS unterscheiden zwischen den kämpfenden Verbänden (Waffen-SS), die großteils keine Massaker begangen haben (Ausnahmen bestätigen die Regel) und etwa den SS-Mordverbänden, die ununterscheidbarer Bestandteil der Vernichtungspolitik ("Endlösung") waren.

Adenauer und Krah

Entsprechend äußerte sich auch Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) in seiner "Ehrenerklärung vor dem Deutschen Bundestag am 3. Dezember 1952:

"Ich möchte heute vor diesem Hohen Hause im Namen der Bundesregierung erklären, daß wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Namen der hohen soldatischen Überlieferung ehrenhaft zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen."

Auf Nachfrage ergänzte er: "Einer Anregung nachkommend, teile ich mit, daß die von mir in meiner Rede vom 3. Dezember 1952 vor dem Deutschen Bundestag abgegebene Ehrenerklärung für die Soldaten der früheren deutschen Wehrmacht auch die Angehörigen der Waffen-SS umfaßt, soweit sie ausschließlich als Soldaten ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben."

Krah hat nur wiederholt, was bis zur 68er-Umerziehung Gemeingut im deutschen Volk und auch in der CDU/CSU war: Gegen Hitler, gegen den Nationalsozialismus, Verurteilung der Kriegsverbrecher - aber Ablehnung einer Kollektivschuld, auch in Bezug auf Wehrmacht und Waffen-SS.

Diesen Mut sollte die AfD insgesamt haben, wenn sie als konservative Partei Erfolg haben will - stattdessen fällt sie Krah auf Zuruf von Le Pen in den Rücken. Getroffen werden soll aber nicht nur eine bestimmte faire Bewertung der deutschen Vergangenheit, die Krah vorgenommen hat, sondern auch seine aktuelle außenpolitische Positionierung - für Freundschaft mit Rußland und China.

Das eine folgt ja aus dem anderen: Wie bei Günter Grass (oder auch Helmut Schmidt oder Helmut Kohl) ist das Eintreten für den Frieden heute eine Konsequenz aus den Kriegsgreueln gestern. Die Antifa-Schreier heute, die gegen die AfD hetzen, sind dagegen in aller Regel

Unterstützer der NATO-Aggression gegen Rußland, haben also gerade keine Lehre aus der Vergangenheit gezogen. Auch Le Pen und Weidel sollten sich ihre politisch korrekten Angriffe auf Krah besser sparen und lieber Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen an der Ostfront organisieren.

Die Juni-Ausgabe von COMPACT stellt die Verteidigung von Krah und Bystron in den Mittelpunkt - und leistet mithin das, was man von der AfD gegenüber ihren Spitzenkandidaten erwarten sollte. ... <<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 1. Mai 2024 (x1.369/...):
>>Verdi sieht Unvereinbarkeit mit AfD-Positionen

Verdi-Chef Frank Werneke sieht den Kampf gegen die AfD als eine zentrale Aufgabe der DGB-Gewerkschaften. "Wer sich zu AfD-Positionen bekennt und die Programmatik vertritt, hat bei uns keinen Platz", sagte Werneke dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland". Er wolle "verhindern, daß sich die AfD in Betrieben etabliert. Da müssen alle Gewerkschaften noch stärker in die Auseinandersetzung gehen."

Werneke erklärte weiter: "Der Kampf gegen Rechts muß in den Betrieben, Einrichtungen und Verwaltungen geführt werden. Die Rechten werden mutiger, sie versuchen, Mehrheiten bei Betriebs- und bei Personalratswahlen zu gewinnen. Das muß verhindert werden." Werneke sorgt sich auch um mögliche AfD-Erfolge bei Kommunal- und Landratswahlen in Ostdeutschland.

"Mehrere Landkreise könnten an die AfD gehen. Das ist besorgniserregend, weil die AfD dann Arbeitgeber ist. Und wenn sie erst mal den Bürgermeister oder den Landrat stellt", dann bringe die Partei ihre Spezis im Management der kommunalen Unternehmen unter.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 2. Mai 2024 (x1.377/...):
>>Beleidigung: Lauterbach & Strack-Zimmermann klagen

Von S. Hofer

Politiker sind dünnhäutig geworden: Regelmäßig landen Bürger wegen (Majestäts-) Beleidigung vor Gericht. Zwei aktuelle Beispiele: Lauterbach und Strack-Zimmermann. ...

Wenn Politiker die Bürger beschimpfen oder bedrohen, bleibt das (fast) immer straffrei. Umgekehrt leider nicht. Regelmäßig werden Bürger von Machthabern angezeigt. Selbst bei den so beliebten Nazivergleichen verstehen postmoderne Bonzen keinen Spaß. So wollte CSU-Chef Markus Söder partout nicht "Södolf" genannt werden. Er klagte gegen einen Ösi-Satiriker und das Gericht entschied in seinem Sinne.

In einer gänzlich anderen Liga spielt FDP-Politikerin Agnes Marie Strack Zimmermann: Die Beleidigungswelle gegen sie ist so gigantisch, daß sie "offenbar dabei (ist), sich neben ihrem üppigen Einkommen als Bundestagsabgeordnete eine weitere Erwerbsquelle zu erschließen und ganz nebenbei ihren Kritikern den Mund zu verbieten", spottete Rechtsanwalt Gordon Pankalla in seinem Blog Herzensanwalt.

Das sorgt für Verunsicherung: Welche Bezeichnung ist strafbar und welche nicht? Daher ist es nützlich, aktuelle Gerichtsurteile zu verfolgen. Da erfährt der Social Media-User, welche Kosenamen noch zulässig sind. Hier also zwei brandneue Beispiele:

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat während der Lockdown-Diktatur ein faschistoides Regime geführt: Entrechtung von Bürgern, Verbreitung von Propaganda-Lügen und - wenn es ihm nach gegangen wäre - die Einführung des Impfzwangs, die das Recht auf körperliche Unversehrtheit aufgehoben hätte. Da möchte mancher seinem Porträt gerne einen Seitenscheitel plus Schnurrbart hinzufügen.

Staatskriminelle auf der Jagd

Etwas Ähnliches tat der Bremer Künstler und Politikwissenschaftler Professor Rudolph Bauer: In einer Bildcollage setzte er dem GröGaZ (größter Gesundheitsminister aller Zeiten) ein schwarzes Quadrat von Kasimir Malewitsch unter die Nase. Außerdem wurden ihm zwei lin-

ke Hände anmontiert. Beide sind leicht angehoben - was der Staatsanwalt als Hitlergruß interpretierte. Veröffentlicht wurde die Collage in der Broschüre "Charakter Masken" der Reihe Edition Kunst des pad-Verlags (Bergkamen 2023).

Ergo lautete die Klage: Beleidigung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Letzteres markiert einen Gipfel der Peinlichkeit: Niemand käme auf die Idee, daß die Verwendung von NS-Kennzeichen bei so einer Karikatur apologetischen Charakter hätte. Das hat auch das Amtsgericht Stuttgart begriffen und den Künstler "nur" wegen Beleidigung verurteilt.

Ebenso wurde die Hausdurchsuchung bei Rudolf Bauer bereits im vergangenen Jahr für rechtswidrig erklärt. Dennoch: Der Künstler muß eine Geldstrafe von 3000 Euro (30 Tagessätze zu je 100 Euro) hinlegen.

Zweites Beispiel:

Die kriegswütige Marie-Agnes Strack-Zimmermann darf man laut Urteil des Düsseldorfer Gerichts tatsächlich als "Kriegstreiberin" bezeichnen. Die Beklagte wurde von dem (oben bereits genannten) Rechtsanwalt Gordon Pankalla vertreten. Der informierte auf X:

"Freispruch! in Düsseldorf 'gegen' Strack Zimmermann. Meine Mandantin hatte Zimmermann als Kriegstreiberin bezeichnet. Die Richterin erkannte dies, wie wir, eindeutig als Meinungsfreiheit!"

Zumal Strack-Zimmermann ihrerseits bei einer Wahlkampfveranstaltung in Ravensburg mehrere Demonstranten beleidigt hat: "Ihr seid zum Teil zu blöd, um 'ne Pfeife in den Mund zu stecken") In einem X-Post der Seite Hartes Geld wurde sie deswegen als "Ostfront-Sturmbandführer Strack-Zimmermann" bezeichnet. Ob sie auch dagegen klagen wird?<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 3. Mai 2024 (x1.376/...): >>Linksgrüne Amtskirche: 380.000 Protestanten treten aus - Storch (AfD) zeigt Diakonie-Chef wegen Nötigung an

Die linksgrün-woke evangelische Kirche verliert weiter stark an Mitgliedern. Wie die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mitteilte, sind im vergangenen Jahr rund 380.000 Personen ausgetreten. Das entspricht der Einwohnerzahl einer mittleren Großstadt.

Die Zahl der Kirchengaustritte lag damit weiter auf dem Rekordniveau von 2022. Zudem überstieg die Zahl der verstorbenen Kirchenmitglieder (340.000) weiter deutlich die Zahl von Taufen (140.000) und Kircheneintritten (20.000). Insgesamt nahm die Mitgliederzahl in den 20 EKD-Gliedkirchen einschließlich der lutherischen Landeskirchen um 3,1 Prozent auf 18,56 Millionen ab.

Wählernötigung: Beatrix von Storch (AfD) zeigt Diakonie-Chef an

Die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Beatrix von Storch hat Strafanzeige gegen den Diakonie-Präsidenten Rüdiger Schuch gestellt. Der Pfarrer hatte überzeugten AfD-Wählern mit dem Rauswurf aus dem evangelischen Sozialdienst gedroht: "Wer sich für die AfD einsetzt, muß gehen."

Gegen diese Aussagen will Storch nun juristisch vorgehen, wie sie auf dem Kurznachrichtendienst X mitteilte. In einem Video, das sie auf X veröffentlichte, sagte sie, es sei "so eindeutig", daß Schuch sich strafbar gemacht habe, daß die Staatsanwaltschaft nicht anders können werde, "als den Mann anzuklagen".

Von Storch beruft sich dabei auf Paragraph 108 des Strafgesetzbuchs. Derjenige betreibe Wählernötigung, heißt es dort, wer "rechtswidrig mit Gewalt, durch Drohung mit einem empfindlichen Übel, durch Mißbrauch eines beruflichen oder wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisses oder durch sonstigen wirtschaftlichen Druck einen anderen nötigt oder hindert, zu wählen oder sein Wahlrecht in einem bestimmten Sinne auszuüben".

Schuch droht im Falle einer Verurteilung Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bzw. Geldstrafe. Selbst der Versuch der Wählernötigung kann strafbar sein.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 4. Mai 2024 (x1.369/...):

>>**Flüchtlingsbeauftragte der Kirchen üben scharfe Kritik an CDU**

Die Flüchtlingsbeauftragten der Katholischen und Evangelischen Kirche werfen der CDU einen radikalen Bruch mit ihrem humanitären Erbe im Flüchtlingsschutz vor. "Wer sich am christlichen Menschenbild orientiert, darf den individuellen Zugang zum Flüchtlingsschutz in Europa nicht abschaffen."

Die Forderung nach einer Drittstaatenregelung, die auf dem Parteitag der Christdemokraten im Grundsatzprogramm verankert werden soll, stünde "in einem bemerkenswerten Widerspruch zur Orientierung an christlichen Werten", schreiben Erzbischof Stefan Heße und Bischof Christian Stäblein in einem Gastbeitrag in der "Welt am Sonntag". "Mit solch einer Forderung begibt man sich ethisch wie rechtlich auf den Holzweg." Statt konkrete Lösungen anzugehen und politische Verantwortung zu übernehmen, würden falsche Erwartungen geweckt und Ressentiments geschürt.

"Die einzigen, die davon profitieren, sind letztlich die extremen Kräfte in unserem Land." Heße ist Sonderbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Flüchtlingsfragen, Stäblein EKD-Beauftragter für Flüchtlingsfragen. "Wir brauchen Lösungen, die im Einklang mit den Menschenrechten und dem Völkerrecht stehen", fordern die Autoren. Das im CDU-Entwurf vorgestellte Konzept werfe hier erhebliche Zweifel auf. "Würden Deutschland und die EU alle Schutzsuchenden abweisen, wären Grundprinzipien des internationalen Rechts und der globalen Gerechtigkeit massiv verletzt."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. Mai 2024 (x1.376/...): >>**Buchtip: "Der perfekte Untertan" von Gerald Grosz**

Unabhängig, kritisch und direkt -

Polit-Kommentator und Deutschland-KURIER-Kolumnist Gerald Grosz ist zurück! Nach seinem Verkaufsschlager "Freiheit ohne Wenn und Aber" und dem Manifest "Zeit für Sauberkeit" zur Bundespräsidentenwahl 2022 nun "Der perfekte Untertan": das schneidend scharfe Buch zum Superwahljahr 2024, in dem es für die Österreicher und alle Europäer gilt, für Freiheit und Selbstbestimmtheit einzutreten - oder sich weiter von korrupten Eliten in Brüssel und daheim vorführen zu lassen.

Im "Superwahljahr" 2024 steht nicht nur die Europawahl Anfang Juni an: Hinzu kommen für die Österreicher die Nationalratswahl im Herbst sowie in der Bundesrepublik Deutschland ganze drei Landtagswahlen im September. Es steht viel auf dem Spiel für freiheitsliebende Bürger, und die ganze Sorge des Gerald Grosz gilt dem Hang des Menschen dazu, politische Zumutungen mit gesenktem Haupt über sich ergehen zu lassen.

"Dieses Buch soll aufklären, soll aufrütteln", schreibt Grosz und führt ausführlich in die Gefahren eines Lebens als "perfekter Untertan" ein. Von der Bildungskatastrophe und dem Verlust der Fähigkeit zum kritischen Denken bis hin zum Identitätsverlust im Abendland und der Gewöhnung an gesellschaftlich-politische Gängelungen hält er dem "mündigen Bürger" den Spiegel vor und stellt die zentrale Frage: Wollen wir eigenverantwortlich leben - oder uns weiter am Nasenring durch die Manege ziehen lassen?

Abgerundet wird das Buch von den schärfsten Texten Gerald Grosz' aus den Jahren 2022 bis 2024 - auf daß niemand vergesse, wie ernst die Lage vor unserer Haustür ist. Es geht von den hochumstrittenen Sanktionen gegen Rußland infolge des Ukrainekrieges über das inkompetente Regierungspersonal in Wien, Berlin, Brüssel und Washington bis hin zur unverantwortlichen Einwanderungspolitik in die westliche Welt: Grosz legt den Finger in jede Wunde und stellt schonungslos klar, was zu sagen ist.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtete am 7. Mai 2024 (x1.370/...): >>**Disziplinarstrafe für kritischen Professor**

Landesrechtsanwaltschaft Bayern kürzt Michael Meyen das Gehalt / Grund: Mitherausgeberschaft

bei Zeitung, der vom Verfassungsschutz "Delegitimierung des Staates" vorgeworfen wird (Update 10.5.: Meyen klagt gegen die Verfügung.)

Die dem Bayerischen Innenministerium nachgeordnete Landesanstalt für politische Bildung hat nach knapp einem Jahr Ermittlungen entschieden, die Bezüge von Prof. Michael Meyen für 15 Monate um zehn Prozent zu kürzen. Meyen ist Professor für Kommunikationswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Vorgeworfen wird ihm eine 11.000-Euro-Spende von 2019 an die Rote Hilfe - die vom Verfassungsschutz als "linksextremistisch" beobachtet wird - sowie die Unterstützung der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand. Das Blatt, das die Corona-Politik scharf kritisierte, hatte ihn im Frühjahr 2023 in zwei Ausgaben als Mitherausgeber geführt.

Das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz bewertete die Zeitung im Sommer 2023 als "zentralen Akteur" im Spektrum der "verfassungsschutzrelevanten Staatsdelegitimierung". Sie sei das "wichtigste Sprachrohr" für die Verbreitung von "Verschwörungserzählungen und demokratiefeindlicher Propaganda". Die Süddeutsche Zeitung hatte bereits zuvor, am 31. März 2023, getitelt, Meyen werde "ein Fall für den Verfassungsschutz". Die Universität hatte daraufhin zunächst beim Landesamt für Verfassungsschutz nachgefragt und anschließend die Disziplinarbehörde eingeschaltet.

Laut der nun erlassenen Disziplinarverfügung wird Meyen vor allem in Haftung genommen für drastische Formulierungen der Zeitungsmacher Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp ("Ballweg in Folterhaft gehalten", "in diesem Land regieren Mörder ... mit übergroßem Terrorapparat"). Meyen selbst vertrete die These, in Deutschland herrsche eine nur eingeschränkte Meinungsfreiheit und habe "die Legitimation des Staates zumindest in Frage gestellt", womit er die Verfassungstreue verletze.

Die Landesanstalt für politische Bildung zitiert dazu unter anderem aus einem Multipolar-Beitrag Meyens aus dem Jahr 2021: "Journalismus und Politik können inzwischen auf ein ganzes Arsenal an Waffen zurückgreifen, wenn ihr Wahrheitsregime angegriffen wird. ... Die Bundesregierung und ihre Propagandisten sorgen sich allerdings nicht um uns oder um unsere Liebsten, sondern um ihr Wahrheitsregime."

"Wie frei sind die Gedanken?" und "Setzt sich die Regierung über die Verfassung hinweg?", fragte in diesem Zusammenhang jüngst das ZDF und ließ den Verfassungsrechtler Prof. Franz Lindner von der Universität Augsburg zu Wort kommen. Der vom Verfassungsschutz eingeführte Begriff der Delegitimierung des Staates sei, so Lindner, "natürlich in einer Weise unbestimmt" und "schwammig", daß die Gefahr bestehe, "daß bereits pointierte, vielleicht auch überspitzte Kritik an Politik, Staat und Regierung als Delegitimierung begriffen würde und damit möglicherweise unzulässig wäre oder ein Fall für den Verfassungsschutz". Dem Staat und der Regierung komme "keine Deutungshoheit über den Begriff zu."

Die nun erlassene Disziplinarverfügung ist Ergebnis eines nichtöffentlichen Verfahrens, in dessen Rahmen sich Meyen im August 2023 bei einer Anhörung äußerte und außerdem zwei schriftliche Stellungnahmen einreichte. Auf Multipolar-Nachfrage wollte sich Meyen nicht zur Sache äußern. Gegen die Verfügung kann vor dem Verwaltungsgericht geklagt werden.

Update 10.5.: Meyen hat sich inzwischen in einem Beitrag dazu geäußert. Er kündigte darin an, gegen die Verfügung zu klagen.<<

[Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](https://fassadenkratzer.wordpress.com) berichtete am 7. Mai 2024 (x1.371/...):
>>**Dr. Fuellmich aus der U-Haft zum "Show-Strafverfahren" gegen ihn**

Von *Herbert Ludwig*

Am 29.4.2024 konnte der Corona-Ausschuß-Aufklärer, Dr. Reiner Fuellmich, aus der U-Haft, in der er nach staatlicher Verschleppung aus Mexiko seit inzwischen sechs Monaten widerrechtlich einsitzt, per Audio eine wichtige Erklärung an die Öffentlichkeit abgeben.

Er sieht es selbst nach den unvollständigen Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft als erwie-

sen an, daß die Anklage gegen ihn zusammengebrochen sei und es sich um einen Show-Prozeß handle. Nach den öffentlich gewordenen frühen geheimdienstlichen Machenschaften gegen ihn, seien inzwischen auch Vertreter der Geheimdienste mit dem Vorsitzenden Richter und dem Berichterstatter des Gerichts zusammengetroffen. (hl)

Transkript:

Liebe Freunde,

dies ist eine kurze Message für Sie. Ich will damit auf der einen Seite auf eine draußen außerhalb meiner Zelle, in der ich seit mehr als sechs Monaten gefangen gehalten werde, stattfindende positive Entwicklung hinweisen. Und ich will auf der anderen Seite zeigen, wie sich diese positive Entwicklung in meinem Falle allerdings auf bedrohliche Weise widerspiegelt. Denn inzwischen setzen die Geheimdienste nicht nur einen Teil des Gerichts unter Druck, sondern auch einen meiner Anwälte.

Zunächst zu der draußen stattfindenden positiven Entwicklung, die jetzt nicht mehr nur spürbar, sondern sichtbar und hörbar ist. In Deutschland wurden nicht nur die RKI-Unterlagen veröffentlicht, welche belegen, daß Corona keine Pandemie war, sondern eine Plandemie, die künftig zum Zwecke der Panikmache und der Kontrolle der Bevölkerung von hierfür bezahlten Medien und Politikern herbeigeführt wurde, sondern der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, fordert schon seit Monaten wegen des auch von ihm wahrgenommenen Versagens der Justiz, insbesondere des Bundesverfassungsgerichts in der Corona-Zeit, eine juristische Aufarbeitung des Corona-Geschehens.

Außerhalb Deutschlands ist eine Protestbewegung gegen die Massaker in Gaza an den amerikanischen Universitäten entstanden, die sich derzeit über die ganze Welt ausbreitet. Genau wie vor mehr als 55 Jahren der studentische Protest gegen den Vietnamkrieg an der Columbia University in New York begann, begann auch der Protest gegen die Gaza-Massaker dort, angetrieben von Studenten und Professoren.

Nach dem Auffinden zweier Massengräber mit mehr als 300 toten Patienten und medizinischem Personal aus Krankenhäusern, die Folter- und Exekutionsspuren aufweisen, kann auch die allgemeine Öffentlichkeit das Ganze nicht mehr ignorieren. Ein US-Regierungssprecher und ein Sprecher der EU fordern zur Aufklärung der Geschehnisse auf.

Die Tatsache, daß gleichzeitig in Deutschland und anderswo eine Aufarbeitung des Corona-Geschehens gefordert wird, ist nach meiner Überzeugung kein Zufall. Die Erkenntnis, daß dieselben Politiker und Mainstream-Medien, die uns zum Zwecke der Zerstörung von Wirtschaft und Gesundheit gegen Bezahlung über Corona belogen, uns nun auch zum Zwecke der Zerstörung von Wirtschaft und Gesundheit gegen Bezahlung über Gaza belügen, setzt sich nun auch auf der anderen Seite des Zauns durch.

Und diese Erkenntnis führt zu weiteren Fragen, unter anderem dazu, was denn nun genau in der Ukraine los ist und was es mit dem angeblich menschengemachten Klimawandel auf sich hat.

Diese Entwicklung spiegelt sich in meinem Strafverfahren wider. Hier ist auf der einen Seite das offizielle Narrativ zusammengebrochen, denn die Beweisaufnahme hat ergeben, was schon der Inhalt der - wenngleich unvollständigen - Ermittlungsakte nahelegt.

Das mir vorgeworfene Darlehen nahm ich als allein geschäftsführungsbefugter Geschäftsführer des Corona-Ausschusses auf, um einen Teil der Spendengelder vor einem unmittelbar drohenden willkürlichen Zugriff ausgerechnet derjenigen staatlichen Behörden zu schützen, die uns als willfährige Marionetten in die Pandemie getrieben hatten.

Und ich war von Anfang an bereit und auch in der Lage, dieses Darlehen zurückzuzahlen. Bei den Behauptungen in der Strafanzeige, die von der Staatsanwaltschaft trotz massiver Hinweise darauf, daß sie erfunden waren, ungeprüft übernommen wurden, handelt es sich um frei erfundene Lügengeschichten.

Die auf der Grundlage dieser Strafanzeige beruhende Anklage ist in sich zusammengebrochen. Die Oberstaatsanwältin, welche den Fall zuvor, und zwar weniger als ein halbes Jahr zuvor, begutachtet hatte und alle Fakten gesehen hatte, die auch jetzt relevant sind, hatte sich zu Recht geweigert, strafrechtliche Ermittlungen auch nur einzuleiten, weil nämlich, so hat sie ja festgestellt, keine strafbaren Handlungen erkennbar waren.

Hinter der Show-Strafanzeige der Staatsanwaltschaft, hinter der Anklageschrift der Show des Strafverfahrens, erkennt man die wirklichen Straftäter. Die drei Anzeigerstatter und die Staatsanwaltschaft arbeiten auf das engste zusammen, um sich, nachdem sie mich in Mexiko entführen lassen haben, im Wege des Betrug und der Erpressung, mein Vermögen und alle Mittel des Corona-Ausschusses zu verschaffen.

Schon die - wenngleich unvollständige - Ermittlungsakte belegt, daß die Staatsanwaltschaft von Anfang an wußte, daß mein Darlehen aus dem unmittelbar bevorstehenden Verkauf meines Hauses in Deutschland zurückgeführt werden sollte und auch problemlos zurückgeführt werden konnte. Die Akte belegt weiter, daß der Staatsanwalt von Anfang an wußte, daß die drei Berliner Anzeigerstatter keinerlei Ansprüche auf diesen Kaufpreis hatten.

Und der Akteninhalt belegt weiter, daß der Staatsanwalt wußte, daß sich die drei Anzeigerstatter dieses Geld dennoch, und zwar im Wege der Erpressung und des Betrug, verschaffen wollten. Hierüber wurde der Staatsanwalt von den Anzeigerstatter selbst informiert.

Er ließ es aber dennoch mindestens geschehen, wenn er dabei nicht sogar half, dabei half, daß sie sich 1,15 Millionen Euro aus meinem Kaufpreis im Wege von mehrfachen Straftaten verschafften.

Mehr noch: In dem Wissen, daß die drei Anzeigerstatter nur insoweit am Corona-Ausschuß interessiert waren, als sie an die Spendengelder kommen wollten, verschaffte er ihnen darüber hinaus meine Rechtsansprüche gegen die niedersächsische Anwaltsversorgung auf Rentenzahlung. Denn die hat er zugunsten der Anzeigerstatter bis zur Höhe von 700.000 Euro gepfändet.

Warum das alles? Nun, das geleakte Dossier der Geheimdienste beweist, daß die Staatsanwaltschaft wie auch die Anzeigerstatter letztlich eine Auftragsarbeit, nämlich die Drecksarbeit, zu erledigen hatten. Damit erledigen sie letztlich aber sich selbst und vor aller Augen den deutschen Rechtsstaat.

Einen neuen Höhepunkt, oder sagen wir besser, Tiefpunkt, erreichte das Geschehen in der vergangenen Woche, als Vertreter der Geheimdienste sich mit dem Vorsitzenden Richter und dem Berichtstatter des Gerichts trafen und der Vorsitzende uns nun daraufhin mitteilen ließ, daß er trotz der Tatsache, daß die Ermittlungsakte, die bisherige Beweisaufnahme und das Dossier belegen, daß nicht ich kriminell bin, sondern die Anzeigerstatter und der Staatsanwalt, beabsichtigt, mich zu verurteilen.

Wenn es noch eines weiteren Belegs dafür bedurft hätte, daß hier ein mit einer dreisten Entführung eingeleitetes Fake-Verfahren gegen mich läuft, dann ist es die gerade eingetroffene Nachricht, daß meinem Kollegen Dr. Miséré, der mich neben Rechtsanwältin Wörmer verteidigt, gerade ein Foto seiner Tochter übersandt wurde - eine unverhohlene Drohung.

(Anmerkung: Kurze Korrektur von Frau Rechtsanwältin Katja Wörmer: Herrn Rechtsanwalt Dr. Miséré sei kein Foto seiner Tochter geschickt worden, sondern eine Warnung, er solle auf seine Tochter aufpassen, hl.)

Anstatt einer Liste von Musiktiteln, die ich sonst mitgeteilt habe, will ich Ihnen heute sagen, was mein Lieblingsbuch und mein Lieblingsfilm sind. Es ist "Wer die Nachtigall stört" von Harper Lee. Und es ist der gleichnamige Film, auf Englisch heißt er "To Kill a Mockingbird", in der Hauptrolle war Gregory Peck. Da geht es um Gerechtigkeit. Damit will ich sagen: Wenn die deutsche Justiz, die Systemjustiz nicht mehr in der Lage ist und vielleicht auch nie in den letzten 30 Jahren in der Lage gewesen ist, Gerechtigkeit zu schaffen, dann gibt es diese

Gerechtigkeit aber immerhin noch außerhalb dieser Systemjustiz.

Man kann das Karma nennen, man kann das ausgleichende Gerechtigkeit oder, viel schöner formuliert, wie die Amerikaner es sagen, "poetic justice" nennen. Aber ungestraft werden die Täter dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit - und dazu zähle ich jetzt auch die eben genannten - nicht davonkommen.

Das Audio wurde am 29.4.2024 aufgenommen und am 30.04.2024 um 20 Uhr bei "Bittel TV - einfach anders" nach einem vorhergehenden Interview von Rechtsanwältin Katja Wörmer erstmals veröffentlicht.

Siehe: <https://www.mediarebell.com/watch/BwpPzY68aEDkDQJ> (Audio ab min. 12:34)<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 7. Mai 2024 (x1.377/...):

>>**AfD-Haß auf dem Pausenhof**

Von *Sven Eggers*

Es wird immer grotesker: Auf dem Pausenhof einer Schule in Hamburg haben kleine Kinder mit Hass-Plakaten gegen die AfD protestiert. Mit Angriffen auf die Blauen befaßt sich auch unser Spezialheft "AfD. Erfolgsgeschichte einer verfeimten Partei". ...

Ungefähr 40 Kinder im Alter zwischen 8 und 11 Jahren haben am 17. April auf dem Gelände der Grundschule Thadenstraße in Hamburg-Altona gegen die AfD demonstriert. Anwohner hatten das Treiben beobachtet und der AfD-Fraktion in der Bürgerschaft eine entsprechende Videosequenz zugetragen. Die reagierte mit einer Kleinen Anfrage an den Senat, der den Vorfall dann bestätigte.

Die Schüler stammten aus der 3. und 4. Schulklasse, sind also gut zehn Jahre alt. Sie trugen verschiedene Plakate vor sich her und skandierten dabei "Ganz Hamburg haßt die AfD". Die Schulleitung will nicht wissen, wer die Plakate angefertigt hatte. Man habe die Schüler sogleich aufgefordert, die Demo aufzulösen. Dem seien die Kinder dann auch nachgekommen. Man wolle dem Neutralitätsgebot von Schulen weiterhin entsprechen.

Die Parole "Ganz Hamburg haßt die AfD" war auch auf Plakaten der Schüler zu lesen gewesen. Die AfD-Fraktion in einer Stellungnahme: "In diesem Land läuft gewaltig etwas schief, wenn 8- und 9-jährige Kinder manipuliert und zu Haß gegen eine politische Partei aufgehetzt werden."

Der Senat formuliert in seiner Antwort auf die AfD-Anfrage. "Dem Schulleiter liegen keine Erkenntnisse darüber vor, daß die Plakate im Unterricht gestaltet worden wären und wie es zu dieser spontanen Versammlung der Schülerinnen und Schüler gekommen ist." Die Schulbehörde habe erst durch die Anfrage der AfD-Fraktion davon erfahren.

Der Schulleiter habe mittlerweile mit sämtlichen Schülern der Klassenstufen drei und vier gesprochen und sie darauf hingewiesen, daß sie ihre Meinungen in angemessener Form in den dafür vorgesehenen Unterrichtsformaten thematisieren oder außerhalb des Schulkontextes artikulieren können.

Die Indoktrination von Kindern gegen die AfD zählt zu den besonders perfiden Methoden haßerfüllter Linker. So beginnt die Hetze gegen Andersdenkende schon von Kindesbeinen an.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28962" berichtete am 8. Mai 2024 (x1.366/...): >> **Kriegswaffe Zwangsabgabe-Medien | 40 Gründe, warum ich nicht mehr zahle**

von *Ivo Sasek*

Ob Serafe, GEZ oder die Haushaltsabgabe - sie sind das Resultat der neuen Zwangsabgabe-Mediengesetze. Zum einen kommen Zahlungsverweigerer in strafrechtliche Bedrängnis. Zum anderen ist es Menschen verboten, sich finanziell an Organisationen zu beteiligen, deren Machenschaften von hochrangigen Experten als kriminell und äußerst Volkswohl gefährdend eingestuft wurden. Was nun? Hier ist guter Rat gefragt - Ivo Sasek ist bereit, mit seiner Ge-

richtsvorlage bis zur denkbar höchsten Instanz zu gehen. Das Warum sollte jeder Staatsbürger kennen, zu seinem eigenen Schutz! ...

Es gibt keine andere Möglichkeit: Die WHO raus aus allen Ländern! Schluß. Aus mit diesen Clubs! Die sind saugefährlich - die Medien sind die aller gefährlichsten. Alle hinten eingeblendeten Kriege wurden nur deshalb möglich, weil unsere Zwangsgebührenmedien Kriegslügen verbreitet haben. Die Kriege selber, die gerade geführt werden, sind Ablenkungsmanöver, um den viel größeren laufenden Krieg zu bedecken.

Straftaten der Zwangsmedien

Nun sind sie also da, die neuen Zwangs-Abgabe-Mediengesetze.

Jetzt sind sie da und du sagst, was soll das Neues sein? Die waren schon immer da. Nee, waren sie nicht. Sie waren so wenig da bisher, wie die Covid -Zwangsmaßnahmen da waren während der Covid-Plandemie. Man hat uns immer gesagt, das mußt du tun. Und erst jetzt hinterher, nachdem man uns in alles hineingezwungen hatte, stellt man fest, es gab gar keine Gesetzesgrundlage dafür. Und bei den Zwangsabgabemedien mit ihren Zwangsgebühren ist es ein und dasselbe.

Bisher lebten wir im Glauben, man müsse das bezahlen. Man hat uns vorgegaukelt, alle möglichen Dinge. Aber wir haben ja in den letzten Jahren immer wieder uns auf Gesetze berufen, die uns gesagt haben, daß wir das gar nicht müssen. Und dann haben wir aufgehört, diese Zwangsabgabemedien zu unterstützen. Und jetzt, vor kurzem, sind sie eben tatsächlich da. Und ihr wißt das In diesen Tagen auch diese WHO -Gesetze beschlossen werden möchten, wo jetzt das, was sie uns vorgegaukelt haben, echt wird, also nicht mehr Versuchsballons, die man bis aufs Äußerste herausgefordert hat, wie weit kannst du dem Volk gehen, wenn diese neuen Gesetze beschlossen werden, dann kann sich nachher jeder Polizist wieder verstecken. Ja, ich kann nichts dafür, das ist Gesetz, oder?

Und dann können sie richtig auf dich herumhauen. Und die neuen Mediengesetze in der Schweiz, die sind jetzt da. Jetzt kannst du dich auf kein Gesetz mehr berufen. Aber siehst du, ich werde dir jetzt in dieser Rede 40 Gründe nennen, warum mich das total kalt läßt, diese neuen Gesetze. Ja.

Und diese neuen Gesetze drohen allen Zahlungs-Verweigerern mit Bussen und Strafverfolgungen, bis hin zur Betreibung, selbst wenn diese, wie z.B. ich und meine Lieben, schon seit über 40 Jahren weder einen Fernsehapparat noch einen Fernseher Anschluß haben.

Aber wißt ihr was? All solchen Drohungen schauen ich und mein Haus gelassen entgegen. Und jetzt erkläre ich euch, warum das so ist. Warum wir uns auch der gegenwärtig 12. Zahlungs-Nötigung durch die Serafe, dem Unternehmen das die Zwangsabgaben eintreibt, widersetzen.

Und was ich sage, ich sage das jetzt einfach mal für mich. Ich mache keinen Aufruf hier. Macht es auch so. Wir wissen durch die ontischen Gesetze, es muß jeder Mensch selber von innen heraus wissen, was für ihn dran ist. Ich möchte nur sagen, dir heute erklären, warum ich keinesfalls, keinesfalls je wieder diese Zwangsabgabemedien finanzieren werde.

Mit dieser Rede vermache ich euch zugleich meine gut recherchierte Gerichtsvorlage, mit der ich bis zur denkbar höchsten Instanz zu gehen bereit bin. Übrigens haben alle hier aufgeführten Straftatbestände nicht nur für die Schweiz Rechtsgültigkeit, sondern auch für den gesamten deutschsprachigen Raum und auch für die übrige Weltbevölkerung insgesamt. Ich schildere nun, wie ich und mein Haus es angehen. Nach eurem freien Ermessen könnt ihr aber alles Gesagte auch auf eure Sachlage, auf eure Gesetzgebung und Verfassung anwenden. Um der Zeit willen beleuchte ich hier primär die Straftaten des Schweizer Radio und Fernsehen (SRF).

Unten in der Infobox findet ihr aber noch weit umfänglichere Listen mit Schwerstverbrechern eurer Zwangsabgabe-Medien. Hängt also nicht ab, denn alle hier genannten Greuelthaten und

Massenmorde werden nicht allein von den Schweizer-, sondern auch von zahllos übrigen Zwangsabgabemedien in aller Welt gedeckt und somit Komplizen artig gefördert.

Unter Berufung auf nachfolgende Strafartikel (StGB) weisen wir nämlich jede Zahlungsaufforderung der Serafe (also jede Radio- u. Fernsehabgabe) so lange zurück, bis eine wirklich unabhängige Gerichts-Instanz diese hier aufgeführten Feststellungen unter Einbeziehung der Öffentlichkeit überprüft hat. Sowohl unsere Gesetze und Verfassungen, als auch unsere Gewissen verbieten es uns doch, uns finanziell oder anderweitig an Organisation zu beteiligen, deren Machenschaften von hochrangigen und unabhängigen Experten als kriminell und äußerst Volkswohl gefährdend eingestuft wurden.

Wir sehen uns dadurch der Gefahr ausgesetzt, eines Tages von der Justiz der Mitschuld wegen Beteiligung oder versäumter Pflichtverweigerung angeklagt und verurteilt zu werden. Solches geschieht ja mit folgsamen Bürokräften des 2. Weltkrieges noch bis dato, selbst wenn diese vor über 70 Jahren nur schon unwissend die Bleistifte ihrer Nazi-Führer gespitzt hatten. Wir kennen persönlich solche Leute, die jetzt im Knast sind deswegen. Schon beim bloßen Verdacht irgendwelcher unverjährbaren Greuelthaten sind wir daher verpflichtet, Anzeige zu erstatten.

Im vorliegenden Fall geht es aber um weit mehr als nur etwa einen Anfangsverdacht. Hier geht es um knallharte Zeugenaussagen äußerst gewichtiger und hochrangiger Fachleute, deren Stimmen von den Zwangsabgabe-Medien konsequent unterdrückt, zensiert und mit äußerster Unmenschlichkeit verunglimpft werden. Hier zuerst einmal nur ein grober Überblick über festgestellte Straftaten, die durch die "gebührenpflichtigen Qualitätsmedien" geschehen sind. Laut zuvor benannten namhaften Experten haben diese sich mindestens folgender schweren Straftaten schuldig gemacht - die hinten eingeblendete Strafartikel findet ihr, wie auch alles sonst Gesagte, wieder Ausdruck fertig unten im Sendungstext:

Was sind ihre kriminellen Taten?

Beteiligung an kriminellen Organisationen Art. 260ter

Falsches Zeugnis/Falsches Gutachten Art. 307

Einschüchterung der Bevölkerung Art. 258

Anstiftung, Gehilfenschaft Art. 24-25

Gefährdung des Lebens und der Gesundheit:

Aussetzung, Verlassen angesichts einer Gefahr Art. 127

Unterlassung der Nothilfe Art. 128

Falscher Alarm Art. 128

Gefährdung des Lebens Art. 129

Fahrlässige Körperverletzung Art. 125

Fahrlässige Tötung Art. 117

Einfache Körperverletzung Art. 123

Schwere Körperverletzung Art. 122

Ehrverletzungen Art. 173-178

Nichtverhinderung strafbarer Veröffentlichungen Art. 322

Falsche Anschuldigung Art. 303

Begünstigung Art. 305

"Wer sich an einem Angriff auf einen oder mehrere Menschen beteiligt, der den Tod oder die Körperverletzung eines Angegriffenen oder eines Dritten zur Folge hat, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft."

Das waren jetzt, wie gesagt, erst die Überschriften einer kleinen Auswahl der laufenden Verbrechen unserer Zwangsabgabe-Medien. Also wir reden jetzt hier nicht von nicht finanzierten Medien, die wir nicht zwangsfinanzieren müssen. Da reden wir von unsern wirklich Ja, Service public, wie wir in der Schweiz sagen. Bevor wir nun die konkreten Inhalte dieser

Verbrechen überhaupt verstehen und einordnen können, muß ich noch eine grundlegende Feststellung vorausschicken.

Zu dieser Feststellung sind wir erst nach Jahrzehnten intensiver Forschung durchgedrungen, nachdem wir die finstere Rolle der Massenmedien innerhalb des gesamten Weltendramas mit all seinen Katastrophen und Niedergängen durchschauen konnten. Und zu diesem Attest sind nicht allein wir, sondern auch tausende unabhängige Forscher aller Gattung aus aller Welt gelangt, als sie die ganze Tragödie aus ihrer jeweils eigenen Perspektive durchschauen konnten.

Wir befinden uns schon seit längerer Zeit im 3. Weltkrieg!

Wir sprechen hier gerade von der Tatsache, daß wir uns schon seit längerer Zeit inmitten des 3. Weltkrieges befinden. Und auch dieser 3. Weltkrieg wird wieder von ein und demselben Luzifer geweihten Geheimbund-Kreisen durchgeführt, die schon die 1. beiden Weltkriege geplant und durchgeführt haben. Und nein, ich bin nicht durchgeknallt, weder ich noch alle genannten Fachleute und weitere, die noch erwähnt werden könnten. Du sagst, wie kann er vom Dritten Weltkrieg reden? Ich weiß, daß dieser Feststellung zuerst einmal wieder von allen Seiten widersprochen werden muß. Ist ja klar. Es sind ja weder Gewehrschüsse noch Tretminen oder irgendwelche Kampfgeschwader mit Bombern zu sehen.

Wie leicht verwechseln wir doch das Fern sein von Kriegsgerät mit dem Fern sein von Krieg. Alle anderen aber, wie etwa Ukrainer und Russen, die Palästinenser und Israelis usw., bei denen schon seit Jahren ein Krieg ist, können den Krieg einzig im eigenen Land wahrnehmen. Sie verstehen genauso nicht, daß schweigende Waffen unseren Ländern noch lange nicht bedeuten, daß bei uns deswegen kein vernichtender Krieg tobt. Darum fliehen sie ja auch in alle Länder, in denen ja offensichtlich kein Krieg tobt.

Aber wißt ihr was? Genau das ist der größte Irrtum aller Zeiten schlechthin. Denn die modernste Art der Kriegführung läuft eben weltumspannend und völlig anders und dazu weit vielschichtiger ab, als wir es je erfassen könnten. Wir sprechen hier gerade von hybrider, sprich verdeckter Kriegführung! Und nein, diesen Begriff hat weder Ivo Sasek noch irgendein freier Aufklärer kreiert. Er stammt aus dem Mund eines Oberst des deutschen Generalstabes, von Uwe Hartmann.

Wegen dieser neuen weltweiten Bedrohung hat er schon 2015 ein Buch geschrieben, das den Titel trägt: "hybrider Krieg als neue Bedrohung für Freiheit und Frieden". Er beschreibt darin, daß der hybride Krieg kein Krieg mit herkömmlichen Mitteln, also durch physische Gewalt ist, sondern ein Krieg der auf dem Weg der Propaganda, der Sabotage und der Destabilisierung geführt wird. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2019 übernahm dann Angela Merkel diesen neuen Kampfbegriff und beschuldigte die gesamte Klimabewegung der hybriden Kriegführung. Das war der vielleicht wahrste Satz, den Merkel jemals gesprochen hat.

Denn es tobt tatsächlich ein universaler verdeckter Krieg, in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft! Dieser zielt auf wirtschaftliche, wissenschaftliche, soziologische Strukturen unserer Gesellschaft ab. Schlimmer als jeder vorangegangene konventionelle Krieg zerstört der verdeckte 3. Weltkrieg all unsere Identitäten, so wir ihn nicht durchschauen und aufhalten. Das möchte ich immer zwischen eingeschoben haben. Immer so wir ihn nicht aufhalten.

Es ist ein Informationskrieg in erster Linie. Hauch des Mundes. Denkt an die ersten beiden Teile dieser Rede. Er zerstört unsere völkische Zusammengehörigkeit, unsere Rechtsstaaten, unsere Familien, unseren Zusammenhalt, unsere Werte: wir sind unter dieser subtilen Kriegsmasche schon soweit entartet, daß viele nicht mehr wissen ob sie Mann oder Frau sind. Aber auch während man unseren Kindern in aller Welt eintrichtert, daß wir 87 verschiedene Geschlechter haben, begreifen wir noch nicht, was los ist.

Vielleicht realisieren wir diesen hybriden Krieg erst dann, wenn er auch noch unsere letzte Gesundheit von uns gerissen hat. Denkt an die Covid-Plandemie. Versteht ihr? Wenn auch

unsere besten Kinder, unsere beste Forschung, Bildung und Kultur zerstört ist, ja vielleicht erst, wenn auch unsere letzte Energie-, Nahrungs- und Wasserversorgung von uns gerissen sind.

Der Angreifer zielt auf unseren Nachwuchs, auf unsere Geburtenraten, auf unsere Wirtschaft, er zielt gerade auf den gesamten Mittelstand, auf unsere Autoindustrien und Luftfahrt Branchen, auch auf die freie Landwirtschaft, ebenso zielt er auf unsere Militärs. Abbau und solche Dinge. Damit nur noch einer die Macht hat. Und zwar der, der uns alles zerstört.

Er zielt auf die freie Meinungsäußerung. Internetzensur läßt grüßen. Auf unsere Grenzen zielt er ab und auch auf Zuverlässigkeit unseres Staatswesens. Wo ist die Justiz? Bei 20.000 aufdeckenden, krassen Dokumentarfilmen. Kein Bein regt sich. Seht ihr es? Wie überall die Bomben schon gefallen sind. Lautlos, aber wirksamer als jede Phosphorbombe früherer Zeiten. Der vernichtende Schlag zielt gegen alles und jedes, meint das.

All solche Strukturen waren nach früheren konventionellen Kriegen bald wiederhergestellt. Doch der hybride Krieg ist weit auf zerstörerischer. Weil er eben nicht als Krieg wahrgenommen wird und auch alle fundamentalen geistigen und geistlichen Strukturen untergräbt und angreift. Und diese verdeckte Art der Kriegführung durchdringt inzwischen fast alle Staaten der Welt. Jedes wesentliche Gesellschaftsglied wird in Frage gestellt.

Selbst der wirtschaftliche und machtpolitische Aufschwung Chinas ist doch ein typischer Ausdruck dieses hybriden Krieges. Weil die Aggressoren alle Nationen der Welt als ihre Einflußsphäre betrachten, wissen sie, wie sie uns dazu bringen können, gegeneinander zu kämpfen, bis wir uns gegenseitig schwächen und auslaugen, bis wir entsprechend kontrolliert werden können. Das Chaos soll uns beherrschbar machen. Das ist der Punkt. Das ist die Strategie. Bis wir beherrschbar geworden sind.

Ihr Lieben, wir müssen dringend verstehen lernen, daß sich die Zeiten geändert haben. Die gegenwärtig analog geführten Kriege, d. h. die physischen Kriege mit ihren Panzern, Helikoptern, Marschflugkörpern und dergleichen, die haben heute eine ganz andere Funktion. Wißt ihr welche?

Diese konventionellen Kriege, die gerade geführt werden, sie dienen gegenwärtig vorwiegend als Waffe der Ablenkung vor dem eigentlich verdeckten Weltkrieg, versteht ihr?

Die Kriege selber, überlegt euch gut diesen Satz, den ich spreche, die Kriege selber, die gerade geführt werden, sind Ablenkungsmanöver, um den viel größeren laufenden Krieg zu bedecken. Wenn es ihnen gelingt, die ganze Welt durchzuimpfen. Dieser Gen -Therapie, kannst du verstehen, wie das geht? Denn nach der Corona-Plandemie, nachdem das immer mehr publik wurde, was sie nicht gerechnet haben, daß es so einen Gegenschlag gibt, bekamen sie wirklich das Arschwasser, ich sage es mal so, oder?

Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich zurückzuziehen, die Plandemie zu beenden. Was haben sie gemacht? Sofort geht es los. Mit Krieg. Ich habe es gesagt, ich habe geeilt, ich habe meinem Team gesagt, Kla.TV-Team, ich muß so schnell als möglich diese Sendung machen, bevor der Krieg ausbricht, jetzt werden sie uns ablenken mit einem Krieg. Bam, da war er. Ich war schon zu knapp, ich weiss, ich kam glaube ich drei Tage zu spät, ich weiss nicht mehr. Sie haben mich überholt. Aber wenn du den hybriden Krieg verstehst, daß Kriege heute als Ablenkung vom Krieg da sind.

Ja, wenn du das verstehst, dann bist du einen Schritt weiter. Wißt ihr, die ersten beiden Weltkriege waren im Grunde genommen ja gar keine Weltkriege. Warum nicht? Weil zahllose Länder und Regionen, wie etwa die Marshall Inselbewohner, von diesen Kriegen noch nicht einmal etwas gehört haben. Die wurden zu jener Zeit noch 180 bis 200 Jahre alt, das haben wir wieder nicht gehört. Also diese Kriege, diese Länder, die waren Länderlokalbegrenzt, versteht ihr? Was wir Weltkrieg nennen, ist auch wieder so ein taktischer Schachzug, oder?

Der gegenwärtige hybride Krieg hingegen umfaßt tatsächlich den hintersten und letzten Men-

schen dieses Planeten. So wahr Onkel Bill (Gates) vorhergesagt hat: "Erst wenn jeder Mensch unter diesem Himmel durchgeimpft ist, sind wir sicher ..." Ihr wißt ja, Onkel Bill, Bill Gates. Also der verborgene Angreifer, er rechnet damit. Das hat er niedergeschrieben, vor 120 Jahren schon, ich habe es schriftlich.

Der verborgene Angreifer rechnet damit, erst dann von uns richtig erkannt zu werden, wenn es schon zu spät ist, weil dann jede Opposition mittels der digitalen bargeldlosen Totalüberwachungstechnologie mit einem einzigen Knopfdruck schachmatt gesetzt werden kann.

Du wirst nicht mehr kaufen, verkaufen können. Du wirst nicht mehr reisen können. Du wirst gar nichts mehr, mit einem einzigen Knopfdruck, wenn wir das jetzt nicht durchschauen und stoppen. Versteht ihr? Darum hat die Bibel gesagt, ihr habt keine zweite Stelle, bedroht uns regelrecht. Wenn ihr hier nicht durchgreift, greifen die durch und dann hast du es richtig übel hier unten. Dann ist da der Teufel, der Weltherrscher. Also hier ruft die Bibel zum Widerstand auf, daß es keine zweite Stelle gibt, auf 3.000 Seiten nicht. Doch in dieser entscheidenden Kriegs-Strategie möge er sich geirrt haben!

In dieser Rede wiederhole ich nicht das warum und wieso dieses verborgenen Krieges gegen die Menschheit. Ich wiederhole hier auch nicht, wer genau der versteckte Angreifer ist. Ich wiederhole all dies nicht, weil wir es schon in tausenden Kla.TV Sendungen mit vielen Beweisen erklärt haben. Und wir haben jede einzelne Sendung mit wirklich zahllos wasserdichten Quellen unterlegt und allseitig bewiesen, daß dieser hybride Krieg tatsächlich tobt.

Wahrscheinlich haben wir noch nicht ganz alle durchschaut, aber ich sage mal sehr umfänglich jedenfalls. Doch jedes einzelne Themengebiet, und jetzt kommen wir langsam zum Thema. Doch jedes einzelne Themengebiet wurde von den Zwangsabgabemedien systematisch attackiert, klein geredet, zensiert. Sie haben den Spieß immer so lange umgedreht, bis sämtliche Beweis-Mittel als schwurblerische Recherchen und Verschwörungstheorien diskreditiert und abgetan waren.

Medien als Hauptwaffe im Krieg gegen die Menschheit

Unsere sogenannten Qualitätsmedien vernichten also 10 tausende Beweise und verhindern konsequent jede Forderung nach einem offenen Diskurs! Das wäre aber eigentlich ihre erste Pflicht, versteht ihr? Die vierte Gewalt im Staat, die sogenannte, ist zur ersten Gewalt geworden, die alles verhindert, was Wahrheit ist. Anstatt Wahrheit aufzudecken, Lügen, Verbrechen der Regierung aufzudecken, das was die eigentliche Aufgabe der Medien ist, verfolgen sie jeden, der das tut und decken die Verbrecher.

Während wir jahrzehntelang den Zusammenbruch auf all den genannten Ebenen unwiderlegbar dokumentiert haben und diese Dokumentationen nur die Spitze des teuflischen Eisbergs waren, ist nun vollends bewiesen, daß unsere steuerfinanzierten Medien nicht nur die engsten Verbündeten dieser heimlichen Kriegstreiber sind - sondern sie sind sogar deren Hauptwaffe im Krieg gegen die Menschheit.

Sie stigmatisieren nämlich schon seit Jahrzehnten alle unabhängigen Aufklärer und diskreditieren diese selbstlosen Menschen als gefährliche Verschwörungstheoretiker, indem sie sie z. B. als Schwurbler, Antisemiten, Feinde der Demokratie und des Staates, Umweltzerstörer, Covid-Idioten usw. bezeichnen.

Unser aller Verfassung aber verbieten jede Verbindung zu Terroristen und feindseligen Kriegsparteien! Wir dürfen uns in keiner Hinsicht in deren Dienst stellen. Unsere Verfassungen fordern uns sogar zu zivilen Ungehorsam auf, wenn korrupte Politiker, hinterhältige Finanziers, Kriegstreiber oder wer auch immer, uns in ihren Bann ziehen wollen. Und genau das tue ich jetzt zusammen mit meinem ganzen Hausstand.

Ich kann niemanden überreden zu diesen Dingen. Ich will es auch nicht, ich tue es auch nicht. Ich sage, das ist mein Weg, den ich jetzt beschreibe. Und was ich jetzt mache, ja? Und hier nun meine 40 konkreten Begründungen, warum ich mich auch der 12. Zahlungsaufforderung

der Zwangs-Abgabe-Medien widersetze:

Ich beginne gleich mit dem Attest von Angela Merkel an der Münchner Sicherheitskonferenz, wo sie die ganze Klimabewegung offen als Instrument der hybriden Kriegsführung angeprangert hat. Diesem Attest stimmen wir durchaus zu.

1. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Sponsoren der Münchner Sicherheitskonferenz
Allerdings können wir der Münchner Sicherheitskonferenz selbst nicht zustimmen: Denn die Haupt-Sponsoren der Münchner Sicherheitskonferenz setzen sich u.a. aus Rüstungskonzernen wie Airbus, Rheinmetall oder der europäischen MBDA zusammen. Auch Lockheed Martin - der weltgrößte Waffenkonzern schlechthin, darf dort nicht fehlen. Die Münchner Sicherheitskonferenz wird m.a.W. von den größten Waffenhändlern dieser Welt dominiert. Das ist, wie wenn die Panzerknacker die Sicherheit unserer Gelder besprechen würden. Versteht ihr? Aber deren Existenzgrundlage liegt doch einzig im regen Gebrauch und Verbrauch von grauenhaften Vernichtungswaffen.

Führende Militärmächte dieser Welt planen dort ihre Interventionskriege mit Millionen Toten. Und unsere Zwangsabgabemedien, jetzt kommen wir zu der Begründung, zu der ersten, oder? Unsere Zwangsabgabemedien decken sie dabei. Und zwar stets mit der flankierenden Täuschung. Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Keinen Cent mehr von mir für diese Kriegstreiber!

2. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Propaganda zu Ursachen des Klimawandels durch SRF

Mein zweiter Grund, ja? Also ich sage, wir sparen uns, wenn wir Applausbedürfnis haben, alles auf den Schluß auf. Weil da kommen wir sonst nicht durch. Jetzt kommt wirklich eine Ladung, jetzt kommen 40 Gründe, ihr Lieben. Und das unterlegt mit Fakten, die ihr selber brauchen könnt, wenn ihr in derselben Situation vor Gericht gehen möchtet mit diesen Kriegsgesellen. Mein zweiter Grund, warum ich nie wieder bezahlen werde.

Entgegen dem gesunden Menschenverstand vertritt das SRF auch die These des IPCC, daß unsere jüngsten Kinder, unsere furenden Kühe und wir Normalbürger die Ursache des Klimawandels sind. Und dies, obgleich zahlreiche renommierte Wissenschaftler nachgewiesen haben, daß Temperaturschwankungen schon seit Jahrhunderten aufgrund ganz natürlicher und zyklischer Ursachen existieren.

Was aber noch weit schlimmer ist: Während unsere gebührenpflichtigen Medien solche Lügen propagieren, bringen sie die Klimaveränderung und Ozonlöcher auf der anderen Seite niemals mit den fast 2.000 weiteren aufgedeckt wordenen Atombombentests in Verbindung, die in der Stratosphäre (einblenden: und anderen Teilen der Atmosphäre) und unter Wasser durchgeführt wurden. Dein Baby zu Hause, das die Windeln voll hat, ist Schuld am Ozonloch. Vor einer Atombombe, die in der Stratosphäre die ganzen Löcher zerbombt. Ihr wißt, was eine Atombombe ist gegenüber einer vollen Windel hoffentlich. Merkt, wie weit abgewichen wir sind. Das Baby muß schuld sein. Erkennt darin die Kriegsführung.

Auch die zahllos ans Licht gekommenen Wetterwaffenpatente mit Technologien verschweigen sie, obgleich diese nachweislich nicht nur jedes beliebige Wetter und Unwetter erzeugen können, sondern auch noch mächtige Erdbeben, Tsunamis, Hitze- oder Kältewellen.

Sie verschweigen auch zahllose Geoengineering-Einsätze, bei denen regelmäßig dutzende Millionen Tonnen hochgiftige Nanostaubpartikel in die Himmel geflogen werden. Hast du diese Tage gesehen, wie alles gelb war im Himmel? Ja, länderweit. Man sagt, das ist der Sahara-Staub. Ich meine, ich bin jetzt bald 70-jährig. Das hat es nie gegeben, nie, zu keiner Zeit, versteht ihr? Zu keiner Zeit.

Wer sagt mir, daß das nicht genau diese Millionen Tonnen sind, die sie in die Stratosphäre fliegen, die dann Monate da oben schweben und irgendwann einfach runterkommen? Ob Sturm mit vorn oder nicht, es spielt keine Rolle. Es kommt runter, es ist runtergekommen,

alles. Habt ihr es miterlebt? Ich habe mein Auto gewaschen, eine Stunde später war es gelb wie ein Ei, oder? Ja. Hochgiftige Nanostaubpartikel im Himmel fliegen, dutzende Millionen Tonnen. Die Medien machen dicht, schweigen dazu.

Stattdessen schrecken diese Medien die Menschheit täglich mit kommenden Klima-Horror-szenarien und schieben ihren betrogenen Gebührenzahlern dann auch noch regelmäßig die Schuld für all diese Greuel in die Schuhe. Damit aber nicht genug, diskriminieren sie seit Jahrzehnten alle freien Aufklärer als krude Verschwörungstheoretiker, die solche Geoengineering Praktiken aufgedeckt haben.

Illegale Klimaaktivisten hingegen, die Pneus platt machen und nach denen die Polizei fahndet, werden in SRF-Interviews mutwillig gedeckt statt aufgedeckt. Versteht ihr? Da wird das Gesicht abgedeckt, die Stimme verändert. Kriminelle, die von der Polizei gesucht werden. Ich bin kein Krimineller, kein Geselle, kein Vasall dieser Menschen. Versteht ihr? Das sind Kriminelle! Das sind Kriminelle, nichts anderes. Versteht ihr?

All diese hybriden Kriegstreiber gehören samt ihren Medien-Kumpanen vor Gericht. Darum sehen sie von mir keinen müden Cent mehr. Ich freue mich auf die Versammlung.

3. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Hochgiftige Nato-Treibstoffe in Flugzeugen

Auch verschweigen unsere kostenpflichtigen Medien, daß unsere Flugzeuge seit vielen Jahren täglich tausende Tonnen hochgiftige Nato-Treibstoffe in den Äther fliegen, mit hochgefährlichen Zusatzstoffen:

Aluminium, Barium, Beryllium, Blei, Kadmium, Chrom, Kobalt, Eisen, Kupfer, Molybdän, Natrium, Nickel, Strontium, Titanium, Vanadium, Zink, Zinn und deren Oxide.

Und diese sind nun wirklich extrem gesundheitsschädigend. Ich unterstütze keine Komplizen von notorischen Krankmachern!

4. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Deckung von kriminellen Organisationen und von Korruption

Wie alle Mainstream Medien decken auch alle Serafe-Medien solch kriminelle Organisationen wie etwa die UNO mit ihren Greueln und ihrer extremen Korruption.

Sie alle wissen doch seit 1946 um die acht Jahre dauernden Atombombentests, die die meisten Inselgruppen der wunderschönen Marshallinseln vernichtet haben. Zuvor wurden die Menschen dort durchschnittlich 180 bis 200 Jahre alt. Nach diesen Atombomben -Versuchen über den Marshall -Inseln, wo sie alles in die Luft gesprengt haben, die ganze Thunfisch -Population kaputt, werden die Menschen noch knappe 45 Jahre im Schnitt.

Aber all dies verschweigen uns die kostenpflichtigen Medien nicht bloß, sie decken diese UNO-Greueln auch noch. Wenn man sie aufdeckt, hauen sie uns zu Boden. Das ist der Hybride Krieg ihr Lieben.

Auch kehren sie wider besseres Wissen die massenhaften Vergewaltigungen von Frauen und Kinder durch UNO-Mitarbeiter unter den Teppich. Schon 2017 ist doch ans Licht gekommen, daß diese allein in Haiti etwa 60.000 Kinder vergewaltigt haben.

Noch tragischer zeigt sich aber das Schweigen unserer mit Steuern finanzierten Medien zu den Zeugenaussagen des Ex-UNO-Beamten und Whistleblowers Calin Georgescu. Dieser hat auch noch ein weltweites Netzwerk des Kinderhandels, des Kindermißbrauchs und sogar der rituellen Kinderopfer in der UNO ans Licht gebracht. Wer ganze Völkermorde verschweigt und mißhandelte Frauen und Kinder im Stich läßt, den finanziere ich nicht!

5. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Verharmlosung und Deckung weltweiter pädophiler Netzwerke

Und wenn wir schon mal bei den im Stich gelassenen Kindern sind: Wie alle übrigen Mainstream Medien deckt und verharmlost auch das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) wieder jede Bezeugung hunderter Opfer, daß es diese weltweiten Netzwerke pädophiler Satanisten überhaupt gibt, bei denen rituelle Gewalttaten und Kinderopfer an der Tagesordnung sind. Das

sagen hunderte Zeugen aus. Wir haben hunderte Zeugen an der Angel. In aller Welt sagen sie dasselbe.

In der Dokumentation "Blutsekte II" nennt Petra, eine Überlebende von grausamen satanischen Ritualen, einen ranghohen Täter aus dem Kult mit Namen: Fritz Schneider, einen Solothurner Regierungsrat und Erziehungsdirektor, der danach Präsident beim SRF wurde. Laut Petra sei das SRF ein Sprachrohr für diese satanischen Kreise, um direkt aufs Volk einzuwirken. In der Sendereihe "Satanic Panic" wurden die Hilfe suchenden Opfer und Überlebenden grausamster Verbrechen sogar noch unglaubwürdig oder lächerlich gemacht.

Dann ist ans Licht gekommen, daß der verantwortliche Mitarbeiter Robin Rehmann sogar enge Verbindungen zur Satanismus-Szene hat und sich mit seinen Auftritten, Kostümen und Gesten sogar selbst als Teil davon bekennt. In dieser Sekte wird die Praxis und Verherrlichung von Kindsmißbrauch, Gewalt und Kannibalismus betrieben. Die Anstrengungen seitens SRF, solche Sekten zu verharmlosen und zu leugnen werfen Fragen auf und lassen vermuten, daß eine offensichtliche Verbindung zwischen Leitungsfunktionen des SRF und dieser Sekte bestehen. Wie könnte ich weiterhin Zwangszahlungen an solche Menschen entrichten, bevor all diese harten Vorwürfe nicht vom Tisch sind?

6. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Verhinderung der Aussagen eines Mißbrauchsopfers

Dann hat Robin Rehmann sogar die Aussagen eines Mißbrauchsopfers von ritueller Gewalt in einem norddeutschen Fernsehsender erfolgreich verhindert. Laut mehreren Zeugenaussagen habe der SRF-Journalist Robin Rehmann derart viel Druck auf den Sender ausgeübt, daß die Redaktion des TV-Senders das bereits öffentlich angekündigte Interview aus dem Programm gestrichen hat. So wurde auch im ZDF statt die gewichtigen Zeugenaussagen dann doch lieber eine Sendung von Jan Böhmermann ausgestrahlt, in welcher er jeden rituellen Mißbrauch deutlich als lächerliche Verschwörungstheorie und somit als "Lüge" abtut - und dies zur besten Sendezeit!

7. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Berichterstattung des SRF über Mißbrauchsopfer
Das SRF selber widmete einem Mißbrauchsopfer aber sofort eine ganze Dokumentation, als es nach einem Psychriaufenthalt plötzlich aussagte, ihre Traumatherapeutin hätte ihr all diese Erlebnisse bloss eingeredet.

Ihr wißt, wir haben Jahrzehnte Therapiearbeit gemacht, wir haben Kontakt zu solchen Stellen. Wir wissen, was da für Gesellen drin sind. Oh mein Gott.

Anderen Opfer, die von denselben grausamen Dingen zeugten, suchte das SRF nicht einmal auf, sondern machte sie in ihrer Doku "Satanic Panic 1" nur lächerlich.

8. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: SRF gibt Opfern satanisch-rituellen Mißbrauchs keine Stimme

Nachdem ein Sturm der Entrüstung und eine sehr große Zuschauerkritik ans SRF und den Journalisten Robin Rehmann entbrannte, weil keines der Opfer zur Sprache kam, wurden in einer weiteren Reportage lediglich anonyme "Opfer" abgelichtet, die von einer SRF-Sprecherin nachgesprochen wurden.

Aber nur solche, die aussagten, daß ein Therapeut ihnen alles eingeredet habe. Und dabei war weder deren Gesicht noch deren reale Stimme wahrnehmbar. Keines der wahrhaften Opfer von satanisch-rituellem Mißbrauch, die man überprüfen könnte, bekam eine Stimme beim SRF. Solchen Gebührenjournalismus finanziere ich nicht. Und jetzt kommt es aber gleich noch dicker. Dieser 9. Punkt ist der zurzeit wichtigste, bzw. dringlichste dieser Rede.

9. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Berichterstattung über WHO-Chef Tedros
Wie alle Mainstream-Medien weltweit rühmt auch das SRF den WHO-Chef Tedros mit den Worten: "Einer, der viel bewirkt". Dabei wird total verschwiegen, welche terroristische Vergangenheit Tedros hat.

Bevor Tedros Adhanom Ghebreyesus 2017 für den Posten als WHO-Generaldirektor kandidierte, war er Gesundheitsminister, dann Außenminister seines Landes. "In dieser Zeit hat er viel bewirkt", rühmt SRF mit allen Leitmedien im Verbunde. Was hat er bewirkt?

Laut dem britischen Nachrichtenportal "The Exposé" hat Tedros nicht nur Cholera-Epidemien vertuscht, er war als zuständiger Gesundheitsminister auch mitschuldig an der jahrelangen völkermörderischen Blockade von Lebensmitteln und Medikamenten für die somalische Bevölkerung im Ogaden. Er war daran beteiligt, das Rote Kreuz und Ärzte ohne Grenzen während einer Reihe von Choleraausbrüchen aus dem Ogaden zu vertreiben und verschuldete dadurch den Tod unzähliger Menschen während einer Reihe historischer Hungersnöte und Epidemien.

Und so sieht die verbrecherische Laufbahn des von den Zwangsabgabemedien verherrlichten Tedros aus:

Laut einem Bericht des britischen Nachrichtenportals "The Exposé" war die von 1991 - 2018 regierende TPLF eines "der korruptesten, brutalsten und völkermörderischsten Regimes, das in den letzten 30 Jahren auf diesem Planeten Fuß gefaßt hat". Tedros war als führendes Mitglied dieses Regimes Mittäter!

Focus online berichtet, daß der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler David Steinmann, der 2019 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wurde, Ende 2020 vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eine Klage gegen Tedros eingereicht hat. Er beschuldigte ihn des Völkermordes in Äthiopien, weil Tedros einer von drei maßgeblichen Entscheidungsträgern für "ethnische Säuberungen" war. Tedros war somit verantwortlich für zahllose Inhaftierungen, Folterungen und Ermordungen von Amharas, Konsos, Oromos und von Somali-Stämmen.

Während also die 194 WHO Mitgliedstaaten Ende Mai 2024 darüber abstimmen, ob dieser Tedros Machtbefugnisse erhält, um als Einzelperson weltweit verbindliche Ausnahmezustände und neue Pandemien auszurufen, schreien diese geschundenen Ethnien nach einer gerechten Bestrafung dieses Massenmörders, der während seiner Regierungszeit in Äthiopien mit der TPLF unzählige Massaker verübt hat.

Somit sind unsere Rothschild kontrollierten Zwangsabgabe-Medien mit einem Terroristen liiert, den sie gerade zum Welt-Gesundheits-Diktator hochstilisieren, einen Schwerstverbrecher, der ein integraler Bestandteil jener TPLF war, die ihre Macht dadurch aufrechterhalten hat, daß sie jeden abgeschlachtet hat, der es wagte, ihre Unterdrückungstaktik in Frage zu stellen. Ja, und dessen Gesundheitsministerium Massen-Sterilisierungs-Kampagnen zur Bevölkerungskontrolle gegen allerlei Ethnien verübt hat, und zwar mit Impfstoffen, die die Frauen unfruchtbar gemacht haben.

Wer immer verhindern will, daß dieser Tedros Ende Mai 24 gleichsam zum Weltherrscher gekürt wird, soll noch vor dem 20. Mai hingehen und seine EU-Abgeordneten und Parlamentarier beschwören, daß sie aufgrund dieser Fakten ein deutliches Nein in die Urnen legen und überdies die verdiente Bestrafung von Tedros einfordern.

Auch alle mit Tedros liierten Zwangsabgabemedien sind zu disqualifizieren - darum verweigere ich jede weitere Zahlung an sie, neue Gesetze hin oder her - ich weigere mich.

Und ich weiss an dieser Stelle, es kam jetzt ein Gerücht mindestens, daß diese heißesten Punkte, die ich gerade hier bespreche mit euch, daß das schon vom Tisch sei, weil sie diese wieder rausgenommen haben aus der Traktatenliste. Aber wißt ihr was? Jetzt hauen wir erst recht drauf. Wir befinden uns in einem hybriden Krieg. Da würde ich das auch als Gerücht herumgehen lassen, daß das nicht der Fall ist, daß das erledigt ist. Wir haben gewonnen, wir haben gewonnen. Wenn es so ist, dann garantiere ich euch, der Hauch des Mundes hat es so weit gebracht. So war die Aufklärung, die freie Aufklärungsszene, die ganze Plandemie beendet hat, weil sie zu gross, zu stark, zu durchschlagen wurden.

Wenn es so ist, dann ist es der Sieg, weil ihr gearbeitet habt, weil ihr Tag und Nacht gearbeitet habt, um dieses Schwerkverbrechen, diese Schweinerei aufzudecken. Versteht ihr? Dann sagen wir Juhu. Aber wir hören nicht auf, diesen Ghebre Jesus vom Tisch zu fegen. Amen? Ja? Dieser Schwerkverbrecher muß samt der WHO weg. Wenn ihr meine Reden ansieht über die WHO, es gibt keine andere Möglichkeit, die WHO raus aus allen Ländern und alle, ja, raus aus allen Ländern. Schluß aus mit diesen Clubs. Die sind saugefährlich. Und die Medien sind die allergefährlichsten. Darum weigere ich mich, ein Vasall von Terroristen zu sein, ihr Lieben.

10. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Covid-Weltbetrug und WHO-Problematik

Das Team von Kla.TV hat übrigens frühzeitig Dokumentarfilmmaterial über den weltweiten Covid-Betrug und das WHO-Problem an 1.300 Medien geschickt, das im Hintergrund gezeigt und am Ende des Programmtextes aufgeführt wurde: Hier auch für die Serafe zur Einsicht der genannten Quellen zu Dokumentationen. Dort finden Sie auch die Ursprungsquellen aller Aussagen. ...

11. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Keine Grundlage einer Legitimation

Denn in dieser Mentalität erfüllen weder die SRF noch irgendwelche mit ihr verbundenen Leitmedien die Vorlagen des Service Public, welche als Grundlage einer Legitimation der Radio- und Fernsehgebühren vorliegen. Nebst den eingangs genannten Verstößen unserer Leitmedien gegen alle möglichen Strafartikel lassen mich auch deren Vergehen gegen hinten eingblendete Artikel des Bundesgesetzes einer allfälligen Strafverfolgung gelassen entgegensehen.

RTVG: SR 784.40, Art. 4 Abs. 1

RTVG: SR 784.40, Art. 44 Abs. 1a

12. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Erfüllung von Strafbeständen

Die steuerfinanzierten Medien trugen auch dazu bei, daß der gesamte Covid-Krieg gegen unsere Gesundheit ungehindert seine Opfer fordern konnte. Nachdem die freimaurerische Rockefeller Familie im 20. Jahrhundert die gesamte Gesundheitsbranche umformatiert hatte und die Welt von den natürlichen Heilmethoden hin zur chemischen Arzneimittelbehandlung verführt hat, gründeten sie schon die Vorgängerorganisation der WHO. Und die ebenfalls freimaurerische WHO hat dann, wie immer, gedeckt von den Zwangsabgabemedien, alle paar Jahre wieder eine neue Virenpanik ausgelöst: Vogelgrippe, Schweinegrippe, Ebola, Sars, Zika, Covid-19...

Sie gehen immer in gleicher Weise vor: Sie verführen die Staaten, um einen Notstand auszurufen und die globalen Medien schüren dann Panik und Hysterie. Ein Verbrechen! Völkerschreckung ist ein Verbrechen, falscher Alarm ist ein Verbrechen! Versteht ihr? Covid war nur falscher Alarm, nur Völkerschreckung, nichts Zweites - nein, hunderttausend andere Dinge dazu. Und damit erfüllen sie übrigens die Straftatbestände: Schreckung der Bevölkerung (Art. 258 140), falscher Alarm (Art. 128 bis 100), Gefährdung des Lebens (Art. 129 101).

13. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Scheinzahlen von Corona-Infizierten

Alle öffentlich finanzierten Medienhäuser meldeten während vielen Monaten jeden Tag, fast stündlich und zum Teil jede halbe Stunde diese verlogenen Scheinzahlen von Corona-Infizierten. Und alles aufgrund von positiven PCR-Tests, die ja gar keine Krankheit nachweisen konnten. Mit dieser Dauerberieselung von sogenannten Krankheitsfällen wurden Millionen von Menschen verunsichert und in Zwangsmaßnahmen genötigt. Das ist zwar schon eine Weile her, aber keine Excel-Tabelle könnte alle diese Verlautbarungen über die drei Jahre hinweg fassen. Und jeder von uns kann sich noch bestens daran erinnern.

14. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Schrecken der Völker durch Long Covid

Kai von Massenbach, Ökonom und Psychologe, hat deshalb eine Strafanzeige gegen das Fernsehen SRF eingereicht. Grund dazu gab ihm die Sendung "Puls" vom 1. März 2021, die ohne

wissenschaftlichen Nachweis behauptete, daß ein Viertel der infizierten Covid-Erkrankten später von "Long Covid" betroffen sein werden. Damit sei die Bevölkerung unnötig in Schrecken versetzt worden.

Doch selbst nachdem wissenschaftliche Fachpersonen erklärten, daß Long Covid als neue Krankheit nicht existiert, sondern lediglich ein neuer Begriff für bekannte Symptome ist, erfolgte keine Korrektur der Zwangsabgabe-Medien! Stattdessen reagierten sie mit Zensur und verweigerten Diskurse! Darum bezahle ich sie nicht mehr.

15. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Schweigen über Genveränderungen durch mRNA-Impfungen

Bleiben wir noch etwas bei Covid. Denn diese Plandemie war das wohl weltumspannendste Gesundheits-Verbrechen, bzw. der umfangreichste hybride Kriegsangriff auf die ganze Menschheit, der jemals inszeniert wurde - flankiert und gedeckt durch unsere Gebührenmedien. Diese haben Volksleben gefährdende Lügenpropaganda betrieben!

Hier ein paar Beispiele: Allen wissenschaftlich vorgelegten Beweisen durch Prof. Bhakdi und seinen hochgradigen Mitzeugen zum Trotz, propagierten das SRF im Verbund mit allen Leitmedien konsequent weiterhin das Gegenteil: Die unabhängigen Experten haben dargelegt, wie eine mRNA-Impfung zu Genveränderungen führen kann. Die Leitmedien hingegen verkündeten: Eine Genveränderung durch mRNA-Impfung ist ausgeschlossen!

Hochinteressant! Die wissen es ja besser als die Ausbilder von Ärzten, die ein Leben lang an den Universitäten gelehrt haben.

Solche Lügen gefährden aber das Volksleben!

16. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Schweigen über DNA-Verunreinigung bei Corona-Impfungen

Die unabhängigen Experten legten die wissenschaftlichen Beweise vor, daß DNA-Verunreinigungen und mRNA aus Corona-Impfungen bei jeder Zellteilung IN DEN ZELLKERN gelangt. - SRF und Co. propagierten weiter: "Keine Erbgut-Veränderung möglich!" Solche Fahrlässigkeit unterstütze ich nicht mehr!

17. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Schweigen über Unfruchtbarkeit durch Corona-Impfstoffe

Die unabhängigen Experten legten die wissenschaftlichen Beweise vor, daß Corona-Impfstoffe unfruchtbar machen können. Laut veröffentlichten Daten ist neun Monate nach Start der Impfung ein zweistelliger Geburtenrückgang in Westeuropa und anderen Ländern zu verzeichnen gewesen. Selbst Pfizer hat in den freigelegten Akten beschrieben, daß es während den Testreihen mit 40.000 Beteiligten unzählige Fehlgeburten gegeben hat.

Die Pfizer-Files sind ein Schriftverkehr zwischen der FDA und Pfizer. Die Unterlagen belegen, daß die männliche Fruchtbarkeit unter dem Covid-19-Impfstoff leiden würde. Also war es den Herstellern bereits vor Impfbeginn bekannt, daß die Lipid-Nanopartikel, die in dem mRNA-Wirkstoff enthalten sind, ins Blut und so in die Hoden gelangen können, und somit die Qualität und Quantität der Spermien beeinträchtigen würden. Doch SRF und Co. propagierten unbeirrbar weiter: "Corona-Impfstoffe machen nicht unfruchtbar!"

18. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Sicherheitsprüfung der Impfstoffe fahrlässig mangelhaft ...

19. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Schweigen über Fruchtbarkeitsrückgang durch Corona-Impfstoffe ...

20. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: SRF schweigt zu "RKI-Files" ...

21. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Diskriminierung von Andersdenkenden ...

22. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Diffamierung von renommierten Ärzten ...

23. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: SRF programmiert und indoktriniert Kinder ...

24. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Berichterstattung zu Geoengineering ...

25. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Berichterstattung zu 9/11

Was im Weiteren 9/11 betrifft, verweigern SRF und Co. nun schon seit 20 Jahren die Berichterstattung, daß zeitgleich mit den zwei Türmen des World Trade Center auch noch das 186 m hohe WTC 7-Gebäude in nur wenigen Sekunden im freien Fall zu Staub geworden ist - obwohl dort kein Flugzeug reingeflogen ist.

Bis zum heutigen Tag weigern sich sämtliche Zwangsabgabemedien unter diesem Himmel zuzugeben, daß ein paar 1.000 l Kerosin unmöglich 120.000 t reinen Beton und Stahl innert Sekunden zu Staub und Asche verwandeln können.

Das ist hybrider Krieg ihr Lieben. Das war der Grund. Dann kam der Patriot Act. Von da an hat der hybride Krieg so richtig die Welt umfaßt. Jetzt seit dort sind die neuen Terrorgesetze, wo man Menschen verhaften und beseitigen darf ohne jede Anklage. Die alten Gesetze gelten nicht mehr plötzlich. Seit dort. Das ist der Verlauf der hybriden Kriegführung, die Macht über die ganze Welt zu ergreifen.

Schon allein diese physikalische Unmöglichkeit beweist aber, daß wir es hier mit einer verdeckten Kriegführung zu tun haben, die vornehmlich über die gebührenpflichtigen Massenmedien überhaupt erst möglich gemacht wird und im Falle von unvorhergesehenen Pannen von denselben schützend flankiert wird.

Da sind genügend Pannen passiert. Wenn das WTC 7 nicht eine Panne war, sag mir was dann? Ihre Pflicht wäre es aufzudecken. Sie machen das genaue Gegenteil und decken die Terroristen.

26. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Verleumdung freier Aufklärer durch SRF

Stattdessen verleumdet das gebührenpflichtige SRF nicht allein den Historiker Daniele Ganser, sondern grundsätzlich alle freien Aufklärer, die mit handfesten Argumenten daherkommen, die beweisen, daß sich sowohl die Zwillingstürme als auch das WTC 7 durch gezielte Sprengungen in nur wenigen Sekunden in Staub und Asche verwandelt haben. Ganser haben sie sogar vor den Augen von Vincent Augustin von der UBI, also dem Präsidenten der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen, aufs übelste diskriminiert. Und dieser hat dazu nur geschwiegen.

27. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: SRF-Lügen zu Impftoten widerlegt

Im Jahr 2022 jagte dann eine Lüge des Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) die andere: 93 % der Corona-Toten seien Ungeimpfte, behaupteten sie. Nachdem diese Lüge widerlegt werden konnte, weil noch nicht einmal 43 % aller Gestorbenen Ungeimpfte waren, kommentierte SRF selbstbeweihräuchernd: "Nicht so schlimm - zumindest sind wir ehrlich." Schon wieder gelogen! Denn sie mußten unter großem Aufwand dieser Lüge zuerst überführt werden. Und genau solche Lügen und Verharmlosungen haben eben sehr vielen Menschen das Leben gekostet. Die dringend nötigen und knallharten Konsequenzen für alle Verantwortlichen bleiben aber bis dato aus.

Ganz im Gegenteil: Nach alledem ging der Impfdruck durch die Verbreitung ständig weiterer Angst- und Schreckens-Szenarien ungehemmt weiter. Die Impfpropaganda und gezielte Aufhetzung gegen Ungeimpfte nahmen sogar noch an Fahrt auf. Alles manipulative Lügen und Volksschädigungen zugunsten von Big-Pharma! Sollte ich dafür auch noch bezahlen?

Nein. Ich sage Nein, ich tue es nicht.

28. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Veröffentlichung von Covid-19-Impfschäden durch CDC ...

29. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Kriege, die auf Lügen basieren

Und wo wir schon einmal beim Thema Lüge, Verharmlosung und Massentötung sind, haben wir noch kein Wort über die zahllosen Medienlügen verloren, die zu Kriegen mit Hunderttausenden und Millionen Opfern geführt haben: Alle hinten eingblendeten Kriege wurden nur möglich, weil unsere Zwangsgebühren-Medien Kriegslügen verbreitet haben.

Und wir haben hier nichts aufgelistet, was nicht von ihnen selber bestätigt wurde. Stellt euch einmal vor, Ivo Sasek würde einen Menschen töten, hinterher zugeben, ich war's, und dann bleibt er im Amt. Der bleibt im Amt, der kann normal weiterleben. All diese Kriegstreiberge-sellen, die das propagiert haben, wieder besseres Wissen. Ihr müßt wissen, die wurden immer aufgeklärt, die Medien, sie haben immer alles verschwiegen, immer wieder besseres Wissen. Hinterher mußten die Angreifer bei jedem dieser Kriege zugeben, daß erstunkene und erlogene Geschichten den Grund für diese Angriffe gelegt hatten.

KRIEGE DIE AUF LÜGEN BASIEREN:

** 7. Dezember 1941: Die Pearl Harbor-Lüge - die USA erklären am nächsten Tag Japan den Krieg.

**August 1964: Vietnamkrieg Die Medienlüge: nordvietnamesischen Schnellboote haben am Golf von Tonkin US-amerikanische Kriegsschiffe angegriffen!

**Oktober 1990 Irakkrieg: die Brutkasten-Lüge führt zum Startschuß!

** März 1999 Jugoslawienkrieg: Die Medienlüge: Im Kosovo spielt sich eine "humanitäre Katastrophe" ab.

** Februar 2003 Irakkrieg: Die Medienlüge: "Saddam Hussein besitzt Massenvernichtungswaffen!"

** März 2011 Libyenkrieg: Die Medienlüge: Gaddafi habe 6.000 Menschen getötet.

30. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Gefälschte Bilder während Corona ...

31. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: SRF-Lügen zu Syrien ...

32. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: SRF verbreitet Lügen über Assad-Regime ...

33. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Berichterstattung zum aktuellen Kriegen ...

34. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Gefälschte Berichterstattung über Krieg und Corona ...

35. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Berichterstattung zu CO2 und Klima ...

36. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Verweigerung von Gegenstimmen zu CO2 ...

37. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: SRF propagiert Abschmelzen der Polkappen ...

38. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Aufheizen der Klimapolitik durch SRF ...

39. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Verschleuderung unseres Volksvermögens ...

40. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Lügen zu Grenzwerten des Mobilfunks ...

Fazit

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß dieser gesamte verdeckte Krieg nach den Grundsätzen und Listen des alten Kriegsstrategen Sun Tsu geführt wird.

Nachdem ihr diese dürftigen Ausführungen gehört habt, vergleicht jetzt einmal, das Geschehen in unserer Welt mit den jahrhundertealten Befehlen des Kriegsstrategen Sun Tzu. Ich zitiere ihn:

"Zersetzt alles, was im Land des Gegners gut ist, verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen. Unterhöhlt auch sonst ihre Stellungen und ihr Ansehen. Gebt sie der öffentlichen Schande ihrer Mitbürger preis. Nutzt die Arbeit der niedrigsten und abscheulichsten Menschen. Stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen. Verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes.

Hetzt die Jungen gegen die Alten, zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstung, die Versorgung und die Ordnungen der feindlichen Streitkräfte. Entwertet alte Überlieferungen und Götter. Seid großzügig mit Angeboten und Geschenken, aber auch mit Nachrichten, um Komplizen zu kaufen."

Ich bin Ivo Sasek, der seit 47 Jahren vor Gott steht.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.06.2025

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
------	--

Internet

x1.360	https://afdkompakt.de/ - März 2024
x1.361	https://apollo-news.net/ - März 2024
x1.362	https://www.mmnews.de/ März 2024
x1.364	https://fassadenkratzer.wordpress.com - März 2024
x1.365	https://www.nius.de/ - März 2024
x1.366	https://www.kla.tv - Mai 2024
x1.367	https://afdkompakt.de/ - Mai 2024
x1.368	https://apollo-news.net/ - Mai 2024
x1.369	https://www.mmnews.de/ Mai 2024
x1.370	https://multipolar-magazin.de/ - Mai 2024
x1.371	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Mai 2024
x1.372	https://www.nius.de/ - Mai 2024
x1.376	https://deutschlandkurier.de – Mai 2024
x1.377	https://www.compact-online.de – Mai 2024
x1.387	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024